

Thema Völkermord:

Südafrika reicht vor dem internationalen Gerichtshof Klage gegen Israel ein

Originalfassung:

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf>
und im Anschluß an die Übersetzung - dort auch die Fußnoten

ANTRAG AUF EINLEITUNG DES VERFAHRENS

Der von der Regierung der Republik Südafrika ordnungsgemäß bevollmächtigte Unterzeichnete erklärt gegenüber dem Kanzler des Internationalen Gerichtshofs folgendes: Gemäß Artikel 36 (1) und 40 der Satzung des Gerichtshofs und Artikel 38 der Verfahrensordnung beehre ich mich, diese Klageschrift im Namen der Republik Südafrika ("Südafrika") gegen den Staat Israel ("Israel") einzureichen. Gemäß Artikel 41 der Satzung enthält die Klage einen Antrag an den Gerichtshof, einstweilige Maßnahmen anzuordnen, um die hierin geltend gemachten Rechte vor einem drohenden und nicht wieder gutzumachenden Verlust zu schützen.

I. EINLEITUNG

1. Dieser Antrag bezieht sich auf Handlungen, die von der Regierung und dem Militär des Staates Israel gegen das palästinensische Volk, eine eigenständige nationale, rassische und ethnische Gruppe, angedroht, beschlossen, geduldet, unternommen und unternommen werden, im Anschluss an die Angriffe in Israel am 7. Oktober 2023. Südafrika verurteilt unmissverständlich alle Verstöße gegen das Völkerrecht durch alle Parteien, einschließlich der direkten Angriffe auf israelische Zivilisten und andere Staatsangehörige sowie der Geiselnahmen durch die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen. Kein bewaffneter Angriff auf das Hoheitsgebiet eines Staates, wie schwerwiegend er auch sein mag - selbst ein Angriff, der Gräueltaten beinhaltet -, kann jedoch eine mögliche Rechtfertigung oder Verteidigung für Verstöße gegen das Übereinkommen von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ("Völkermordkonvention" oder "Konvention")[1] bieten, sei es aus rechtlichen oder moralischen Gründen. Die von Südafrika beanstandeten Handlungen und Unterlassungen Israels haben völkermörderischen Charakter, weil sie darauf gerichtet sind, einen wesentlichen Teil der nationalen, rassischen und ethnischen Gruppe der Palästinenser, nämlich den Teil der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen (im Folgenden: Palästinenser im Gazastreifen), zu vernichten. Die fraglichen Handlungen umfassen die Tötung von Palästinensern im Gazastreifen, die Verursachung schwerer körperlicher und seelischer Schäden und die Auferlegung von Lebensbedingungen, die auf ihre physische Vernichtung abzielen. Diese Handlungen sind alle Israel zuzuschreiben, das es versäumt hat, Völkermord zu verhindern und unter offenkundiger Verletzung der Völkermordkonvention Völkermord begeht, und das auch gegen seine anderen grundlegenden Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention verstoßen hat und weiterhin verstößt, einschließlich des Versäumnisses, die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord durch hochrangige israelische Beamten und andere zu verhindern oder zu bestrafen.

2. Bei der Vorbereitung dieses Antrags hat Südafrika den Bestimmungen der Völkermordkonvention, ihrer Auslegung und ihrer Anwendung in den Jahren nach ihrem Inkrafttreten am 12. Januar 1951 sowie der Rechtsprechung dieses Gerichtshofs und anderer internationaler Gerichtshöfe, einschließlich des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda und des Internationalen Strafgerichtshofs, große Aufmerksamkeit geschenkt. Südafrika ist sich der Tatsache bewusst, dass Völkermord sich von anderen Verstößen gegen das Völkerrecht unterscheidet, die von der israelischen Regierung und dem israelischen Militär im Gazastreifen sanktioniert oder begangen wurden - einschließlich gezielter Angriffe auf die Zivilbevölkerung, auf zivile Objekte und Gebäude, die der Religion, der Bildung, der Kunst, der Wissenschaft, historischen Denkmälern, Krankenhäusern und Sammelstellen

für Kranke und Verwundete gewidmet sind, Folter, das Aushungern von Zivilisten als Methode der Kriegsführung und andere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit -, auch wenn oft ein enger Zusammenhang zwischen all diesen Handlungen besteht. Südafrika ist sich auch bewusst, dass Völkermord unweigerlich Teil eines Kontinuums ist - wie Raphael Lemkin, der den Begriff "Völkermord" geprägt hat, selbst erkannt hat.[2] Aus diesem Grund ist es wichtig, die Akte des Völkermords in den breiteren Kontext des Verhaltens Israels gegenüber den Palästinensern während seiner 75-jährigen Apartheid, seiner 56-jährigen kriegerischen Besetzung palästinensischer Gebiete und seiner 16-jährigen Blockade des Gazastreifens zu stellen, einschließlich der damit verbundenen schwerwiegenden und andauernden Verletzungen des Völkerrechts, einschließlich schwerer Verstöße gegen die Vierte Genfer Konvention,[3] und anderer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wenn jedoch in diesem Antrag auf Handlungen und Unterlassungen Israels Bezug genommen wird, die auf andere Verletzungen des Völkerrechts hinauslaufen können, vertritt Südafrika den Standpunkt, dass diese Handlungen und Unterlassungen völkermörderischen Charakter haben, da sie mit der erforderlichen spezifischen Absicht (dolus specialis) begangen werden, die Palästinenser in Gaza als Teil der breiteren palästinensischen nationalen, rassischen und ethnischen Gruppe zu vernichten.

3. Südafrika ist sich der besonderen Verantwortung bewusst, die mit der Einleitung eines Verfahrens gegen Israel wegen Verstößen gegen die Völkermordkonvention verbunden ist. Südafrika ist sich jedoch auch seiner eigenen Verpflichtung - als Vertragsstaat der Völkermordkonvention - bewusst, Völkermord zu verhindern. Israels Handlungen und Unterlassungen in Bezug auf die Palästinenser verstoßen gegen die Völkermordkonvention. Dies ist auch die Ansicht zahlreicher anderer Vertragsstaaten der Konvention, einschließlich des Staates Palästina selbst, der die "Führer der Welt" aufgefordert hat, "Verantwortung zu übernehmen ... um den Völkermord an unserem Volk zu stoppen". [4] Experten der Vereinten Nationen haben seit über zehn Wochen wiederholt "Alarm geschlagen", dass "angesichts der Erklärungen der politischen Führer Israels und ihrer Verbündeten, begleitet von Militäraktionen im Gazastreifen und einer Eskalation der Verhaftungen und Tötungen im Westjordanland" die "Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk" besteht.[5] Experten der Vereinten Nationen haben ebenfalls ihre "tiefe Besorgnis" über das "Versagen des internationalen Systems bei der Mobilisierung zur Verhinderung eines Völkermordes" an den Palästinensern, zum Ausdruck gebracht und die "internationale Gemeinschaft" aufgefordert, "alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk sofort zu beenden". [6] Der Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) hat im Rahmen seines "Frühwarn- und Dringlichkeitsverfahrens" ebenfalls "alle Vertragsstaaten" der Völkermordkonvention aufgefordert, ihrer "Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord"[7] in vollem Umfang nachzukommen.

Dieser Antrag Südafrikas und sein Ersuchen um Erlass vorläufiger Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang und im Lichte dieser Aufforderungen zu prüfen. Er wird vor dem Hintergrund des außenpolitischen Ziels Südafrikas gestellt, einen dauerhaften Frieden zwischen Israel und dem Staat Palästina zu erreichen, in dem zwei Staaten innerhalb international anerkannter Grenzen nebeneinander bestehen, die auf den am 4. Juni 1967 vor Ausbruch des arabisch-israelischen Krieges von 1967 bestehenden Grenzen beruhen und mit allen einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht im Einklang stehen.

4. Die Tatsachen, auf die sich Südafrika in diesem Antrag beruft und die in diesem Verfahren weiter ausgeführt werden sollen, belegen, dass Israel - vor dem Hintergrund von Apartheid, Vertreibung, ethnischer Säuberung, Annexion, Besetzung, Diskriminierung und der fortwährenden Verweigerung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung - insbesondere seit dem 7. Oktober

2023 versäumt hat, Völkermord zu verhindern und die direkte und öffentliche Anstiftung zum Völkermord zu verfolgen. Noch schwerwiegender ist, dass Israel Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen verübt hat, verübt und weiterhin zu verüben droht. Zu diesen Handlungen gehören die Tötung der Palästinenser, die Verursachung schwerer psychischer und körperlicher Schäden und die vorsätzliche Verhängung von Lebensbedingungen, die auf die physische Zerstörung der Gruppe abzielen. Wiederholte Äußerungen von Vertretern des israelischen Staates, auch auf höchster Ebene, durch den israelischen Präsidenten, den Premierminister und den Verteidigungsminister, bringen die Absicht des Völkermords zum Ausdruck. Diese Absicht ist auch aus der Art und der Durchführung der israelischen Militäroperation im Gazastreifen abzuleiten, u. a. in Anbetracht der Tatsache, dass Israel es versäumt hat, dem belagerten und blockierten palästinensischen Volk lebenswichtige Nahrungsmittel, Wasser, Medikamente, Treibstoff, Unterkünfte und andere humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen oder zu gewährleisten, was es an den Rand einer Hungersnot getrieben hat. Dies geht auch aus der Art, dem Umfang und dem Ausmaß der israelischen Militärangriffe auf den Gazastreifen hervor, bei denen seit mehr als 11 Wochen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt bombardiert wird, wodurch 1,9 Millionen Menschen oder 85 % der Bevölkerung des Gazastreifens aus ihren Häusern evakuiert und in immer kleinere Gebiete ohne angemessene Unterkünfte getrieben werden, in denen sie weiterhin angegriffen, getötet und geschädigt werden. Israel hat inzwischen mehr als 21.110 namentlich genannte Palästinenser getötet, darunter mehr als 7.729 Kinder - mehr als 7.780 weitere werden vermisst und liegen vermutlich tot unter den Trümmern - und hat mehr als 55.243 weitere Palästinenser verletzt und ihnen schwere körperliche und geistige Schäden zugefügt. Darüber hinaus hat Israel weite Teile des Gazastreifens verwüstet, darunter ganze Stadtviertel, und mehr als 355.000 palästinensische Häuser beschädigt oder zerstört, dazu weite Teile landwirtschaftlicher Nutzflächen, Bäckereien, Schulen, Universitäten, Unternehmen, Gotteshäuser, Friedhöfe, kulturelle und archäologische Stätten, städtische und gerichtliche Gebäude sowie wichtige Infrastrukturen wie Wasser- und Abwasseranlagen und Stromnetze, während es gleichzeitig einen unerbittlichen Angriff auf das palästinensische medizinische und Gesundheitssystem unternahm. Israel hat den Gazastreifen in Schutt und Asche gelegt, seine Bevölkerung getötet, geschädigt und zerstört und Lebensbedingungen geschaffen, die auf ihre physische Zerstörung als Gruppe abzielen.

5. Südafrika, eingedenk des jus cogens-Charakters des Verbots von Völkermord und des erga omnes- und erga omnes partes-Charakters der von den Staaten unter der Völkermordkonvention geschuldeten Verpflichtungen, stellt den vorliegenden Antrag, um die Verantwortung Israels für Verletzungen der Völkermordkonvention festzustellen; um es nach internationalem Recht für diese Verletzungen in vollem Umfang zur Rechenschaft zu ziehen; und - am unmittelbarsten - um diesen Gerichtshof anzurufen, um den dringenden und größtmöglichen Schutz für die Palästinenser im Gazastreifen zu gewährleisten, die nach wie vor einer ernststen und unmittelbaren Gefahr fortgesetzter und weiterer Akte von Völkermord ausgesetzt sind.

6. In Anbetracht der außerordentlichen Dringlichkeit der Situation beantragt Südafrika eine beschleunigte Anhörung für seinen Antrag auf Erlass vorläufiger Maßnahmen. Darüber hinaus ersucht Südafrika den Präsidenten des Gerichtshofs gemäß Artikel 74(4) der Verfahrensordnung, die palästinensische Bevölkerung in Gaza zu schützen, indem er Israel auffordert, alle militärischen Angriffe, die einen Verstoß gegen die Völkermordkonvention darstellen oder zu einem solchen führen, unverzüglich einzustellen, bis eine solche Anhörung stattgefunden hat, damit eine etwaige Anordnung des Gerichtshofs über den Antrag auf Verhängung einstweiliger Maßnahmen die entsprechenden Auswirkungen haben kann. Zu diesem Zweck sollte der Gerichtshof Israel anweisen, die Tötung und die schwere seelische und körperliche Schädigung der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen einzustellen, die vorsätzliche Zufügung von Lebensbedingungen, die auf die

physische Vernichtung dieser Gruppe abzielen, zu beenden, die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern und zu bestrafen und die damit zusammenhängenden Maßnahmen und Praktiken, einschließlich der Beschränkung der Hilfe und der Erteilung von Evakuierungsanweisungen, aufzuheben.

7. In Anbetracht der wichtigen Rolle des Gerichtshofs und der Wahrnehmung seiner schweren Verantwortung unter Umständen, in denen die völkermörderischen Handlungen, die Südafrika beklagt, erst vor kurzem stattgefunden haben und noch andauern - und nicht anderweitig Gegenstand einer gerichtlichen Feststellung oder detaillierten Tatsachenermittlung waren -, enthalten der Antrag Südafrikas und sein Ersuchen um vorläufige Maßnahmen eine detailliertere Darstellung des Sachverhalts, als es sonst üblich wäre. Diese Darstellung stützt sich in erheblichem Maße auf Erklärungen und Berichte von Leitern und Gremien der Vereinten Nationen und von Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie auf Augenzeugenberichte aus dem Gazastreifen - auch von palästinensischen Journalisten vor Ort -, und zwar unter Umständen, unter denen Israel den Zugang internationaler Journalisten, Ermittler und Untersuchungsteams zum Gazastreifen weiterhin beschränkt. Weder der Antrag noch der Antrag auf Erlass einstweiliger Maßnahmen hängen jedoch von einer Entscheidung des Gerichtshofs über jeden einzelnen Vorfall oder jede einzelne Beschwerde ab, auf die hier Bezug genommen wird. Wie aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs hervorgeht, muss der Gerichtshof bei der Anordnung vorläufiger Maßnahmen feststellen, ob zumindest einige der vorgebrachten Handlungen unter die Bestimmungen der Konvention fallen können.[8] Zumindest einige der von Südafrika vorgebrachten Handlungen können eindeutig unter diese Bestimmungen fallen.

II. ZUSTÄNDIGKEIT DES GERICHTS

8. Südafrika und Israel sind beide Mitglieder der Vereinten Nationen und daher an das Statut des Gerichtshofs gebunden, einschließlich Artikel 36 (1), der vorsieht, dass die Zuständigkeit des Gerichtshofs "die .

. . alle Angelegenheiten, die in den geltenden Verträgen und Übereinkünften besonders vorgesehen sind".

9. Südafrika und Israel sind ebenfalls Vertragsparteien der Völkermordkonvention. Israel unterzeichnete die Völkermordkonvention am 17. August 1949 und hinterlegte seine Ratifizierungsurkunde am 9. März 1950. Damit wurde es Vertragspartei, als die Völkermordkonvention am 12. Januar 1951 in Kraft trat. Südafrika hat seine Beitrittsurkunde am 10. Dezember 1998 hinterlegt. Gemäß Artikel XIII der Konvention wurde sie am neunzigsten Tag nach ihrem Inkrafttreten zwischen den Parteien anwendbar.

10. Artikel IX der Völkermordkonvention sieht vor: "Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung, Anwendung oder Erfüllung dieser Konvention, einschließlich solcher über die Verantwortlichkeit eines Staates für Völkermord oder für eine der anderen in Artikel III aufgezählten Handlungen, werden auf Antrag einer der Streitparteien dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet."

11. Weder Südafrika noch Israel haben einen Vorbehalt zu Artikel IX eingelegt.

12. Südafrika hat wiederholt und nachdrücklich seine Besorgnis und Verurteilung in Bezug auf Israels Handlungen und Unterlassungen zum Ausdruck gebracht, die die Grundlage für diesen Antrag bilden. Südafrika und andere Vertragsstaaten der Völkermordkonvention haben insbesondere deutlich gemacht, dass die Handlungen Israels in Gaza einen Völkermord am palästinensischen Volk darstellen. So haben z. B. die Präsidenten von Algerien,[9] Bolivien,[10] Brasilien,[11] Kolumbien,[12] Kuba,[13] Iran,[14] Türkei,[15] und Venezuela¹⁶ ebenso wie der palästinensische Präsident das Vorgehen Israels als Völkermord bezeichnet.[17] Staatsbeamte und Vertreter aus Bangladesch,[18] Ägypten,[19] Honduras,[20] Irak,[21] Jordanien,[22] Libyen,[23] Malaysia,[24] Namibia,[25] Pakistan,[26] Syrien,[27] und Tunesien,[28] haben ebenfalls auf einen Völkermord oder die Gefahr eines solchen im Gazastreifen hingewiesen; ebenso Staatsoberhäupter und Staatsbeamte von Nichtvertragsstaaten der Völkermordkonvention, darunter Katar[29] und Mauretanien.[30]

Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen am 8. Dezember 2023, vor der Abstimmung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über einen Waffenstillstand, erklärte der Vertreter Ägyptens, dass die "[zivilen] Todesopfer [in Gaza] die Lüge entlarven, dass der Krieg gegen eine bewaffnete Gruppe gerichtet ist. Vielmehr handelt es sich um eine kollektive Bestrafung und einen Völkermord am palästinensischen Volk [...] Unter Berufung auf "die weitgehende Zerstörung der zivilen Infrastruktur und die gezielte Tötung von Mitarbeitern der Vereinten Nationen" erklärte er, dass "die gewaltsame Vertreibung von 85 Prozent der Bevölkerung des Gazastreifens, die unter katastrophalen Bedingungen leben, einen Versuch darstellt, das palästinensische Volk zu eliminieren"[31].

13. In Anbetracht der Tatsache, dass das Verbot des Völkermordes den Charakter einer zwingenden Norm hat und dass die Verpflichtungen aus der Konvention erga omnes und erga omnes partes geschuldet sind,[32] ist sich Israel der schwerwiegenden Besorgnis der internationalen Gemeinschaft, der Vertragsstaaten der Völkermordkonvention und insbesondere Südafrikas über Israels Versäumnis, die Begehung von Völkermord zu unterbinden, zu verhindern und zu bestrafen, voll bewusst geworden. Die Besorgnis Südafrikas wurde unter anderem wie folgt zum Ausdruck gebracht:

- Am 30. Oktober 2023 gab das südafrikanische Ministerium für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit eine Erklärung ab, in der es die internationale Gemeinschaft aufforderte, Israel für Verstöße gegen das Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen. Die Erklärung warnte davor, dass "das Verbrechen des Völkermords in Gaza traurigerweise sehr groß ist" und erinnerte daran, dass "der brasilianische Präsident Lula da Silva die Angriffe auf Gaza als Völkermord bezeichnet hat" und dass die südafrikanische Ministerin für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit, Naledi Pandor, in ihrer Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 24. Oktober 2023 "die internationale Gemeinschaft daran erinnert hat, nicht untätig zu bleiben, während sich ein weiterer Völkermord ereignet".[33]

- Am 7. November warnte der südafrikanische Minister für internationale Beziehungen vor der südafrikanischen Nationalversammlung, dass "das Verbrechen des Völkermords in der

gegenwärtigen Situation im Gazastreifen leider eine große Rolle spielt". Er erinnerte daran, dass "1994 auf dem afrikanischen Kontinent ein Völkermord stattfand, bei dem ein Großteil der Welt zusah, wie unschuldige Menschen massakriert wurden", und betonte, dass Südafrika nicht tatenlos zusehen könne, wie sich so etwas wiederholen könne[34].

- Am 10. November 2023 führte der Generaldirektor des südafrikanischen Ministeriums für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit ("DIRCO") eine förmliche diplomatische Demarche beim Botschafter des Staates Israel in Südafrika durch und teilte ihm mit, dass Südafrika zwar "die Angriffe der Hamas auf Zivilisten verurteilt" habe, die "wegen Kriegsverbrechen untersucht werden sollten", dass aber "die Reaktion Israels rechtswidrig" gewesen sei und dass Südafrika "möchte, dass der Internationale Strafgerichtshof gegen die Führung Israels" wegen Verbrechen, einschließlich Völkermord, ermittelt.[35]

- Am 13. November 2023 forderte der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa bei einem Treffen in der Residenz des Präsidenten mit der Führung des South African Jewish Board of Deputies u. a. die Wiedereröffnung der südafrikanischen Botschaft in Israel.

"verurteilte den Völkermord, der dem palästinensischen Volk, einschließlich Frauen und Kindern, durch die kollektive Bestrafung und die anhaltende Bombardierung des Gazastreifens zugefügt wird"[36].

- Am 17. November 2023 kündigte der südafrikanische Präsident im Rahmen eines Staatsbesuchs in Katar an, dass Südafrika den Internationalen Strafgerichtshof mit der Situation im Staat Palästina befassen werde, und brachte seine Abscheu darüber zum Ausdruck, "was derzeit in Gaza geschieht, das sich in ein Konzentrationslager verwandelt hat, in dem ein Völkermord stattfindet"[37].

- Später, am 17. November 2023, hat die südafrikanische Botschaft in Den Haag im Namen Südafrikas gemeinsam mit drei anderen Vertragsstaaten der Völkermordkonvention - nämlich Bangladesch, Bolivien und den Komoren - sowie Dschibuti die Lage im Staat Palästina an die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs verwiesen, mit dem Ersuchen, dass der Ankläger Verbrechen, die in den Zuständigkeitsbereich des Gerichtshofs fallen, einschließlich des Verbrechens des Völkermords, wie in Artikel 6 Buchstaben a, b und c des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ("Römisches Statut") vorgesehen, energisch untersucht.[38]

- Am 21. November 2023 erklärte der südafrikanische Präsident auf der außerordentlichen gemeinsamen Tagung der Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und der Staats- und Regierungschefs der eingeladenen BRICS-Mitglieder zur Lage im Nahen Osten, dass "die absichtliche Verweigerung von Medikamenten, Treibstoff, Lebensmitteln und Wasser für die Bewohner des Gazastreifens einem Völkermord gleichkommt"[39].

- Am 12. Dezember 2023 erklärte die südafrikanische Botschafterin bei den Vereinten Nationen auf der 10. Dringlichkeitssondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen - auf der Israel vertreten war -, dass "die Ereignisse der letzten sechs Wochen in Gaza gezeigt haben, dass Israel gegen seine Verpflichtungen im Sinne der Völkermordkonvention verstößt".

Sie betonte, dass "[a]ls UN-Mitgliedstaat und aufgrund der schmerzlichen Erfahrungen Südafrikas mit dem System der Apartheid in der Vergangenheit drängt uns dies als Mitgliedstaaten dazu, Maßnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht zu ergreifen"[40].

- Am 21. Dezember 2023 übermittelte Südafrika der israelischen Botschaft in Südafrika eine Verbalnote, in der es seine Besorgnis über "glaubwürdige Berichte, dass im Rahmen des Konflikts in Gaza Handlungen begangen wurden und möglicherweise noch begangen werden, die den Tatbestand des Völkermordes oder damit zusammenhängender Verbrechen im Sinne der Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes erfüllen", zum Ausdruck brachte. In der Verbalnote wurde daran erinnert, dass Südafrika als Vertragsstaat der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vertraglich verpflichtet ist, Völkermord zu verhindern, und daher Israel, das ebenfalls Vertragsstaat der Konvention ist, auffordert, die Feindseligkeiten im Gazastreifen unverzüglich einzustellen und von Handlungen abzusehen, die eine Verletzung seiner Verpflichtungen aus der Konvention darstellen oder diese nicht verhindern". Südafrika, das "von der Rhetorik israelischer Beamter und anderer Personen alarmiert" wurde, forderte Israel ebenfalls auf, "die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern und zu bestrafen". Dies diene dazu, die Forderungen

Dies diene dazu, die Forderungen Südafrikas bezüglich der Erfüllung seiner eigenen Verpflichtungen unter der Völkermordkonvention und der Verstöße Israels gegen seine Verpflichtungen unter der Völkermordkonvention und deren Einzelheiten direkt an Israel zu übermitteln.[41]

14. Israel hat nicht direkt auf die Verbalnote Südafrikas vom 21. Dezember 2023 geantwortet.

Israel hat jedoch öffentlich jede Andeutung zurückgewiesen, dass es bei seiner Militäraktion in Gaza gegen internationales Recht verstoßen hat. Insbesondere hat Israel die Behauptung, Israels militärische Angriffe auf den Gazastreifen entsprächen "der rechtlichen Definition von Völkermord" und zielten "nicht nur auf die einfache Tötung unschuldiger Menschen und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen, sondern auf eine systematische Anstrengung, den Gazastreifen von seiner Bevölkerung zu leeren", als "empörend und falsch" zurückgewiesen.[42] Israel bestreitet, dass sein Verhalten in Gaza gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention verstößt und behauptet, dass "der Vorwurf des Völkermordes gegen Israel nicht nur faktisch und rechtlich völlig unbegründet, sondern auch moralisch verwerflich" und "antisemitisch" sei.[43] Darüber hinaus hat Israel Handlungen und Unterlassungen gegen das palästinensische Volk in Gaza vorgenommen und tut dies auch weiterhin, die als Völkermord bezeichnet werden, und hat durch seine Haltung und sein Verhalten jede Andeutung zurückgewiesen, dass seine Handlungen in Gaza durch seine Verpflichtungen unter der Völkermordkonvention eingeschränkt sind. Tatsächlich erklärte der israelische Premierminister am 26. Dezember 2023: "Wir werden nicht aufhören. Wir kämpfen weiter, und wir werden die Kämpfe in den kommenden Tagen noch verstärken, und es wird ein langer Kampf sein, der noch lange nicht vorbei ist."[44] Israels eigenes Verhalten unterstreicht daher die Uneinigkeit der Parteien. Südafrika ist nicht von seinem eigenen Standpunkt abgerückt, dass es

als Vertragsstaat der Völkermordkonvention dafür verantwortlich ist, Maßnahmen zu ergreifen, um einen Völkermord oder die Gefahr eines solchen in Gaza zu verhindern.

15. Nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofs ist ein Rechtsstreit "eine Meinungsverschiedenheit in einem rechtlichen oder tatsächlichen Punkt, ein Konflikt zwischen Rechtsauffassungen oder Interessen" zwischen den Parteien,[45] eine solche Meinungsverschiedenheit oder "eine positive Ablehnung des Anspruchs einer Partei durch die andere muss nicht unbedingt expressis verbis zum Ausdruck gebracht werden ... der Standpunkt oder die Haltung einer Partei kann durch Schlussfolgerung festgestellt werden, unabhängig von der erklärten Ansicht dieser Partei"[46].

16. Es besteht eindeutig ein Streit zwischen Israel und Südafrika über die Auslegung und Anwendung der Völkermordkonvention, der sich sowohl auf die Einhaltung der eigenen Verpflichtung Südafrikas bezieht, Völkermord zu verhindern, als auch auf die Einhaltung der Verpflichtungen Israels, keinen Völkermord zu begehen, Völkermord zu verhindern und zu bestrafen - einschließlich der direkten und öffentlichen Aufstachelung zum Völkermord - und den Opfern Wiedergutmachung zu leisten sowie Zusicherungen und Garantien für die Nichtwiederholung zu geben. Da die Klage Südafrikas seine eigenen Verpflichtungen als Vertragsstaat der Völkermordkonvention betrifft, zur Verhinderung von Völkermord zu handeln - zu dem Israels Handlungen und Unterlassungen Anlass geben - ist Südafrika in Bezug auf diese Konvention eindeutig klagebefugt. Da darüber hinaus "jeder Vertragsstaat der Völkermordkonvention, und nicht nur ein besonders betroffener Staat, die Verantwortung eines anderen Vertragsstaates geltend machen kann, um die angebliche Nichterfüllung seiner Verpflichtungen erga omnes partes festzustellen und diese Nichterfüllung zu beenden", ist Südafrika auch "prima facie klagebefugt", um dem Gerichtshof seine Streitigkeit mit Israel "auf der Grundlage angeblicher Verletzungen von Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention" vorzulegen.[47]

17. Daher ist der Gerichtshof gemäß Artikel 36 (1) des Statuts des Gerichtshofs und Artikel IX der Völkermordkonvention für die in der vorliegenden Klage Südafrikas gegen Israel erhobenen Ansprüche zuständig.

III. DIE FAKTEN

A. Einleitung

18. Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel den Gazastreifen ("Gaza"), einen schmalen Landstreifen von etwa 365 Quadratkilometern - einen der am dichtesten besiedelten Orte der Welt -, zu Lande, zu Wasser und in der Luft in großem Umfang militärisch angegriffen.[48] Der Gazastreifen, in dem etwa 2,3 Millionen Menschen leben, davon fast die Hälfte Kinder, wurde von Israel einer der "schwersten konventionellen Bombenkampagnen" in der Geschichte der modernen Kriegsführung ausgesetzt.[49] Allein bis zum 29. Oktober 2023 wurden schätzungsweise 6.000 Bomben pro Woche auf die winzige Enklave abgeworfen. 50] In nur etwas mehr als zwei Monaten haben Israels militärische Angriffe "mehr Zerstörung angerichtet als die Zerstörung des syrischen Aleppo zwischen 2012 und 2016, des ukrainischen Mariupol oder im Verhältnis dazu die Bombardierung Deutschlands

durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg"[51] Die von Israel angerichtete Zerstörung ist so extrem, dass "der Gazastreifen aus dem Weltraum eine andere Farbe hat. Es ist eine andere Textur."[52] Wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen in einem Schreiben vom 6. Dezember 2023 an den Präsidenten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen feststellte,[53] von dem die Generalversammlung der Vereinten Nationen in der Resolution ESIO/22 vom 12. Dezember 2023 über den Schutz der Zivilbevölkerung und die Einhaltung rechtlicher und humanitärer Verpflichtungen ausdrücklich "Kenntnis" nahm:[54]

"Die Zivilbevölkerung im gesamten Gazastreifen ist in großer Gefahr. Seit Beginn der israelischen Militäroperation sind Berichten zufolge mehr als 15.000 Menschen getötet worden, über 40 Prozent davon waren Kinder. Tausende von anderen wurden verletzt. Mehr als die Hälfte aller Häuser wurde zerstört. Etwa 80 % der 2,2 Millionen Einwohner wurden zwangsumgesiedelt, und zwar in immer kleinere Gebiete. Mehr als 1,1 Millionen Menschen haben in UNRWA-Einrichtungen im gesamten Gazastreifen Zuflucht gesucht, was zu überfüllten, unwürdigen und unhygienischen Bedingungen führt. Andere können nirgendwo unterkommen und finden sich auf der Straße wieder. Explosive Überreste des Krieges machen die Gebiete unbewohnbar. Es gibt keinen wirksamen Schutz für die Zivilbevölkerung.

Das Gesundheitssystem in Gaza bricht zusammen. Die Krankenhäuser haben sich in Schlachtfelder verwandelt. Nur 14 von 36 Krankenhäusern sind auch nur teilweise funktionsfähig. Die beiden großen Krankenhäuser im Süden des Gazastreifens sind mit dem Dreifachen ihrer Bettenkapazität ausgelastet, und ihnen gehen die Grundversorgung und der Treibstoff aus. Außerdem beherbergen sie Tausende von Vertriebenen. Unter diesen Umständen werden in den kommenden Tagen und Wochen noch mehr Menschen unbehandelt sterben.

In Gaza ist man nirgendwo sicher.

Angesichts des ständigen Bombardements durch die israelischen Streitkräfte und der Tatsache, dass es weder Unterkünfte noch das Nötigste zum Überleben gibt, rechne ich damit, dass die öffentliche Ordnung aufgrund der verzweifelten Lage bald völlig zusammenbrechen wird, so dass selbst begrenzte humanitäre Hilfe unmöglich ist. Die Situation könnte sich sogar noch verschlimmern, einschließlich epidemischer Krankheiten und eines verstärkten Drucks zur Massenvertreibung in die Nachbarländer.

Die Lieferungen von Hilfsgütern über Rafah gehen zwar weiter, aber die Mengen sind unzureichend und haben seit dem Ende der Pause abgenommen. Wir sind einfach nicht in der Lage, die Bedürftigen im Gazastreifen zu erreichen. . . Es besteht die große Gefahr, dass das humanitäre System zusammenbricht. Die Situation verschlimmert sich schnell zu einer Katastrophe mit möglicherweise irreversiblen Folgen für die Palästinenser insgesamt und für Frieden und Sicherheit in der Region. Ein solches Ergebnis muss um jeden Preis vermieden werden."[55]

19. Seit dieser Brief geschrieben wurde, sind die Zahlen noch drastischer gestiegen: Mindestens 21 110 Palästinenser im Gazastreifen wurden getötet und über 55 243 weitere Palästinenser wurden verwundet, viele davon schwer. 56 Die Zahl der Todesopfer umfasst über 7.729 Kinder,[57] nicht eingerechnet die 4.700 Frauen und Kinder, die noch immer vermisst werden und vermutlich unter den Trümmern gestorben sind.[58] Ganze Mehrgenerationenfamilien wurden vollständig ausgelöscht. Über 355.000 Häuser, das sind mehr als 60 Prozent des Wohnungsbestands im Gazastreifen, wurden beschädigt oder zerstört.[59] 1,9 Millionen Palästinenser - etwa 85 Prozent der Gesamtbevölkerung - wurden innerhalb des Landes vertrieben.[Viele sind auf israelischen Befehl aus dem Norden des Gebiets in den Süden geflohen, nur um im Süden erneut bombardiert zu werden und erneut in den Süden oder Südwesten fliehen zu müssen, wo sie in behelfsmäßigen Zelten in Lagern ohne Wasser, sanitäre Anlagen oder andere Einrichtungen leben müssen.[61] Israel hat die Krankenhäuser des Gazastreifens bombardiert, beschossen und belagert, so dass nur 13 von 36 Krankenhäusern teilweise funktionsfähig sind und im Norden des Gazastreifens kein einziges voll funktionsfähiges Krankenhaus mehr existiert.[62]

Das Gesundheitssystem im Gazastreifen ist nahezu zusammengebrochen, und es gibt Berichte über Operationen, darunter Amputationen und Kaiserschnitte, die ohne Betäubung durchgeführt wurden.[63] Ein großer Teil der Verwundeten und Kranken hat keinen Zugang zu einer angemessenen Versorgung.[64] Ansteckende und epidemische Krankheiten sind unter der vertriebenen palästinensischen Bevölkerung weit verbreitet, und Experten warnen vor der Gefahr von Meningitis, Cholera und anderen Ausbrüchen.[65] Die gesamte Bevölkerung im Gazastreifen ist unmittelbar von einer Hungersnot bedroht, und der Anteil der Haushalte, die von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sind, ist nach der Integrierten Klassifizierung der Ernährungssicherheitsphasen (IPC) so hoch wie nie zuvor. 66] Experten warnen, dass der stille, langsame Tod durch Hunger und Durst die gewaltsamen Todesfälle durch israelische Bomben und Raketen noch zu übertreffen droht. 67]

20. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat "große Besorgnis über die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen und das Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung" geäußert,[68] wobei der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen insbesondere "die unverhältnismäßigen Auswirkungen auf Kinder" festgestellt hat.[69] In ihrer Resolution ES10/22 vom 12. Dezember 2023 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen auch ausdrücklich ein Schreiben des Generalkommissars des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) vom 7. Dezember 2023 zur Kenntnis, das an den Präsidenten der Generalversammlung gerichtet war. In diesem beispiellosen Schreiben sagt der Generalkommissar "den Zusammenbruch des Mandats [des UNRWA] . . den Zusammenbruch des Mandats, das er zu erfüllen hat" und fordert "ein Ende der Dezimierung des Gazastreifens und seiner Bevölkerung"[70].

B. Hintergrund

1. Der Gaza-Streifen ("Gaza")

21. Der Gazastreifen ist ein schmaler Landstreifen, der im Westen an das Mittelmeer, im Süden an Ägypten und im Norden und Osten an Israel grenzt. Zusammen mit dem Westjordanland,

einschließlich Ostjerusalem, ist er eines der beiden konstituierenden Gebiete des 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiets und des Staates Palästina, der am 15. Februar 1995 von Südafrika anerkannt wurde und am 29. November 2012 den Status eines Nichtmitgliedstaats mit Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen erhielt.[71]

22. Die Bevölkerung des Gazastreifens besteht aus etwa 2,3 Millionen Menschen, von denen mehr als die Hälfte Kinder sind. 80 Prozent der Palästinenser im Gazastreifen sind Flüchtlinge - und deren Nachkommen - aus Städten und Dörfern im heutigen Staat Israel,[72] die während der Massenvertreibung von über 750 000 Palästinensern oder "Nakba" während der Gründung des Staates Israel vertrieben oder zur Flucht gezwungen wurden.[73] Die Nakba und die damit verbundene Massenvertreibung spielen daher in der Geschichte und im Bewusstsein der Palästinenser im Gazastreifen eine wichtige Rolle, ebenso wie für das gesamte palästinensische Volk. Die Palästinenser in Gaza bilden einen wesentlichen Teil der palästinensischen nationalen, rassischen und ethnischen Gruppe: Sie sind ein prominenter Teil der Gruppe und stellen die Bevölkerung eines der beiden konstituierenden Gebiete des Staates Palästina. Sie sind auch ein quantitativ wesentlicher Teil der palästinensischen Bevölkerung des Staates Palästina unter der Besatzung, die etwa 5,48 Millionen Menschen zählt.[74]

[Karte des Gazastreifens75]

23. Der Gazastreifen umfasst fünf Gouvernorate. Die Gouvernements Gaza-Nord und Gaza-Gouvernement, die den "Norden" bilden, erstrecken sich vom Norden des Wadi Gaza bis zur Erez-Kreuzung, einem Fußgängerübergang nach Israel (auch bekannt als "Beit Hanoun-Kreuzung"). Im "Norden" leben normalerweise etwa 1,1 Millionen Palästinenser,[76] viele davon in Gaza-Stadt (etwa 713 488 Einwohner),[77] sowie in Beit Lahia und Beit Hanoun und in den Flüchtlingslagern Beach und Jabalia. Hier befinden sich auch das größte Krankenhaus des Gazastreifens, das Al Shifa Medical Hospital, sowie das Kamal Adwan Hospital. Das Gouvernement Deir al Balah (das "Mittlere Gebiet") zählt normalerweise 302.507 Einwohner,[78] hauptsächlich in Deir al Balah City sowie in den Flüchtlingslagern Al Maghazi, An Nuseirat, Al Bureij und Deir al Balah; hier befindet sich das einzige Kraftwerk des Gazastreifens. Die Gouvernements Khan Yunis und Rafah ("der Süden") liegen unterhalb des Gouvernements Deir al Balah und erstrecken sich bis zum Grenzübergang Rafah mit Ägypten. Die wichtigsten Bevölkerungszentren im Süden sind Khan Yunis und Rafah sowie die Flüchtlingslager von Khan Yunis und Rafah. Der Grenzübergang Karem Shalom (auch bekannt als "Karem Abu Salem Crossing") befindet sich vier Kilometer westlich von Rafah. Im Süden befindet sich das Nasser-Krankenhaus.[79] Die Bevölkerung des Südens betrug vor Oktober 2023 etwa 673.844 Einwohner.[80] Die Middle Area und der Süden beherbergen derzeit mehr als 1.2 Millionen Binnenvertriebene in 98 UNRWA-Einrichtungen[81] und Zehntausende in behelfsmäßigen Zelten im Gebiet Al-Mawasi - einer palästinensischen Beduinenstadt in einem schmalen, größtenteils un bebauten Sandstreifen an der Mittelmeerküste des Gazastreifens -82 , das von Israel bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in der ersten Dezemberwoche 2023 als angeblich "sichere Zone" ausgewiesen wurde.[83] Man geht davon aus, dass etwa 160 000 weitere vertriebene Palästinenser in UNRWA-Einrichtungen im Norden des Landes untergebracht sind,[84] sowie weitere, die an anderen Orten Schutz suchen.

24. Bis 2005 war der Gazastreifen - wie heute das Westjordanland - von israelischen Streitkräften vor Ort besetzt. Im Jahr 2005 zog sich Israel jedoch einseitig aus dem Gazastreifen zurück, baute seine Militärstützpunkte ab und siedelte israelische Siedler aus den Siedlungen im Gazastreifen zurück nach Israel und in das besetzte Westjordanland um[85].

Ungeachtet des "Rückzugs" übt Israel weiterhin die Kontrolle über den Luftraum, die Hoheitsgewässer, die Landübergänge, das Wasser, die Elektrizität, die elektromagnetische Sphäre und die zivile Infrastruktur im Gazastreifen aus[86] sowie über wichtige Regierungsfunktionen, wie die Verwaltung des palästinensischen Bevölkerungsregisters für den Gazastreifen.[87] Angesichts dieser anhaltenden effektiven Kontrolle Israels über das Gebiet wird der Gazastreifen von der internationalen Gemeinschaft immer noch als von Israel kriegerisch besetzt betrachtet. 88] Die nahezu vollständige Kontrolle Israels über den Zugang zum Gazastreifen und über die Versorgung mit Wasser, Treibstoff, Strom und Lebensmitteln wird seit dem 7. Oktober 2023 deutlich demonstriert.

25. Die Ein- und Ausreise auf dem Luft- und Seeweg in den Gazastreifen war seit Anfang der 1990er Jahre verboten, und Israel unterhielt nur zwei Grenzübergänge - Erez (Fußgänger) und Kerem Shalom (Güter) -, über die Palästinenser im Gazastreifen ins Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, gelangen konnten, um dort Geschäfte, Handel, medizinische Versorgung sowie soziale und familiäre Angelegenheiten zu erledigen.[89] Nach dem Wahlsieg der Hamas im Jahr 2006, auf den innerpalästinensische Gewalt folgte, verhängte Israel jedoch eine strenge Blockade des Gazastreifens und erklärte das gesamte Gebiet zu einem "feindlichen Gebiet".[90] Die bestehenden Beschränkungen der Freizügigkeit wurden erheblich verschärft, so dass die meisten Palästinenser im Gazastreifen keine Reisegenehmigung erhalten konnten, was für viele palästinensische Familien zu einer langen, unbestimmten Trennung führte. 91] Die wenigen, die reisen durften, erhielten nicht unbedingt eine Genehmigung und stießen fast immer auf Verzögerungen und Schwierigkeiten bei dem Verfahren".[92] Zwischen 2008 und 2021 starben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 839 Palästinenser aus dem Gazastreifen, während sie auf eine medizinische Genehmigung warteten, um den Gazastreifen für eine dringende medizinische Behandlung zu verlassen. 93] Die meisten Genehmigungen waren für Tagelöhner und Landwirtschaftshändler bestimmt, die in erster Linie gering qualifizierte Arbeiten in Israel und in israelischen Siedlungen im Westjordanland verrichten sollten.[94] Zwischen 2007 und 2010 regelte Israel die Einfuhr von Lebensmitteln in den Gazastreifen nach Maßgabe des Kalorienverbrauchs pro Person, um die Lebensmitteltransfers auf ein "humanitäres Minimum" zu beschränken, ohne Hunger oder Unterernährung zu verursachen. 95] Danach wandte Israel bei der Einfuhr von Gütern in den Gazastreifen ein System der doppelten Verwendung an, das die Einfuhr von Gütern stark einschränkte, indem es Güter verbot, die für eine doppelte zivile/militärische Verwendung in Frage kamen. 96]

26. Israels parallele Einrichtung einer breiten Pufferzone innerhalb des östlichen Grenzzauns des Gazastreifens (die Schätzungen zufolge den Zugang zu etwa 24 Prozent des Gazastreifens einschränkt) hat schwerwiegende Auswirkungen auf die interne Lebensmittelversorgung, da die wichtigsten landwirtschaftlichen Flächen für die Landwirtschaft reduziert werden.[97] Israel hat auch die Fischerei für die Palästinenser extrem gefährlich gemacht, da sie keinen vollen Zugang zu der Fischereizone von 20 Seemeilen hatten, die in den Osloer Verträgen - Interimsabkommen zwischen der PLO und Israel in den frühen 1990er Jahren - festgelegt wurde. Die Seeblockade, die von den

israelischen Streitkräften mit Gewalt, Verhaftungen und der Beschlagnahmung von Fischereigeräten durchgesetzt wird, hat das Einzugsgebiet für die Fischer des Gazastreifens auf verschmutzte Gewässer unmittelbar vor der Küste reduziert, was zu einer Überfischung führt, die sich auf die Nachhaltigkeit auswirkt.[98] Bereits 2015 warnte die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), dass die von Israel verhängten restriktiven Maßnahmen das Risiko bergen, dass der Gazastreifen bis 2020 unbewohnbar wird.[99] Im Jahr 2020 beschrieb der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten die Auswirkungen der israelischen Blockade auf den Gazastreifen als eine Entwicklung, die den Gazastreifen "von einer Gesellschaft mit niedrigem Einkommen und bescheidenen, aber wachsenden Exportbeziehungen zur regionalen und internationalen Wirtschaft in ein verarmtes Ghetto mit einer dezimierten Wirtschaft und einem zusammenbrechenden Sozialsystem"[100] verwandelt hat. 2022 beschrieb er die Situation wie folgt:

"Im Gazastreifen besteht Israels offensichtliche Strategie darin, eine unerwünschte Bevölkerung von zwei Millionen Palästinensern auf unbestimmte Zeit einzulagern, die es durch seine umfassende, 15 Jahre alte Luft-, Land- und Seeblockade auf einen schmalen Landstreifen beschränkt hat (mit weiteren Einschränkungen durch Ägypten an der Südgrenze des Gazastreifens). Ban Ki-moon hat diese politische Quarantäne der Bevölkerung als "kollektive Bestrafung" bezeichnet, die einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. Die Weltbank berichtete im Jahr 2021, dass der Gazastreifen einen jahrzehntelangen Prozess der Ententwicklung und Deindustrialisierung durchlaufen hat, der zu einer Arbeitslosenquote von 45 Prozent und einer Armutsquote von 60 Prozent geführt hat. 80 Prozent der Bevölkerung sind auf irgendeine Form der internationalen Hilfe angewiesen, was zum großen Teil auf die hermetische Abriegelung des Zugangs des Gazastreifens zur Außenwelt zurückzuführen ist. Die Grundwasserleiter an der Küste, die einzige natürliche Trinkwasserquelle im Gazastreifen, ist aufgrund der Verunreinigung durch Meerwasser und Abwässer verschmutzt und für den menschlichen Konsum ungeeignet, was die Wasserkosten für die ohnehin mittellose Bevölkerung erheblich in die Höhe treibt. Der Gazastreifen ist in Bezug auf die Stromversorgung in hohem Maße von externen Quellen - Israel und Ägypten - abhängig, und die Palästinenser leben mit ständigen Stromausfällen von 12 bis 20 Stunden täglich, was das tägliche Leben und die Wirtschaft stark beeinträchtigt. Die Ein- und Ausfuhr von Waren wird von Israel streng kontrolliert, wodurch die lokale Wirtschaft abgewürgt wurde. Das Gesundheitssystem im Gazastreifen liegt am Boden, es gibt einen gravierenden Mangel an medizinischem Fachpersonal, unzureichende Behandlungsgeräte und eine geringe Versorgung mit Medikamenten.

Die Palästinenser in Gaza können nur selten außerhalb des Gazastreifens reisen, was eine Verweigerung ihres Grundrechts auf Freizügigkeit darstellt. Vor allem aber haben sie in den letzten 13 Jahren vier höchst asymmetrische Kriege mit Israel erlebt, die enorme Verluste an zivilen Opfern und eine enorme Zerstörung von Eigentum zur Folge hatten. Das Leid wurde von Antonio Guterres im Mai 2021 anerkannt, als er erklärte: "Wenn es eine Hölle auf Erden gibt, dann ist es das Leben der Kinder in Gaza"[101].

27. Zwischen dem 29. September 2000 und dem 7. Oktober 2023 wurden etwa 7.569 Palästinenser,[102] darunter 1.699 Kinder,[103] in diesen "vier hochgradig asymmetrischen Kriegen" sowie bei anderen kleineren militärischen Angriffen getötet und Zehntausende von Menschen verletzt. Weitere 214 Palästinenser, darunter 46 Kinder, wurden während des "Großen Marsches der Rückkehr" getötet,[104] einem groß angelegten friedlichen Protest entlang des Trennungsauns

zwischen dem Gazastreifen und Israel, an dem Tausende von Palästinensern über 18 Monate lang jeden Freitag teilnahmen und die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens und die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Häuser und Dörfer in Israel forderten.[105] Allein an einem besonders tödlichen Tag tötete Israel 60 palästinensische Demonstranten,[106] wie die unabhängige Untersuchungskommission zu den Protesten in den besetzten palästinensischen Gebieten ("Kommission") feststellte:

"Während dieser wöchentlichen Demonstrationen töteten und verletzten die israelischen Sicherheitskräfte (ISF) Zivilisten, die weder direkt an den Feindseligkeiten beteiligt waren noch eine unmittelbare Bedrohung für ihr Leben darstellten, schwer. Unter den Erschossenen waren Kinder, Sanitäter, Journalisten und Menschen mit Behinderungen." [107]

28. Unter den von israelischen Soldaten, die hinter dem Trennungsaun schossen, getöteten Personen befanden sich drei Sanitäter und zwei Journalisten. Insgesamt wurden mehr als 36.100 Palästinenser, darunter fast 8.800 Kinder,[108] von Israel verletzt, darunter 4.903 Menschen, denen in die unteren Gliedmaßen geschossen wurde, "viele von ihnen standen Hunderte von Metern von den Scharfschützen entfernt und waren unbewaffnet"[109]. 156 von ihnen musste mindestens eine Gliedmaße amputiert werden,[110] und über 1.200 benötigten eine spezielle Behandlung zur Wiederherstellung der Gliedmaßen.[111] Die Kommission stellte fest, dass die Verstümmelungen nicht zufällig waren: Die von Israel angenommenen Einsatzregeln erlaubten es den Scharfschützen, auf die Beine der "Hauptaufwiegler" zu schießen. [112] Ein israelischer Soldat gab zu, dass er "42 Knie an einem Tag" erschossen habe. [113]

29. Die Kommission stellte fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gab, dass israelische Scharfschützen "absichtlich" auf Kinder schossen, weil sie wussten, dass es sich um Kinder handelte,[114] und dass sie auch "absichtlich" auf medizinisches Personal und Journalisten schossen, "obwohl sie deutlich als solche gekennzeichnet waren", [115] und dass israelische Scharfschützen "absichtlich auf behinderte Demonstranten schossen, obwohl sie sichtbare Behinderungen hatten" und keine unmittelbare Bedrohung darstellten,[116] und dass es "hinreichende Gründe für die Annahme" gab.

30. In anderen Berichten von Gremien und Mandaten der Vereinten Nationen wurde wiederholt festgestellt, dass Israel bei seinen früheren militärischen Angriffen auf den Gazastreifen in schwerwiegender Weise gegen das Völkerrecht verstoßen hat. Ein Beispiel hierfür:

- Bericht der gemäß der Entschließung S-5/1 der Kommission vom 19. Oktober 2000 eingesetzten Untersuchungskommission für Menschenrechte (16. März 2001):[117]

"50. . . . [D]ie IDF hat, offenbar mit der Begründung militärischer Notwendigkeit, Häuser zerstört und eine beträchtliche Menge landwirtschaftlicher Nutzfläche verwüstet, insbesondere in Gaza, wo ohnehin schon Landmangel herrscht.

Statistiken zeigen, dass in Gaza 94 Häuser zerstört und 7.024 Dunum landwirtschaftliche Nutzfläche mit Bulldozern zerstört wurden. Der Schaden an Privathäusern wird auf 9,5 Millionen US-Dollar und der Schaden an landwirtschaftlichen Flächen auf etwa 27 Millionen US-Dollar geschätzt. . . . Die Häuser auf diesem Land wurden zerstört und die Familien waren gezwungen, in Zelten zu leben. Auch die Wasserbrunnen in der Umgebung wurden vollständig zerstört. Der Kommission fiel es schwer zu glauben, dass diese Zerstörungen, die im Allgemeinen mitten in der Nacht und ohne Vorwarnung durchgeführt wurden, mit militärischen Notwendigkeiten gerechtfertigt werden konnten. Die Kommission hatte den Eindruck, dass die Zerstörung von Eigentum auf eine einschüchternde Art und Weise erfolgte, die nichts mit der Sicherheit zu tun hatte, das Wohlergehen der Zivilbevölkerung missachtete und weit über die Erfordernisse der militärischen Notwendigkeit hinausging. Die Beweise deuten darauf hin, dass die Zerstörung von Eigentum und der Abriss von Häusern in anderen Teilen des Westjordanlands und des Gazastreifens wiederholt wurden.

Palästinenser hängen, wie andere Menschen auch, sehr an ihren Häusern und landwirtschaftlichen Flächen.

Der Abriss von Häusern und die Zerstörung von Oliven- und Zitrusbäumen, die von Landwirten über viele Jahre hinweg gepflegt wurden, hat unsägliches menschliches Leid über Personen gebracht, die nichts mit der gegenwärtigen Gewalt zu tun haben.

51. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass die IDF exzessive Gewaltanwendung auf Kosten von Leben und Eigentum in Palästina betrieben hat".

- Bericht der hochrangigen Erkundungsmission in Beit Hanoun gemäß Ratsresolution S-3/1 (1. September 2008, Erzbischof Desmond Tutu und Professor Christine Chinkin): 118

"72. Die Mission drückt allen Opfern des Beschusses von Beit Hanoun am 8. November 2006 ihr Mitgefühl aus. Der Angriff forderte Menschenleben, fügte schreckliche körperliche und seelische Verletzungen zu, riss Familien auseinander, zerstörte Häuser, nahm die Lebensgrundlage und traumatisierte die Bevölkerung. Die Folgen des Angriffs haben diese Übel noch verschlimmert....

75. . . . In Ermangelung einer begründeten Erklärung des israelischen Militärs (das allein im Besitz der relevanten Fakten ist) muss die Mission zu dem Schluss kommen, dass die Möglichkeit besteht, dass der Beschuss von Beit Hanoun ein Kriegsverbrechen im Sinne des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs darstellt. . . .

76. Ein Opfer des Beschusses von Beit Hanoun war die Rechtsstaatlichkeit. Für eine Tat, bei der 19 Menschen getötet und viele weitere verletzt wurden, wurde keine Rechenschaft abgelegt. . . .

- Bericht der gemäß der Resolution S-9/1 des Menschenrechtsrates vom 12. Januar 2009 eingerichteten Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zum Gaza-Konflikt (25. September 2009):[119]

"36. . . . Die Mission fand keine Beweise für die Behauptung, dass Krankenhauseinrichtungen von den Behörden des Gazastreifens oder von bewaffneten palästinensischen Gruppen als Schutz für militärische Aktivitäten genutzt wurden oder dass Krankenwagen zum Transport von Kämpfern oder für andere militärische Zwecke verwendet wurden. Auf der Grundlage ihrer eigenen Untersuchungen und der Erklärungen von Beamten der Vereinten Nationen schließt die Mission aus, dass bewaffnete palästinensische Gruppen von Einrichtungen der Vereinten Nationen aus, die während der Militäroperationen als Schutzräume genutzt wurden, an Kampfhandlungen beteiligt waren. . . .

55. Die Mission untersuchte vier Vorfälle, bei denen die israelischen Streitkräfte palästinensische Zivilisten mit vorgehaltener Waffe dazu zwangen, an Hausdurchsuchungen während der Militäroperationen teilzunehmen. . . . Die Mission kommt zu dem Schluss, dass diese Praxis auf den Einsatz palästinensischer Zivilisten als menschliche Schutzschilde hinausläuft und daher nach dem humanitären Völkerrecht verboten ist.

. . . Die als menschliche Schutzschilde eingesetzten palästinensischen Männer wurden unter Androhung von Tod oder Verletzung verhört, um Informationen über die Hamas, palästinensische Kämpfer und Tunnel zu erhalten. Dies stellt einen weiteren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht dar. . . .

60. Neben der willkürlichen Freiheitsberaubung und der Verletzung der Rechte auf ein ordnungsgemäßes Verfahren zeigen die Fälle der inhaftierten palästinensischen Zivilisten eine Gemeinsamkeit in der Interaktion zwischen israelischen Soldaten und palästinensischen Zivilisten auf, die auch in vielen Fällen, die an anderer Stelle im Bericht erörtert werden, deutlich zutage tritt: kontinuierliche und systematische Misshandlung, Verletzung der persönlichen Würde, erniedrigende und entwürdigende Behandlung, die gegen die Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte verstößt. Die Mission kommt zu dem Schluss, dass diese Behandlung die Verhängung einer Kollektivstrafe gegen diese Zivilisten darstellt und auf Maßnahmen der Einschüchterung und des Terrors hinausläuft. . . .

382. Bei der Bewertung der israelischen Angriffe auf das Gebäude des Legislativrats und das Hauptgefängnis stellt der Ständige interministerieller Ausschuss zunächst

fest, dass die Hamas eine Organisation mit unterschiedlichen politischen, militärischen und sozialpolitischen Komponenten ist. . . .

391. Die Mission weist die Analyse gegenwärtiger und ehemaliger hochrangiger israelischer Beamter zurück, wonach aufgrund des angeblichen Charakters der Hamas-Regierung in Gaza die Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Teilen der Regierungsinfrastruktur in Bezug auf den Konflikt Israels mit der Hamas nicht mehr relevant sei. . . .

392. Der Ständiger interministerieller Ausschuss ist der Ansicht, dass dies ein gefährliches Argument ist, das energisch zurückgewiesen werden sollte, da es mit dem Kardinalprinzip der Unterscheidung unvereinbar ist.

Das humanitäre Völkerrecht verbietet Angriffe auf Ziele, die keinen wirksamen Beitrag zu einer militärischen Aktion leisten. Angriffe, die sich nicht gegen militärische Ziele (oder Ziele mit doppeltem Verwendungszweck) richten, sind Verstöße gegen das Kriegsrecht, unabhängig davon, wie vielversprechend der Angreifer sie aus strategischer oder politischer Sicht betrachtet. . . .

522. Die Warnung, sich in die Stadtzentren zu begeben, erfolgte zu Beginn der Bodeninvasion. Nach Ansicht der Mission war es unter den gegebenen Umständen unvernünftig, davon auszugehen, dass Zivilisten tatsächlich ihre Häuser verlassen würden. Infolgedessen war die Schlussfolgerung, die angeblich Teil der Logik der Soldaten am Boden war, dass diejenigen, die an Ort und Stelle geblieben waren, Kämpfer sein mussten, völlig ungerechtfertigt. . . .

629. In Anbetracht der eingesetzten Waffen und insbesondere des Einsatzes von weißem Phosphor in und um ein Krankenhaus, von dem die israelischen Streitkräfte wussten, dass es nicht nur zahlreiche Verletzte und Verwundete versorgte, sondern auch mehreren hundert Zivilisten Unterschlupf gewährte, stellt die Mission auf der Grundlage aller ihr zur Verfügung stehenden Informationen fest, dass die israelischen Streitkräfte mit dem direkten Angriff auf das Krankenhaus und das Ambulanzdepot unter diesen Umständen gegen Artikel 18 der Vierten Genfer Konvention und gegen das Völkergewohnheitsrecht in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit verstoßen haben. . . .

1027. Die Mission ... stellte fest, dass die systematische Zerstörung der Lebensmittel-, Produktions-, Wasserversorgungs- und Bauindustrie mit der allgemeinen Politik der unverhältnismäßigen Zerstörung eines bedeutenden Teils der Infrastruktur des Gazastreifens zusammenhing.

1214. Mit ihrer übermäßig weit gefassten Definition der "unterstützenden Infrastruktur" haben die israelischen Streitkräfte versucht, einen Rahmen für ihre Aktivitäten zu schaffen, der nach Ansicht der Mission unweigerlich schlimme Folgen für die Nichtkombattanten in Gaza haben sollte. . . .

1215. Erklärungen von politischen und militärischen Führern vor und während der Militäroperationen in Gaza lassen kaum Zweifel daran, dass unverhältnismäßige Zerstörung und Gewalt gegen Zivilisten Teil einer bewussten Politik waren. . . .

1883. Die Militäroperationen im Gazastreifen wurden nach Angaben der israelischen Regierung gründlich und umfassend geplant. Während die israelische Regierung versucht hat, ihre Operationen im Wesentlichen als Reaktion auf Raketenangriffe in Ausübung ihres Rechts auf Selbstverteidigung darzustellen, ist die Mission der Ansicht, dass der Plan zumindest teilweise auf ein anderes Ziel gerichtet war: die Bevölkerung des Gazastreifens als Ganzes. . . .

1888. Der Ständiger interministerieller Ausschuss erkennt uneingeschränkt an, dass die israelischen Streitkräfte, wie jede Armee, die versucht, innerhalb der Parameter des Völkerrechts zu handeln, es vermeiden müssen, das Leben ihrer Soldaten in unangemessener Weise zu riskieren, aber sie dürfen dieses Risiko auch nicht auf das Leben ziviler Männer, Frauen und Kinder übertragen. Die Grundprinzipien der Unterscheidung und der Verhältnismäßigkeit gelten auf dem Schlachtfeld, unabhängig davon, ob es sich bei diesem Schlachtfeld um ein bebautes Stadtgebiet oder um ein offenes Feld handelt.

1889. Das wiederholte Versäumnis, zwischen Kombattanten und Zivilisten zu unterscheiden, scheint dem Ausschuss das Ergebnis einer bewussten Anleitung der Soldaten gewesen zu sein, wie sie von einigen von ihnen beschrieben wurde, und nicht das Ergebnis gelegentlicher Fehlritte. . . .

1891. Aus den von der Mission gesammelten Beweisen geht eindeutig hervor, dass die Zerstörung von Lebensmittelversorgungseinrichtungen, Wasseraufbereitungsanlagen, Betonfabriken und Wohnhäusern das Ergebnis einer bewussten und systematischen Politik der israelischen Streitkräfte war. Sie wurde nicht durchgeführt, weil diese Objekte eine militärische Bedrohung oder Chance darstellten, sondern um der Zivilbevölkerung das tägliche Leben und ein Leben in Würde zu erschweren. . . .

1892. Neben der systematischen Zerstörung der wirtschaftlichen Kapazitäten des Gazastreifens scheint es auch zu einem Angriff auf die Würde der Bevölkerung gekommen zu sein. Dies zeigte sich nicht nur durch den Einsatz menschlicher

Schutzschilder und unrechtmäßige Inhaftierungen unter teilweise unzumutbaren Bedingungen, sondern auch durch die Zerstörung von Häusern, wenn diese besetzt waren, und die Art und Weise, wie die Menschen behandelt wurden, wenn ihre Häuser betreten wurden. Die Graffiti an den Wänden, die Obszönitäten und die oft rassistischen Slogans vermittelten ein Gesamtbild der Demütigung und Entmenschlichung der palästinensischen Bevölkerung. . . .

1893. Die Operationen wurden in allen ihren Phasen sorgfältig geplant. Rechtsgutachten und Ratschläge wurden während der gesamten Planungsphase und auf bestimmten operativen Ebenen während der Kampagne erteilt. Nach Angaben der israelischen Regierung wurden fast keine Fehler gemacht.

Unter diesen Umständen kommt die Mission zu dem Schluss, dass es sich bei dem, was sich Ende 2008 und Anfang 2009 in etwas mehr als drei Wochen ereignete, um einen vorsätzlich unverhältnismäßigen Angriff handelte, der darauf abzielte, eine Zivilbevölkerung zu bestrafen, zu demütigen und zu terrorisieren, ihre lokale wirtschaftliche Fähigkeit, zu arbeiten und sich selbst zu versorgen, radikal zu verringern und ihr ein immer stärkeres Gefühl der Abhängigkeit und Verwundbarkeit aufzuzwingen. . . .

1927. Die Mission stellte fest, dass die israelischen Streitkräfte im Gazastreifen große Gruppen von Personen, die nach der Vierten Genfer Konvention geschützt sind, zusammengetrieben und festgehalten haben. Die Mission stellt fest, dass ihre Inhaftierung weder als Inhaftierung von "ungesetzlichen Kämpfern" noch als Internierung von Zivilisten aus zwingenden Sicherheitsgründen gerechtfertigt werden kann. . . .

1929. Der Ständige interministerielle Ausschuss stellt ferner fest, dass die israelischen Streitkräfte ohne militärische Notwendigkeit rechtswidrig und mutwillig eine Reihe von Objekten und Einrichtungen der Nahrungsmittelproduktion oder -verarbeitung (einschließlich Mühlen, Land und Gewächshäuser), Trinkwasseranlagen, Bauernhöfe und Tiere angegriffen und zerstört haben, was gegen den Grundsatz der Unterscheidung verstößt. Aufgrund der von ihr festgestellten Tatsachen kommt die Mission zu dem Schluss, dass diese Zerstörungen mit dem Ziel durchgeführt wurden, der Zivilbevölkerung den Lebensunterhalt zu verweigern, was einen Verstoß gegen das Gewohnheitsrecht darstellt, das in Artikel 54 (2) des Ersten Zusatzprotokolls zum Ausdruck kommt. Die Mission kommt ferner zu dem Schluss, dass die israelischen Streitkräfte in großem Umfang private Wohnhäuser, Wasserbrunnen und Wassertanks rechtswidrig und mutwillig zerstört haben."

- Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission, die gemäß der Resolution S-21/1 des Menschenrechtsrates (24. Juni 2015) eingesetzt wurde:[120]

"44. ... die große Zahl gezielter Angriffe auf Wohngebäude und die Tatsache, dass solche Angriffe während der gesamten Operation fortgesetzt wurden, selbst nachdem die verheerenden Auswirkungen dieser Angriffe auf Zivilisten und zivile Objekte offensichtlich wurden, geben Anlass zu der Besorgnis, dass es sich bei den Angriffen um eine militärische Taktik gehandelt haben könnte, die Ausdruck einer umfassenderen Politik war, die zumindest stillschweigend von Entscheidungsträgern auf höchster Ebene der israelischen Regierung gebilligt wurde....

51 ... die Tatsache, dass die israelischen Streitkräfte die Art und Weise ihrer Operationen nicht änderten, nachdem anfängliche Episoden von Beschuss zu einer großen Anzahl von zivilen Todesopfern geführt hatten, deutet darauf hin, dass ihre Politik für den Einsatz von Artillerie in dicht besiedelten Gebieten möglicherweise nicht mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar ist.

53. . Die Zerstörung durch Artilleriebeschuss, Luftangriffe und Bulldozer kann als Kriegstaktik eingesetzt worden sein. Ein Teil der Zerstörungen dürfte auf die legitimen Versuche der israelischen Verteidigungskräfte zurückzuführen sein, Tunnel zu beseitigen und ihre Soldaten zu schützen. Die Konzentration der Zerstörung auf Orte in der Nähe der Grünen Linie, die in einigen Gebieten bis zu 100 Prozent betrug, und die systematische Art und Weise, in der diese Gebiete nacheinander eingeebnet wurden, geben jedoch Anlass zu der Sorge, dass eine derart umfangreiche Zerstörung nicht durch eine zwingende militärische Notwendigkeit erforderlich war. Sollte sich dies bestätigen, würde dies einen schweren Verstoß gegen Artikel 147 der Vierten Genfer Konvention darstellen, der ein Kriegsverbrechen ist. . . .

55. . Die Warnungen zur Evakuierung sollten "sterile Kampfzonen" schaffen, und die in dem Gebiet verbliebenen Menschen würden nicht mehr als Zivilisten gelten und somit den Schutz genießen, den ihr Zivilstatus bietet. So erklärte beispielsweise der Leiter des Doktrin-Referats im Hauptquartier des Infanteriekorps, . . . Berichten zufolge erklärte er: "... In Friedenszeiten stehen die Soldaten einer Zivilbevölkerung gegenüber, aber in Kriegszeiten gibt es keine Zivilbevölkerung, sondern nur einen Feind." . . .

56. Die Schlussfolgerung, dass jeder, der sich in einem Gebiet aufhält, vor dem gewarnt wurde, ein Feind oder eine Person ist, die an "terroristischen Aktivitäten" beteiligt ist, oder die Erteilung von Anweisungen in diesem Sinne trägt dazu bei, ein Umfeld zu schaffen, das Angriffe auf Zivilisten begünstigt.

Zivilisten, die sich dafür entscheiden, einer Warnung keine Beachtung zu schenken, verlieren nicht den Schutz, der ihnen durch ihren Status gewährt wird. Zivilisten verlieren ihren Schutz vor Angriffen nur dann, wenn sie direkt an den Feindseligkeiten teilnehmen. Eine bloße Warnung entbindet die israelischen

Verteidigungskräfte nicht von ihrer gesetzlichen Verpflichtung, die Zivilbevölkerung zu schützen.

57. Eine Untersuchung der Aktionen der israelischen Streitkräfte in Shuja'iya im Juli und in Rafah am 1. August zeigt, dass der Schutz der israelischen Soldaten das Verhalten der israelischen Streitkräfte bei diesen Operationen erheblich beeinflusste und zuweilen Vorrang vor der Sorge um die Minimierung ziviler Opfer hatte. Obwohl der Schutz der Truppen ein legitimes Ziel ist, hat die Kommission den deutlichen Eindruck, dass, wenn das Leben der Soldaten auf dem Spiel stand oder die Gefahr einer Gefangennahme bestand. . . .

58. . . . Die Kommission ist der Ansicht, dass die durch solche politischen Prioritäten geschaffene militärische Kultur ein Faktor gewesen sein könnte, der zu der Entscheidung beigetragen hat, in Rafah und Shuja'iya massive Feuerkraft zu entfesseln und dabei die verheerenden Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung völlig außer Acht zu lassen. Darüber hinaus führt die Anwendung dieses Protokolls in einer dicht besiedelten Umgebung durch den Einsatz schwerer Waffen vorhersehbar zu Verstößen gegen die Grundsätze der Unterscheidung und der Verhältnismäßigkeit."

- Bericht über die detaillierten Ergebnisse der unabhängigen Untersuchungskommission, die gemäß der Resolution S-21/1 des Menschenrechtsrats vom 23. Juli 2014 eingesetzt wurde (24. Juni 2015):[121]

293. Die schiere Anzahl der abgefeuerten Granaten sowie der gemeldete Abwurf von über 100 Ein-Tonnen-Bomben in einem kurzen Zeitraum in einem dicht besiedelten Gebiet, zusammen mit dem gemeldeten Einsatz eines Artilleriesperrfeuers, werfen Fragen hinsichtlich der Einhaltung der Regeln der Unterscheidung, der Vorsorge und der Verhältnismäßigkeit durch die IDF auf. Diese von den IDF eingesetzten Methoden und Mittel konnten in einem so kleinen und dicht besiedelten Gebiet nicht auf ein bestimmtes militärisches Ziel gerichtet werden und konnten nicht angemessen zwischen Zivilisten und zivilen Objekten und militärischen Zielen unterscheiden, wie es das humanitäre Völkerrecht verlangt. Die verfügbaren Informationen deuten auch darauf hin, dass die IDF während der Operation in Shuja'iya am 19. und 20. Juli gegen das Verbot verstoßen haben, mehrere unterschiedliche militärische Einzelziele in einem dicht besiedelten Gebiet als ein einziges militärisches Ziel zu behandeln. Daher gibt es starke Hinweise darauf, dass die IDF-Operation in Shuja'iya am 19. und 20. Juli unter Verstoß gegen das Verbot wahlloser Angriffe durchgeführt wurde und möglicherweise ein Kriegsverbrechen darstellt.

294. Die Shuja'iya-Operation gibt auch Anlass zu ernsthaften Bedenken, dass die IDF ihrer Verpflichtung, bei Angriffen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, nicht

nachgekommen ist. Die Wahl der von den IDF eingesetzten Methoden und Mittel kann nicht mit der Verpflichtung in Einklang gebracht werden, ständig darauf zu achten, Zivilisten und zivile Objekte zu verschonen oder zumindest den zufälligen Verlust von zivilem Leben und die Beschädigung ziviler Objekte in einem dicht besiedelten Gebiet zu minimieren. . . .

340. . . . Die umfangreichen Verwüstungen, die die IDF in Khuza'a anrichteten, insbesondere die Zerstörung ganzer Stadtteile durch Artilleriebeschuss, Luftangriffe und Bulldozer, deuten darauf hin, dass die IDF Zerstörungen durchführten, die nicht durch militärische Notwendigkeit bedingt waren. . . .

341. Das Ausmaß der Zerstörung in Verbindung mit den Äußerungen des Kommandanten der für die Khuza'a-Operation verantwortlichen Brigade während der Operation, dass "die Palästinenser verstehen müssen, dass sich dies nicht auszahlt", sind ein Hinweis auf eine Bestrafungsabsicht bei der Aktion der IDF in Khuza'a und können eine kollektive Bestrafung darstellen. . . .

342. Informationen, die die Kommission erhalten hat, deuten darauf hin, dass in mehreren Fällen Palästinenser, die vor allem in ihren Häusern in Khuza'a festgehalten wurden, von IDF-Soldaten beleidigt, geschlagen, mit dem Tode bedroht und anderweitig misshandelt wurden. In einigen Fällen könnte die von einigen Zeugen beschriebene Behandlung einer Folter gleichkommen. . . .

348. Andere Vorfälle und angebliche Verhaltensmuster in Khuza'a werfen eine Reihe völkerrechtlicher Bedenken auf. . . . Zu diesen Vorfällen gehören: die Vorfälle, bei denen Zivilisten angeblich von IDF-Soldaten beschossen wurden; Angriffe auf Krankenwagen; und die unterlassene medizinische Hilfeleistung für Verwundete. . .

418. Die IDF hat argumentiert, dass die hohe Zahl der im Rahmen der Operation "Protective Edge" zerstörten Gebäude auf die gezielte Bekämpfung terroristischer Infrastrukturen und intensive Kämpfe vor Ort zurückzuführen sei. Die von der Kommission gesammelten Beweise, einschließlich der Bewertung der oben genannten Vorfälle, Video- und Fotomaterial, Beobachtungen von UNITAR-UNOSAT und anekdotische Berichte von IDF-Soldaten, deuten jedoch darauf hin, dass das enorme Ausmaß der Zerstörung möglicherweise als Kriegstaktik eingesetzt wurde. . .

576. Neben den Opfern unter der Zivilbevölkerung wurde im Gazastreifen auch enormes ziviles Eigentum zerstört: 18 000 Wohneinheiten wurden ganz oder teilweise vernichtet. . . . [Ein Zuhause hat eine emotionale Dimension - es ist der Ort, an dem Erinnerungen gespeichert werden - und oft auch viele andere Gegenstände,

mit denen die Erinnerungen der Bewohner verbunden sind. Ein zerstörtes oder schwer beschädigtes Haus bedeutet, dass man nicht nur einer physischen Struktur beraubt wird, sondern dass es auch direkte Auswirkungen auf das Wesen der eigenen Existenz hat.

671. Es stellt sich die Frage nach der Rolle hochrangiger Beamter, die in mehreren von der Kommission untersuchten Bereichen die Militärpolitik bestimmen, wie z. B. bei den Angriffen der israelischen Streitkräfte auf Wohnhäuser, dem Einsatz von Artillerie und anderen Sprengwaffen mit großflächiger Wirkung in dicht besiedelten Gebieten, der Zerstörung ganzer Stadtviertel im Gazastreifen und dem regelmäßigen Einsatz scharfer Munition durch die israelischen Streitkräfte, insbesondere bei der Kontrolle von Menschenmengen im Westjordanland. In vielen Fällen mögen einzelne Soldaten die vereinbarte Militärpolitik befolgt haben, aber es kann sein, dass die Politik selbst gegen die Kriegsgesetze verstößt."

- Bericht des Sonderberichterstatters über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (22. Oktober 2021):[122] Der Sonderberichterstatter stellte fest, dass "die bemerkenswerte Toleranz der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem israelischen Exzeptionalismus bei der Durchführung der Besatzung es der Realpolitik ermöglicht hat, Rechte zu übertrumpfen, Macht an die Stelle von Gerechtigkeit zu setzen und Straflosigkeit die Rechenschaftspflicht zu untergraben".

- Bericht des Sonderberichterstatters über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (22. Dezember 2020):[123] Der Sonderberichterstatter stellte fest, dass "das Vorgehen Israels gegen die geschützte Bevölkerung des Gazastreifens einer kollektiven Bestrafung nach dem Völkerrecht gleichkommt. Die zwei Millionen Palästinenser in Gaza sind nicht für die Taten der Hamas und anderer militanter Gruppen verantwortlich, dennoch haben sie einen erheblichen Teil der Bestrafung ertragen, und zwar absichtlich."

- Bericht des Sonderberichterstatters über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (28. August 2023): In Bezug auf die Behandlung palästinensischer Gefangener durch Israel stellte der Sonderberichterstatter "Fälle von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung fest, darunter sexuelle Übergriffe, das Tragen von Kapuzen und Augenbinden, stundenlanges Stehen, das Anbinden an einen Stuhl in schmerzhaften Positionen, Schlaf- und Essensentzug oder stundenlange laute Musik sowie die Bestrafung durch Einzelhaft".[124] Insbesondere in Bezug auf palästinensische Kinder stellte der Sonderberichterstatter fest, dass sie während der Verhöre "schweren Misshandlungen ausgesetzt sind"[125].

31. Im Jahr 2019 stellte der damalige Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs ("IStGH") fest, dass es "eine vernünftige Grundlage für die Annahme" gibt, dass die israelische Armee

"Kriegsverbrechen ... im Zusammenhang mit den Feindseligkeiten im Gazastreifen 2014" begangen hat, und zwar insbesondere.[126] Kürzlich, im Oktober 2023, bestätigte der Ankläger, dass sein "Büro eine laufende Untersuchung mit Zuständigkeit für Palästina hat ... [a]nd dies schließt die Zuständigkeit für aktuelle Ereignisse in Gaza und auch für aktuelle Ereignisse im Westjordanland ein"[127] Der Ankläger stellte fest, dass Israels "[i]mpeding [of] relief supplies ... may constitute a crime within the Court's jurisdiction".[128] Er wies ferner darauf hin, dass sein Büro alle Informationen im Zusammenhang mit israelischen Angriffen auf Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, Kirchen und Moscheen auf die Einhaltung des humanitären Völkerrechts "prüfen" werde.[129] Der Ankläger hat keine neueren Angaben zum Stand der Ermittlungen im Zusammenhang mit der Lage im Staat Palästina gemacht, auch nicht als Reaktion auf das Ersuchen Südafrikas und anderer Staaten vom 17. November 2023, der IstGH möge unter anderem das Verbrechen des Völkermords untersuchen.[130]

2. Das Westjordanland (einschließlich Ost-Jerusalem)

32. Das Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, der größere Teil der besetzten palästinensischen Gebiete, umfasst 5.655 km²

mit einer Bevölkerung von 2,9 Millionen Palästinensern, ist geografisch von Gaza getrennt und durch israelische Siedlungen zersplittert[131].

33. In den Osloer Verträgen wurden die Verwaltungsbefugnisse für drei Gebiete des Westjordanlandes (Gebiete A, B und C - ohne Ostjerusalem) zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Besatzungsmacht Israel aufgeteilt. Das Gebiet A, das 18 % des Westjordanlandes umfasst, steht unter der vollständigen Verwaltungskontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde; das Gebiet B, das 22 % des Westjordanlandes umfasst, steht unter der Verwaltungskontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Sicherheitskontrolle Israels; und das Gebiet C, das 60 % des Westjordanlandes umfasst, steht unter der vollständigen Verwaltungs- und Sicherheitskontrolle Israels.[132] 1967 annektierte Israel angeblich das besetzte Ostjerusalem an sein Territorium, und 1980 nahm es eine Bestimmung in sein Grundgesetz auf, in der es das "vereinte" Jerusalem als Hauptstadt Israels bezeichnete, ein Schritt, der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als "null und nichtig" gerügt wurde und "unverzüglich rückgängig gemacht werden" sollte.[133] Seit 1967 hat Israel 279 "Siedlungen" für israelische Zivilisten im gesamten Westjordanland errichtet - darunter 14 Siedlungen in Ostjerusalem - und sich dabei 750.000 Dunum (185.329 Morgen) palästinensischen Landes angeeignet.[134] Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat wiederholt erklärt, dass die Errichtung solcher Siedlungen durch Israel "keine Rechtsgültigkeit hat und eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und ein großes Hindernis für die Verwirklichung der Zweistaatenlösung und eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens darstellt".[Ungeachtet dessen ist die Zahl der israelischen Siedler, die in das Westjordanland (einschließlich Ostjerusalem) verlegt wurden, dramatisch angestiegen, und zwar von schätzungsweise 247.000 zur Zeit der Osloer Abkommen[136] auf über 700.000 im Jahr 2023.[137] Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IstGH) hat festgestellt, dass es "eine vernünftige Grundlage für die Annahme" gibt, dass "Mitglieder der israelischen Behörden Kriegsverbrechen begangen haben, unter anderem im Zusammenhang mit der Verlegung israelischer Zivilisten in das Westjordanland"[138].

34. Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten beschrieb die Situation im Westjordanland wie folgt:

"53. ...Dort sind die Palästinenser einem harten und willkürlichen Rechtssystem unterworfen, das dem der israelischen Siedler in nichts nachsteht. Ein großer Teil des Westjordanlandes ist für Palästinenser tabu, und sie müssen regelmäßig erhebliche Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit durch Absperrungen, Straßensperren und die Notwendigkeit von schwer zu erlangenden Reisegenehmigungen hinnehmen.

54. Der Zugang zu den natürlichen Ressourcen der besetzten Gebiete, insbesondere zu Wasser, wird unverhältnismäßig stark an Israel und die Siedler vergeben. Ebenso ist das von der Besatzungsmacht verwaltete Planungssystem für die Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten im gesamten Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, zutiefst diskriminierend und begünstigt den Siedlungsbau, während es den Palästinensern erhebliche Hindernisse auferlegt, einschließlich der fortlaufenden Beschlagnahmung von Land, der Zerstörung von Häusern und der Verweigerung von Baugenehmigungen. Israel wendet Praktiken an, die in einigen Fällen auf die gewaltsame Umsiedlung von Palästinensern, vor allem von Bewohnern ländlicher Gebiete, hinauslaufen können, um Land für Siedlungen, militärische Waffentrainingsgebiete und andere Zwecke zu beschlagnahmen, die ausschließlich der Besatzungsmacht vorbehalten sind und wenig oder gar nichts mit ihren legitimen Sicherheitsanforderungen zu tun haben.

55. Ostjerusalem wurde durch die Besatzung zunehmend von seinen traditionellen nationalen, wirtschaftlichen, kulturellen und familiären Verbindungen mit dem Westjordanland abgekoppelt, und zwar aufgrund der Mauer, des wachsenden Rings von Siedlungen und der damit verbundenen Kontrollpunkte sowie der diskriminierenden Genehmigungsregelung. Die Stadtverwaltung vernachlässigt die Dienstleistungen und die Infrastruktur, die Besatzung hat die Wirtschaft dezimiert, und die Palästinenser haben nur eine kleine Fläche, auf der sie Wohnungen bauen können"[139].

35. Das institutionalisierte Regime diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken, die von Israel angewandt werden, unterwirft die Palästinenser einem Apartheidregime.[140] Die Palästinenser im Westjordanland sind hinter einer Trennungsmauer eingeschlossen und sind folgenden Maßnahmen ausgesetzt: diskriminierende Flächennutzungs- und Planungspolitik; strafbewehrte und administrative Hauszerstörungen;¹⁴¹ gewaltsame Übergriffe der israelischen Armee auf palästinensische Dörfer, Städte und Flüchtlingslager, auch im Gebiet A;¹⁴² routinemäßige gewaltsame israelische Razzien in ihren Häusern; willkürliche Verhaftungen und unbefristet verlängerbare Verwaltungshaft (Internierung ohne Gerichtsverfahren); und ein duales Rechtssystem, nach dem Palästinenser nach israelischem Militärrecht vor israelischen Militärgerichten verurteilt werden, ohne den grundlegenden Schutz des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, während israelische Siedler, die in demselben Gebiet leben, einem anderen Rechtssystem unterliegen und vor israelischen Zivilgerichten mit einem ordnungsgemäßen Verfahren verurteilt werden.[143]

36. Auch Palästinenser im Westjordanland sind regelmäßig der Gewalt israelischer Soldaten und bewaffneter Siedler ausgesetzt. Vor dem 7. Oktober 2023, zwischen dem 1. Januar und dem 6. Oktober 2023, wurden 199 Palästinenser von israelischen Soldaten oder Siedlern im Westjordanland getötet und 9.000 weitere verletzt.[144] Im September 2023 hatte Save the Children das Jahr 2023 bereits zum tödlichsten Jahr für palästinensische Kinder im Westjordanland seit 2005 erklärt, da mindestens 38 palästinensische Kinder getötet wurden.[145] Seit dem 7. Oktober 2023 wurden weitere 295 Palästinenser, darunter 77 Kinder, von israelischen Soldaten und Siedlern getötet und weitere 3.803, darunter 576 Kinder, verwundet - viele davon schwer. 146] Insgesamt wurden 495 Palästinenser im Westjordanland getötet, was es zum "tödlichsten Jahr für Palästinenser" seit 2005 macht. 147]

37. In einer Welle willkürlicher Massenverhaftungen hat Israel mehr als 3.000 Palästinenser aus dem Westjordanland und Ostjerusalem festgenommen, unter anderem wegen Posts in den sozialen Medien, die sich auf die Lage in Gaza bezogen.[148] Israel hat die Zahl der Palästinenser, die ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Verwaltungshaft gehalten werden, auf 2070 erheblich erhöht.[149] Tausende Palästinenser aus Gaza, die in Israel arbeiten, wurden ebenfalls willkürlich festgenommen und inhaftiert, wobei 3.200 am 3. November 2023 unter heftigen Bombardierungen gewaltsam nach Gaza zurückgebracht wurden. Berichte, dass die palästinensischen Arbeiter bei der Verhaftung misshandelt wurden und körperlicher Gewalt, Missbrauch und Demütigung ausgesetzt waren, sind weit verbreitet.[150] Viele palästinensische erwachsene und minderjährige Gefangene aus dem Westjordanland, die im Austausch gegen israelische Geiseln freigelassen wurden, berichten ebenfalls von schweren Misshandlungen, schweren Schlägen und anderen Verletzungen der persönlichen Würde, insbesondere seit dem 7. Oktober 2023, sowie von Einschränkungen des Zugangs zu Nahrung, Wasser, medizinischer Behandlung und Strom in israelischer Haft.[151] Insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 sind sechs palästinensische Gefangene aus dem Westjordanland in israelischem Gewahrsam gestorben.[152] 19 israelische Gefängniswärter wurden Berichten zufolge verhört, weil sie einen der Gefangenen, Tha'er Abu Asab, im Ketziot-Gefängnis zu Tode geprügelt haben.[153]

38. Seit dem 7. Oktober 2023 haben israelische Streitkräfte Luftangriffe und militärische Angriffe auf Flüchtlingslager im Westjordanland durchgeführt, bei denen viele Palästinenser getötet, Straßen mit Bulldozern geräumt und strenge Bewegungsbeschränkungen auferlegt wurden.[154] Es gab 236 Angriffe auf die "Gesundheitsversorgung" - einschließlich Krankenhäuser - im Westjordanland, wobei israelische Streitkräfte medizinisches Personal und Krankenwagen festhielten und Krankenwagen daran hinderten, zu den Verwundeten zu gelangen.[155] Bewaffnete israelische Siedlerangriffe auf Palästinenser - die offen von israelischen Politikern unterstützt werden - sind ebenfalls dramatisch eskaliert.[156] Siedler - oft in Begleitung israelischer Soldaten - haben mindestens acht Palästinenser getötet und mindestens 85 weitere verletzt, Palästinenser, insbesondere Bauern, in Angst und Schrecken versetzt und Eigentum beschädigt.[157] 2.186 Palästinenser im Westjordanland, darunter 1.058 Kinder, wurden seit dem 7. Oktober 2023 infolge der extremen israelischen Siedlergewalt, der von der israelischen Armee durchgeführten strafweisen oder administrativen Hauszerstörungen und der bei israelischen Militärrazzien und -operationen verursachten Schäden an Häusern vertrieben. 158] Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs erklärte im Dezember 2023, dass er die Ermittlungen zu israelischen Siedlerangriffen im Westjordanland "beschleunigt" habe. 159]

39. Israels Handlungen im Westjordanland seit dem 7. Oktober 2023 - einschließlich seiner Unterstützung und seines Versagens, israelische Siedler für die Aufwiegelung und Gewalt gegen Palästinenser und palästinensisches Eigentum zu verhindern oder zu bestrafen, einschließlich der Vertreibung gefährdeter palästinensischer Gemeinschaften von ihrem Land - sind untrennbar mit Israels Handlungen im Gazastreifen verbunden und stellen zumindest einen wichtigen Kontext für Israels Verstöße gegen die Völkermordkonvention dar.

3. Die Anschläge in Israel vom 7. Oktober 2023

40. Israels Militärangriff im Gazastreifen und seine verstärkte Militärkampagne im Westjordanland wurden als Reaktion auf einen Angriff in Israel am 7. Oktober 2023 (genannt "Operation Al Aqsa-Flut") durch zwei bewaffnete palästinensische Gruppen - den militärischen Flügel der Hamas (die "Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden") und den Palästinensischen Islamischen Dschihad - eingeleitet. Die Gruppen feuerten ein umfangreiches Raketenfeuer auf Israel ab, durchbrachen den israelischen Zaun, der den Gazastreifen belagert, und griffen israelische Militärstützpunkte und zivile Städte sowie ein Musikfestival an, an dem Tausende von Jugendlichen teilnahmen, und zwar unter Umständen, die vom Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs untersucht werden.[160] Südafrika verurteilt unmissverständlich die Angriffe der Hamas und anderer bewaffneter palästinensischer Gruppen auf israelische und ausländische Zivilisten sowie die Geiselnahme vom 7. Oktober 2023, wie es in seiner Verbalnote an Israel vom 21. Dezember 2023 ausdrücklich festgestellt hat.

41. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden nach Angaben der israelischen Behörden über 1.200 Israelis und Ausländer in Israel getötet, darunter 36 Kinder, die meisten davon am 7. Oktober 2023 selbst.[161] Etwa 240 Zivilisten - darunter ältere Menschen, Frauen und Kinder - und israelische Soldaten wurden als Geiseln in den Gazastreifen gebracht. Nur 110 von ihnen wurden bisher im Austausch gegen 240 Palästinenser - darunter ältere Menschen, Frauen und Kinder - freigelassen, die von Israel inhaftiert oder "verwaltungsmäßig festgehalten" wurden.[162] 57 Geiseln sollen bei israelischen Bombardierungen des Gazastreifens getötet worden sein; weitere drei Geiseln wurden nachweislich von israelischen Soldaten in Gaza erschossen.[163] Aus dem Gazastreifen werden weiterhin Raketen auf israelisches Gebiet abgefeuert, was dazu führt, dass Zehntausende von Israelis evakuiert werden müssen, insbesondere aus Gemeinden, die an den Sicherheitszäunen zum Gazastreifen und zum Libanon liegen.[164] Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) hat gewarnt, dass Geiselnahmen "einen schweren Verstoß gegen die Genfer Konventionen" darstellen und dass die Entführung und das Festhalten von Kindern einen "ungeheuerlichen Verstoß gegen die grundlegenden Prinzipien der Menschlichkeit" darstellt.[165] Die Resolutionen ES-10/21 und ES-10/22 (2023) der Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilen Gewaltakte gegen israelische Zivilisten und fordern die Freilassung aller Zivilisten, die unrechtmäßig gefangen gehalten werden. [166] Die Resolution 2712 (2023) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen fordert ebenfalls "die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln, die von der Hamas und anderen Gruppen festgehalten werden". [167]

42. Als Reaktion auf die Anschläge vom 7. Oktober 2023 gelobte Israel, die Hamas zu "zerschlagen und zu eliminieren" und "die feindlichen Kräfte, die in unser Gebiet eingedrungen sind, zu beseitigen und die Sicherheit wiederherzustellen"[168]. Am 7. Oktober 2023 erklärte der israelische Premierminister, dass "die IDF sofort alle ihre Kräfte einsetzen werden, um die Fähigkeiten der Hamas zu zerstören. Wir werden sie vernichten und diesen dunklen Tag, den sie dem Staat Israel und seinen Bürgern aufgezwungen haben, mit aller Kraft rächen"[169] Am 9. Oktober 2023 verkündete der Premierminister, dass "Israel sich im Krieg befindet".[170] Sowohl er als auch der israelische Präsident haben sich auf das "Recht auf Selbstverteidigung" berufen, um Israels anhaltende militärische Aktivitäten im Gazastreifen zu rechtfertigen. [171] Die Eskalation der Feindseligkeiten zwischen Israel und der Hamas, die von Israel als "Krieg mit eisernen Schwertern" bezeichnet wird, wird in internationalen westlichen Medien und Kommentaren als "Israel-Hamas-Krieg" bezeichnet. [172]

C. Völkermörderische Handlungen gegen das palästinensische Volk

43. Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über die Handlungen Israels, die unter Berücksichtigung ihrer Art, ihres Umfangs und ihres Kontextes den Charakter eines Völkermordes haben. Diese Handlungen sind fortlaufend und finden in einem Konfliktkontext statt, in dem Israel absichtlich Telekommunikationssperren über den Gazastreifen verhängt und den Zugang von Untersuchungsorganen¹⁷³ und internationalen Medien einschränkt.[174] Gleichzeitig werden palästinensische Journalisten in einem Ausmaß getötet, das deutlich höher ist als in jedem anderen Konflikt der letzten 100 Jahre. In den zwei Monaten seit dem 7. Oktober 2023 überstieg die Zahl der getöteten Journalisten bereits die des gesamten Zweiten Weltkriegs.[175] Weitere Einzelheiten zu diesen Taten werden im Laufe dieses Verfahrens vorgelegt. Die verfügbaren Informationen belegen jedoch, dass Israel: (1) Palästinenser in Gaza - einschließlich palästinensischer Kinder - in großer Zahl tötet; (2) den Palästinensern in Gaza, einschließlich palästinensischer Kinder, schwere körperliche und seelische Schäden zufügt und ihnen Lebensbedingungen auferlegt, die ihre Zerstörung als Gruppe bewirken sollen. Zu diesen Bedingungen gehören: (3) die Vertreibung aus den Häusern und die Massenvertreibung sowie die großflächige Zerstörung von Häusern und Wohngebieten; (4) der Entzug des Zugangs zu angemessener Nahrung und Wasser; (4) der Entzug des Zugangs zu angemessener medizinischer Versorgung; (5) der Entzug des Zugangs zu angemessener Unterkunft, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen; und (6) die Zerstörung des Lebens der palästinensischen Bevölkerung in Gaza; und (7) die Verhängung von Maßnahmen, die palästinensische Geburten verhindern sollen.

44. Die Chefs der Vereinten Nationen und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz ("IKRK") - denen Konfliktsituationen nicht fremd sind - haben das, was sich in Gaza abspielt, als "Krise der Menschlichkeit" bezeichnet.[176] "Veteranen der humanitären Hilfe, die in Kriegsgebieten und Katastrophen auf der ganzen Welt gedient haben - Menschen, die alles gesehen haben - [sagen], dass sie nichts gesehen haben, was sie heute in Gaza sehen" (Generalsekretär der Vereinten Nationen).[177] Es handelt sich um ein "moralisches Versagen", das "unerträgliches Leid" verursacht (IKRK-Präsident),[178] "Dies ist jetzt eine apokalyptische Situation, denn dies sind die Überreste einer Nation, die in ein Loch im Süden getrieben wurde" (Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen).[179] Sie beschreiben die

Palästinenser im Gazastreifen als "in völligem, sich vertiefendem Schrecken lebend", da sie "weiterhin unerbittlich von Israel bombardiert werden ... Tod, Belagerung, Zerstörung und Entzug der wichtigsten menschlichen Bedürfnisse wie Nahrung, Wasser, lebensrettende medizinische Versorgung und andere lebenswichtige Dinge in massivem Ausmaß erleiden"; es ist "apokalyptisch" (Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte).[180] "Eine ganze Bevölkerung wird belagert und angegriffen, ihr wird der Zugang zum Überlebensnotwendigen verwehrt, ihre Häuser, Unterkünfte, Krankenhäuser und Gotteshäuser werden bombardiert" (Principals of the United Nations Inter-Agency Standing Committee).[181] Der Gazastreifen ist "der gefährlichste Ort der Welt, um ein Kind zu sein" (Exekutivdirektor des Internationalen Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF)),[182] es ist eine "lebende Hölle", es ist "ein Krieg der Superlative, alles ist beispiellos" und "uns fehlen die Worte, um zu beschreiben, was vor sich geht" (Generalkommissar des UNRWA).[183]

1. Tötung von Palästinensern in Gaza

45. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums wurden seit Beginn der israelischen Militärangriffe auf den Gazastreifen mehr als 21.110 Palästinenser getötet, von denen man annimmt, dass mindestens 70 Prozent Frauen und Kinder sind.[184] Weitere geschätzte 7.780 Menschen, darunter mindestens 4.700 Frauen und Kinder, werden als vermisst gemeldet, vermutlich tot unter den Trümmern zerstörter Gebäude - sie sterben einen langsamen Tod - oder verwesen in den Straßen, in denen sie getötet wurden[185] Israels Blockade angemessener Treibstoffimporte, seine Zerstörung der Infrastruktur und die von ihm verhängten Stromausfälle behindern die Rettungsversuche erheblich. Am 8. Dezember 2023 war Berichten zufolge nur ein einziges Rettungsfahrzeug im gesamten Gazastreifen einsatzbereit, so dass die Überlebenden gezwungen waren, mit bloßen Händen nach Überlebenden zu graben.[186] Das Ausmaß der israelischen Tötungen ist so groß, dass die Leichen in Massengräbern verscharrt werden, die oft nicht identifiziert werden können.[187]

46. "Nirgendwo ist es sicher in Gaza", wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen - und viele andere Experten der Vereinten Nationen - der internationalen Gemeinschaft jetzt klar gemacht haben.[188] Palästinenser in Gaza wurden in ihren Häusern getötet, an Orten, an denen sie Schutz suchten, in Krankenhäusern, in UNWRA-Schulen, in Kirchen, in Moscheen und als sie versuchten, Nahrung und Wasser für ihre Familien zu finden. Sie wurden getötet, wenn sie nicht evakuiert wurden, an den Orten, an die sie geflohen waren, und sogar, als sie versuchten, entlang der von Israel als "sicher" deklarierten Routen zu fliehen.[189] Es häufen sich Berichte über summarische Hinrichtungen durch israelische Soldaten, auch an mehreren Mitgliedern derselben Familie - Männern, Frauen und älteren Menschen.[190] So wurde berichtet, dass in Gaza-Stadt mindestens elf männliche Mitglieder der Familie Annan und ihre Verwandten - Jungen und Männer - von israelischen Soldaten getrennt und vor den Augen ihrer Familie erschossen wurden, bevor die Frauen und Kinder angegriffen wurden.[191] Es gibt auch Berichte über unbewaffnete Menschen - einschließlich israelischer Geiseln -, die auf der Stelle erschossen wurden, obwohl sie keine Bedrohung darstellten, auch wenn sie weiße Fahnen schwenkten.[192] Angriffe auf palästinensische Häuser und Wohnblocks sind für eine beträchtliche Anzahl von Toten verantwortlich,[193] wobei

Israel Berichten zufolge künstliche Intelligenz ("AI") einsetzt, um bis zu 100 Bombenziele pro Tag zu generieren.[194]

47. Israel wirft angeblich "stumme" (d.h. ungelenkte) Bomben auf den Gazastreifen ab,[195] aber auch schwere Bomben mit einem Gewicht von bis zu 2.000 Pfund (900 kg),[196] die einen vorausgesagten tödlichen Radius von "bis zu 360 m" haben und "voraussichtlich schwere Verletzungen und Schäden bis zu 800 m vom Einschlagspunkt entfernt verursachen"[197]. Diese Waffen werden in einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt eingesetzt, in dem inzwischen etwa einer von 100 Menschen getötet wurde. Bei einigen israelischen Angriffen auf palästinensische Wohnhäuser und Flüchtlingslager wurden mehr als 110 Palästinenser getötet.[198] Schätzungsweise 1.779 palästinensische Familien im Gazastreifen haben mehrere Familienmitglieder verloren, und Hunderte von Mehrgenerationen-Familien wurden in ihrer Gesamtheit getötet, so dass es keine Überlebenden mehr gibt - Mütter, Väter, Kinder, Geschwister, Großeltern, Tanten, Cousins und Cousinen - die oft alle zusammen getötet wurden.[Bis zum 7. November 2023 hatten 312 palästinensische Familien in Gaza jeweils mehr als 10 Mitglieder verloren.[200] Zahlreiche palästinensische Familien haben jeweils mehr als 70 Mitglieder verloren.[201] Das Ausmaß der Sterblichkeit in palästinensischen Familien ist so hoch, dass Mediziner in Gaza ein neues Akronym prägen mussten: "WCNSF", was so viel wie "verwundetes Kind, keine überlebende Familie" bedeutet.[202]

48. Vor allem für palästinensische Kinder ist "der Tod überall" und "nirgendwo ist man sicher".[203] Insgesamt wurden bisher über 7.729 palästinensische Kinder im Gazastreifen getötet - jeden Tag werden über 115 palästinensische Kinder im Gazastreifen getötet.[204] Es wird geschätzt, dass allein in den ersten drei Wochen im Gazastreifen mehr palästinensische Kinder getötet wurden (insgesamt 3.195) als in allen Konfliktgebieten der Welt seit 2019 jährlich insgesamt Kinder getötet werden.[205] Das Ausmaß der palästinensischen Kindermorde im Gazastreifen ist so groß, dass die Vereinten Nationen ihn als "Kinderfriedhof" bezeichnet haben. [206] Die beispiellose Zahl der palästinensischen Kinderopfer hat den UNICEF-Sprecher dazu veranlasst, die israelischen Angriffe auf den Gazastreifen als "Krieg gegen Kinder" zu bezeichnen. Er erklärte:

"Die meisten Krisen treffen Kinder besonders hart, weil sie am meisten gefährdet sind, aber in den meisten Fällen liegt die Zahl der Kinder bei etwa 20 Prozent. Dies sind 40. Das ist doppelt so tödlich für Kinder wie bei vielen Konflikten in den letzten 15 oder 20 Jahren, und leider liegt das an der schier unvorstellbaren Bevölkerungsdichte, der wahllosen Art, und wenn wir sehen, dass es nicht einmal Lippenbekenntnisse zu sicheren Zonen mit Wasser und sanitären Einrichtungen für Kinder und junge Mädchen gibt. Die gleiche Missachtung der Kinder zeigt sich auch bei den Bombardierungen. Deshalb sind 40 Prozent der Todesopfer Kinder. Das ist der Grund, warum es ein Krieg gegen Kinder ist." [207]

49. Auch Ärzte, Journalisten, Lehrer, Akademiker und andere Berufsgruppen werden in einem noch nie dagewesenen Ausmaß getötet. Bis heute wurden in Israel über 311 Ärzte, Krankenschwestern und andere Mitarbeiter des Gesundheitswesens getötet, darunter auch Ärzte und Krankenwagenfahrer, die im Dienst getötet wurden; 208 103 Journalisten, d. h. mehr als einer pro

Tag[209] und mehr als 73 Prozent der Gesamtzahl der im Jahr 2023 weltweit getöteten Journalisten und Medienmitarbeiter; 210 40 Mitarbeiter des Zivilschutzes, die bei der Bergung von Opfern aus den Trümmern halfen, wurden während ihres Dienstes getötet; und über 209 Lehrer und pädagogische Mitarbeiter.[211] Auch 144 Mitarbeiter der Vereinten Nationen sind ums Leben gekommen, die "höchste Zahl an getöteten Helfern in der Geschichte der Vereinten Nationen in so kurzer Zeit"[212] Es wird geschätzt, dass "es Jahre dauern wird, die Überreste der Menschen unter den Trümmern zu bergen" und dass "der kostspielige, technische Prozess nicht zur Identifizierung jeder Leiche führen wird"[213].

50. Die Palästinenser im Gazastreifen werden nicht nur durch israelische Waffen getötet, sondern sind auch unmittelbar vom Tod durch Verhungern, Austrocknen und Krankheiten bedroht, da die israelische Belagerung anhält, die palästinensische Bevölkerung nur unzureichend mit Hilfsgütern versorgt wird und die Verteilung der begrenzten Hilfsgüter, die aufgrund der Zerstörung der Infrastruktur des Gazastreifens durch die israelischen Militärangriffe in das Gebiet gelangen dürfen, äußerst schwierig ist[214].

2. Schwere körperliche und seelische Schäden für Palästinenser in Gaza verursachen

51. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden bei den israelischen Militärangriffen auf den Gazastreifen mehr als 55.243 Palästinenser verwundet, die meisten von ihnen Frauen und Kinder.[215] Verbrennungen und Amputationen sind typische Verletzungen,[216] wobei schätzungsweise 1.000 Kinder ein oder beide Beine verloren haben.[217] Es gibt Berichte über den Einsatz von weißem Phosphor durch israelische Streitkräfte in dicht besiedelten Gebieten im Gazastreifen: Wie die Weltgesundheitsorganisation beschreibt, können selbst geringe Mengen weißen Phosphors tiefe und schwere Verbrennungen verursachen, die sogar Knochen durchdringen und sich nach der ersten Behandlung wieder entzünden können.[218] Vor allem im Norden des Gazastreifens gibt es keine funktionierenden Krankenhäuser, so dass die Verletzten "auf den Tod warten" müssen und nicht in der Lage sind, eine Operation oder eine über die erste Hilfe hinausgehende medizinische Behandlung in Anspruch zu nehmen, sondern einen langsamen, qualvollen Tod an ihren Verletzungen oder an den daraus resultierenden Infektionen sterben[219].

52. Das extreme Ausmaß der Bombardierung und das Fehlen sicherer Gebiete führen auch zu schweren psychischen Traumata bei der palästinensischen Bevölkerung in Gaza.[220] Schon vor dem jüngsten Angriff litten die Palästinenser in Gaza unter schweren Traumata durch frühere Angriffe: 80 Prozent der palästinensischen Kinder litten unter einem erhöhten Maß an emotionaler Belastung, zeigten Bettnässen (79 Prozent) und reaktiven Mutismus (59 Prozent) sowie Selbstverletzungen (59 Prozent) und Selbstmordgedanken (55 Prozent).[221] Elf Wochen unerbittlicher Bombardierung, Vertreibung und Verlust werden zwangsläufig zu einem weiteren Anstieg dieser Zahlen geführt haben, insbesondere bei den schätzungsweise zehntausenden palästinensischen Kindern, die mindestens einen Elternteil verloren haben,

[222] Für die Familien, die intakt oder teilweise intakt geblieben sind, "geht es darum, alles zu tun, damit das Kind nicht merkt, dass man die Kontrolle verloren hat"[223].

53. Es ist bereits bekannt, dass "[r]epeated exposure to conflict and violence, including witnessing and experiencing housing demolition, combined with Israel's siege of Gaza since 2007" "associated with high levels of psychological distress among Palestinians"[224] In der Tat hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Resolution 2712 (2023) seine "tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Unterbrechung des Zugangs zu Bildung dramatische Auswirkungen auf Kinder hat und dass der Konflikt lebenslange Auswirkungen auf ihre physische und psychische Gesundheit hat".[225] Diese Unterbrechung und ihre "dramatischen Auswirkungen" auf die Kinder müssen insbesondere vor dem Hintergrund der Zahl der getöteten palästinensischen Schüler und Lehrer (4 037 bzw. 209) und der Verwundeten (schätzungsweise 7 259)[226] sowie der Zahl der beschädigten oder zerstörten palästinensischen Schulen (352, d. h. 74 % der Schulen im gesamten Gazastreifen) betrachtet werden.[227] Mediziner schätzen ein, dass "die gesundheitlichen Auswirkungen auf alle palästinensischen Kinder, Frauen, Männer, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit marginalisierten Identitäten immens sind"[228] Eine Notfallkoordinatorin von Ärzten ohne Grenzen, die nach ihrer Rückkehr von einem fünfwöchigen Aufenthalt in Gaza interviewt wurde, beschrieb:

"In Wirklichkeit ist es noch schlimmer, als es aussieht. Es ist - das Ausmaß des Leidens ist einfach etwas... Unvergleichliches. Es ist wirklich unerträglich. Ich bin sprachlos, wenn ich versuche, an die Zukunft dieser Kinder zu denken. Es sind Generationen von Kindern, die behindert sein werden, die traumatisiert sein werden. Gerade die Kinder in unserem Programm für psychische Gesundheit sagen uns, dass sie lieber sterben würden, als weiter in Gaza zu leben." [229]

54. Neben seiner militärischen Kampagne hat Israel seine palästinensischen Mitglieder in Gaza entmenschlicht und grausam, unmenschlich und erniedrigend behandelt. Berichten zufolge wurden zahlreiche palästinensische Zivilisten, darunter auch Kinder, verhaftet, mit verbundenen Augen, gezwungen, sich auszuziehen und in der Kälte im Freien zu bleiben, bevor sie auf Lastwagen gezwungen und an unbekannte Orte gebracht wurden.[230] Insbesondere Sanitäter und Ersthelfer wurden wiederholt von den israelischen Streitkräften festgenommen, wobei viele von ihnen ohne Kontakt zur Außenwelt an unbekanntem Orten festgehalten wurden.[231] Videos, die von israelischen Medien am Weihnachtstag veröffentlicht wurden, zeigten offenbar Hunderte von Palästinensern, die im Al-Yarmouk-Fußballstadion in Gaza-Stadt zusammengetrieben wurden, "darunter Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, die gezwungen wurden, sich unter entwürdigenden Bedingungen bis auf die Unterwäsche auszuziehen".[232] Viele palästinensische Gefangene, die freigelassen wurden, berichten, dass sie gefoltert und misshandelt wurden, u. a. durch den Entzug von Nahrung, Wasser, Unterkunft und Zugang zu Toiletten;[233] das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) berichtet von "Videoaufnahmen, die blaue Flecken und Verbrennungen an den Körpern der Gefangenen zeigen".[234] Bilder von verstümmelten und verbrannten Leichen - neben Videos von bewaffneten Angriffen israelischer Soldaten -, die als "exklusive Inhalte aus dem Gazastreifen" angepriesen werden, werden Berichten zufolge in Israel über einen Social-Media-"Telegram"-Kanal namens "72 Virgins - Uncensored" verbreitet[235].

3. Massenhafte Vertreibung von Palästinensern aus ihren Häusern und Vertreibung von Palästinensern in Gaza

55. Schätzungen zufolge wurden mehr als 1,9 Millionen der 2,3 Millionen Einwohner des Gazastreifens - etwa 85 % der Bevölkerung - aus ihren Häusern vertrieben[236]. Sie können nirgendwohin in Sicherheit fliehen, und diejenigen, die nicht gehen können oder sich weigern, vertrieben zu werden, wurden in ihren Häusern getötet oder laufen Gefahr, getötet zu werden.

56. Israel erlässt wiederholt "Evakuierungsbefehle", in denen palästinensische Zivilisten in bestimmten Gebieten des Gazastreifens aufgefordert werden, ihre Häuser in andere Gebiete zu verlegen. Der erste dieser Befehle vom 13. Oktober 2023 verlangte, dass die 1,1 Millionen Palästinenser, die im Norden des Gazastreifens, einschließlich Gaza-Stadt, leben oder sich anderweitig dort aufhalten, innerhalb eines Zeitfensters von 24 Stunden in den Süden des Gazastreifens umziehen sollten.[237] Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz warnte, dass die Evakuierungsanweisung, die etwa 36 Prozent des Gazastreifens betrifft, in Verbindung mit der vollständigen Belagerung des Gazastreifens nicht mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar sei.[238] Die Weltgesundheitsorganisation warnte, dass dies für Krankenhauspatienten "einem Todesurteil gleichkommen könnte"[239]. Die Evakuierung wurde jedoch aufrechterhalten und bei mehreren Gelegenheiten erneut angeordnet, unter anderem am 28. Oktober 2023,[240] vor der israelischen Ankündigung von Bodenoperationen im nördlichen Gazastreifen, und auch danach. Israel hat auch spezifischere Evakuierungsaufforderungen herausgegeben und die Menschen in bestimmten Teilen von Gaza-Stadt aufgefordert, in andere Teile zu evakuieren.[241] Viele derjenigen, die nicht bereit oder in der Lage sind zu evakuieren, werden dann in ihren Häusern bombardiert.[242]

57. Palästinenser, die gemäß den israelischen Evakuierungsbefehlen aus dem Norden fliehen, wurden aufgefordert, sich an bestimmten Tagen und zu bestimmten Zeiten entlang der Hauptverkehrsader des Gazastreifens, der Salah Al Din Road, nach Süden zu bewegen.

Es gab jedoch zahlreiche Berichte über Beschuss entlang der Routen und andere Gewalttaten der israelischen Streitkräfte gegen evakuierende palästinensische Zivilisten, einschließlich unmenschlicher und erniedrigender Behandlung, willkürlicher Verhaftungen, rechtswidriger Festnahmen und Tötungen.[243] Israel hat während dieser Zeit auch die Bombardierung südlich des Wadi Gaza fortgesetzt und dabei viele Palästinenser getötet, die evakuiert worden waren,[244] was viele palästinensische Familien zunächst dazu veranlasste, nach Norden zurückzukehren, um zumindest zu riskieren, in der vertrauten Umgebung ihrer Häuser bombardiert zu werden.[245] Einige derjenigen, die während der vorübergehenden Pause der Feindseligkeiten zwischen Israel und der Hamas versuchten, nach Norden zurückzukehren, wurden von israelischen Streitkräften beschossen, die mindestens zwei Menschen töteten und andere verletzten.[246]

58. Am 1. Dezember 2023 - dem Ende der achttägigen befristeten Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas - begann Israel mit dem Abwurf von Flugblättern, die die Palästinenser aufforderten, die Gebiete im Süden zu verlassen, in die sie zuvor zur Flucht aufgefordert worden waren - ein Gebiet, das etwa 30 Prozent des Gazastreifens ausmacht.[247] Wie der Sonderberichterstatter der

Vereinten Nationen für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen feststellte, "hat Israel die Sicherheitsversprechen gebrochen, die es denjenigen gemacht hatte, die seiner Aufforderung zur Räumung des nördlichen Gazastreifens vor zwei Monaten nachgekommen waren. Jetzt wurden sie zusammen mit der Bevölkerung des südlichen Gazastreifens erneut gewaltsam vertrieben." [248] Israel veröffentlichte außerdem eine detaillierte Karte im Internet, auf der der Gazastreifen in Hunderte von kleinen Gebieten unterteilt ist. [249] Die Karte sollte angeblich über israelische Anordnungen zur Evakuierung einzelner Gebiete vor geplanten Luftangriffen informieren. Wie das OCHA jedoch feststellte, wird in der Veröffentlichung nicht angegeben, wohin die Menschen evakuiert werden sollten". Darüber hinaus haben die meisten Palästinenser im Gazastreifen nach monatelangem Bombardement - inmitten des von Israel seit dem 11. Oktober 2023 verhängten Stromausfalls und regelmäßiger Stromausfälle in der Telekommunikation²⁵⁰ - kaum Zugang zu Elektrizität, um Telefone oder andere Geräte aufzuladen, und keine verlässliche Möglichkeit, auf die Karte zuzugreifen. [251] Der Generalsekretär der Vereinten Nationen bemerkte, dass "die Menschen im Gazastreifen aufgefordert werden, sich wie menschliche Flipperkugeln zu bewegen, die zwischen immer kleineren Teilen des Südens hin- und hergeschleudert werden, ohne irgendetwas von dem, was sie zum Überleben brauchen." [252]

59. Die Palästinenser sind nicht sicher, nicht einmal in diesen "kleinen ... Flecken": wie die Leiter der Vereinten Nationen immer wieder betonen. "Kein Ort ist sicher", [253] es gibt "keinen sicheren Ort, an den man gehen kann", [254] der Direktor des UNRWA in Gaza plädierte dafür, dass "die Menschen in Gaza Menschen sind ... sie sind keine Figuren auf einem Schachbrett - viele sind bereits mehrmals vertrieben worden. Die israelische Armee befiehlt den Menschen einfach, in Gebiete zu ziehen, in denen laufend Luftangriffe stattfinden" [255]. [256] Die erhöhte Bevölkerungsdichte infolge der Evakuierungs-"Befehle" macht auch die israelischen Angriffe immer tödlicher. Am Heiligabend selbst bombardierte die israelische Armee das Flüchtlingslager Al Maghazi in der Middle Area - ein Gebiet, in das Zehntausende von Palästinensern aus dem Norden geflohen waren - und tötete dabei schätzungsweise 86 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, und verletzte viele andere. [257] Ein Sprecher des OHCHR erklärte, man sei "sehr besorgt" darüber, dass "dieses jüngste intensive Bombardement erfolgte, nachdem die israelischen Streitkräfte den Bewohnern des südlichen Wadi Gaza befohlen hatten, nach Middle Gaza zu ziehen" [258].

60. Für viele Palästinenser ist die erzwungene Evakuierung aus ihren Häusern zwangsläufig von Dauer. Israel hat inzwischen schätzungsweise 355.000 palästinensische Häuser beschädigt oder zerstört - das entspricht 60 Prozent des gesamten Wohnungsbestands in Gaza. Das Ausmaß der Zerstörung hat vor allem den Norden des Gazastreifens weitgehend unbewohnbar gemacht, während die Zerstörung im Süden ein ähnliches Ausmaß erreicht hat. Wie der Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen feststellte, "wurden die Wohnhäuser und die zivile Infrastruktur des Gazastreifens dem Erdboden gleichgemacht, was jede realistische Aussicht auf eine Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat zunichte macht und die lange Geschichte der massenhaften Zwangsvertreibung von Palästinensern durch Israel wiederholt" [259]. Die Zwangsvertreibungen im Gazastreifen sind insofern völkermörderisch, als sie unter Umständen stattfinden, die auf die physische Zerstörung der Palästinenser im Gazastreifen ausgerichtet sind [260].

4. Verweigerung des Zugangs zu angemessener Nahrung und Wasser für Palästinenser in Gaza

61. Am 9. Oktober 2023 verhängte Israel eine "vollständige Belagerung" des Gazastreifens und ließ weder Strom noch Nahrungsmittel, Wasser oder Treibstoff in den Gazastreifen eindringen.[261] Obwohl die Belagerung seither teilweise gelockert wurde und seit dem 21. Oktober 2023 einige Hilfsgütertransporte zugelassen wurden, ist dies nach wie vor völlig unzureichend und liegt weit unter dem Durchschnitt von vor Oktober 2023 von etwa 500 Transporten pro Tag.[262] Darüber hinaus liegen die Treibstoffimporte - die seit dem 21. November 2023 erlaubt sind - "weit unter dem Mindestbedarf für lebenswichtige humanitäre Operationen",[263] was bedeutet, dass die begrenzte humanitäre Hilfe, die in den Gazastreifen hineingelassen wird, nicht ohne Weiteres von den Eingangspunkten weg transportiert werden kann.[264] Wie der Generalsekretär in aller Deutlichkeit festgestellt hat, ist das Ausmaß der Zerstörung im Gazastreifen inzwischen so katastrophal, dass:

"Die Bedingungen für eine wirksame Bereitstellung humanitärer Hilfe sind nicht mehr gegeben. Aber selbst wenn genügend Hilfsgüter in den Gazastreifen gelangen würden, machen es die intensiven Bombardierungen und Feindseligkeiten, die israelischen Bewegungseinschränkungen, der Treibstoffmangel und die unterbrochenen Kommunikationswege den UN-Organisationen und ihren Partnern unmöglich, die meisten Bedürftigen zu erreichen." [265]

62. Vor diesem Hintergrund wird die Resolution 2720 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 22. Dezember 2023 weithin als wirkungslos bezeichnet, obwohl sie "die Konfliktparteien auffordert, die Nutzung aller verfügbaren Routen in den und durch den gesamten Gazastreifen, einschließlich der Grenzübergänge, zuzulassen und zu erleichtern" und "den Koordinator auffordert, unverzüglich einen Mechanismus der Vereinten Nationen zur Beschleunigung der Bereitstellung humanitärer Hilfslieferungen einzurichten".[266] Das liegt daran, dass die verwässerte Resolution die "vier Elemente", die der Generalsekretär der Vereinten Nationen als notwendig erachtet, um eine wirksame Hilfe zu ermöglichen, die den Palästinensern im Gazastreifen helfen kann, nicht richtig anspricht: (1) Sicherheit ("Wir leisten Hilfe in einem Kriegsgebiet. Die intensive israelische Bombardierung und die aktiven Kämpfe in den dicht besiedelten städtischen Gebieten des Gazastreifens bedrohen das Leben der Zivilbevölkerung und der Mitarbeiter der humanitären Hilfe gleichermaßen"); (2) Personal ("Die humanitäre Aktion erfordert Mitarbeiter, die in Sicherheit leben und arbeiten können. 136 unserer Kollegen in Gaza sind in 75 Tagen getötet worden - so etwas haben wir in der Geschichte der Vereinten Nationen noch nie erlebt. . .

Unter diesen entsetzlichen Bedingungen können sie nur einen Bruchteil des Bedarfs decken"); (3) Logistik ("Viele unserer Fahrzeuge und Lastwagen wurden nach unserer erzwungenen, überstürzten Evakuierung aus dem Norden zerstört oder zurückgelassen, aber die israelischen Behörden haben keine weiteren Lastwagen für den Gazastreifen zugelassen. Dadurch wird die Hilfsaktion massiv behindert. Die Lieferung im Norden ist aufgrund der aktiven Konflikte, der nicht explodierten Munition und der stark beschädigten Straßen extrem gefährlich. Überall gibt es häufige Stromausfälle, die es praktisch unmöglich machen, die Verteilung der Hilfsgüter zu koordinieren und den Menschen mitzuteilen, wie sie an die Hilfsgüter gelangen können"); (4) und die Wiederaufnahme der kommerziellen Aktivitäten ("Die Regale sind leer, die Geldbörsen sind leer, die Mägen sind leer. Im gesamten Gazastreifen gibt es nur eine einzige Bäckerei. Ich fordere die

israelischen Behörden dringend auf, die Beschränkungen für kommerzielle Aktivitäten unverzüglich aufzuheben. Wir sind bereit, unsere Bargeldunterstützung für bedürftige Familien - die wirksamste Form der humanitären Hilfe - aufzustocken. Aber in Gaza gibt es kaum etwas zu kaufen." [267] In Anbetracht dieser Faktoren wies der Generalsekretär deutlich darauf hin, dass es irreführend sei, sich auf die Zahl der täglich nach Gaza zugelassenen Lastwagen zu konzentrieren:

"Viele Menschen messen die Wirksamkeit der humanitären Maßnahmen im Gazastreifen an der Zahl der Lastwagen des ägyptischen Roten Halbmonds, der Vereinten Nationen und unserer Partner, die Hilfsgüter an der Grenze abladen dürfen. Das ist ein Irrtum. Das eigentliche Problem ist, dass die Art und Weise, wie Israel diese Offensive durchführt, massive Hindernisse für die Verteilung humanitärer Hilfe im Gazastreifen schafft" [268].

63. Aus diesem Grund wurde die Resolution 2720 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen - die die Situation vor Ort nicht angemessen berücksichtigt, u.a. weil sie nicht zu einem Waffenstillstand aufruft - von einem ehemaligen hochrangigen UNRWA-Beamten als "grünes Licht für einen fortgesetzten Völkermord" bezeichnet, der durch "die umfassende und industrielle Missachtung des humanitären Völkerrechts" gekennzeichnet sei. [269] Oxfam bezeichnete das Versäumnis, in der Resolution zu einem Waffenstillstand aufzurufen, als "unverständlich und völlig kaltschnäuzig" sowie als "schwerwiegende Pflichtverletzung" seitens des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, [270] angesichts des extremen Ernstes der Lage in Gaza.

64. Israel hat die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen an den Rand einer Hungersnot getrieben, und internationale Organisationen warnen, dass "die Gefahr einer Hungersnot real ist" (Welternährungsprogramm oder 'WFP') und dass sie "jeden Tag zunimmt" (IPC). [271] Die meisten Palästinenser im Gazastreifen hungern jetzt, und die Zahl der Hungernden steigt täglich. [272] Die Weltgesundheitsorganisation warnt, dass "der Gazastreifen von Hunger heimgesucht wird". [273] Der Generalsekretär der Vereinten Nationen stellte fest, dass "jeder fünfte der hungrigsten Menschen der Welt im Gazastreifen lebt", [274] wobei die Palästinenser im Gazastreifen den höchsten Grad an akuter Ernährungsunsicherheit aufweisen, der jemals von der IPC eingestuft wurde. [Der Generalkommissar des UNRWA beschreibt verzweifelte, hungrige und verängstigte Menschen, die jetzt Hilfslieferungen stoppen, die Lebensmittel an sich nehmen und sie sofort essen" [276] Die Weltgesundheitsorganisation hat erklärt, dass 93 % der Bevölkerung im Gazastreifen mit einer Hungerkrise konfrontiert sind, mit unzureichender Nahrung und einem hohen Maß an Unterernährung". Mindestens einer von vier Haushalten befindet sich in einer "katastrophalen Situation", d. h. er leidet unter extremem Nahrungsmittelmangel und Hunger und ist gezwungen, sein Hab und Gut zu verkaufen und andere extreme Maßnahmen zu ergreifen, um sich eine einfache Mahlzeit leisten zu können". Sie warnen davor, dass "Hunger, Elend und Tod offensichtlich sind", [277] und bezeichnen Israels Vorgehen, den Gazastreifen "von Wasser, Lebensmitteln und allem, was für das Leben notwendig ist" abzuschneiden, als "grausame Kampagne", die sich "gegen die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens" richtet, [278] und ihr Koordinator für medizinische Notfallteams erklärt, dass "jede einzelne Person", mit der er spricht, Hunger hat: "Überall, wo wir hinkommen, bitten uns die Menschen um Essen, sogar im Krankenhaus, ich bin in der Notaufnahme herumgelaufen, jemand mit einer offenen blutenden Wunde, einem offenen Bruch; sie baten um Essen. Wenn das kein Indikator für die Verzweiflung ist, dann weiß ich nicht, was es ist." [279] Die

Situation ist so schlimm, dass der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte sich veranlasst sah, zu warnen, dass "Hunger niemals ein Mittel oder eine Folge der Kriegsführung sein darf"[280]. Oxfam und Human Rights Watch sind sogar noch weiter gegangen und haben Israel ausdrücklich beschuldigt, den Hunger "als Kriegswaffe" gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza einzusetzen.[281]

65. Die durch die Belagerung geschaffenen Bedingungen werden durch die anhaltenden Angriffe Israels auf den Gazastreifen, einschließlich der Bäckereien, der Wasserversorgungseinrichtungen und der letzten noch funktionierenden Mühle, sowie durch die Zerstörung von landwirtschaftlichen Flächen, Feldfrüchten, Obstgärten und Gewächshäusern noch verschärft.[282] Am 16. November 2023 wurde die Lebensmittelinfrastruktur im Gazastreifen angesichts der Schließung von Geschäften und Märkten, des Mangels an lebenswichtigen Lebensmitteln und der überhöhten Preise für die knappen verfügbaren Lebensmittel bereits als "nicht mehr funktionsfähig" angesehen.[283] Brot ist knapp oder gar nicht vorhanden,[284] wobei die Lebensmittelknappheit zu erheblichen Preiserhöhungen führt und der Preis für Mehl einmal um 65 Prozent gestiegen ist.[285] Vieh, das nicht getötet wurde, ist vom Hungertod bedroht, und die Ernten sind beschädigt oder zerstört.[286] Viele Palästinenser gehen aufgrund des Hungers auf Nahrungssuche, sammeln verschüttetes Mehl von Hilfslieferungen von der Straße auf oder gehen anderen unsicheren Praktiken nach.[287]

66. Auch die Wasservorräte sind stark erschöpft. Israel kappt weiterhin die Wasserzufuhr für den Norden des Gazastreifens,[288]

und die Entsalzungsanlage im Norden funktioniert nicht.[289] Ab dem 15. Oktober 2023 begann Israel, eine geringe Menge Wasser in den Süden zu leiten, um die Zivilbevölkerung in den südlichen Teil des Streifens zu drängen".[290] Die Schäden durch israelische Luftangriffe und Granatenbeschuss haben auch den größten Teil des Wassersystems unbrauchbar gemacht. [291] Das Welternährungsprogramm hat berichtet, dass pro Person und Tag nur 1,5 bis 1,8 Liter sauberes Wasser für alle Verwendungszwecke (Trinken, Waschen, Nahrungszubereitung, sanitäre Einrichtungen und Hygiene) zur Verfügung stehen.[292] Dies liegt weit unter der "Notfallschwelle" von 15 Litern pro Tag für "kriegs- oder hungerähnliche Zustände" oder der "Überlebensschwelle" von 3 Litern pro Tag[293] Der Koordinator der medizinischen Notfallteams der Weltgesundheitsorganisation beschrieb die Situation im Al Ahli Arab Hospital, wo das medizinische Personal mit "keiner Nahrung, keinem Brennstoff und keinem Wasser" zu kämpfen hatte, und erklärte, dass "es jetzt eher wie ein Hospiz als ein Krankenhaus aussieht. Aber ein Hospiz impliziert ein Maß an Pflege, das die Ärzte und Krankenschwestern nicht leisten können.

Es ist ziemlich unerträglich, jemanden mit Gipsverbänden an mehreren Gliedmaßen, externen Fixateuren an mehreren Gliedmaßen, ohne Trinkwasser und fast ohne Infusionsflüssigkeit zu sehen". Er sagte, dass "die Patienten vor Schmerzen schreien, aber auch darum bitten, dass wir ihnen Wasser geben". Er drängte darauf, dass "[d]ie Zeit jetzt reif ist. Wir haben es jetzt mit verhungerten Menschen zu tun, Erwachsene, Kinder, es ist unerträglich"[294].

67. Der Wassermangel hat schwerwiegende Folgen, insbesondere für stillende Frauen, die, selbst wenn sie sich nur mäßig bewegen, täglich 7,5 Liter Wasser zum Trinken, für sanitäre Anlagen und für die Hygiene benötigen, um sich und ihre Babys gesund zu erhalten[295]. Junge Mütter, die aufgrund

der Nahrungsmittelknappheit nicht stillen können, sind gezwungen, verunreinigtes Wasser für die Zubereitung von Säuglingsnahrung zu verwenden - sofern diese verfügbar ist - und riskieren damit Krankheiten bei ihren gefährdeten Babys. Gleichzeitig gefährdet die chronische Nichtverfügbarkeit von Säuglingsnahrung auch das Leben von Neugeborenen, die Berichten zufolge bereits an vermeidbaren Ursachen sterben, weil es an medizinischer Versorgung, Nahrung, Wasser und angemessenen sanitären Einrichtungen mangelt[296].

Die Auswirkungen der Unterernährung auf ältere Kinder können ebenfalls besonders gravierend und lang anhaltend sein und sie daran hindern, ihr volles Potenzial in Bezug auf körperliches Wachstum, kognitive Fähigkeiten, schulische Leistungen und Produktivität im späteren Leben auszuschöpfen.[297] Viele Mitarbeiter des Gesundheitswesens haben auch nicht genügend Nahrung und Wasser, um ihre Arbeit fortzusetzen, was zwangsläufig weitere Auswirkungen auf die Gesundheit und die Sterblichkeitsrate hat.[298]

68. All dies geschieht mit einer Bevölkerung, die aufgrund der früheren Maßnahmen Israels gegen den Gazastreifen bereits extrem gefährdet war. Israel hat den Bau und die Reparatur von Wasserinstallationen und Entsalzungsanlagen im Gazastreifen lange Zeit behindert, so dass 95 Prozent des Wassers aus dem einzigen Grundwasserleiter des Gazastreifens bereits vor dem 7. Oktober 2023 für den Verbrauch ungeeignet waren.[299] Durch seine 16-jährige Blockade hat Israel die Wasserversorgung ebenfalls stark beeinträchtigt.[Seine wiederholten Angriffe auf den Gazastreifen und seine Beschränkungen bei der Reparatur der zerstörten Abwasserinfrastruktur beschädigten den Boden und machten die Landwirtschaft zu einer Herausforderung.[301] Israel schränkte außerdem den Zugang der Palästinenser im Gazastreifen zu bis zu 35 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen und bis zu 85 Prozent der Fischereigewässer des Gazastreifens ein.[302] Infolgedessen waren mehr als 68 Prozent der Haushalte (etwa 1,3 Millionen Menschen) vor dem 7. Oktober 2023 stark oder mäßig nahrungsunsicher, wobei 58 Prozent der Bevölkerung von humanitärer Hilfe abhängig waren. 303] 7.685 Kinder unter fünf Jahren in Gaza litten an lebensbedrohlicher "Auszehrung", der tödlichsten Form von Unterernährung bei Kindern. 304] Die Auswirkungen von Israels erzwungener Aushungerung des Gazastreifens auf die palästinensischen Kinder werden zwangsläufig schwerwiegend und lang anhaltend sein.

69. Jüngste Berichte über israelische Pläne, die Tunnel im Gazastreifen mit Meerwasser zu fluten, sind äußerst besorgniserregend, da damit die Gefahr einer weiteren Verschlechterung und eines Zusammenbruchs der Wasser- und Abwasserinfrastruktur des Gazastreifens sowie einer lang anhaltenden Verseuchung des Grundwassers und des Bodens verbunden wäre.[305] Umweltexperten haben davor gewarnt, dass die Strategie "eine ökologische Katastrophe auszulösen droht", die den Gazastreifen ohne trinkbares Wasser zurücklassen, das bisschen Landwirtschaft, das möglich ist, zerstören und "die Lebensbedingungen aller Menschen im Gazastreifen ruinieren" würde[306]. Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Wasser soll den Plan mit dem mythischen römischen "Versalzen" der Felder von Karthago verglichen haben, um das Wachstum der Ernte zu verhindern und das Gebiet unbewohnbar zu machen[307].

70. Experten gehen inzwischen davon aus, dass mehr Palästinenser im Gazastreifen an Hunger und Krankheiten sterben werden als an Luftangriffen,[308] und dennoch intensiviert Israel seine Bombenkampagne und verhindert so, dass den Palästinensern tatsächlich humanitäre Hilfe zuteil

wird. Es ist klar, dass Israel durch seine Handlungen und seine Politik in Gaza den Palästinensern absichtlich Lebensbedingungen auferlegt, die auf ihre Zerstörung hinauslaufen[309].

5. Verweigerung des Zugangs zu angemessenen Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen für Palästinenser in Gaza

71. Die meisten der 1,9 Millionen vertriebenen Palästinenser im Gazastreifen suchen Schutz in UNRWA-Einrichtungen, bei denen es sich in erster Linie um Schulen und Zelte handelt.[310] Auch diese Orte sind nicht sicher: Bisher - und obwohl Israel die Koordinaten aller Einrichtungen der Vereinten Nationen erhalten hat[311]

- hat Israel Hunderte von palästinensischen Männern, Frauen und Kindern getötet, die in UNRWA-Einrichtungen Schutz suchten, und über tausend verletzt[312].

72. Die Situation in den UNRWA-Unterkünften wurde vom Generalkommissar des UNRWA in seinem Schreiben vom 7. Dezember 2023, das die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution ES-10/22 vom 12. Dezember 2023 zur Kenntnis nahm, wie folgt beschrieben:

"Als Folge der israelischen Militäroperation sind heute fast 1,2 Millionen Zivilisten in UNRWA-Gebäuden untergebracht. Das Hilfswerk ist zur wichtigsten Plattform für die humanitäre Hilfe für über 2,2 Millionen Menschen im Gazastreifen geworden - eine Plattform, die kurz vor dem Zusammenbruch steht.

Das UNRWA ist im Gazastreifen noch immer tätig, wenn auch nur knapp. Unsere Mitarbeiter betreiben nach wie vor Gesundheitszentren, verwalten Notunterkünfte und unterstützen traumatisierte Menschen, die teilweise mit ihren toten Kindern ankommen. Wir verteilen immer noch Lebensmittel, obwohl die Gänge und Höfe unseres Geländes so überfüllt sind, dass man nicht hindurchgehen kann. Unsere Mitarbeiter nehmen ihre Kinder mit zur Arbeit, damit sie wissen, dass sie in Sicherheit sind oder gemeinsam sterben können. Mehr als 130 UNRWA-Mitarbeiter sind nachweislich bei Bombardierungen ums Leben gekommen, die meisten von ihnen zusammen mit ihren Familien; die Zahl könnte noch steigen, wenn Sie dies lesen. Mindestens 70 % der UNRWA-Mitarbeiter sind auf der Flucht und haben keinen Zugang zu Nahrung, Wasser und angemessenen Unterkünften. Wir halten uns an den Fingerspitzen fest. Wenn das UNRWA zusammenbricht, wird auch die humanitäre Hilfe in Gaza zusammenbrechen.

Die humanitäre Lage ist inzwischen unhaltbar. Die Bedingungen in Gaza waren bereits entsetzlich, als ich vor zwei Wochen dort übernachtete. Ich wurde Zeuge des ständigen Beschusses aus der Luft, zu Lande und zu Wasser sowie der massiven Zerstörung der zivilen Infrastruktur.

Diese Woche haben die israelischen Streitkräfte die Menschen angewiesen, weiter nach Süden zu ziehen, wodurch die Bevölkerung des Gazastreifens in einen immer kleiner werdenden Raum gezwungen wird. Die Notunterkünfte sind schockierend überfüllt und bergen ein hohes Risiko für epidemische Krankheiten. In diesen überfüllten und unhygienischen Räumen benutzen mehr als 700 Menschen eine einzige Toilette, Frauen gebären (durchschnittlich 25 pro Tag), und Menschen versorgen offene Wunden. Zehntausende schlafen in Höfen und auf Straßen. Die Menschen verbrennen Plastik, um sich warm zu halten. Nahezu 90 UNRWA-Gebäude, darunter auch Schulen, wurden von Munition getroffen oder beschädigt, wobei über 270 Binnenvertriebene ums Leben kamen, viele davon in dieser Woche. Im gesamten Gazastreifen wurden Berichten zufolge mehr als 16.000 Menschen, darunter zwei Drittel Frauen und Kinder, bei Bombardierungen getötet. Große Teile des Gazastreifens sind zerstört und unbewohnbar.

Das Mandat des UNRWA - die Bereitstellung von Dienstleistungen für Palästina-Flüchtlinge bis zu einer politischen Lösung - ist stark gefährdet: Ohne sichere Unterkünfte und Hilfe droht den Zivilisten im Gazastreifen der Tod oder sie werden nach Ägypten und darüber hinaus vertrieben. Eine erzwungene Vertreibung aus dem Gazastreifen könnte die Aussichten auf eine politische Lösung, die für das UNRWA-Mandat unabdingbar ist, zunichte machen und damit den Frieden und die Sicherheit in der Region ernsthaft gefährden. Eine Zwangsumsiedlung über palästinensisches Land hinaus, die an die Nakba von 1948 erinnert, muss verhindert werden.

In meinen 35 Jahren Arbeit in komplexen Notsituationen habe ich noch nie einen solchen Brief geschrieben -

in dem ich die Ermordung meiner Mitarbeiter und den Zusammenbruch des Mandats, das ich erfüllen soll, vorhersage."[313]

73. Diejenigen Palästinenser, die einen Platz in UNRWA-Unterkünften haben, sind nach Aussage des UNRWA-Generalkommissars "die Glücklichen"[314]. Andere versuchen, bei Verwandten oder Fremden, in staatlichen Einrichtungen, in Krankenhaushöfen oder in behelfsmäßigen Lagern unterzukommen, ohne Zugang zu Nahrung, Wasser oder sanitären Einrichtungen, oder sie leben und schlafen einfach auf der Straße und sind den Elementen ausgesetzt. In den Unterkünften des UNRWA nutzen derzeit durchschnittlich 486 Menschen eine einzige Toilette,[315] während es an anderen Orten, an denen Menschen Schutz suchen, oft überhaupt keine Toiletten gibt.[316] Die Palästinenser sind nicht in der Lage, ihre Körperhygiene aufrechtzuerhalten, wobei menstruierende Mädchen und Frauen besonders betroffen sind.[317] Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass es im Durchschnitt "nur eine Dusche für 4500 Menschen" gibt.[318] Berichten zufolge sterben Neugeborene in den Unterkünften an vermeidbaren Ursachen, weil es keine angemessenen sanitären Einrichtungen, Nahrungsmittel, Wasser und medizinische Versorgung gibt.[319]

74. Seit dem Schreiben des Generalkommissars des UNRWA an den Präsidenten der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 7. Dezember 2023, in dem er darauf hinwies, dass die humanitäre Lage im Gazastreifen bereits "unhaltbar" sei,[320] wurden mehr als eine Million Palästinenser auf "Befehl" des israelischen Militärs weiterhin in das Gouvernement Rafah nahe der ägyptischen Grenze vertrieben. Das Gebiet ist zum "Epizentrum der Vertreibung" geworden, mit

einer geschätzten "Vervierfachung" der Bevölkerungsdichte, von der angenommen wird, dass sie jetzt 12.000 Menschen pro Quadratkilometer übersteigt.[321] OCHA warnt, dass es "keinen leeren Raum mehr gibt, in dem die Menschen unterkommen könnten, nicht einmal auf den Straßen und anderen offenen Flächen".[322] Al-Mawasi - ein sandiger, unfruchtbarer Streifen von etwa 14 Quadratkilometern entlang des Mittelmeers, ohne Hilfsgüter, Wasser, Lebensmittel oder sanitäre Einrichtungen - die so genannte "sichere Zone", in die Israel die Palästinenser in Gaza zu fliehen aufgefordert hat, ist alles andere als sicher. Wie das UNRWA betont hat, sind "einseitig deklarierte 'sichere Zonen' überhaupt nicht sicher. Nirgendwo in Gaza ist es sicher." [323] Der Leiter der Abteilung für humanitäre Hilfe bei Save the Children International hat gewarnt:

"Die Menschen sind in überfüllten Unterkünften in behelfsmäßigen Zelten untergebracht. Es gibt keinen Zugang zu sauberem Wasser, die sanitären Anlagen sind marode. Wir haben von Kindern gehört, die in der so genannten 'sicheren Zone' von Al-Mawasi verhungert sind." [324]

75. Im gesamten Gazastreifen herrscht ein akuter Mangel an warmer Kleidung, Bettzeug, Decken und anderen lebenswichtigen Gütern, und die Menschen sind in hohem Maße auf gerettetes Holz und Abfälle angewiesen, um zu kochen und sich zu wärmen, was das Risiko von Atemwegserkrankungen erhöht.[325] Es herrscht auch ein akuter Mangel an sauberem Wasser, was nicht nur die Fähigkeit zur Flüssigkeitszufuhr, sondern auch zum Waschen, Reinigen und Kochen stark beeinträchtigt.[326] Die Belagerung und die durch die Bombardierung beschädigte Infrastruktur verhindern weiterhin eine angemessene Wasseraufbereitung und -verteilung sowie Abwasserentsorgung, wobei Überschwemmungen das Risiko der Ausbreitung von Infektionskrankheiten unter den vertriebenen Palästinensern exponentiell erhöhen.[327] Am 20. Dezember 2023 warnte der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, dass "der Gazastreifen bereits jetzt einen sprunghaften Anstieg der Ausbrüche von Infektionskrankheiten erlebt. Die Zahl der Durchfallerkrankungen bei Kindern unter 5 Jahren ist 25 Mal höher als vor dem Konflikt. Solche Krankheiten können für unterernährte Kinder tödlich sein, vor allem, wenn es keine funktionierende Gesundheitsversorgung gibt.[328] Die Abwässer fließen in die Straßen, in denen die Palästinenser leben, da sie nicht mehr gehandhabt werden können.[329] "Überall, wo man hinschaut, sind die Behelfsunterkünfte überfüllt. Überall, wo man hinkommt, sind die Menschen verzweifelt, hungrig und verängstigt." [330]

Diese von Israel bewusst herbeigeführten Bedingungen sind auf die Vernichtung der palästinensischen Gruppe in Gaza ausgerichtet.

6. Verweigerung angemessener medizinischer Hilfe für Palästinenser in Gaza

76. Israels militärischer Angriff auf den Gazastreifen war vor allem ein Angriff auf das medizinische Gesundheitssystem des Gazastreifens, das für das Leben und Überleben der Palästinenser im Gazastreifen unerlässlich ist. Israel "hat dem Gesundheitssystem in Gaza einen 'unerbittlichen Krieg' erklärt", wie der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit feststellt. In einer Erklärung vom 7. Dezember 2023 stellte die UN-Sonderberichterstatterin fest, dass "die Infrastruktur des Gesundheitswesens im Gazastreifen völlig zerstört ist" und dass "wir Zeugen eines beschämenden Krieges gegen das Gesundheitspersonal sind". Sie warnte, dass "[w]ir uns in der dunkelsten Zeit für

das Recht auf Gesundheit in unserem Leben befinden" und dass "[w]ir in Tiefen hinabgestiegen sind, aus denen wir schnell wieder herauskommen müssen"[331].

77. In einem Schreiben an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vom 4. Dezember 2023 schrieb der internationale Präsident von Ärzte ohne Grenzen:[332]

"Israel hat eine eklatante und totale Missachtung des Schutzes der medizinischen Einrichtungen in Gaza an den Tag gelegt.

Wir sehen zu, wie Krankenhäuser in Leichenhallen und Ruinen verwandelt werden. Diese vermeintlich geschützten Einrichtungen werden bombardiert, mit Panzern und Kanonen beschossen, eingekesselt und überfallen, wobei Patienten und medizinisches Personal getötet werden. Die Weltgesundheitsorganisation hat 203 Angriffe auf das Gesundheitswesen dokumentiert, bei denen mindestens 22 Menschen ums Leben kamen und 59 Angehörige des medizinischen Personals im Dienst verletzt wurden.

Das medizinische Personal, auch unser eigenes, ist völlig erschöpft und verzweifelt. Sie mussten Kindern, die an schweren Verbrennungen litten, ohne Betäubung und ohne sterilisierte chirurgische Instrumente Gliedmaßen amputieren. Aufgrund von Zwangsevakuierungen durch israelische Soldaten mussten einige Ärzte Patienten zurücklassen, nachdem sie vor der unvorstellbaren Wahl zwischen ihrem Leben oder dem ihrer Patienten standen. Es gibt keine Rechtfertigung für die grausamen Angriffe auf das Gesundheitswesen...

Vier unserer Mitarbeiter von Ärzte ohne Grenzen wurden getötet; viele weitere haben Familienangehörige verloren. Zahlreiche weitere Kollegen sind verletzt worden. Andere humanitäre Organisationen berichten, dass Dutzende ihrer Mitarbeiter getötet wurden...

Der nördliche Gazastreifen wird von der Landkarte getilgt. Das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen... Unser Notfallteam in Khan Younis, im südlichen Gazastreifen, berichtet von einem massiven Zustrom von Verwundeten nach heftigen Bombardierungen. Am vergangenen Samstag kamen 60 Tote und 213 Verletzte in die Notaufnahme des Al-Aqsa-Krankenhauses. Diese Angriffe treffen auch die überfüllten, verwahrlosten Flüchtlingslager, in denen die Menschen mit der spärlichen humanitären Hilfe kaum überleben können. Wenn die Bomben sie nicht erwischen, werden Infektionskrankheiten und Hungersnöte...

"Wir haben getan, was wir konnten. erinnert euch an uns." Dies sind die Worte, die unser Dr. Mahmoud Abu Nujaila, der inzwischen bei einem Krankenhausangriff getötet wurde, auf eine Tafel im Krankenhaus von Gaza schrieb, die normalerweise für die Planung von Operationen verwendet wird. Werden der Rat und seine Mitglieder dasselbe sagen können, wenn die Waffen schweigen und das wahre Ausmaß der Verwüstung ans Licht kommt?"

78. Seit Anfang Dezember 2023 haben die Angriffe der israelischen Armee auf palästinensische Krankenhäuser nur noch zugenommen.

Die israelische Armee hat weiterhin Krankenhäuser und Gesundheitszentren angegriffen und belagert, ihnen den Strom und den Treibstoff entzogen, die für die Aufrechterhaltung eines effektiven Betriebs und der Ausrüstung unerlässlich sind, sie an der Versorgung mit medizinischen Gütern, Lebensmitteln und Wasser gehindert, ihre Evakuierung und Schließung erzwungen und sie faktisch zerstört. Im Norden des Gazastreifens, der eine Woche lang kein einziges funktionierendes Krankenhaus hatte, gibt es jetzt nur noch vier stark beeinträchtigte, teilweise funktionierende Krankenhäuser.[333] Israel hat die palästinensischen Krankenhäuser im Gazastreifen von Orten der Heilung in "Todeszonen"[334] und Schauplätze von "Blutbädern"[335], "Tod, Verwüstung und Verzweiflung" verwandelt.[336] Viele Krankenhäuser sind jetzt nur noch "Orte, an denen die Menschen auf den Tod warten"[337].

Die Weltgesundheitsorganisation beschreibt die Situation als "skrupellos" und "unfassbar"[338].

79. Inzwischen gab es mehr als 238 Angriffe auf die "Gesundheitsversorgung" in Gaza, bei denen über 61 Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen beschädigt oder zerstört wurden.[339] Nur 13 von 36 Krankenhäusern und 18 von 72 Gesundheitszentren sind noch funktionsfähig - einige von ihnen gerade noch - trotz der überwältigenden Zahl von Menschen, die bei israelischen Angriffen verletzt wurden.[340] Die israelische Armee hat auf Krankenhausgeneratoren, Solarzellen[341] und andere lebensrettende Ausrüstungen wie Sauerstoffstationen und Wassertanks gezielt,[342] aber auch auf Krankenwagen, medizinische Konvois und Ersthelfer.[343] 311 Angestellte des Gesundheitswesens wurden getötet (im Durchschnitt vier pro Tag),[344] darunter mindestens 22 Angestellte des Gesundheitswesens, die im Dienst getötet wurden.[345] Zu den Toten gehören einige der erfahrensten und qualifiziertesten Ärzte des Gazastreifens, darunter Dr. Hani Al Haitham, Leiter der Notaufnahme des Al Shifa-Krankenhauses, der zusammen mit seiner Frau Dr. Sameera Ghirafi und ihren Kindern getötet wurde;346 Dr. Mohammad Dabbour, Leiter der Pathologie am Al-Shifa-Krankenhaus, wurde Berichten zufolge zusammen mit seinem Sohn und seinem Vater getötet, als sie versuchten, aus Gaza-Stadt zu fliehen;347 Dr. Medhat Saidam, plastisch-rekonstruktiver Verbrennungschirurg am Al-Shifa-Krankenhaus, und Dr. Hammam Alloh, Nephrologe am Al-Shifa-Krankenhaus, wurden bei Angriffen auf ihre Familienhäuser getötet.[348] In einem Interview kurz vor seinem Tod antwortete Dr. Alloh auf die Frage, warum er nicht aus dem Norden in den Süden fliehen würde, wie folgt: "Wenn ich gehe, wer würde dann meine Patienten behandeln? Wir sind keine Tiere, wir haben das Recht auf eine angemessene medizinische Versorgung. Glauben Sie, ich habe 14 Jahre lang Medizin studiert und promoviert, damit ich nur an mein Leben und nicht an meine Patienten denke?"[349] Die systematische Zerstörung palästinensischer Krankenhäuser und die Ermordung palästinensischer Fachärzte beeinträchtigt nicht nur die derzeitige Versorgung der Palästinenser im Gazastreifen, sondern untergräbt auch die Aussicht auf ein künftiges palästinensisches Gesundheitssystem im Gazastreifen und zerstört dessen Fähigkeit, das palästinensische Volk im Gazastreifen wieder aufzubauen und wirksam zu versorgen.

80. Mindestens 570 Palästinenser wurden in Krankenhäusern und Gesundheitszentren im Gazastreifen getötet und weitere 746 verletzt.[350] Darunter sind auch Patienten und intern vertriebene Palästinenser, die vergeblich auf oder in der Nähe von Krankenhäusern Zuflucht suchten und durch israelische Angriffe oder Scharfschützen getötet wurden.[351] Palästinensische Mütter wurden in Entbindungskliniken getötet und palästinensische Kinder in Kinderkliniken.[352] Auch diejenigen, die sich um die Toten kümmern und sie zählen, wie Saeed Al Shorbaji, der Leiter der

Leichenhalle des Nasser-Krankenhauses, wurden selbst getötet.[353] Einige wurden mehrfach Opfer israelischer Angriffe, wie die 12-jährige Dina Abu Mohsen, die von UNICEF interviewt wurde, nachdem sie ihre Eltern, zwei Geschwister und ihr Bein bei einem israelischen Angriff auf ihr Haus verloren hatte und dann selbst getötet wurde, als die israelische Armee das Krankenhaus beschoss, in dem sie behandelt wurde.[354]

81. Andere Palästinenser starben als direkte Folge davon, dass Israel den Krankenhäusern den Strom und den Treibstoff abstellte; dazu gehören fünf Frühgeborene und 40 Patienten der Intensiv- und Nierenstation des Al-Shifa-Krankenhauses.[355] Andere Palästinenser starben als direkte Folge der von Israel erzwungenen Evakuierung von Krankenhäusern, darunter mindestens vier Babys im Al-Nasr-Krankenhaus, deren winzige Leichen Wochen später - während eines vorübergehenden Waffenstillstands - in ihren Krankenhausbetten verwesend aufgefunden wurden.[356] Die Innenhöfe der Krankenhäuser wurden zu Massengräbern: [357] Im Al-Shifa-Krankenhaus mussten die Mediziner selbst ein Massengrab für die verwesenden Leichen von 179 Patienten und anderen Personen ausheben.[358] Israelische Bulldozer hoben am 16. Dezember ein Krankenhaus-Massengrab im belagerten Kamal-Adwan-Krankenhaus aus und exhumierten es, in dem 26 Palästinenser bestattet worden waren.[359] Hossam Abu Safiya, Leiter der pädiatrischen Abteilung des Kamal-Adwan-Krankenhauses, erklärte gegenüber CNN: "Die Soldaten haben heute Morgen die Gräber ausgehoben und die Leichen mit Bulldozern weggeschleppt, dann haben sie die Leichen mit den Bulldozern zermalmt ... So etwas habe ich noch nie gesehen." [360]

82. Die Resolution ES10/21 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 27. Oktober 2023, in der die "Achtung und der Schutz aller zivilen und humanitären Einrichtungen, einschließlich der Krankenhäuser und anderer medizinischer Einrichtungen ... sowie des gesamten humanitären und medizinischen Personals"[361] gefordert wird, wurde entschieden ignoriert. Nach wie vor werden Ärzte und medizinisches Personal nicht nur getötet, sondern auch von den israelischen Behörden zusammengetrieben und verschwinden gelassen,[362] darunter auch der Generaldirektor von Al Shifa und seine Mitarbeiter, die seit dem 23. November 2023 in Isolationshaft gehalten werden.[363]

83. Den von Israel im Gazastreifen Verwundeten wird die lebensrettende medizinische Versorgung vorenthalten:[364] Das Gesundheitssystem des Gazastreifens - das durch die jahrelange Blockade und frühere israelische Angriffe bereits verkrüppelt ist - ist nicht in der Lage, das schiere Ausmaß der Verletzungen zu bewältigen, das derzeit bei 55.243 Verletzten liegt, darunter mindestens 8.663 Kinder.[365]

Es gibt Berichte von schwer verletzten Patienten, die kilometerweit laufen, um Hilfe zu finden. UNICEF hob den Fall eines Jungen aus dem Norden hervor, "dessen Bein bei den Gewalttätigkeiten weggesprengt worden war", der "drei oder vier Tage lang" versucht hatte, den Süden zu erreichen, wobei er durch Kontrollpunkte aufgehalten wurde ... Der Geruch [der Verwesung] war deutlich ... und der Junge hatte überall Schrapnelle. Möglicherweise war er blind und hatte Verbrennungen an 50 Prozent seines Körpers." [366] OCHA identifizierte den Fall einer Frau mit Schrapnellverletzungen im Unterleib, die vom Norden in den Süden gelaufen war und ein Handtuch auf ihre Wunden gedrückt hatte.[367] Palästinenser mussten ihre Kranken, Behinderten und Verwundeten in einem Gewaltmarsch vom Norden in den Süden evakuieren - und dann wieder aus dem Süden -, indem sie

Krankenhausbetten hinter Autos herschleppten, Rollstühle schoben, sie auf behelfsmäßigen Tragen anhoben oder sie einfach auf dem Arm trugen.[368]

84. Die Krankenhäuser, die noch in Betrieb sind, werden als Szenen aus einem "Horrorfilm" beschrieben[369].

Der kritische Mangel an Personal und Versorgungsgütern - einschließlich Anästhetika, Schmerzmitteln, Medikamenten und Desinfektionsmitteln[370] - hat nicht nur zu ansonsten unnötigen Amputationen von Gliedmaßen geführt,[371] sondern auch zu Amputationen ohne Betäubung, die oft mit Taschenlampen vorgenommen werden.[372] Auch bei schwangeren Frauen werden Kaiserschnitte ohne Betäubung durchgeführt.[373] Die Patienten werden auf schmutzigen, blutverschmierten Böden behandelt, wobei die Familienangehörigen mit Kochsalzlösungsbeuteln in der Hand dastehen müssen, sofern überhaupt Kochsalzlösung zur Verfügung steht.[374] Es gibt nicht genügend Personal und Mittel für eine angemessene Wundversorgung oder postoperative Wundpflege:[375]

Unsaubere Wunden - oft von Würmern und Fliegen befallen - infizieren sich schnell, werden nekrotisch oder gangränös.[376]

Die Patienten flehen um Nahrung und Wasser.[377] Selbst eine grundlegende Schmerzbehandlung ist oft nicht verfügbar, und die Patienten laufen Gefahr, an behandelbaren Krankheiten zu sterben.[378] Ein Arzt beschrieb, dass er Eingriffe ohne Narkose durchführen musste, sagte er:

"Ich war gezwungen, Verbände für massive Wunden zu wechseln, die unerträglich schmerzhaft waren. Es gab ein Mädchen, dessen ganzer Körper mit Schrapnellen übersät war. Sie war neun Jahre alt. Am Ende musste ich diese Wunden ohne Betäubung und ohne Schmerzmittel wechseln und reinigen. Es gelang mir, etwas intravenöses Paracetamol zu finden, das ich ihr geben konnte ... ihr Vater weinte, ich weinte, und das arme Kind schrie ..." [379].

85. Zusätzlich zu den Kriegsverletzten gibt es Hunderttausende von Palästinensern in Gaza, die immer noch eine medizinische Routineversorgung für Krankheiten wie Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes benötigen.[380] Tausende von Palästinensern in Gaza benötigen auch eine dringende Versorgung für Nierenerkrankungen und Krebs, und schätzungsweise 130 Frühgeborene sind jederzeit auf Brutkästen angewiesen, um zu überleben.[381] Viele von ihnen können jetzt keine medizinische Hilfe erhalten. UNICEF warnt, dass Männer, Kinder und Neugeborene im Gazastreifen unverhältnismäßig stark unter der Eskalation der Feindseligkeiten in den besetzten palästinensischen Gebieten zu leiden haben, sowohl als Opfer als auch durch den eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsdiensten" [382].

Älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen fehlt es an lebenswichtigen Medikamenten, und sie sind einem höheren Risiko von übertragbaren Krankheiten, Unterernährung und Tod ausgesetzt.[383] Schwangere Frauen sind ebenfalls besonders gefährdet.[384]

86. Experten beginnen zu warnen, dass die Zahl der Palästinenser, die an Krankheiten und Hunger sterben, bereits jetzt die Zahl der gewaltsamen Todesfälle durch Angriffe der israelischen Armee

übersteigen könnte.[385] Allein in den UNRWA-Unterkünften wurden bereits mehr als 360.000 Fälle von übertragbaren Krankheiten gemeldet, die durch unhygienische Bedingungen, Hunger und Mangel an sauberem Wasser ausgelöst oder verschlimmert wurden, wobei die tatsächliche Zahl vermutlich noch wesentlich höher ist.[386] Die Weltgesundheitsorganisation erklärte dazu:

"Im Gazastreifen ist die Zahl der Infektionskrankheiten bereits stark angestiegen. Seit Mitte Oktober wurden über 100 000 Fälle von Durchfallerkrankungen gemeldet. Die Hälfte davon ist bei Kleinkindern unter 5 Jahren zu verzeichnen, eine Zahl, die 25 Mal höher ist als vor dem Konflikt.

Über 150 000 Fälle von Infektionen der oberen Atemwege und zahlreiche Fälle von Meningitis, Hautausschlägen, Krätze, Läuse und Windpocken wurden gemeldet. Es besteht auch der Verdacht auf Hepatitis, da viele Menschen die verräterischen Anzeichen einer Gelbsucht aufweisen.

Während ein gesunder Körper diese Krankheiten leichter abwehren kann, hat ein ausgelaugter und geschwächter Körper damit zu kämpfen. Hunger schwächt die Abwehrkräfte des Körpers und öffnet Krankheiten Tür und Tor.

Unterernährung erhöht das Risiko, dass Kinder an Krankheiten wie Durchfall, Lungenentzündung und Masern sterben, vor allem in einer Umgebung, in der sie keinen Zugang zu lebensrettenden Gesundheitsdiensten haben.

Selbst wenn das Kind überlebt, kann die Auszehrung lebenslange Auswirkungen haben, da sie das Wachstum hemmt und die kognitive Entwicklung beeinträchtigt...

Die Menschen im Gazastreifen, die schon genug gelitten haben, sind nun vom Hungertod bedroht und von Krankheiten, die mit einem funktionierenden Gesundheitssystem leicht behandelt werden könnten. Das muss aufhören. Nahrungsmittel und andere Hilfsgüter müssen in weit größerem Umfang fließen. Die WHO bekräftigt ihre Forderung nach einem sofortigen humanitären Waffenstillstand."[387]

87. Experten schätzen, dass die Zahl der Todesopfer durch Krankheiten und Hunger "ein Vielfaches der Zahl der Todesopfer durch Kämpfe und Luftangriffe betragen könnte"[388]. Mit seinen unerbittlichen Angriffen auf das palästinensische Gesundheitssystem im Gazastreifen fügt Israel den Palästinensern im Gazastreifen vorsätzlich Lebensbedingungen zu, die auf ihre Zerstörung ausgerichtet sind.[389] In der britischen medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* weist eine Gruppe von Medizinerinnen "auf die gesundheitlichen Dimensionen der Gewalt hin, die aus der anhaltenden Belagerung und den Angriffen auf die Palästinenser resultiert" und warnt zu Recht vor der "ernsten Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk"[390].

7. Zerstörung des palästinensischen Lebens in Gaza

88. Am 16. November 2023 warnten 15 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen und 21 Mitglieder von Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen vor einem "sich anbahnenden Völkermord" in Gaza und stellten fest, dass das Ausmaß der Zerstörung von "Wohneinheiten sowie Krankenhäusern, Schulen, Moscheen, Bäckereien, Wasserleitungen, Abwasser- und Stromnetzen ... die Fortsetzung des palästinensischen Lebens in Gaza unmöglich zu machen droht".[391] Israel hat in

seiner Bombenkampagne gegen den Gazastreifen "mächtige Waffen eingesetzt, die von Natur aus wahllos wirken und zu einer kolossalen Zahl von Toten und der Zerstörung lebenswichtiger Infrastrukturen führen"[392] Israel hat nicht nur einzelne Wohnungen, Häuser und ganze Wohnblocks zerstört, sondern auch ganze Straßenzüge und Stadtviertel: Shuja'iyya, ein Vorort von Gaza-Stadt, in dem einst etwa 110.000 Palästinenser lebten, scheint jetzt eine riesige Einöde zu sein, völlig eingeebnet, soweit das Auge reicht.[393] Die Geschäfte, Schulen, der lebendige Marktplatz, Familienhäuser, Arztpraxen, historische Straßen und die Ibn-Uthman-Moschee und alles, was das palästinensische Leben dort einst ausmachte, wurde beschädigt oder zerstört, ebenso wie viele seiner Bewohner.394 Andere Gebiete in Gaza scheinen ein ähnliches Ausmaß an Zerstörung erfahren zu haben, darunter Beit Hanoun,[395] Beit Lahia,[396] die Altstadt von Gaza,[397] Al Rimal,[398] und das Flüchtlingslager Nuseirat im Süden[399].

89. Im gesamten Gazastreifen hat Israel die Infrastruktur und die Grundlagen des palästinensischen Lebens angegriffen und bewusst Lebensbedingungen geschaffen, die auf die physische Zerstörung der palästinensischen Bevölkerung abzielen. Zusätzlich zu den bereits erwähnten Angriffen auf Häuser, Wohnviertel, Krankenhäuser, Wassersysteme, landwirtschaftliche Flächen, Bäckereien und Mühlen hat Israel auch das grundlegende zivile System in Gaza angegriffen. Israel hat den Justizpalast[400] - das wichtigste palästinensische Gerichtsgebäude in Gaza - angegriffen, in dem der palästinensische Oberste Gerichtshof, das Verfassungsgericht, das Berufungsgericht, das Gericht erster Instanz, das Verwaltungsgericht und das Magistratsgericht sowie ein Archiv mit Gerichtsakten und anderen historischen Akten untergebracht sind. Israel hat auch den Komplex des Palästinensischen Legislativrats erheblich beschädigt[401] und das Gebäude des Zentralarchivs von Gaza-Stadt angegriffen, das Tausende von historischen Dokumenten und nationalen Aufzeichnungen aus über 100 Jahren enthält und ein wichtiges Archiv der palästinensischen Geschichte sowie modernere Aufzeichnungen über die Stadtentwicklung von Gaza-Stadt darstellt[402].

90. Israel hat die wichtigste öffentliche Bibliothek von Gaza-Stadt in Schutt und Asche gelegt[403] und unzählige Buchhandlungen, Verlage, Bibliotheken[404] und Hunderte von Bildungseinrichtungen beschädigt oder zerstört[405]. Israel hat alle vier Universitäten des Gazastreifens ins Visier genommen - einschließlich der Islamischen Universität von Gaza, der ältesten Hochschuleinrichtung des Gebiets, an der unter anderem Generationen von Ärzten und Ingenieuren ausgebildet wurden[406] - und damit die Bildungseinrichtungen für künftige Generationen von Palästinensern in Gaza zerstört. Neben vielen anderen hat Israel auch führende palästinensische Akademiker getötet, darunter: Professor Sufian Tayeh, der Präsident der Islamischen Universität - ein preisgekrönter Physiker und UNESCO-Lehrstuhlinhaber für Astronomie, Astrophysik und Weltraumwissenschaften in Palästina -, der zusammen mit seiner Familie bei einem Luftangriff ums Leben kam; Dr. Ahmed Hamdi Abo Absa, Dekan des Fachbereichs Softwaretechnik an der Universität von Palästina, der Berichten zufolge von israelischen Soldaten erschossen wurde, als er nach drei Tagen des gewaltsamen Verschwindens wieder auf freien Fuß kam; und Professor Muhammad Eid Shabir, Professor für Immunologie und Virologie und ehemaliger Präsident der Islamischen Universität Gaza, und Professor Refaat Alareer, Dichter und Professor für vergleichende Literatur und kreatives Schreiben an der Islamischen Universität Gaza, wurden beide zusammen mit ihren Familienangehörigen von Israel getötet. Professor Alareer war Mitbegründer von "We are Not Numbers", einem palästinensischen Jugendprojekt, das versucht, die Geschichten hinter den ansonsten unpersönlichen Berichten über Palästinenser - und den Tod von Palästinensern - in den Nachrichten zu erzählen.[407]

91. Israel hat zahlreiche Zentren palästinensischer Bildung und Kultur beschädigt und zerstört, darunter die Al-Zafar-Dmari-Moschee und das Zentrum für Manuskripte und antike Dokumente⁴⁰⁸, das orthodoxe Kulturzentrum, das Al-Qarara-Kulturmuseum, das Gaza-Zentrum für Kultur und Kunst, das arabische soziale Kulturzentrum, die Hakawi-Gesellschaft für Kultur und Kunst und das Rafah-Museum, das neu eröffnete Museum des palästinensischen Erbes in Gaza, in dem Hunderte von kulturellen und archäologischen Artefakten ausgestellt sind. Israels Angriffe haben die antike Geschichte des Gazastreifens zerstört: Acht Stätten wurden beschädigt oder zerstört, darunter der antike Hafen von Gaza (bekannt als "Anthedon Harbour" oder "Al Balakhiya") - die archäologische Stätte eines 2000 Jahre alten römischen Friedhofs, der sowohl auf der Liste des islamischen Kulturerbes als auch auf der vorläufigen UNESCO-Liste des Weltkulturerbes steht.^[409] Israel hat auch die "Altstadt" von Gaza-Stadt zerstört, einschließlich ihrer 146 Jahre alten historischen Häuser, Moscheen, Kirchen, Märkte und Schulen. Israel hat auch die jüngere Geschichte Gazas aus hoffnungsvolleren Zeiten zerstört, darunter das Rashad al-Shawa Kulturzentrum - Schauplatz eines historischen Treffens zwischen dem US-Präsidenten Bill Clinton und dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat vor 25 Jahren - und ein wichtiges kulturelles Zentrum für die Palästinenser in Gaza, mit seinem Theater, seiner Bibliothek und seinen Veranstaltungsräumen.^[410] Und Israel zerstört das zukünftige akademische und kulturelle Potenzial des Gazastreifens: neben den 352 palästinensischen Schulen, die es beschädigt oder zerstört hat,^[411] den 4.037 Schülern und 209 Lehrern und pädagogischem Personal, die es getötet hat, neben den anderen 7.259 Schülern und 619 Lehrern, die es verletzt hat.^[412]

92. Israel hat schätzungsweise 318 muslimische und christliche religiöse Stätten beschädigt oder zerstört und damit die Orte zerstört, an denen Palästinenser seit Generationen ihre Gottesdienste abhalten,^[413] darunter die Große Omari-Moschee, ursprünglich eine byzantinische Kirche aus dem fünften Jahrhundert, ein Wahrzeichen der Geschichte, der Architektur und des kulturellen Erbes des Gazastreifens und ein Ort der Anbetung für Christen und Muslime seit mehr als 1.000 Jahren.^[414] Der israelische Beschuss hat auch die Kirche des Heiligen Porphyrius beschädigt, die 425 n. Chr. gegründet wurde und als drittälteste Kirche der Welt gilt - neben zwei weiteren Kirchen, die unter direktem israelischem Beschuss standen.^[415] Die Christen in Gaza selbst wurden von Israel in den Kirchenkomplexen, in denen sie Schutz suchten, angegriffen und getötet.^[416]

93. Neben der Zerstörung der physischen Denkmäler für die Geschichte und das Erbe der Palästinenser im Gazastreifen hat Israel auch versucht, das palästinensische Volk selbst zu zerstören, das dieses Erbe geformt und geschaffen hat: Gazas gefeierte Journalisten, seine Lehrer, Intellektuellen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, seine Ärzte und Krankenschwestern, seine Filmemacher, Schriftsteller und Sänger, die Direktoren und Dekane seiner Universitäten, die Leiter seiner Krankenhäuser, seine herausragenden Wissenschaftler, Linguisten, Dramatiker, Romanautoren, Künstler und Musiker. Israel hat palästinensische Geschichtenerzähler und Dichter, palästinensische Bauern und Fischer sowie lokale Legenden des Gazastreifens getötet und tut dies auch weiterhin: Der Konditor Masoud Muhammad al-Qatati, der am 3. November 2023 bei einem israelischen Luftangriff auf sein Haus getötet wurde und dessen Motto "Lasst die Armen essen" und sein Ruf, die beliebte palästinensische Leckerei "Knafeh" an bedürftige Kunden zu verschenken, ihm den Spitznamen "Vater der Armen" einbrachte; die 84-jährige Elham Farah aus einer der ältesten christlichen Familien Palästinas - eine bekannte Akkordeonistin und Musiklehrerin, die Generationen

von palästinensischen Musikschülern wegen ihres roten Haarschopfs als "Mutter Orange" bekannt war,[417]

- Sie wurde von einem israelischen Scharfschützen vor der Kirche der Heiligen Familie in Gaza-Stadt erschossen, als sie nach Hause zurückkehrte, um warme Kleidung zu holen, und wurde verblutet zurückgelassen;418 und Al-Shaima Saidam, die Schülerin mit den besten Abschlussnoten in ganz Palästina, die zusammen mit mehreren Mitgliedern ihrer Familie bei einem Angriff auf das Flüchtlingslager Al Nuseirat getötet wurde.[419] Genauso wie Israel das offizielle Gedächtnis und die Aufzeichnungen der Palästinenser im Gazastreifen durch die Zerstörung der Archive und Wahrzeichen des Gazastreifens vernichtet, löscht es das persönliche Leben und die privaten Erinnerungen, die Geschichte und die Zukunft der Palästinenser aus, indem es Friedhöfe bombardiert und mit Bulldozern platt walzt,[420] Familienaufzeichnungen und Fotos zerstört, ganze Mehrgenerationen-Familien auslöscht,[421] und eine ganze Generation von Kindern tötet, verstümmelt und traumatisiert.[422] Wie ein palästinensischer Mann in einem Video des UNRWA kurz und bündig zusammenfasst: "Das sind all unsere Erinnerungen, unser ganzes Leben ... Jetzt ist alles weg, alles ist zu Asche geworden." [423]

94. Die israelische Armee - die die israelische Flagge über den Trümmern der zerstörten palästinensischen Häuser, Dörfer und Städte, einschließlich des Palästina-Platzes in Gaza-Stadt selbst,[424] aufstellt, und angespornt durch Aufrufe innerhalb und außerhalb der israelischen Regierung, "Gaza platt zu machen" und auf den Trümmern der palästinensischen Häuser wieder israelische Siedlungen zu errichten,[425] - zerstört die eigentliche Struktur und Grundlage des palästinensischen Lebens in Gaza. Damit fügt Israel der palästinensischen Gruppe in Gaza bewusst Lebensbedingungen zu, die auf ihre Zerstörung abzielen.

8. Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung palästinensischer Geburten

95. Wie oben dargelegt, sind palästinensische Frauen und Kinder im Gazastreifen von den israelischen Maßnahmen besonders stark betroffen: Schätzungsweise 70 Prozent der Getöteten sind Frauen und Kinder. Schätzungen zufolge werden in Gaza jede Stunde zwei Mütter getötet. Allein bis zum 11. Dezember 2023 wurden schätzungsweise mehr als 7[729] Kinder getötet,[426] und mindestens 4.700 weitere Frauen und Kinder werden als vermisst gemeldet, da sie vermutlich unter den Trümmern begraben sind.[427] Es gibt mehrere Augenzeugenberichte von schwangeren Frauen, die von israelischen Soldaten getötet wurden, auch bei dem Versuch, Zugang zu medizinischer Versorgung zu erhalten.[428]

96. Schwangere Frauen und Kinder - einschließlich Neugeborener - sind ebenfalls besonders von der Vertreibung, dem fehlenden Zugang zu Nahrung und Wasser, Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen sowie dem fehlenden Zugang zu Gesundheitsdiensten betroffen. Diese Auswirkungen sind schwerwiegend und signifikant. Schätzungsweise 5.500 der rund 52.000 schwangeren Palästinenserinnen im Gazastreifen, die jeden Monat ein Kind zur Welt bringen, tun dies unter unsicheren Bedingungen, oft ohne sauberes Wasser, geschweige denn medizinische Hilfe, "in Notunterkünften, in ihren Häusern, auf der Straße inmitten von Trümmern oder in überlasteten Gesundheitseinrichtungen, in denen sich die sanitären Verhältnisse verschlechtern und das Risiko

von Infektionen und medizinischen Komplikationen steigt"[429]. Wo es ihnen möglich ist, ein funktionierendes Krankenhaus zu erreichen, müssen sich schwangere Frauen Kaiserschnitten ohne Betäubung unterziehen[430].

97. Angesichts des fehlenden Zugangs zu lebenswichtigen medizinischen Gütern, einschließlich Blut, sind die Ärzte gezwungen, bei jungen Frauen unnötige Hysterektomien durchzuführen, um ihr Leben zu retten, so dass sie keine weiteren Kinder bekommen können.[431] Die Gesundheitsministerin des Staates Palästina, Dr. May al-Kaileh, bestätigt, dass die einzige Möglichkeit für palästinensische Frauen in Gaza, die nach der Geburt "verbluten", darin besteht, sich einer Hysterektomie zu unterziehen, um ihr Leben zu retten[432]. Der Mangel an verfügbaren Medikamenten wie der Anti-D-Spritze - die Rhesus-negativen Frauen bei der Geburt eines Rhesus-positiven Babys verabreicht wird - beeinträchtigt auch die Möglichkeit künftiger gesunder Schwangerschaften für die betroffenen Frauen erheblich.

98. Berichten zufolge ist die Zahl der Frühgeburten um 25 bis 30 Prozent gestiegen, da die gestressten und traumatisierten schwangeren Frauen mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sind, wie z. B. dem Zwang, lange Strecken zu Fuß zurückzulegen, um sich in Sicherheit zu bringen, dem Versuch, vor Bomben zu fliehen, und der Enge in den Unterküften, die oft unter erbärmlichen Bedingungen errichtet wurden. Vor allem im Norden des Gazastreifens haben sich die Fälle von Plazentaablösungen - ein schwerwiegender Zustand, der bei schwangeren Frauen während der Geburt auftritt und für Mutter und Kind lebensbedrohlich sein kann - mehr als verdoppelt[433].

99. Berichten zufolge sterben immer mehr palästinensische Babys im Gazastreifen an völlig vermeidbaren Ursachen, die auf Israels Maßnahmen zurückzuführen sind: Neugeborene im Alter von bis zu drei Monaten sterben an Durchfall, Unterkühlung und anderen vermeidbaren Ursachen. Ohne lebenswichtige Ausrüstung und medizinische Unterstützung haben Frühgeborene und untergewichtige Babys kaum eine Überlebenschance.[434] Palästinensische Neugeborene sind gestorben, weil der Treibstoff für die Versorgung der Krankenhausgeneratoren fehlte;[435] andere wurden in ihren Krankenhausbetten verwest aufgefunden, da das medizinische Personal, das sich um sie kümmerte, von Israel zur Evakuierung gezwungen worden war.[436]

100. Am 3. November 2023 warnte die Weltgesundheitsorganisation, dass "die Zahl der Todesfälle in der Gebärmutter angesichts des mangelnden Zugangs zu angemessener medizinischer Versorgung voraussichtlich zunehmen wird", mit tödlichen Folgen für die reproduktive Gesundheit, einschließlich eines Anstiegs stressbedingter Fehlgeburten, Totgeburten und Frühgeburten[437] Die Auswirkungen werden für die Palästinenser in Gaza als Gruppe zwangsläufig lang anhaltend und schwerwiegend sein. Bis zum 22. November 2023 hat die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Frauen und Mädchen, ihre Ursachen und Folgen, ausdrücklich davor gewarnt:

"[D]ie reproduktive Gewalt, die Israel palästinensischen Frauen, Neugeborenen, Säuglingen und Kindern zufügt, könnte als ... Akte des Völkermordes gemäß Artikel 2 der Konvention zur Verhütung

des Völkermordes ... einschließlich der Auferlegung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten innerhalb einer Gruppe" qualifiziert werden. Sie betonte, dass "die Staaten solche Handlungen in Übereinstimmung mit ihrer Verantwortung gemäß der Völkermordkonvention verhindern und bestrafen müssen"[438].

D. Äußerungen von Völkermordabsichten gegen das palästinensische Volk durch israelische Staatsbeamte und andere

101. Die Beweise für die spezifische Absicht ("dolus specialis") der israelischen Staatsbeamten, völkermörderische Handlungen zu begehen und fortzusetzen oder sie nicht zu verhindern, sind seit Oktober 2023 erheblich und offenkundig. Diese Absichtserklärungen - in Verbindung mit dem Ausmaß des Tötens, Verstümmelns, der Vertreibung und der Zerstörung vor Ort sowie der Belagerung - belegen einen sich entfaltenden und fortgesetzten Völkermord. Dazu gehören Erklärungen der folgenden Personen, die die höchste Verantwortung tragen:

- **Premierminister von Israel:** Am 7. Oktober 2023 versprach Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in einer vom Presseamt der Regierung übertragenen Fernsehansprache, "überall mit Nachdruck zu operieren"[439] und bekräftigte am 13. Oktober 2023, dass "wir unsere Feinde mit einer noch nie dagewesenen Macht angreifen werden...".[440] Am 15. Oktober 2023, als israelische Luftangriffe bereits mehr als 2.670 Palästinenser, darunter 724 Kinder, getötet hatten,[441] erklärte der Premierminister, dass die israelischen Soldaten "das Ausmaß der Mission verstehen" und bereit sind, "die blutrünstigen Monster zu besiegen, die sich gegen [Israel] erhoben haben, um uns zu vernichten".[442] Am 16. Oktober 2023 beschrieb er in einer offiziellen Ansprache vor der israelischen Knesset die Situation als "einen Kampf zwischen den Kindern des Lichts und den Kindern der Finsternis, zwischen der Menschlichkeit und dem Gesetz des Dschungels",[443] ein entmenschlichendes Thema, auf das er bei verschiedenen Gelegenheiten zurückkam, u. a. am 3. November 2023 in einem Brief an israelische Soldaten und Offiziere, der auch auf der Plattform "X" (früher Twitter) veröffentlicht wurde; in dem Brief hieß es, dass: "[D]ies ist der Krieg zwischen den Söhnen des Lichts und den Söhnen der Finsternis. Wir werden in unserer Mission nicht nachlassen, bis das Licht die Finsternis besiegt - das Gute wird das extrem Böse besiegen, das uns und die ganze Welt bedroht"[444] Auch der israelische Premierminister griff das Thema in seiner "Weihnachtsbotschaft" auf und erklärte: "Wir haben es mit Monstern zu tun, Monstern, die Kinder vor den Augen ihrer Eltern ermordet haben. Dies ist nicht nur ein Kampf Israels gegen diese Barbaren, es ist ein Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei"[445] Am 28. Oktober 2023, als die israelischen Streitkräfte ihren Einmarsch in den Gazastreifen vorbereiteten, berief sich der Premierminister auf die biblische Geschichte der vollständigen Vernichtung Amaleks durch die Israeliten und erklärte "Ihr müsst euch daran erinnern, was Amalek euch angetan hat, sagt unsere Heilige Bibel. Und wir erinnern uns."[446] In einem Schreiben an die israelischen Soldaten und Offiziere vom 3. November 2023 nahm der Premierminister erneut Bezug auf Amalek.[447] Die entsprechende Bibelstelle lautet wie folgt: "Nun geht, greift Amalek an und verbannt alles, was ihm gehört. Verschont niemanden, sondern tötet Männer und Frauen, Säuglinge und Kleinkinder, Rinder und Schafe, Kamele und Esel"[448].

- **Präsident von Israel:** Am 12. Oktober 2023 machte Präsident Isaac Herzog deutlich, dass Israel nicht zwischen Kämpfern und Zivilisten im Gazastreifen unterscheidet, und erklärte in einer Pressekonferenz vor ausländischen Medien - in Bezug auf die Palästinenser im Gazastreifen, von denen über eine Million Kinder sind: "Es ist eine ganze Nation da draußen, die verantwortlich ist. Es ist nicht wahr, dass die Zivilisten nicht wissen, dass sie nicht beteiligt sind. Sie ist absolut nicht wahr. ... und wir werden kämpfen, bis wir ihnen das Rückgrat brechen."[449]

Am 15. Oktober 2023 erklärte der Präsident gegenüber ausländischen Medien in Anlehnung an die Worte von Premierminister Netanjahu, dass "wir das Böse ausrotten werden, damit es für die gesamte Region und die Welt gut wird"[450] Der israelische Präsident ist einer von vielen Israelis, die handschriftliche "Botschaften" auf Bomben geschrieben haben, die auf Gaza abgeworfen werden sollen.[451]

- **Israelischer Verteidigungsminister:** Am 9. Oktober 2023 teilte Verteidigungsminister Yoav Gallant in einem "Lagebericht" der israelischen Armee mit, dass Israel "den Gazastreifen vollständig belagert". Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, kein Treibstoff. Alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und handeln dementsprechend"[452] Er teilte den Truppen an der Grenze zum Gazastreifen auch mit, dass er "alle Beschränkungen aufgehoben" habe,[453] und erklärte, dass "Gaza wird nicht mehr so sein wie vorher. Wir werden alles beseitigen. Wenn es nicht einen Tag dauert, wird es eine Woche dauern. Es wird Wochen oder sogar Monate dauern, wir werden alle Orte erreichen."[454] Er kündigte außerdem an, dass Israel zu einer "umfassenden Reaktion" übergehe und dass er "alle Beschränkungen" für die israelischen Streitkräfte aufgehoben habe.[455]

- **Israelischer Minister für nationale Sicherheit:** Am 10. November 2023 stellte Itamar Ben-Gvir in einer Fernsehansprache die Position der Regierung klar und erklärte: "Wenn wir sagen, dass die Hamas zerstört werden sollte, bedeutet das auch, dass diejenigen, die feiern, diejenigen, die sie unterstützen, und diejenigen, die Süßigkeiten verteilen, alle Terroristen sind und ebenfalls zerstört werden sollten"[456].

- **Israelischer Minister für Energie und Infrastruktur:** Am 13. Oktober 2023 erklärte Israel Katz in einem "Tweet": "Der gesamten Zivilbevölkerung in Gaza wird befohlen, den Gazastreifen sofort zu verlassen. Wir werden gewinnen. Sie werden keinen Tropfen Wasser oder eine einzige Batterie erhalten, bis sie die Welt verlassen."[457] Am 12. Oktober 2023 "twitcherte" er: "Humanitäre Hilfe für Gaza? Kein elektrischer Schalter wird eingeschaltet, kein Wasserhydrant wird geöffnet und kein Tankwagen wird einfahren, bis die von Israel entführten Menschen nach Hause zurückkehren. Humanitäre Hilfe für humanitäre Hilfe. Und niemand wird uns Moral predigen."[458]

- **Israelischer Finanzminister:** Am 8. Oktober 2023 erklärte Bezalel Smotrich in einer Sitzung des israelischen Kabinetts, dass "wir einen Schlag ausführen müssen, wie es ihn seit 50 Jahren nicht mehr gegeben hat, und den Gazastreifen zerstören müssen"[459].

- **Israelischer Minister für Kulturerbe:** Am 1. November 2023 postete Amichai Eliyahu auf Facebook: "Der Norden des Gazastreifens, schöner als je zuvor. Alles ist in die Luft gesprengt und eingeebnet, einfach eine Freude für die Augen ... Wir müssen über den Tag danach sprechen. Meiner Meinung nach werden wir all jenen, die im Laufe der Jahre für den Gazastreifen gekämpft haben, und jenen, die aus Gush Katif vertrieben wurden, Lose überreichen" [eine ehemalige israelische Siedlung].[460] Später sprach er sich gegen humanitäre Hilfe aus, da "[w]ir den Nazis keine humanitäre Hilfe geben würden", und "es so etwas wie unbeteiligte Zivilisten in Gaza nicht gibt".[461] Er stellte auch einen Atomangriff auf den Gazastreifen in Aussicht.[462]

- **Israelischer Minister für Landwirtschaft:** Am 11. November 2023 erinnerte Avi Dichter in einem Fernsehinterview an die Nakba von 1948, bei der über 80 Prozent der palästinensischen Bevölkerung des neuen israelischen Staates aus ihren Häusern vertrieben wurden oder geflohen sind, und erklärte, dass "[w]ir jetzt tatsächlich die Nakba von Gaza ausrollen"[463].

- **Stellvertretender Sprecher der Knesset und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit:** Am 7. Oktober 2023 "tweetete" Nissim Vaturi, dass: "Jetzt haben wir alle ein gemeinsames Ziel - den Gazastreifen vom Antlitz der Erde zu tilgen. Diejenigen, die dazu nicht in der Lage sind, werden ersetzt."[464]

102. Ähnliche Erklärungen wurden von Beamten, Beratern und Sprechern der israelischen Armee und anderen Personen abgegeben, die mit den in Gaza stationierten israelischen Truppen zu tun haben:

- **Koordinator der israelischen Armee für Regierungsaktivitäten in den Gebieten ("COGAT"):** Am 9. Oktober 2023 warnte Generalmajor Ghassan Alian in einer Videobotschaft an die Hamas und die Bewohner des Gazastreifens, die über den offiziellen Kanal der COGAT veröffentlicht wurde: "Die Hamas wurde zu ISIS und die Bürger von Gaza feiern, anstatt entsetzt zu sein. Mit menschlichen Tieren wird entsprechend verfahren. Israel hat eine totale Blockade über den Gazastreifen verhängt, kein Strom, kein Wasser, nur Schäden. Ihr wolltet die Hölle, ihr werdet die Hölle bekommen."[465]

- **Generalmajor der israelischen Armee, ehemaliger Leiter des israelischen Nationalen Sicherheitsrats und Berater des Verteidigungsministers:**[466] Am 7. Oktober 2023 schrieb Giora Eiland in einem Online-Journal über den israelischen Befehl, die Wasser- und Stromversorgung des Gazastreifens zu unterbrechen: "Das ist es, was Israel zu tun begonnen hat - wir haben die Versorgung des Streifens mit Energie, Wasser und Diesel gekappt....

Aber das ist nicht genug. Um die Belagerung wirksam zu machen, müssen wir andere daran hindern, dem Gazastreifen Hilfe zu leisten. . . Man sollte den Menschen sagen, dass sie zwei

Möglichkeiten haben: zu bleiben und zu hungern oder zu gehen. Wenn Ägypten und andere Länder es vorziehen, dass diese Menschen in Gaza verhungern, dann ist das ihre Entscheidung." [467] Am selben Tag erklärte er in einer überregionalen Zeitung: "[W]enn man sich mit einem anderen Land im Krieg befindet, gibt man ihm keine Nahrung, keinen Strom, kein Gas, kein Wasser oder sonst etwas... Ein Land kann auf eine viel umfassendere Weise angegriffen werden, um es an den Rand des Zusammenbruchs zu bringen. Das ist das notwendige Ergebnis der Ereignisse in Gaza." [468] Er hat wiederholt die Vorteile für Israel durch die Schaffung einer humanitären Krise in Gaza betont und erklärt, dass "Israel kein Interesse daran hat, dass der Gazastreifen rehabilitiert wird, und das ist ein wichtiger Punkt, der den Amerikanern klar gemacht werden muss", [469] und dass "wenn wir die Geiseln jemals lebend sehen wollen, der einzige Weg darin besteht, eine schwere humanitäre Krise in Gaza zu schaffen". [470] Er hat angedeutet, dass Wasser ins Visier genommen werden sollte, da das Wasser in Gaza "aus Brunnen mit Salzwasser kommt, das nicht zum Verzehr geeignet ist. Sie haben Wasseraufbereitungsanlagen, Israel sollte diese Anlagen angreifen. Wenn die ganze Welt sagt, dass wir verrückt geworden sind und dies eine humanitäre Katastrophe ist, werden wir sagen, dass dies kein Ziel, sondern ein Mittel ist." [471] In einem Times-Radiointerview am 12. Oktober 2023 wiederholte er, dass die Armee dies tun sollte:

"[Erzeugen] Sie einen so großen Druck auf Gaza, dass Gaza zu einem Gebiet wird, in dem Menschen nicht leben können. Die Menschen können nicht leben, bis die Hamas zerstört ist, was bedeutet, dass Israel nicht nur aufhört, Energie, Diesel, Wasser, Lebensmittel ... zu liefern, wie wir es in den letzten zwanzig Jahren getan haben ... sondern wir sollten jede mögliche Unterstützung durch andere verhindern und in Gaza eine so schreckliche, unerträgliche Situation schaffen, die Wochen und Monate dauern kann" [472].

Giora Eiland hat wiederholt in den Medien dazu aufgerufen, den Gazastreifen unbewohnbar zu machen, indem er erklärte: "Der Staat Israel hat keine andere Wahl, als den Gazastreifen zu einem Ort zu machen, an dem man vorübergehend oder dauerhaft nicht leben kann." [473] In einem Interview am 6. November 2023 schlug er vor, dass, "wenn eine Militäraktion am Shifa [Krankenhaus] beabsichtigt ist, was ich für unausweichlich halte, ich hoffe, dass der Chef der CIA eine Erklärung dafür bekommen hat, warum dies notwendig ist und warum die USA letztendlich sogar eine solche Operation unterstützen müssen, selbst wenn es danach Tausende von Leichen von Zivilisten auf den Straßen gibt." [474] Weiter schlug er vor, dass "Israel eine humanitäre Krise in Gaza schaffen muss, die Zehntausende oder sogar Hunderttausende dazu zwingt, in Ägypten oder am Golf Zuflucht zu suchen ... Der Gazastreifen wird zu einem Ort werden, an dem kein Mensch mehr existieren kann." [475] In Anlehnung an die Worte von Präsident Herzog hat er wiederholt betont, dass es keinen Unterschied zwischen Hamas-Kämpfern und palästinensischen Zivilisten geben dürfe, und sagte:

"Wer sind die 'armen' Frauen von Gaza? Sie sind alle Mütter, Schwestern oder Ehefrauen von Hamas-Mördern. Einerseits sind sie Teil der Infrastruktur, die die Organisation unterstützt, und andererseits, wenn sie eine humanitäre Katastrophe erleben, dann kann man davon ausgehen, dass einige der Hamas-Kämpfer und die jüngeren Kommandeure zu verstehen beginnen, dass der Krieg sinnlos ist. . . Die internationale Gemeinschaft warnt uns vor einer humanitären Katastrophe in Gaza und vor schweren Epidemien. Davor dürfen wir nicht zurückschrecken, so schwierig das auch sein mag. Schließlich werden schwere Epidemien im Süden des Gazastreifens den Sieg näher bringen. . . Gerade sein ziviler Zusammenbruch wird das Ende des Krieges näher bringen. Wenn hochrangige israelische

Persönlichkeiten in den Medien sagen: "Entweder wir oder sie", sollten wir die Frage klären, wer "sie" sind. Sie' sind nicht nur die bewaffneten Hamas-Kämpfer, sondern auch alle 'zivilen' Funktionäre, einschließlich der Krankenhaus- und Schulverwalter, und auch die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens, die die Hamas am 7. Oktober enthusiastisch unterstützt und ihre Gräueltaten bejubelt hat."[476]

- **Reservist der israelischen Armee: "Motivationsrede"**: Am 11. Oktober 2023 wurde der 95-jährige israelische Armee-Reservist Ezra Yachin - ein Veteran des Massakers von Deir Yassin während der Nakba von 1948 -, der Berichten zufolge zum Reservedienst einberufen wurde, um die Moral" der israelischen Truppen vor der Bodeninvasion zu stärken, in den sozialen Medien übertragen, wo er andere Soldaten wie folgt zum Völkermord aufstachelte, während er in einem israelischen Armeefahrzeug und in israelischer Armeeuniform herumgefahren wurde:

"Sei triumphierend und erledige sie, ohne jemanden zurückzulassen. Löscht die Erinnerung an sie aus. Löscht sie aus, ihre Familien, Mütter und Kinder. Diese Tiere dürfen nicht länger leben.

. . . Jeder Jude, der eine Waffe hat, sollte hinausgehen und sie töten. Wenn du einen arabischen Nachbarn hast, warte nicht, geh zu ihm nach Hause und erschieß ihn... Wir wollen einmarschieren, nicht wie früher, wir wollen eindringen und zerstören, was vor uns ist, und Häuser zerstören, dann das nächste zerstören. Mit all unseren Kräften, vollständige Zerstörung, eindringen und zerstören. Wie ihr seht, werden wir Dinge erleben, die wir uns nie erträumt haben. Lasst sie Bomben auf sie werfen und sie auslöschen."[477]

- **Leiter der Lufteinsatzgruppe der israelischen Armee**: Am 28. Oktober 2023 beschrieb Oberstleutnant Gilad Kinan, dass die Luftwaffe "mit allen Organen der IDF zusammenarbeitet, wenn das Ziel klar ist - alles zu zerstören, was von der Hand der Hamas berührt wurde"[478].

- **Kommandeur des 2908. Bataillons der israelischen Armee**: In einem Video, das am 21. Dezember 2023 ins Internet gestellt wurde, sagte Yair Ben David, dass die israelische Armee "in Beit Hanoun eingedrungen ist und dort das getan hat, was Schimon und Levi in Nablus getan haben", und dass "der gesamte Gazastreifen Beit Hanoun ähneln sollte", womit er sich auf die Stadt im nördlichen Gazastreifen bezog, die von der israelischen Armee völlig verwüstet wurde.[479] Die fragliche Bibelstelle lautet: "Am dritten Tag, als sie sich quälten, nahmen Simeon und Levi, zwei Söhne Jakobs, Brüder der Dina, jeder sein Schwert, kamen unbehellig in die Stadt und erschlugen alle männlichen Einwohner"[480].

103. Die oben genannten Äußerungen israelischer Entscheidungsträger und Militärs zeigen an und für sich die klare Absicht, die Palästinenser im Gazastreifen als Gruppe "an sich" zu vernichten. Sie stellen auch eine klare direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord dar, die unkontrolliert und ungestraft geblieben ist. Aus den Handlungen der israelischen Armee vor Ort - einschließlich der großen Zahl getöteter und verletzter Zivilisten und des Ausmaßes der Vertreibung, Zerstörung und

Verwüstung im Gazastreifen - lässt sich eindeutig schließen, dass diese völkermörderischen Erklärungen und Anweisungen gegen das palästinensische Volk umgesetzt werden. Dies ist auch die eindeutige und notwendige Schlussfolgerung, die aus den sich abzeichnenden Aussagen der im Gazastreifen diensttuenden Soldaten der israelischen Armee, einschließlich der vor Ort stationierten, gezogen werden muss:

- Oberst der israelischen Armee, stellvertretender Leiter der COGAT: In einem Video, das in Beit Lahia - einem der Gebiete des Gazastreifens, die offenbar besonders stark zerstört wurden - gedreht und am 4. November 2023 im israelischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, erklärte Oberst Yogev Bar-Sheshet: "Wer hierher zurückkehrt, wenn er denn zurückkehrt, wird verbrannte Erde vorfinden. Keine Häuser, keine Landwirtschaft, kein gar nichts. Sie haben keine Zukunft." Ein anderer Oberst der Armee, der in demselben Video zu sehen ist, Oberst Erez Eshel (Reserve), äußerte sich ebenfalls wie folgt: "Rache ist ein großer Wert. Es gibt Rache für das, was sie uns angetan haben ... Dieser Ort wird ein Brachland sein. Sie werden nicht in der Lage sein, hier zu leben."[481]

- Soldaten der israelischen Armee: Israelische Soldaten in Uniform wurden am 5. Dezember 2023 dabei gefilmt, wie sie tanzten, skandierten und sangen: "Möge ihr Dorf brennen, möge Gaza ausgelöscht werden";[482] und zwei Tage später, am 7. Dezember 2023, tanzten, sangen und skandierten sie in Gaza: "Wir kennen unser Motto: Es gibt keine unbeteiligten Zivilisten" und "die Saat von Amalek auslöschen"[483].

104. Das zweite Video, in dem Soldaten skandieren, dass es "keine unbeteiligten Bürger" in Gaza gibt und dass sie "die Saat von Amalek auslöschen" werden, wurde am 7. Dezember 2023 aufgenommen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 17.177 Palästinenser in Gaza getötet worden - schätzungsweise 70 Prozent davon waren Frauen und Kinder. Der 7. und 8. Dezember 2023 war für die Palästinenser besonders verheerend: Innerhalb von 24 Stunden wurden 350 Menschen getötet - etwa alle vier Minuten ein Palästinenser in Gaza.[484]

105. Diese völkermörderische Rhetorik von Regierungs- und Militärbeamten ist auch unter den nicht dem Kabinett angehörenden Mitgliedern der israelischen Knesset ("MKs") weit verbreitet und gang und gäbe, die wiederholt dazu aufgerufen haben, den Gazastreifen "auszulöschen",[485] "platt zu machen",[486] "auszuradiieren",[487] und "... auf alle seine Bewohner zu hetzen". . auf alle seine Bewohner".[488] Parlamentarier haben öffentlich bedauert, dass jemand "Mitleid" mit den "unbeteiligten" Gaza-Bewohnern hat, indem sie wiederholt behaupteten, dass "es keine Unbeteiligten gibt",[489] dass "es keine Unschuldigen in Gaza gibt",[490] dass "die Mörder der Frauen und Kinder nicht von den Bürgern des Gazastreifens getrennt werden sollten",[491] dass "die Kinder des Gazastreifens dies selbst verschuldet haben",[492] und dass "es für alle dort nur eine Strafe geben sollte - den Tod",[493] Parlamentarier erklärten, "wir dürfen nicht vergessen, dass auch die 'unschuldigen Bürger' - die grausamen und monströsen Menschen aus dem Gazastreifen - eine aktive Rolle gespielt haben. Es gibt keinen Platz für irgendeine humanitäre Geste - gegen die Erinnerung an Amalek muss protestiert werden",[494] und dass "[w]ir ohne Hunger und Durst unter der Bevölkerung des Gazastreifens keine Kollaborateure rekrutieren können",[495] Parlamentarier

haben auch zu "gnadenlosen" Bombardierungen "aus der Luft" aufgerufen,[496] den Einsatz von Atomwaffen ("Weltuntergangswaffen") gefordert,[497] und eine "Nakba, die die Nakba von 48 in den Schatten stellen wird",[498].

106. Eine ähnliche völkermörderische Rhetorik ist auch in der israelischen Zivilgesellschaft üblich, wobei völkermörderische Botschaften routinemäßig - ohne Zensur oder Sanktionen - in den israelischen Medien verbreitet werden. In den Medienberichten wird dazu aufgerufen, den Gazastreifen "auszulöschen"[499] und in ein "Schlachthaus"[500] zu verwandeln, "die Hamas nicht zu eliminieren", sondern "den Gazastreifen zu zerstören",[501] mit der wiederholten Behauptung, dass "es keine Unschuldigen gibt... Es gibt keine Bevölkerung. Es gibt 2,5 Millionen Terroristen."[502] Ein lokaler Beamter forderte Berichten zufolge, Gaza solle wie das Museum in Auschwitz "verwüstet und zerstört" werden, "um den Wahnsinn der Menschen, die dort lebten, zu demonstrieren".[503] Ehemalige Abgeordnete haben ein Ausmaß der Zerstörung gefordert, das dem von Dresden und Hiroshima entspricht,[504] und behauptet, es wäre "unmoralisch", wenn die israelische Armee sich nicht als "rachsüchtig und grausam" erweisen würde.[505] In einem israelischen Nachrichteninterview forderte ein ehemaliger Abgeordneter, alle Palästinenser in Gaza zu töten:

"Ich sage euch, im Gazastreifen sind sie ausnahmslos alle Terroristen, Söhne von Hunden. Sie müssen ausgerottet werden, sie müssen alle getötet werden. Wir werden den Gazastreifen platt machen, sie in Staub verwandeln, und die Armee wird das Gebiet säubern. Dann werden wir anfangen, neue Gebiete zu bauen, für uns, vor allem für unsere Sicherheit."[506]

107. Diese Äußerungen prominenter Mitglieder der israelischen Gesellschaft - darunter ehemalige Parlamentarier und Nachrichtensprecher - stellen eine eindeutige direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord dar, die von den israelischen Behörden nicht kontrolliert und nicht geahndet wurde. Die Tatsache, dass eine solche Haltung in der israelischen Gesellschaft so weit verbreitet und weit verbreitet zu sein scheint, ist besonders besorgniserregend, wenn man bedenkt, dass die im Gazastreifen dienenden Soldaten größtenteils Reservisten sind, die aus der Zivilgesellschaft stammen und von ihr informiert werden.

E. Anerkennung der völkermörderischen Absichten Israels gegen die Palästinenser

108. Wie oben dargelegt, haben zahlreiche Staaten zu Recht anerkannt, dass Israels Erklärungen in Bezug auf Gaza völkermörderische Absichten erkennen lassen. Diese Einschätzung wird von einer beträchtlichen Anzahl von Experten der Vereinten Nationen geteilt, die seit mindestens Mitte Oktober 2023 wiederholt davor gewarnt haben, dass das palästinensische Volk von einem Völkermord durch Israel bedroht ist. Ein Beispiel dafür:

- Am 19. Oktober 2023 schlugen **neun Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen** "Alarm" und warnten, dass "es eine anhaltende Kampagne Israels gibt, die zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza führt. In Anbetracht der Äußerungen führender israelischer Politiker und ihrer Verbündeten, die von Militäraktionen in Gaza und einer Eskalation der

Verhaftungen und Tötungen im Westjordanland begleitet werden, besteht auch die Gefahr eines Völkermordes am palästinensischen Volk." 507

- Am 27. Oktober 2023 unterstrich **der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung**, dass er "sehr besorgt über die starke Zunahme rassistischer Hassreden und Entmenschlichung von Palästinensern seit dem 7. Oktober ist, insbesondere im Internet und in den sozialen Medien, auch von hochrangigen Beamten, Politikern, Parlamentsmitgliedern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, insbesondere die Erklärung des israelischen Verteidigungsministers Yoav Gallant vom 9. Oktober, in der er Palästinenser als 'menschliche Tiere' bezeichnete, eine Sprache, die zu völkermörderischen Handlungen aufrufen könnte." [508]

- Am 28. Oktober 2023 trat **der Direktor des New Yorker Büros des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR)** zurück, nachdem er eine weit verbreitete Rücktrittserklärung verfasst hatte, in der er die Situation im Gazastreifen als einen "Lehrbuchmäßigen Fall von Völkermord" bezeichnete. [509]

- Am 2. November 2023 warnten **acht Sonderberichterstatter**, dass sie "weiterhin davon überzeugt sind, dass das palästinensische Volk von einem Völkermord bedroht ist". Die Experten erklärten, dass "die Zeit zum Handeln jetzt gekommen ist", und betonten, dass "Israels Verbündete ebenfalls Verantwortung tragen und jetzt handeln müssen, um sein katastrophales Vorgehen zu verhindern" [510].

- Am 16. November 2023 warnten **15 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen und 21 Mitglieder von Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen**, dass "die von Israel nach dem 7. Oktober begangenen schweren Verstöße gegen die Palästinenser, insbesondere im Gazastreifen, auf einen bevorstehenden Völkermord hindeuten". Die Erklärung hebt "Beweise für die zunehmende Aufstachelung zum Völkermord, die offenkundige Absicht, "das palästinensische Volk unter der Besatzung zu vernichten", den lauten Ruf nach einer "zweiten Nakba" in Gaza und den übrigen besetzten palästinensischen Gebieten und den Einsatz starker Waffen mit wahlloser Wirkung hervor, was zu einer kolossalen Zahl von Todesopfern und der Zerstörung der lebenserhaltenden Infrastruktur führt". Die Experten äußerten "tiefe ... Besorgnis ... über ... das Versagen des internationalen Systems, sich zu mobilisieren, um einen Völkermord zu verhindern", und warnten, dass "das Versäumnis, dringend einen Waffenstillstand umzusetzen, das Risiko birgt, dass sich die Situation zu einem Völkermord entwickelt, der mit Mitteln und Methoden der Kriegsführung des 21.

- Am 20. November 2023 gab **die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Frauen und Mädchen**, ihre Ursachen und Folgen, eine Erklärung ab, in der sie warnte, dass "seit dem 7. Oktober der Angriff auf die Würde und die Rechte der palästinensischen Frauen neue und erschreckende Dimensionen angenommen hat, da Tausende von ihnen Opfer von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und

eines sich entfaltenden Völkermordes geworden sind". Die Sonderberichterstatterin "äußerte sich alarmiert über die völkermörderischen und entmenschlichenden Äußerungen über das palästinensische Volk, einschließlich Frauen und Kinder, von hochrangigen israelischen Regierungsvertretern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sie als "Kinder der Finsternis" bezeichnen". Der Sonderberichterstatter bezog sich auf die Beschreibung der Palästinenser als "menschliche Tiere" und die Aufrufe zu einer "zweiten Nakba" durch israelische Beamte und warnte, dass "solche Äußerungen die Absicht der israelischen Regierung, das palästinensische Volk ganz oder teilweise zu vernichten, absolut und konsequent deutlich machen"[512].

- Am 8. Dezember 2023, noch vor der Abstimmung über die Waffenstillstandsresolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, gegen die die Vereinigten Staaten von Amerika ihr Veto eingelegt hatten, bekräftigten **22 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen und 28 Mitglieder von Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen** ihre frühere Erklärung, in der sie vor der Begehung von Völkermord warnten"[513].

- Am 21. Dezember 2023 wiederholte der **Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung** im Rahmen seines "Frühwarn- und Dringlichkeitsverfahrens" seine frühere Erklärung und warnte vor "Hassreden und entmenschlichenden Äußerungen, die sich gegen Palästinenser richten, und äußerte ernste Bedenken hinsichtlich der Verpflichtung Israels und anderer Vertragsstaaten, Völkermord zu verhindern". Der Ausschuss forderte "alle Vertragsparteien auf, ihre internationalen Verpflichtungen in vollem Umfang einzuhalten, insbesondere diejenigen, die sich aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ergeben, und zusammenzuarbeiten, um den stattfindenden Verstößen ein Ende zu setzen und Völkermord zu verhindern". Der Ausschuss nahm ausführlich Bezug auf die anhaltende Situation in Gaza und erklärte unter anderem, dass er "zutiefst besorgt über die rassistischen Hassreden, die Aufstachelung zur Gewalt und zu völkermörderischen Handlungen sowie die entmenschlichende Rhetorik, die seit dem 7. Oktober 2023 von hochrangigen israelischen Regierungsbeamten, Parlamentsmitgliedern, Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegen Palästinenser gerichtet wird"[514].

109. Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit hat Israels Militäraktionen in Gaza wiederholt als "Völkermord" verurteilt,

515 , ebenso wie die arabische Gruppe bei den Vereinten Nationen,[516] die Internationale Föderation für Menschenrechte forderte ein Ende des "Völkermords" und die Internationale Juristenkommission rief Drittstaaten dazu auf, "alle in ihrer Macht stehenden angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um einen Völkermord in Gaza zu verhindern".[517] Palästinensische Nichtregierungsorganisationen haben den Völkermord ebenfalls scharf verurteilt und den Internationalen Strafgerichtshof aufgefordert, das Verbrechen zu untersuchen.[518] Der Rat der palästinensischen Menschenrechtsorganisationen hat am 14. November 2023 ein ausführliches Informationspapier herausgegeben, in dem der Staat Palästina und Drittstaaten aufgefordert werden, mit konkreten Maßnahmen und rechtlichen Schritten einzugreifen, um den Völkermord in Gaza zu verhindern. Der Bericht weist darauf hin, dass "es bedeutende Warnungen von

unabhängigen Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen sowie Maßnahmen von Drittstaaten gegeben hat, einschließlich des Abzugs ihrer diplomatischen Vertretungen aus Israel, einige als Reaktion auf die anhaltenden israelischen völkermörderischen Erklärungen und Handlungen. Zusammengenommen machen diese Warnungen und staatlichen Maßnahmen die internationale Staatengemeinschaft darauf aufmerksam, dass ein sehr reales Risiko besteht, dass ein Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen begangen wird oder begangen werden könnte"[519].

IV. DIE ANSPRÜCHE SÜDAFRIKAS

110. Auf der Grundlage der obigen Ausführungen sowie der weiteren Beweise, die im Laufe dieses Verfahrens vorgelegt werden, ist Südafrika der Ansicht, dass das Verhalten Israels - durch seine staatlichen Organe, staatlichen Agenten und andere Personen und Einrichtungen, die auf seine Anweisung oder unter seiner Leitung, Kontrolle oder seinem Einfluss handeln - in Bezug auf die Palästinenser in Gaza gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention, einschließlich der Artikel I, III, IV, V und VI in Verbindung mit Artikel II, verstößt. Zu diesen Verstößen gegen die Völkermordkonvention gehören unter anderem:

- (a) Unterlassung der Verhinderung von Völkermord unter Verletzung von Artikel I;
- (b) die Begehung von Völkermord unter Verstoß gegen Artikel III (a);
- (c) Verschwörung zum Völkermord unter Verstoß gegen Artikel III (b);
- (d) unmittelbare und öffentliche Aufforderung zum Völkermord unter Verstoß gegen Artikel III Buchstabe c);
- (e) Versuch des Völkermordes unter Verstoß gegen Artikel III (d);
- (f) Beihilfe zum Völkermord unter Verstoß gegen Artikel III (e);
- (g) Unterlassung der Bestrafung von Völkermord, Verschwörung zum Völkermord, direkter und öffentlicher Aufforderung zum Völkermord, versuchtem Völkermord und Beihilfe zum Völkermord unter Verstoß gegen die Artikel I, III, IV und VI;
- (h) dass sie es unterlassen hat, die erforderlichen Rechtsvorschriften zu erlassen, um den Bestimmungen der Völkermordkonvention Wirkung zu verleihen und wirksame Strafen für Personen vorzusehen, die sich des Völkermordes, der Verschwörung zum Völkermord, der Anstiftung zum Völkermord, des versuchten Völkermordes und der Mittäterschaft am Völkermord schuldig gemacht haben, was einen Verstoß gegen Artikel V darstellt, und
- (i) die Untersuchung von Völkermord an Palästinensern in Gaza, einschließlich der Palästinenser, die von Agenten oder Streitkräften des israelischen Staates nach Israel verschleppt wurden, durch zuständige internationale Gremien oder Untersuchungsmissionen nicht zuzulassen und/oder direkt oder indirekt zu behindern, was eine notwendige und damit einhergehende Verpflichtung gemäß den Artikeln I, III, IV, V und VI darstellt.

V. DIE ANSPRÜCHE

111. Unter Vorbehalt des Rechts, diese Klage zu überarbeiten, zu ergänzen oder zu ändern, und vorbehaltlich der Vorlage der einschlägigen Beweise und rechtlichen Argumente an den Gerichtshof, beantragt Südafrika respektvoll, dass der Gerichtshof entscheidet und feststellt:

(1) dass die Republik Südafrika und der Staat Israel jeweils die Pflicht haben, gemäß ihren Verpflichtungen aus dem Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf die Mitglieder der palästinensischen Gruppe alle in ihrer Macht stehenden angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um Völkermord zu verhindern, und

(2) dass der Staat Israel:

(a) seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention verletzt hat und weiterhin verletzt, insbesondere die Verpflichtungen nach Artikel I in Verbindung mit Artikel II sowie nach den Artikeln III a), III b), III c), III d), III e), IV, V und VI;

(b) muss unverzüglich alle Handlungen und Maßnahmen einstellen, die gegen diese Verpflichtungen verstoßen, einschließlich solcher Handlungen oder Maßnahmen, die geeignet sind, Palästinenser zu töten oder weiterhin zu töten oder Palästinensern schweren körperlichen oder seelischen Schaden zuzufügen oder weiterhin zuzufügen oder ihrer Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen zuzufügen, oder ihrer Gruppe weiterhin Lebensbedingungen aufzuerlegen, die darauf abzielen, ihre physische Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen, und ihren Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention, insbesondere den Verpflichtungen nach den Artikeln I, III (a), III (b), III (c), III (d), III (e), IV, V und VI, uneingeschränkt nachzukommen;

(c) muss sicherstellen, dass Personen, die entgegen den Artikeln I, III (a), III (b), III (c), III (d) und III (e) Völkermord begehen, sich zur Begehung von Völkermord verschwören, unmittelbar und öffentlich zum Völkermord aufstacheln, den Versuch unternehmen, Völkermord zu begehen, und sich an Völkermord mitschuldig machen, von einem zuständigen nationalen oder internationalen Gericht nach Maßgabe der Artikel I, IV, V und VI bestraft werden;

(d) zu diesem Zweck und in Erfüllung der sich aus den Artikeln I, IV, V und VI ergebenden Verpflichtungen Beweise sammeln und aufbewahren und die Sammlung und Aufbewahrung von Beweisen für die an den Palästinensern im Gazastreifen begangenen Völkermordtaten, einschließlich der aus dem Gazastreifen vertriebenen Mitglieder der Gruppe, gewährleisten, zulassen und/oder weder direkt noch indirekt behindern;

(e) die Wiedergutmachungsverpflichtungen im Interesse der palästinensischen Opfer erfüllen muss, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die Ermöglichung der sicheren und würdigen Rückkehr der gewaltsam vertriebenen und/oder entführten Palästinenser in ihre Häuser, die Achtung ihrer vollen Menschenrechte und den Schutz vor weiterer Diskriminierung, Verfolgung und anderen damit zusammenhängenden Handlungen, und für den Wiederaufbau dessen sorgen muss, was sie in Gaza zerstört hat, im Einklang mit der Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord gemäß Artikel I; und

(f) muss Zusicherungen und Garantien für die Nichtwiederholung von Verstößen gegen die Völkermordkonvention bieten, insbesondere die Verpflichtungen gemäß Artikel I, III a), III b), III c), III d), III e), IV, V und VI.

VI. ANTRAG AUF EINSTWEILIGE MASSNAHMEN

112. In Übereinstimmung mit Artikel 41 der Satzung des Gerichtshofs und den Artikeln 73, 74 und 75 der Geschäftsordnung des Gerichtshofs beantragt Südafrika, dass der Gerichtshof vorläufige Maßnahmen anordnet. In Anbetracht der Art der fraglichen Rechte sowie des anhaltenden, extremen und nicht wiedergutzumachenden Schadens, den die Palästinenser in Gaza erleiden, bittet Südafrika den Gerichtshof, diesen Antrag mit äußerster Dringlichkeit zu behandeln.

113. Dieser Antrag beschreibt eine außergewöhnlich brutale Militäraktion Israels im Gazastreifen, die umfangreich ist und andauert und die Israel noch weiter zu intensivieren beabsichtigt[520].

114. Israel hat völkermörderische Handlungen und Maßnahmen begangen und es versäumt, diese zu verhindern oder zu bestrafen, was eine flagrante Verletzung der Verpflichtungen Israels aus den Artikeln I, III (a), III (b), III (c), III (d), III (e), IV, V und VI der Völkermordkonvention darstellt. Wie aus dem in der Klageschrift dargelegten Material hervorgeht, umfassen die fraglichen völkermörderischen Handlungen, die insbesondere gegen die Artikel II (a), II (b), II (c) und II (d) verstoßen und sich kollektiv gegen die Palästinenser in Gaza richten, unter anderem:

(1) die Tötung von Palästinensern im Gazastreifen, einschließlich eines großen Anteils von Frauen und Kindern - schätzungsweise 70 Prozent der mehr als 21.110 Todesopfer -, von denen einige anscheinend summarisch hingerichtet wurden;

(2) schwere seelische und körperliche Schäden bei Palästinensern im Gazastreifen zu verursachen, unter anderem durch Verstümmelung, psychische Traumata und unmenschliche und erniedrigende Behandlung;

(3) die zwangsweise Evakuierung und Vertreibung von rund 85 Prozent der Palästinenser im Gazastreifen - darunter Kinder, ältere und gebrechliche Menschen sowie Kranke und Verwundete - sowie die großflächige Zerstörung von palästinensischen Häusern, Dörfern, Flüchtlingslagern, Städten und ganzen Gebieten im Gazastreifen, wodurch die Rückkehr eines erheblichen Teils der palästinensischen Bevölkerung in ihre Häuser verhindert wird;

(4) Verursachung von Hunger, Dehydrierung und Verhungern der belagerten Palästinenser im Gazastreifen durch die Verhinderung ausreichender humanitärer Hilfe, die Unterbrechung der Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln, Treibstoff und Strom sowie die Zerstörung von Bäckereien, Mühlen, landwirtschaftlichen Flächen und anderen Produktions- und Ernährungsmethoden;

(5) Unterlassung und Einschränkung der Bereitstellung von angemessenen Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen für die Palästinenser im Gazastreifen, einschließlich der 1,9 Millionen Binnenvertriebenen, die durch die Maßnahmen Israels gezwungen sind, in gefährlichen Situationen des Elends zu leben, sowie die routinemäßige Beschießung und Zerstörung von Unterkünften und die Tötung und Verwundung von Unterkunftsbewohnern, einschließlich Frauen, Kindern, Behinderten und älteren Menschen;

(6) die Unterlassung, für die medizinischen Bedürfnisse der Palästinenser im Gazastreifen zu sorgen oder diese zu gewährleisten, einschließlich der medizinischen Bedürfnisse, die durch andere völkermörderische Handlungen entstanden sind, die zu schweren Körperverletzungen geführt haben, unter anderem durch direkte Angriffe auf palästinensische Krankenhäuser, Krankenwagen und andere Gesundheitseinrichtungen im Gazastreifen, die Tötung palästinensischer Ärzte, Sanitäter und Krankenschwestern, einschließlich der qualifiziertesten Sanitäter im Gazastreifen, und die Zerstörung und Unbrauchbarmachung des medizinischen Systems im Gazastreifen; und

(7) Zerstörung des palästinensischen Lebens im Gazastreifen durch die Zerstörung von Universitäten, Schulen, Gerichten, öffentlichen Gebäuden, öffentlichen Aufzeichnungen, Geschäften, Bibliotheken, Kirchen, Moscheen, Straßen, Infrastruktur, Versorgungseinrichtungen und anderen Einrichtungen, die für das Leben der Palästinenser im Gazastreifen als Gruppe notwendig sind, sowie durch die Ermordung ganzer Familiengruppen - wobei die gesamte mündliche Überlieferung im Gazastreifen ausgelöscht wird - und die Ermordung prominenter und angesehener Mitglieder der Gesellschaft.

(8) Auferlegung von Maßnahmen zur Verhinderung palästinensischer Geburten im Gazastreifen durch reproduktive Gewalt gegen palästinensische Frauen, Neugeborene, Säuglinge und Kinder.

115. Einstweilige Maßnahmen sind in diesem Fall notwendig, um die Rechte des palästinensischen Volkes nach der Völkermordkonvention, die weiterhin ungestraft verletzt werden, vor weiterem, schwerem und nicht wiedergutzumachendem Schaden zu schützen. Südafrika beantragt, dass der Gerichtshof einstweilige Maßnahmen zum Schutz und zur Wahrung dieser Rechte sowie seiner eigenen Rechte nach der Konvention anordnet, um eine Verschlimmerung oder Ausweitung des Rechtsstreits zu verhindern, bis über die Begründetheit der in der Klage aufgeworfenen Fragen entschieden ist.

116. Südafrika stellt fest, dass es andere damit zusammenhängende Angelegenheiten gibt, die nicht direkt mit den Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention zusammenhängen und daher nicht in die Zuständigkeit des Gerichtshofs in diesem Fall fallen, einschließlich der dringenden Rückkehr israelischer und anderer Geiseln. Südafrika ist der Ansicht, dass die beantragten vorläufigen Maßnahmen dennoch mit dem Fortgang und der Lösung dieser Angelegenheiten in Einklang stehen und dazu beitragen können.⁷⁴

A. Zwingende Umstände erfordern die Einführung vorläufiger Maßnahmen

117. Wie oben beschrieben, hat Israel entgegen Artikel I der Konvention völkermörderische Handlungen, die in Artikel II aufgeführt sind, begangen und ist dabei, diese zu begehen. Israel, seine Beamten und/oder Agenten haben mit der Absicht gehandelt, die Palästinenser in Gaza zu vernichten, die Teil einer geschützten Gruppe unter der Völkermordkonvention sind. Die zwingenden Umstände werden in der Klageschrift detailliert dargelegt und beinhalten Folgendes:

- In Gaza ist es nirgendwo sicher.
- Israel wirft "dumme" Bomben und Bomben mit einem Gewicht von bis zu 2.000 Pfund (900 kg) auf einen der am dichtesten besiedelten Orte der Welt ab
- In Gaza wird etwa alle sechs Minuten ein Palästinenser getötet.
- Mindestens 21.110 Palästinenser wurden bisher in Gaza getötet, weitere 7.780 werden vermisst und vermutlich unter den Trümmern begraben.
- Bis zum 12. Dezember 2023 wurden schätzungsweise 7.729 palästinensische Kinder getötet; mindestens 4.700 weitere Kinder und Frauen werden vermisst und vermutlich unter den Trümmern begraben, was UNICEF dazu veranlasst, die israelischen Militärangriffe als "Krieg gegen Kinder" zu bezeichnen.
- Täglich werden Hunderte von Palästinensern im Gazastreifen verwundet, viele mit lebensverändernden und lebensbedrohlichen Verletzungen.
- Die belagerten und bombardierten Krankenhäuser sind nicht mehr in der Lage, die Kranken und Verwundeten zu behandeln; nur 13 der 36 Krankenhäuser in Gaza funktionieren noch.
- 1,9 Millionen Palästinenser im Gazastreifen - etwa 85 Prozent der Bevölkerung - wurden gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben.

- Die Palästinenser im Gazastreifen werden in immer kleinere Gebiete des Gazastreifens ohne ausreichenden Schutz eingepfercht, wo sie weiterhin von Israel bombardiert werden.
- Israel verhindert weiterhin eine ausreichende humanitäre Hilfe für die Palästinenser im Gazastreifen, einschließlich des Zugangs zu Nahrungsmitteln, Wasser, Unterkünften, Medikamenten und medizinischer Hilfe.
- Gefährdete Palästinenser, darunter Kranke und Gebrechliche, Kinder und werdende Mütter, sind besonders gefährdet.
- Infektionskrankheiten verbreiten sich rasant.
- Internationale Experten warnen vor einer drohenden Massenverhungern.

118. Israel hat es auch versäumt, Völkermord, Verschwörung zum Völkermord, direkte und öffentliche Anstiftung zum Völkermord, versuchten Völkermord und Komplizenschaft beim Völkermord zu verhindern oder zu bestrafen, entgegen Artikel III und IV der Völkermordkonvention.

119. Israel bestreitet ein Fehlverhalten in Bezug auf seine militärischen Aktivitäten in Gaza und widersetzt sich allen Aufrufen Südafrikas und der internationalen Gemeinschaft, die Begehung von Völkermord zu verhindern und zu beenden. Anstatt die Verstöße gegen die Völkermordkonvention einzustellen, solche Verstöße zu verhindern und hat Israel seine Militärkampagne fortgesetzt, eskaliert und mit einer weiteren Eskalation gedroht. Außerdem vernichtet es Beweise für sein Fehlverhalten: Die massenhafte Zerstörung und Räumung großer Teile des Gazastreifens und die Verhinderung der Rückkehr von intern vertriebenen Palästinensern in ihre Häuser gibt Anlass zu ernster Besorgnis über die Vernichtung von Beweisen und deren Auswirkungen auf die künftige Untersuchung von Verbrechen, einschließlich der schwersten Verbrechen nach dem Völkerrecht. Israels Tötung einer großen Anzahl palästinensischer Journalisten und Medienmitarbeiter in Gaza - bisher mindestens 82, oft zusammen mit mehreren Familienmitgliedern - sowie seine Angriffe auf das Telekommunikationsnetz in Gaza 75

521] Das Gleiche gilt für Israels anhaltende Weigerung, Faktenermittlern und ausländischen Journalisten Zugang zum Gazastreifen zu gewähren, abgesehen von einer begrenzten Anzahl von Journalisten, die sich mit der israelischen Armee zusammenschließen dürfen und deren Berichte Einschränkungen und Zensur unterliegen. Palästinensische Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsaktivisten, die selbst der Gefahr von Angriffen durch die israelische Armee ausgesetzt sind, sind nicht in der Lage, die unablässigen Akte des Völkermords und andere Verstöße gegen das Völkerrecht, die von Israel begangen werden, in Echtzeit zu dokumentieren.

B. Die Prima-facie-Zuständigkeit des Gerichtshofs

120. Das Gericht ist befugt, auf einstweilige Maßnahmen hinzuweisen, "wenn die vom Antragsteller geltend gemachten Bestimmungen prima facie eine Grundlage zu bieten scheinen, auf der seine Zuständigkeit begründet werden könnte, ohne dass es sich jedoch in endgültiger Weise davon überzeugen muss, dass es in der Sache zuständig ist"[522].

121. Wie oben dargelegt, gründet sich die Zuständigkeit des Gerichtshofs auf Artikel 36 Absatz 1 des Statuts des Gerichtshofs und Artikel IX der Völkermordkonvention. Artikel IX der Völkermordkonvention bestimmt: "Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung, Anwendung oder Erfüllung dieser Konvention, einschließlich solcher über die Verantwortlichkeit eines Staates für Völkermord oder für eine der anderen in Artikel III aufgezählten Handlungen, werden auf Antrag einer der Streitparteien dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet."

122. Südafrika und Israel sind beide Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und Vertragsstaaten der Völkermordkonvention. Beide haben die Zuständigkeit des Gerichtshofs nach Artikel IX der Völkermordkonvention ohne jeden Vorbehalt anerkannt. Sie sind folglich an die Konvention gebunden.

123. Damit der Gerichtshof feststellen kann, ob er für die Anordnung einstweiliger Maßnahmen prima facie zuständig ist, muß der gerügte Sachverhalt selbst prima facie "unter die Bestimmungen [der Konvention] fallen können", so daß "die Streitigkeit eine solche ist, für die der Gerichtshof ratione materiae zuständig ist".[523] Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs ist eine Streitigkeit "eine Meinungsverschiedenheit in einem rechtlichen oder tatsächlichen Punkt, ein Konflikt zwischen Rechtsauffassungen oder Interessen" zwischen den Parteien.[524] Damit eine Streitigkeit vorliegt, "muss nachgewiesen werden, dass der Anspruch der einen Partei von der anderen positiv bekämpft wird".[525]

Die beiden Seiten müssen "eindeutig gegensätzliche Auffassungen zur Frage der Erfüllung oder Nichterfüllung bestimmter internationaler Verpflichtungen vertreten".[526] Das Vorliegen einer Streitigkeit ist "eine Angelegenheit, die vom Gericht objektiv zu bestimmen ist; es handelt sich um eine Frage des Inhalts und nicht um eine Frage der Form oder des Verfahrens".[527] Um zu entscheiden, ob zum Zeitpunkt der Einreichung der Klage eine Streitigkeit zwischen den Parteien bestand, berücksichtigt das Gericht "insbesondere alle zwischen den Parteien ausgetauschten Erklärungen oder Schriftstücke sowie alle im multilateralen Rahmen erfolgten Gespräche. Dabei achtet es besonders auf den Verfasser der Erklärung oder des Dokuments, ihren beabsichtigten oder tatsächlichen Adressaten und ihren Inhalt"[528].

124. Für die Zwecke der Angabe von vorläufigen Maßnahmen ist der Gerichtshof nicht verpflichtet festzustellen, ob eine Verletzung der Verpflichtungen Israels unter der Völkermordkonvention stattgefunden hat.[529]

Wichtig ist, dass, wie der Gerichtshof bereits früher festgestellt hat, "eine solche Feststellung, die insbesondere von der Beurteilung des Vorliegens einer Absicht abhängt, die Gruppe ... [der Palästinenser] als solche ganz oder teilweise zu zerstören, vom Gerichtshof erst im Stadium der Prüfung der Begründetheit des vorliegenden Falles getroffen werden kann".[530] Stattdessen "[w]as der Gerichtshof im Stadium des Erlasses einer Anordnung über vorläufige Maßnahmen zu tun hat, ist festzustellen, ob die beanstandeten Handlungen ... unter die Bestimmungen der Völkermordkonvention fallen können"[531] Der Gerichtshof muss nicht feststellen, dass alle beanstandeten Handlungen unter die Bestimmungen der Konvention fallen können. Es reicht aus,

dass "zumindest einige der beanstandeten Handlungen ... unter die Bestimmungen der Konvention fallen können"[532].

125. Zumindest einige der von Südafrika behaupteten Handlungen sind eindeutig "geeignet, unter die Bestimmungen des Übereinkommens zu fallen". Sie wurden von zahlreichen Staaten und Experten und Gremien der Vereinten Nationen, einschließlich des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, als geeignet angesehen, unter die Bestimmungen des Übereinkommens zu fallen.[533] Insbesondere sind sie eindeutig geeignet, unter die Bestimmungen von Artikel II (a), II (b), II (c) und II (d) des Übereinkommens zu fallen, da sie (1) die Tötung von Palästinensern in Gaza, (2) ihre schwere körperliche oder seelische Schädigung, (3) die vorsätzliche Zufügung von Lebensbedingungen, die auf die Zerstörung von Palästinensern in Gaza abzielen, und (4) die Verhängung von Maßnahmen, die Geburten innerhalb der Gruppe verhindern sollen, darstellen. In Bezug auf II (c) hat der Gerichtshof bereits erklärt, dass dies "andere Methoden der physischen Zerstörung als die Tötung, bei denen der Täter letztlich den Tod der Mitglieder der Gruppe anstrebt", einschließt.[534] Unter Berufung auf die Rechtsprechung internationaler Gerichtshöfe stellte der Gerichtshof fest, dass "zu diesen Methoden der Zerstörung insbesondere der Entzug von Nahrung, medizinischer Versorgung, Unterkunft oder Kleidung sowie mangelnde Hygiene, systematische Vertreibung aus den Häusern oder Erschöpfung infolge übermäßiger Arbeit oder körperlicher Anstrengung gehören"[535] Diese internationalen Gerichtshöfe haben auch die folgenden Methoden der Zerstörung genannt: "die Gruppe einer Subsistenzdiät zu unterwerfen; keine angemessene medizinische Versorgung zu gewährleisten ... und allgemein Umstände zu schaffen, die zu einem langsamen Tod führen würden, wie das Fehlen von angemessener Nahrung, Wasser, Unterkunft, Kleidung und sanitären Einrichtungen"[536] Dieser Gerichtshof hat auch festgestellt, dass die erzwungene Massenvertreibung als völkermörderischer Akt angesehen werden kann[537] Die in der vorliegenden Klage angeführten Materialien sind ein klarer Beweis dafür, dass Israel Umstände geschaffen hat, die eindeutig geeignet sind, diese Methoden der Zerstörung darzustellen.

126. Die Beweise für die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord durch israelische Staatsbeamte, Politiker und andere - wie oben dargelegt - und das Versäumnis Israels, die Verantwortlichen zu bestrafen, sind ebenfalls eindeutig geeignet, unter die Bestimmungen der Artikel III und IV der Konvention zu fallen.

127. "Die oben genannten Elemente" dienen dazu, "prima facie das Bestehen einer Streitigkeit zwischen den Parteien in Bezug auf die Auslegung, Anwendung oder Erfüllung der Völkermordkonvention festzustellen"[538] Die Streitigkeit betrifft Israels Verstöße gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention, einschließlich seines Versäumnisses, Völkermord zu verhindern und zu begehen, und Südafrikas eigene Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention, Völkermord zu verhindern, einschließlich der Ergreifung von Maßnahmen zur wirksamen Beeinflussung der Handlungen von Personen, die wahrscheinlich Völkermord begehen werden.[539] Der Gerichtshof hat die Art dieser Streitigkeit wie folgt beschrieben: "Die Verpflichtung eines Staates zur Verhütung von Völkermord und die entsprechende Pflicht zum Handeln entstehen in dem Augenblick, in dem der Staat von der Existenz einer ernsthaften Gefahr, dass ein Völkermord begangen wird, erfährt oder normalerweise hätte erfahren müssen. Von diesem Zeitpunkt an ist der

Staat, wenn ihm Mittel zur Verfügung stehen, die geeignet sind, eine abschreckende Wirkung auf diejenigen auszuüben, die der Vorbereitung eines Völkermordes verdächtigt werden oder bei denen der begründete Verdacht besteht, dass sie eine besondere Absicht hegen (*dolus specialis*), verpflichtet, von diesen Mitteln Gebrauch zu machen, soweit es die Umstände zulassen."[540]

128. Der Gerichtshof ist offensichtlich *prima facie* dafür zuständig, in diesem Fall einstweilige Maßnahmen anzuordnen, die sich aus .

C. Die Rechte, deren Schutz angestrebt wird, ihr plausibler Charakter und der Zusammenhang zwischen diesen Rechten und den beantragten Maßnahmen

129. Nach Artikel 41 der Satzung des Gerichtshofs ist der Gerichtshof befugt, "auf alle einstweiligen Maßnahmen hinzuweisen, die zur Wahrung der Rechte der Parteien zu treffen sind, wenn er dies für erforderlich hält". Die Befugnis des Gerichtshofs, einstweilige Maßnahmen anzuordnen, "bezweckt die Wahrung der von den Parteien in einer Rechtssache geltend gemachten Rechte bis zur Entscheidung des Gerichtshofs in der Sache selbst"[541] Daraus folgt, dass "der Gerichtshof bestrebt sein muss, durch solche Maßnahmen die Rechte zu wahren, die er später einer der Parteien zuerkennen kann".[542] In diesem Stadium des Verfahrens hat der Gerichtshof jedoch nicht endgültig zu entscheiden, ob die Rechte, die Südafrika zu schützen sucht, bestehen; er muss lediglich entscheiden, ob er davon überzeugt ist, dass die von Südafrika in der Sache geltend gemachten Rechte, für die es Schutz begehrt, "zumindest plausibel"[543] sind, d. h.[544] Diese Rechte sind eindeutig plausibel, wenn man u. a. die Erklärungen von Sachverständigen und Gremien der Vereinten Nationen berücksichtigt, wonach zumindest die reale Gefahr eines Völkermords besteht - eine Gefahr, aus der sich die Verpflichtung zur Verhinderung eines Völkermords gemäß Artikel I der Konvention ergibt, die sowohl für Israel als auch für Südafrika verbindlich ist. Daraus ergibt sich auch die Verpflichtung für Israel, keinen Völkermord zu begehen und diejenigen zu bestrafen, die direkt und öffentlich zum Völkermord aufstacheln.[545]

130. Damit der Gerichtshof eine oder mehrere einstweilige Maßnahmen anordnen kann, muss außerdem ein Zusammenhang zwischen den Rechten, deren Schutz begehrt wird, und der beantragten einstweiligen Maßnahme bestehen[546]. Ein solcher Zusammenhang besteht eindeutig zwischen den von Südafrika geltend gemachten Rechten und den beantragten einstweiligen Maßnahmen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Rechten stehen, die Gegenstand des Rechtsstreits sind.

131. In Bezug auf die Art der Rechte, die Südafrika gemäß der Völkermordkonvention geltend macht, hat der Gerichtshof kürzlich daran erinnert:

"In einem solchen Übereinkommen haben die Vertragsstaaten keine eigenen Interessen, sondern nur ein gemeinsames Interesse, nämlich die Verwirklichung der hohen Ziele, die der Grund des Übereinkommens sind. Folglich kann man bei einer Konvention dieser Art nicht von individuellen

Vor- oder Nachteilen für die Staaten oder von der Aufrechterhaltung eines perfekten vertraglichen Gleichgewichts zwischen Rechten und Pflichten sprechen. Die hohen Ideale, die das Übereinkommen inspiriert haben, bilden aufgrund des gemeinsamen Willens der Parteien die Grundlage und das Maß aller seiner Bestimmungen"[547].

132. In Anbetracht ihrer "gemeinsamen Werte" haben daher alle Vertragsstaaten der Völkermordkonvention "ein gemeinsames Interesse daran, dass Völkermord verhindert wird und dass, wenn er stattfindet, seine Urheber nicht straffrei bleiben"[548] Wie der Gerichtshof festgestellt hat, "impliziert dieses gemeinsame Interesse, dass die fraglichen Verpflichtungen von jedem Vertragsstaat gegenüber allen anderen Vertragsstaaten der Konvention geschuldet werden".[549] Folglich erzeugen die einschlägigen Bestimmungen der Völkermordkonvention "Verpflichtungen, die als 'obligations erga omnes partes' in dem Sinne definiert werden können, dass jeder Vertragsstaat ein Interesse daran hat, dass sie in einem bestimmten Fall eingehalten werden".[550] Folglich, wie kürzlich vom Gerichtshof bestätigt:

"Daraus folgt, dass jeder Vertragsstaat der Völkermordkonvention und nicht nur ein besonders betroffener Staat sich auf die Verantwortlichkeit eines anderen Vertragsstaates berufen kann, um die behauptete Verletzung seiner Verpflichtungen erga omnes partes festzustellen und diese Verletzung zu beenden."[551]

133. Südafrika möchte hiermit gemäß diesem gemeinsamen Interesse dringend die Rechte der Palästinenser im Gazastreifen als Mitglieder einer geschützten Gruppe gemäß der Konvention schützen, einschließlich ihres Rechts, als Gruppe zu existieren, und ihres Rechts, vor Völkermord und der Gefahr eines solchen, vor der Verschwörung zum Völkermord, vor direkter und öffentlicher Aufstachelung zum Völkermord, vor versuchtem Völkermord und vor Komplizenschaft beim Völkermord geschützt zu werden. Südafrika ist auch bestrebt, die erga omnes partes-Rechte zu schützen, die es gemäß der Völkermordkonvention hat, sowie die erga omnes-Verpflichtungen, die es hat, um Völkermord zu verhindern, die die erga omnes-Verpflichtungen der Konvention widerspiegeln, zu deren Einhaltung es berechtigt ist, von Israel zu verlangen, einschließlich Israels Verpflichtungen, keinen Völkermord zu begehen, Völkermord zu verhindern und Völkermord zu bestrafen, einschließlich Völkermord, Verschwörung zum Völkermord, direkte und öffentliche Anstiftung zum Völkermord, versuchter Völkermord und Komplizenschaft beim Völkermord an Palästinensern. Der Gerichtshof hat bereits früher "den universellen Charakter sowohl der Verurteilung des Völkermordes als auch der Zusammenarbeit anerkannt, die erforderlich ist, 'um die Menschheit von einer solch abscheulichen Geißel zu befreien'"[552].

134. Um vorläufige Maßnahmen anzuordnen, muss der Gerichtshof nicht endgültig feststellen, dass die Palästinenser von Völkermord bedroht sind, dass sie völkermörderischen Handlungen ausgesetzt sind oder dass Israel anderweitig gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention verstößt. Vielmehr reicht es aus, dass die Verpflichtung Südafrikas, zu handeln, um Völkermord zu verhindern, oder das Recht Südafrikas, die Einhaltung der Verpflichtungen Israels unter der Konvention, keinen Völkermord zu begehen und Völkermord und damit verbundene verbotene Handlungen unter der Konvention zu verhindern und zu bestrafen, "plausibel" ist.[553] Ebenso ist es

nicht erforderlich, dass der Gerichtshof vor der Gewährung vorläufiger Maßnahmen prüft, ob das Vorhandensein eines völkermörderischen Vorsatzes die einzige Schlussfolgerung ist, die aus dem dem Gerichtshof vorliegenden Material zu ziehen ist, da diese Anforderung darauf hinauslaufen würde, dass der Gerichtshof eine Entscheidung in der Sache trifft. Insbesondere hat die Tatsache, dass die völkermörderischen Handlungen im Rahmen eines bewaffneten Konflikts oder als behauptete Reaktion auf einen Angriff einer bewaffneten Gruppe stattfinden - und nicht verhindert oder bestraft werden - keinen Einfluss darauf, ob die von Südafrika im Rahmen der Völkermordkonvention geltend gemachten Rechte "zumindest plausibel" sind.[554] Das Fehlen einer vorherigen Feststellung von Völkermord durch ein Gericht oder einen Tatsachengerichtshof ist ebenfalls kein Hindernis für die Entscheidung dieses Gerichts über einen Antrag nach der Völkermordkonvention, geschweige denn für einen Antrag auf Erlass vorläufiger Maßnahmen[555].

135. Die in diesem Antrag und dem Antrag auf vorläufige Maßnahmen beschriebenen Tatsachen und Umstände belegen, dass die beanstandeten Handlungen - die Israel begangen hat und weiterhin begeht - zumindest plausibel als "völkermörderisch" charakterisiert werden können. Der erforderliche *dolus specialis* lässt sich nicht nur aus Israels Verhalten gegenüber den Palästinensern in Gaza ableiten, sondern auch aus eindeutigen, wiederholten entmenslichenden Äußerungen israelischer Regierungs- und Militärbeamter ihnen gegenüber. In der Tat wurden sie von zahlreichen Staatsoberhäuptern und anderen Staatsbeamten und -vertretern sowie von einer großen Anzahl von Experten der Vereinten Nationen und verschiedenen Menschenrechtsexpertenorganisationen und -institutionen so charakterisiert, die wiederholt davor gewarnt haben, dass das Vorgehen Israels einem Völkermord am palästinensischen Volk gleichkommt oder die Gefahr eines solchen birgt.[556] Folglich sind die Rechte, auf die sich Südafrika in seinem Antrag auf Erlass vorläufiger Maßnahmen beruft, zumindest plausibel". In der Tat entspricht ihr Schutz dem eigentlichen Ziel und Zweck der Völkermordkonvention.

D. Die Gefahr eines irreparablen Vorurteils und die Dringlichkeit

136. Der Gerichtshof "ist befugt, einstweilige Maßnahmen anzuordnen, wenn den Rechten, die Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens sind, ein nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt werden könnte oder wenn die behauptete Missachtung solcher Rechte nicht wieder gutzumachende Folgen haben kann".[557] Der Gerichtshof ist insbesondere befugt, einstweilige Maßnahmen anzuordnen, "wenn Dringlichkeit in dem Sinne gegeben ist, dass die tatsächliche und unmittelbare Gefahr besteht, dass ein nicht wieder gutzumachender Schaden eintritt, bevor der Gerichtshof endgültig entscheidet"[558] Wie der Gerichtshof kürzlich bestätigt hat, "ist die Voraussetzung der Dringlichkeit erfüllt, wenn die Handlungen, die einen nicht wieder gutzumachenden Schaden verursachen können, 'jederzeit' eintreten können, bevor der Gerichtshof endgültig über die Rechtssache entscheidet"[559].

137. Für die Zwecke seiner Entscheidung über einen Antrag auf Verhängung vorläufiger Maßnahmen in einer Rechtssache, in der Verstöße gegen die Völkermordkonvention behauptet werden, "ist der Gerichtshof nicht dazu aufgerufen, das Vorliegen von Verstößen gegen die Völkermordkonvention festzustellen, sondern festzustellen, ob die Umstände die Verhängung vorläufiger Maßnahmen zum

Schutz der Rechte aus dieser Konvention erfordern",[560] wenn sie "für plausibel gehalten werden".[561] Wie der Gerichtshof feststellte, erfordert dies nicht, dass er "endgültige Feststellungen zum Sachverhalt oder zur Zurechenbarkeit" trifft, und "das Recht jeder Partei, ... Argumente zur Begründetheit vorzubringen, muss von der Entscheidung des Gerichtshofs über den Antrag auf Verhängung vorläufiger Maßnahmen unberührt bleiben"[562].

138. Bei der Beurteilung der Frage, ob die Dringlichkeitsvoraussetzung in Fällen, in denen es um den Vorwurf des Völkermordes im Verlauf eines andauernden Konflikts geht, erfüllt ist, berücksichtigt der Gerichtshof in der Regel, ob die gefährdete Bevölkerung besonders verletzlich ist, und die Fragilität der Gesamtsituation, einschließlich der Wahrscheinlichkeit und des Risikos eines erneuten Auftretens von Schaden. Der Gerichtshof betrachtet eine Zivilbevölkerung als "besonders verletzlich", wenn die Militäroperationen "zu zahlreichen Todesfällen und Verletzungen unter der Zivilbevölkerung geführt" und "erhebliche materielle Schäden verursacht haben, einschließlich der Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur", und wenn "die Angriffe andauern und zunehmend schwierige Lebensbedingungen für die Zivilbevölkerung schaffen".[563] Bei der Festlegung vorläufiger Maßnahmen hat der Gerichtshof berücksichtigt, dass viele Menschen keinen Zugang zu den "grundlegendsten Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Elektrizität, lebenswichtigen Medikamenten oder Heizung" haben,[564] und dass eine "sehr große Zahl von Menschen ... versucht, unter extrem unsicheren Bedingungen aus den am stärksten betroffenen Städten zu fliehen",[565] Der Gerichtshof hat auch die folgenden Faktoren, die in einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen angesprochen wurden, als wesentlich für die Beurteilung der Frage angesehen, ob die Bedingung der Dringlichkeit in Fällen, in denen der Vorwurf des Völkermordes erhoben wird, erfüllt ist: "Angriffe auf zivile Einrichtungen wie Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser und zivile Opfer, darunter Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Kinder"; das "Ausmaß" der militärischen Operationen, einschließlich ihres Vergleichs mit anderen Konflikten, die "sich verschlechternde humanitäre Lage" in einem Gebiet und die "zunehmende Zahl von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, die humanitäre Hilfe benötigen".[566] In ähnlicher Weise hat der Gerichtshof die Feststellungen einer Untersuchungskommission berücksichtigt, die Faktoren wie "die systematische Aushebelung der Menschenrechte", "entmenschlichende Narrative und Rhetorik", "methodische Planung", "Massentötung", "Massenvertreibung", "Massenangst", "ein überwältigendes Maß an Brutalität in Verbindung mit der physischen Zerstörung der Häuser der Zielbevölkerung in jeder Hinsicht und auf jeder Ebene"[567] in Betracht zog.

139. Wie der Gerichtshof unterstrichen hat, haben die Vertragsstaaten der Völkermordkonvention "ausdrücklich ihre Bereitschaft bekräftigt, Völkermord als ein völkerrechtliches Verbrechen zu betrachten, das sie unabhängig davon verhindern und bestrafen müssen, in welchem 'friedlichen' oder 'kriegerischen' Kontext es sich ereignet".[568] Folglich bleibt ein Staat an die Verpflichtungen gebunden, die ihm als Vertragsstaat der Völkermordkonvention obliegen, und zwar unabhängig davon, "dass ein Konflikt zwischen bewaffneten Gruppen und dem Militär andauert"[569]. Ein solcher Kontext "steht der Beurteilung des Gerichtshofs, ob eine tatsächliche und unmittelbare Gefahr einer nicht wieder gutzumachenden Beeinträchtigung der durch die Konvention geschützten Rechte besteht, nicht entgegen"[570].

140. In Fällen, in denen es in der Vergangenheit zu Rechtsverletzungen gekommen ist, hat der Gerichtshof einstweilige Maßnahmen für angemessen befunden, wenn es "nicht undenkbar" ist, dass sie sich wieder ereignen könnten.[571] Der Gerichtshof hat auch einstweilige Maßnahmen unter Umständen angeordnet, die "instabil waren und sich schnell ändern konnten", mit "anhaltenden Spannungen und dem Fehlen einer Gesamtregelung des Konflikts", was bedeutete, dass die betroffene Gruppe verwundbar blieb.[572] Folglich hätte jeder Waffenstillstand oder jede andere Handlung Israels, die als geeignet angesehen werden könnte, die Umstände für die Palästinenser kurzfristig zu verbessern, keine dispositive Wirkung und würde sich weder auf die Begründetheit noch auf die Dringlichkeit der Argumente Südafrikas auswirken.

141. Es besteht eindeutig die Gefahr einer nicht wiedergutzumachenden Beeinträchtigung der Rechte der Palästinenser und der Rechte Südafrikas gemäß der Völkermordkonvention. Die äußerste Dringlichkeit der Situation liegt auf der Hand: Die Palästinenser erlitten und erleiden nicht wieder gutzumachenden Schaden durch völkermörderische Handlungen Israels, die gegen Artikel II der Völkermordkonvention verstoßen, sowie durch andere Verstöße Israels gegen die Konvention, einschließlich des Versäumnisses, direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern oder zu bestrafen. Sollten diese Verstöße gegen die Völkermordkonvention unkontrolliert bleiben, besteht nicht nur die Gefahr, sondern die Gewissheit weiterer erheblicher und nicht wiedergutzumachender Verluste an Leben und Eigentum, schwerer Verletzungen und einer sich immer weiter verschärfenden humanitären Krise. Auch die Möglichkeit, Beweise für den Hauptteil des Verfahrens zu sammeln und zu sichern, würde ernsthaft beeinträchtigt, wenn nicht sogar ganz verloren gehen.

142. Zum Zeitpunkt der Einreichung dieses Antrags wurden schätzungsweise 21.110 Palästinenser im Gazastreifen getötet, darunter mindestens 7.729 Kinder. 55.243 Palästinenser wurden verletzt, darunter mindestens 8.663 Kinder, von denen über 1.000 amputiert und lebenslang behindert sind. Etwa 70 Prozent der Getöteten sollen Frauen und Kinder sein. Seit dem Beginn der israelischen Militäraktion im Gazastreifen am 7. Oktober 2023 ist etwa alle 15 Minuten ein palästinensisches Kind getötet worden. Tausende weitere werden unter den Trümmern vermisst. 61 Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen im Gazastreifen wurden beschädigt oder zerstört; viele wurden belagert oder mussten zwangsevakuert werden, und nur 13 Krankenhäuser sind noch teilweise funktionsfähig, da sie von der massiven Überbelegung erdrückt werden. 311 Mitarbeiter des Gesundheitswesens wurden getötet, viele von ihnen bei der Arbeit, was bedeutet, dass viele Verletzte, darunter auch schwer verletzte Kinder, keinen Zugang zur medizinischen Versorgung haben. Schätzungsweise 5 500 Frauen müssen jeden Monat unter unsicheren Bedingungen entbinden. Babys sterben an vermeidbaren Ursachen: Neben Krankheiten und Unterernährung sind auch Frühgeburten gestorben, weil der Treibstoff für die Versorgung der Krankenhausgeneratoren fehlte; andere wurden in ihren Krankenhausbetten verwest aufgefunden, nachdem das medizinische Personal gezwungen war, das Krankenhaus zu verlassen. Über 60 Prozent der Häuser in Gaza wurden beschädigt oder zerstört. Weite Teile des Gazastreifens wurden zerstört, darunter ganze Dörfer, Flüchtlingslager, Städte und Ortschaften, die absichtlich unbewohnbar gemacht wurden oder werden. Israel hat mit ständigem Bombardement, auch der Sicherheitswege, eine humanitäre Hilfe unmöglich gemacht. 1,9 Millionen Menschen, d. h. fast 85 % der Bevölkerung, sind vertrieben, darunter ältere, verwundete und behinderte Menschen, die in behelfsmäßigen Zelten, ohne oder mit unzureichenden sanitären Einrichtungen und Wasser, in Schulen der Vereinten Nationen und bei Verwandten leben. Die gesamte Bevölkerung ist vom Hungertod bedroht: 93 Prozent der

Bevölkerung im Gazastreifen leiden an einer Hungerkrise, mehr als jeder Vierte befindet sich in einer "katastrophalen Lage" - der Tod steht unmittelbar bevor. Vor diesem Hintergrund hat der israelische Premierminister am 25. Dezember 2023 erklärt: "Wir hören nicht auf, wir kämpfen weiter und werden die Kämpfe in den kommenden Tagen vertiefen, und es wird ein langer Kampf sein, der noch lange nicht vorbei ist"[573] Die Lage könnte nicht dringlicher sein.

143. Die 2,3 Millionen Palästinenser im Gazastreifen, darunter über eine Million Kinder, sind extrem gefährdet. Ihre Existenz ist ernsthaft bedroht. Sie bedürfen dringend und dringend des Schutzes durch den Gerichtshof. Mit jedem Tag, an dem die israelischen Militärangriffe andauern, werden weitere erhebliche Verluste an Menschenleben und Eigentum verursacht und schwere Menschenrechtsverletzungen begangen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Voraussetzungen für die Verhängung vorläufiger Maßnahmen hier erfüllt sind.

E. Beantragte vorläufige Maßnahmen

144. Auf der Grundlage des oben dargelegten Sachverhalts ersucht Südafrika als Vertragsstaat der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes den Gerichtshof in äußerster Dringlichkeit, bis zur Entscheidung des Gerichtshofs in der Sache selbst, die folgenden vorläufigen Maßnahmen in Bezug auf das palästinensische Volk als eine durch die Völkermordkonvention geschützte Gruppe anzugeben. Diese Maßnahmen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Rechten, die Gegenstand des Rechtsstreits Südafrikas mit Israel sind:

(1) Der Staat Israel stellt seine militärischen Operationen im und gegen den Gazastreifen unverzüglich ein.

(2) Der Staat Israel stellt sicher, dass alle militärischen oder irregulären bewaffneten Einheiten, die von ihm geleitet, unterstützt oder beeinflusst werden können, sowie alle Organisationen und Personen, die seiner Kontrolle, Leitung oder seinem Einfluss unterliegen können, keine Schritte unternehmen, die die unter Nummer 1 genannten militärischen Operationen fördern.

(3) Die Republik Südafrika und der Staat Israel ergreifen in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf das palästinensische Volk alle in ihrer Macht stehenden angemessenen Maßnahmen, um Völkermord zu verhindern.

(4) Der Staat Israel unterlässt in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf das palästinensische Volk als eine durch die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes geschützte Gruppe alle Handlungen, die in den Anwendungsbereich von Artikel II der Konvention fallen, insbesondere:

(a) die Tötung von Mitgliedern der Gruppe;

(b) schwere körperliche oder seelische Schäden für die Mitglieder der Gruppe verursacht;

(c) der Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen auferlegt werden, die ihre vollständige oder teilweise physische Zerstörung herbeiführen sollen, und

(d) Auferlegung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten innerhalb der Gruppe.

(5) Der Staat Israel unterlässt gemäß Absatz 4 Buchstabe c in Bezug auf Palästinenser alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen, einschließlich der Aufhebung einschlägiger Anordnungen, Beschränkungen und/oder Verbote, um zu verhindern:

(a) die Vertreibung und Zwangsumsiedlung aus ihren Häusern;

(b) der Entzug von:

(i) Zugang zu angemessener Nahrung und Wasser;

(ii) Zugang zu humanitärer Hilfe, einschließlich Zugang zu angemessenem Brennstoff, Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen;

(iii) medizinische Versorgung und Hilfe; und

(c) die Zerstörung des palästinensischen Lebens in Gaza.

(6) Der Staat Israel stellt in Bezug auf die Palästinenser sicher, dass sein Militär sowie alle irregulären bewaffneten Einheiten oder Einzelpersonen, die von ihm geleitet, unterstützt oder anderweitig beeinflusst werden, und alle Organisationen und Personen, die seiner Kontrolle, Leitung oder seinem Einfluss unterliegen, keine der in den Absätzen 4 und 5 beschriebenen Handlungen begehen, oder direkt und öffentlich zum Völkermord aufstacheln, sich zur Begehung eines Völkermordes verschwören, einen Versuch zur Begehung eines Völkermordes unternehmen oder sich der Beihilfe zum Völkermord schuldig machen, und daß, sofern sie sich daran beteiligen, Schritte zu ihrer

Bestrafung nach den Artikeln I, II, III und IV des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes unternommen werden.

(7) Der Staat Israel ergreift wirksame Maßnahmen, um die Zerstörung von Beweismaterial zu verhindern und die Erhaltung von Beweismaterial zu gewährleisten, das im Zusammenhang mit Anschuldigungen von Handlungen steht, die in den Anwendungsbereich von Artikel II des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes fallen; zu diesem Zweck wird der Staat Israel nichts unternehmen, was den Zugang von Untersuchungsmissionen, internationalen Mandaten und anderen Gremien zum Gazastreifen verweigert oder anderweitig einschränkt, um bei der Sicherung und Aufbewahrung des genannten Beweismaterials zu helfen.

(8) Der Staat Israel legt dem Gerichtshof innerhalb einer Woche ab dem Datum dieses Beschlusses und danach in regelmäßigen Abständen, die der Gerichtshof anordnet, einen Bericht über alle Maßnahmen vor, die zur Durchführung dieses Beschlusses getroffen wurden, bis der Gerichtshof eine endgültige Entscheidung in der Sache erlässt.

(9) Der Staat Israel hat sich jeder Handlung zu enthalten und dafür Sorge zu tragen, dass keine Maßnahmen ergriffen werden, die den Rechtsstreit vor dem Gerichtshof verschlimmern oder ausweiten oder seine Beilegung erschweren könnten.

145. Die beantragten vorläufigen Maßnahmen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Rechten, die Gegenstand des Rechtsstreits sind,[574] insbesondere wurden die ersten sechs vorläufigen Maßnahmen beantragt, um sicherzustellen, dass Israel seinen Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention nachkommt, keinen Völkermord zu begehen und Völkermord zu verhindern und zu bestrafen, sowie um die Rechte und Pflichten Südafrikas zu wahren und zu bekräftigen, Völkermord zu verhindern und die Palästinenser im Gazastreifen vor Zerstörung zu schützen. Die letzten drei beantragten einstweiligen Maßnahmen zielen darauf ab, die Integrität des Verfahrens vor dem Gerichtshof und das Recht Südafrikas auf eine faire Entscheidung seiner Klage zu schützen, unter anderem durch die Sicherstellung der Beweissicherung.

146. Südafrika bittet höflich darum, dass dieser Antrag auf vorläufige Maßnahmen dringend und bei der nächstmöglichen Gelegenheit vom Gerichtshof geprüft wird, einschließlich der Anberaumung einer persönlichen Anhörung oder einer Anhörung per Videoverbindung in der Woche vom 1. Januar 2024.

147. Südafrika behält sich das Recht vor, zusätzliche einstweilige Maßnahmen zu beantragen, um irreparable Schäden an den in dieser Rechtssache in Rede stehenden Rechten zu verhindern und/oder eine weitere Verschärfung der Streitigkeit zwischen den Parteien zu vermeiden, falls dies im Laufe dieses Verfahrens erforderlich werden sollte.

VII. RECHTSVORBEHALT

148. Südafrika behält sich das Recht vor, die Bedingungen dieses Antrags sowie die geltend gemachten Gründe zu überarbeiten, zu ergänzen oder zu ändern.

VIII. ERNENNUNG EINES BEVOLLMÄCHTIGTEN

149. Südafrika hat Seine Exzellenz Botschafter Vusimuzi Philemon Madonsela, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Republik Südafrika im Königreich der Niederlande, zu seinem Bevollmächtigten bestellt.

150. Gemäß Artikel 40 § 1 der Verfahrensordnung sind alle Mitteilungen in der vorliegenden Rechtssache an folgende Anschrift zu richten:

Botschaft der Republik Südafrika

Wassenaarseweg 40

2596 CJ

Den Haag

Die Niederlande

151. Ich beehre mich, den Gerichtshof meiner ausgezeichneten Hochachtung und Wertschätzung zu versichern.

Den Haag, 28.12.2023

(Gezeichnet)

APPLICATION INSTITUTING PROCEEDINGS

To the Registrar of the International Court of Justice, the undersigned, being duly authorised by the Government of the Republic of South Africa, state as follows:

In accordance with Articles 36 (1) and 40 of the Statute of the Court and Article 38 of the Rules of Court, I have the honour to submit this Application instituting proceedings in the name of the Republic of South Africa (“South Africa”) against the State of Israel (“Israel”). Pursuant to Article 41 of the Statute, the Application includes a request that the Court indicate provisional measures to protect the rights invoked herein from imminent and irreparable loss.

I. INTRODUCTION

1. This Application concerns acts threatened, adopted, condoned, taken and being taken by the Government and military of the State of Israel against the Palestinian people, a distinct national, racial and ethnical group, in the wake of the attacks in Israel on 7 October 2023. South Africa unequivocally condemns all violations of international law by all parties, including the direct targeting of Israeli civilians and other nationals and hostage-taking by Hamas and other Palestinian armed groups. No armed attack on a State’s territory no matter how serious — even an attack involving atrocity crimes — can, however, provide any possible justification for, or defence to, breaches of the 1948 Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (‘Genocide Convention’ or ‘Convention’),¹ whether as a matter of law or morality. The acts and omissions by Israel complained of by South Africa are genocidal in character because they are intended to bring about the destruction of a substantial part of the Palestinian national, racial and ethnical group, that being the part of the Palestinian group in the Gaza Strip (‘Palestinians in Gaza’). The acts in question include killing Palestinians in Gaza, causing them serious bodily and mental harm, and inflicting on them conditions of life calculated to bring about their physical destruction. The acts are all attributable to Israel, which has failed to prevent genocide and is committing genocide in manifest violation of the Genocide Convention, and which has also violated and is continuing to violate its other fundamental obligations under the Genocide Convention, including by failing to prevent or punish the direct and public incitement to genocide by senior Israeli officials and others.

2. In preparing this Application, South Africa has paid close attention to the provisions of the Genocide Convention, to its interpretation, and to its application in the years following its entry into force on 12 January 1951, as well as to the jurisprudence of this Court and that of other international courts and tribunals, including the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, the International Criminal Tribunal for Rwanda and the International Criminal Court. South Africa is highly cognisant of the fact that acts of genocide are distinct from other violations of international law sanctioned or perpetrated by the Israeli government and military in Gaza — including intentionally directing attacks against the civilian population, civilian objects and buildings dedicated to religion, education, art, science, historic monuments, hospitals, and places where the sick and wounded are collected; torture; the starvation of civilians as a method of warfare; and other war crimes and crimes against humanity — though there is often a close connection between all such acts. South Africa is also aware that acts of genocide inevitably form part of a continuum — as Raphaël Lemkin who coined the

¹ Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (adopted 9 December 1948, entered into force 12 January 1951), 78 *UNTS* 277.

term ‘genocide’ himself recognised.² For this reason it is important to place the acts of genocide in the broader context of Israel’s conduct towards Palestinians during its 75-year-long apartheid, its 56-year-long belligerent occupation of Palestinian territory and its 16-year-long blockade of Gaza, including the serious and ongoing violations of international law associated therewith, including grave breaches of the Fourth Geneva Convention,³ and other war crimes and crimes against humanity. However, when referring in this Application to acts and omissions by Israel which are capable of amounting to other violations of international law, South Africa’s case is that those acts and omissions are genocidal in character, as they are committed with the requisite specific intent (*dolus specialis*) to destroy Palestinians in Gaza as a part of the broader Palestinian national, racial and ethnical group.

3. South Africa is acutely aware of the particular weight of responsibility in initiating proceedings against Israel for violations of the Genocide Convention. However, South Africa is also acutely aware of its own obligation — as a State party to the Genocide Convention — to prevent genocide. Israel’s acts and omissions in relation to Palestinians violate the Genocide Convention. That is the shared view of numerous other States parties to the Convention, including the State of Palestine itself, which has called on “world leaders” to “take responsibility... to stop the genocide against our people”.⁴ United Nations experts have also repeatedly sounded “the alarm” for over 10 weeks that “[c]onsidering statements made by Israeli political leaders and their allies, accompanied by military action in Gaza and escalation of arrests and killing in the West Bank” there is a “risk of genocide against the Palestinian people”.⁵ United Nations experts have also expressed their “profound ... concern” about “the failure of the international system to mobilise to prevent genocide” against Palestinians, and have called on the “international community” to “do everything it can to immediately end the risk of genocide against the Palestinian people”.⁶ The Committee on the Elimination of Racial Discrimination (‘CERD’), acting under its ‘early warning and urgent action procedure’, has also called on “*all State parties*” to the Genocide Convention to “fully respect” their “obligation to prevent... genocide”.⁷ This application by South Africa and its request for the indication of provisional measures fall to be considered in that context and in the light of those calls. It is made against the background of South Africa’s foreign policy objective for the attainment of a durable peace between Israel and the State of Palestine, with two States existing side by side within internationally recognised borders, based on those existing on 4 June 1967, prior to the outbreak of the 1967 Arab-Israeli war, in line with all relevant United Nations resolutions and international law.

² Raphaël Lemkin, *Axis Rule in Occupied Europe: Laws of Occupation, Analysis of Government, Proposals for Redress* (1944), Chapter IX.

³ Geneva Convention Relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War, 12 August 1949, 75 UNTS 287.

⁴ Speech by Mahmoud Abbas on Palestine TV, 18 November 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=2uRGx02vULg>; translated by Wafa: “President Abbas urges Biden to stop Israel’s ongoing genocide of Palestinians”, *Wafa* (18 November 2023), <https://english.wafa.ps/Pages/Details/139394>.

⁵ United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights (‘UN OHCHR’), *Gaza: UN experts decry bombing of hospitals and schools as crimes against humanity, call for prevention of genocide* (19 October 2023) <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/10/gaza-un-experts-decry-bombing-hospitals-and-schools-crimes-against-humanity>.

⁶ UN OHCHR, *Gaza: UN experts call on international community to prevent genocide against the Palestinian people* (16 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against>.

⁷ UN OHCHR, *Gaza Strip: States are obliged to prevent crimes against humanity and genocide, UN Committee stresses* (21 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/gaza-strip-states-are-obliged-prevent-crimes-against-humanity-and-genocide>. Under CERD’s Early Warning and Urgent Action (‘EWUA’) procedure, CERD has extensive expertise in compiling indicators relevant to the prevention of genocide; in 2015 it issued a Declaration on the Prevention of Genocide which recalled this work in its preamble: see CERD, *Declaration on the Prevention of Genocide* (CRD/C/66/1) (17 October 2005), https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/HRBodies/CERD/declaration_genocide.doc (emphasis added).

4. The facts relied on by South Africa in this application and to be further developed in these proceedings establish that — against a background of apartheid, expulsion, ethnic cleansing, annexation, occupation, discrimination, and the ongoing denial of the right of the Palestinian people to self-determination — Israel, since 7 October 2023 in particular, has failed to prevent genocide and has failed to prosecute the direct and public incitement to genocide. More gravely still, Israel has engaged in, is engaging in and risks further engaging in genocidal acts against the Palestinian people in Gaza. Those acts include killing them, causing them serious mental and bodily harm and deliberately inflicting on them conditions of life calculated to bring about their physical destruction as a group. Repeated statements by Israeli State representatives, including at the highest levels, by the Israeli President, Prime Minister, and Minister of Defence express genocidal intent. That intent is also properly to be inferred from the nature and conduct of Israel’s military operation in Gaza, having regard *inter alia* to Israel’s failure to provide or ensure essential food, water, medicine, fuel, shelter and other humanitarian assistance for the besieged and blockaded Palestinian people, which has pushed them to the brink of famine. It is also clear from the nature, scope and extent of Israel’s military attacks on Gaza, which have involved the sustained bombardment over more than 11 weeks of one of the most densely populated places in the world, forcing the evacuation of 1.9 million people or 85% of the population of Gaza from their homes and herding them into ever smaller areas, without adequate shelter, in which they continue to be attacked, killed and harmed. Israel has now killed in excess of 21,110 named Palestinians, including over 7,729 children — with over 7,780 others missing, presumed dead under the rubble — and has injured over 55,243 other Palestinians, causing them severe bodily and mental harm. Israel has also laid waste to vast areas of Gaza, including entire neighbourhoods, and has damaged or destroyed in excess of 355,000 Palestinian homes, alongside extensive tracts of agricultural land, bakeries, schools, universities, businesses, places of worship, cemeteries, cultural and archaeological sites, municipal and court buildings, and critical infrastructure, including water and sanitation facilities and electricity networks, while pursuing a relentless assault on the Palestinian medical and healthcare system. Israel has reduced and is continuing to reduce Gaza to rubble, killing, harming and destroying its people, and creating conditions of life calculated to bring about their physical destruction as a group.

5. South Africa, mindful of the *jus cogens* character of the prohibition of genocide and the *erga omnes* and *erga omnes partes* character of the obligations owed by States under the Genocide Convention, is making the present application to establish Israel’s responsibility for violations of the Genocide Convention; to hold it fully accountable under international law for those violations; and — most immediately — to have recourse to this Court to ensure the urgent and fullest possible protection for Palestinians in Gaza who remain at grave and immediate risk of continuing and further acts of genocide.

6. In light of the extraordinary urgency of the situation, South Africa seeks an expedited hearing for its request for the indication of provisional measures. In addition, pursuant to Article 74(4) of the Rules of Court, South Africa requests the President of the Court to protect the Palestinian people in Gaza by calling upon Israel immediately to halt all military attacks that constitute or give rise to violations of the Genocide Convention pending the holding of such hearing, so as to enable any order the Court may make on the request for the indication of provisional measures to have its appropriate effects. To that end, the Court should order Israel to cease killing and causing serious mental and bodily harm to Palestinian people in Gaza, to cease the deliberate infliction of conditions of life calculated to bring about their physical destruction as a group, to prevent and punish direct and public incitement to genocide, and to rescind related policies and practices, including regarding the restriction on aid and the issuing of evacuation directives.

7. Mindful of the Court’s important role and the exercise of its grave responsibility in circumstances in which the genocidal acts of which South Africa complains have occurred very recently and are ongoing — and have not otherwise been subject to judicial determination or detailed fact-finding — South Africa’s application and request for provisional measures provide a more detailed factual account than might otherwise be usual. That account draws in significant part on statements and reports by United Nations chiefs and bodies and non-governmental organisations (‘NGOs’), as well as eye-witness accounts from Gaza — including from Palestinian journalists on the ground — in circumstances where Israel continues to restrict access to Gaza by international journalists, investigators and fact-finding teams. However, neither the Application nor the request for the indication of provisional measures depends on a determination by the Court of each individual incident or complaint referred to herein. Notably, as the Court’s caselaw makes clear, “[w]hat the Court is required to do at the stage of making an order on provisional measures is to establish whether... at least some of the acts alleged... are capable of falling within the provisions of the Convention”.⁸ At least some of the acts alleged by South Africa are clearly capable of falling within those provisions.

II. JURISDICTION OF THE COURT

8. South Africa and Israel are both Members of the United Nations and therefore bound by the Statute of the Court, including Article 36 (1), which provides that the Court’s jurisdiction “comprises . . . all matters specially provided for . . . in treaties and conventions in force”.

9. South Africa and Israel are also parties to the Genocide Convention. Israel signed the Genocide Convention on 17 August 1949 and deposited its instrument of ratification on 9 March 1950, thereby becoming a party when the Genocide Convention entered into force on 12 January 1951. South Africa deposited its instrument of accession on 10 December 1998. It became applicable between the parties on the ninetieth day thereafter, pursuant to Article XIII of the Convention.

10. Article IX of the Genocide Convention provides:

“Disputes between the Contracting Parties relating to the interpretation, application or fulfilment of the present Convention, including those relating to the responsibility of a State for genocide or for any of the other acts enumerated in article III, shall be submitted to the International Court of Justice at the request of any of the parties to the dispute.”

11. Neither South Africa nor Israel has entered any reservation to Article IX.

12. South Africa has repeatedly and urgently expressed its concerns and condemnation in respect of Israel’s acts and omissions which form the basis of this Application. South Africa and other States Parties to the Genocide Convention have, in particular, made clear that Israel’s actions in Gaza constitute genocide against the Palestinian people. By way of example, the Presidents of Algeria,⁹

⁸ *Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (The Gambia v. Myanmar), Provisional Measures, Order of 23 January 2020, I.C.J. Reports 2020*, p. 14, para. 30 (hereafter ‘*The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*’).

⁹ “Algeria, Türkiye discuss need for accountability over Gaza ‘genocide’”, *Middle East Monitor* (21 November 2023), <https://www.middleeastmonitor.com/20231121-algeria-president-tebboune-turkiye-president-erdogan-discuss-need-for-accountability-over-gaza-genocide/>. The People’s Democratic Republic of Algeria acceded to the Genocide Convention on 31 October 1963.

Bolivia,¹⁰ Brazil,¹¹ Colombia,¹² Cuba,¹³ Iran,¹⁴ Türkiye,¹⁵ and Venezuela¹⁶ have all described Israel's actions as a genocide, as has the Palestinian President.¹⁷ State officials and representatives from Bangladesh,¹⁸ Egypt,¹⁹ Honduras,²⁰ Iraq,²¹ Jordan,²² Libya,²³ Malaysia,²⁴ Namibia,²⁵ Pakistan,²⁶ Syria,²⁷

¹⁰ Luis Alberto Arce Catacora (Lucho Arce), Presidente Constitucional del Estado Plurinacional de Bolivia, @LuchoXBolivia, Tweet (2:43 am, November 16, 2023), <https://twitter.com/LuchoXBolivia/status/1724981446001967283>. The Plurinational State of Bolivia signed the Genocide Convention on 11 December 1948 and ratified it on 14 June 2005.

¹¹ "President Lula says war in the Middle East is genocide", *AgenciaBrazil* (25 October 2023), <https://agenciabrasil.ebc.com.br/en/politica/noticia/2023-10/president-lula-says-war-middle-east-genocide>. The Federative Republic of Brazil signed the Genocide Convention on 11 December 1948 and ratified it on 15 April 1952.

¹² Gustavo Petro, Presidente de la República de Colombia, @petrogustavo, Tweet (4:00 am, November 1, 2023) <https://twitter.com/petrogustavo/status/1719565081371935150>. The Republic of Colombia signed the Genocide Convention on 12 August 1949 and ratified it 27 October 1959.

¹³ Ed Newman, "Diaz-Canel says Cuba will not accept ignoring genocide against Palestinians", *Radio Havana Cuba* (29 October 2023), <https://www.radiohc.cu/en/noticias/nacionales/337800-diaz-canel-says-cuba-will-not-accept-ignoring-genocide-against-palestinians>. The Republic of Cuba signed the Genocide Convention on 28 December 1949 and ratified it on 4 March 1953.

¹⁴ "Iranian president condemns Gaza 'genocide' in meeting with Putin", *NBC News* (7 December 2023), <https://www.nbcnews.com/video/iranian-president-condemns-gaza-genocide-in-meeting-with-putin-199670853701>. The Islamic Republic of Iran signed the Genocide Convention on 8 December 1949 and ratified it on 14 August 1956.

¹⁵ Recep Tayyip Erdoğan, President of Türkiye and AK Party Chairman, @RTErdogan, Tweet, (4:30 pm, 18 October 2023), <https://twitter.com/RTErdogan/status/1714665167978369531>. The Republic of Türkiye acceded to the Genocide Convention on 31 July 1950.

¹⁶ Nicolás Maduro, Presidente de la República Bolivariana de Venezuela, @NicolasMaduro, Tweet (7:40 pm, November 4, 2023) <https://twitter.com/NicolasMaduro/status/1720888719568191585>. The Bolivarian Republic of Venezuela acceded to the Genocide Convention on 12 July 1960.

¹⁷ "President Abbas urges Biden to stop Israel's ongoing genocide of Palestinians", *Wafa* (18 November 2023), <https://english.wafa.ps/Pages/Details/139394>. The State of Palestine acceded to the Genocide Convention on 2 April 2014.

¹⁸ UN, Meetings Coverage and Press Releases, Seventy-Eighth Session, 39th and 40th Meetings, GA/12566, *Staggering Loss of Life in Gaza, Follow-on to Temporary Truce Dominate General Assembly Debate on Decades-Long Question of Palestine*, GA/12566 (28 November 2023), <https://press.un.org/en/2023/ga12566.doc.htm>. The People's Republic of Bangladesh acceded to the Genocide Convention on 5 October 1998.

¹⁹ UN News, *UN General Assembly adopts Gaza resolution calling for immediate and sustained 'humanitarian truce'* (26 October 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/10/1142847>. The Arab Republic of Egypt signed the Genocide Convention on 12 December 1948 and ratified the Convention on 8 February 1952.

²⁰ "Live updates | Israel rebuffs US push for humanitarian pause, says hostages must be released first", *Associated Press* (3 November 2023), <https://web.archive.org/web/20231117082155/https://thehill.com/homenews/ap/ap-international/ap-live-updates-israeli-troops-tighten-encirclement-of-gaza-city-as-top-us-diplomat-arrives-in-israel/>. The Republic of Honduras signed the Genocide Convention on 22 April 1949 and ratified the Convention on 5 March 1952.

²¹ "Israel subjects Palestinians 'to genocide,' says Sudani", *Rudaw* (6 November 2023), <https://www.rudaw.net/english/middleeast/06112023>. The Republic of Iraq acceded to the Genocide Convention on 20 January 1959.

²² "Jordan's foreign minister says Israel aiming 'to empty Gaza of its people'", *AlJazeera* (10 December 2023), <https://www.aljazeera.com/news/2023/12/10/jordan-foreign-minister-says-israel-aiming-to-empty-gaza-of-its-people>. The Hashemite Kingdom of Jordan acceded to the Genocide Convention on 3 April 1950.

²³ UN, Meetings Coverage and Press Releases, 9451st Meeting, SC/15462, *Amid Increasingly Dire Humanitarian Situation in Gaza, Secretary-General Tells Security Council Hamas Attacks Cannot Justify Collective Punishment of Palestinian People* (24 October 2023), <https://press.un.org/en/2023/sc15462.doc.htm>. The State of Libya acceded to the Genocide Convention on 16 May 1989.

²⁴ Ministry of Foreign Affairs, Malaysia, *Malaysia Acknowledges Breakthrough in the United Nations Security Council on the Israeli-Palestinian Conflict* (17 November 2023), <https://www.kln.gov.my/web/guest/-/malaysia-acknowledges-breakthrough-in-the-united-nations-security-council-on-the-israeli-palestinian-conflict>. Malaysia acceded to the Genocide Convention on 20 December 1994.

²⁵ Neville Gertze, Ambassador of Namibia to the United Nations, Ministry of International Relations and Cooperation-Namibia, *Facebook* (25 October 2023), <https://fb.watch/oTgjaUXQdO/>. The Republic of Namibia acceded to the Genocide Convention on the 28 November 1994.

²⁶ Naveed Butt, "Pakistan terms Gaza siege genocide of Palestinians", *Business Recorder* (16 October 2023), <https://www.brecorder.com/news/40268277>. The Islamic Republic of Pakistan signed the Genocide Convention on 11 December 1948 and acceded to the Convention on 12 October 1957.

²⁷ UN, Meetings Coverage and Press Releases, Seventy-Eighth Session 24th and 25th Meetings, GA/SHC/4385, *Third Committee Spotlights Human Rights Abuses in Conflicts, Stressing Need to End Terrorist Attacks, Genocide, Illegal Hostage-Taking, Enforced Displacement* (17 October 2023), <https://press.un.org/en/2023/gashc4385.doc.htm>. The Syrian Arab Republic acceded to the Genocide Convention on 25 June 1955.

and Tunisia,²⁸ have also referred to genocide or the risk thereof in Gaza; as have heads of State and State officials from non-State parties to the Genocide Convention, including Qatar²⁹ and Mauritania.³⁰ Speaking on behalf of the ‘Arab Group’ at the 9498th meeting of the United Nations Security Council on 8 December 2023, ahead of the United Nations Security Council vote on a ceasefire, Egypt’s representative stated that the “[c]ivilian fatalities [in Gaza] lay bare the lie that the war is against an armed group. Rather, it is a collective punishment and *genocide against the Palestinian people* [...] Citing “the extensive destruction of civilian infrastructure and the targeting of United Nations staff members”, he stated that “the forcible displacement of 85 per cent of Gaza’s people, living in dire circumstances, represents . . . *an effort to eliminate the Palestinian people*.”³¹

13. Having regard to the fact that the prohibition of genocide has the character of a peremptory norm and that the obligations under the Convention are owed *erga omnes* and *erga omnes partes*,³² Israel has been made fully aware of the grave concerns expressed by the international community, by States Parties to the Genocide Convention, and by South Africa in particular, as to Israel’s failure to cease, prevent and punish the commission of genocide. South Africa’s concern has been expressed, *inter alia*, as follows:

— On 30 October 2023, the **South African Department of International Relations and Cooperation** issued a statement calling on the international community to hold Israel accountable for breaches of international law. Warning that “the crime of genocide, sadly looms large” in Gaza, the statement recalled that “President Lula da Silva of Brazil has called the attacks on Gaza a genocide” and that the South African Minister of International Relations and Cooperation, Naledi Pandor, addressing the United Nations Security Council on 24 October 2023, had also “reminded the international community not to stand idle while another genocide is unfolding”.³³

— On 7 November, addressing the South African National Assembly, **South Africa’s International Relations Minister** warned that “[t]he crime of genocide sadly looms large in the current situation in Gaza”, recalling that “in 1994, a genocide occurred on the African continent with much of the whole world watching as innocent people were massacred”, and underscoring that South Africa could not stand by and allow that to happen again.³⁴

— On 10 November 2023, the Director-General of **South Africa’s Department of International Relations and Cooperation** (“DIRCO”), conducted a formal diplomatic

²⁸ United Nations, Meetings Coverage and Press Releases, 9451st Meeting, SC/15462, *Amid Increasingly Dire Humanitarian Situation in Gaza, Secretary-General Tells Security Council Hamas Attacks Cannot Justify Collective Punishment of Palestinian People* (24 October 2023), <https://press.un.org/en/2023/sc15462.doc.htm>. The Republic of Tunisia acceded to the Genocide Convention on the 29 November 1956.

²⁹ “Qatari emir: ‘This is a genocide committed by Israel’”, *Al Jazeera English* (5 December 2023), <https://www.youtube.com/watch?v=drOuwKvDt8o>.

³⁰ “Mauritania Condemns Israeli Heinous Crimes in Gaza”, *Agence Mauritanienne d’Information* (18 October 2023), <https://ami.mr/en/archives/11732>.

³¹ UN Meetings Coverage, 9498th Meeting, SC/15518 (8 December 2023), <https://press.un.org/en/2023/sc15518.doc.htm> (emphasis added).

³² *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 17, para. 41.

³³ South Africa, Department of International Relations and Cooperation (‘DIRCO’), *South Africa calls for the International community to hold Israel accountable for breaches of International Law* (30 October 2023), <https://www.dirco.gov.za/south-africa-calls-for-the-international-community-to-hold-israel-accountable-for-breaches-of-international-law/>.

³⁴ South Africa, DIRCO, *Ministerial Statement on the Ongoing Israeli-Palestinian Conflict by Dr GNM Pandor, Minister for International Relations and Cooperation, in the National Assembly House of Parliament* (7 November 2023) <https://www.dirco.gov.za/ministerial-statement-on-the-ongoing-israeli-palestinian-conflict-by-dr-gnm-pandor-minister-for-international-relations-and-cooperation-in-the-national-assembly-house-of-parliament-7-november-2023/>.

démarche of the Ambassador of the State of Israel to South Africa, advising him that while South Africa “condemned the attacks on civilians by Hamas” which “should be investigated for war crimes”, “the response by Israel was unlawful”, and that South Africa “wants the ICC to investigate the leadership of Israel” for crimes including genocide.³⁵

— On 13 November 2023, at a meeting at the Presidential residence with the leadership of the South African Jewish Board of Deputies, at which they called *inter alia* for the re-opening of the South African Embassy in Israel, the **President of South Africa, Mr Cyril Ramaphosa** “condemn[ed] the genocide that is being inflicted against the people of Palestine, including women and children, through collective punishment and ongoing bombardment of Gaza”.³⁶

— On 17 November 2023, during the course of a State visit to Qatar, the **President of South Africa**, announced that South Africa was referring the Situation in the State of Palestine to the International Criminal Court, expressing his abhorrence for “what is happening right now in Gaza, which has now turned into a concentration camp where genocide is taking place”.³⁷

— Later on 17 November 2023, the **Embassy of South Africa in The Hague**, acting on behalf of South Africa, jointly with three other States parties to the Genocide Convention — namely Bangladesh, Bolivia, and Comoros — and Djibouti, referred the Situation in the State of Palestine to the Office of the Prosecutor of the International Criminal Court, requesting that the Prosecutor vigorously investigate crimes within the jurisdictional scope of the Court, including the crime of genocide, as provided for in Article 6 (a), (b) and (c) of the Rome Statute of the International Criminal Court (‘Rome Statute’).³⁸

— On 21 November 2023, addressing the Extraordinary Joint Meeting of BRICS (Brazil, Russia, India, China, and South Africa) Leaders and Leaders of invited BRICS members on the situation in the Middle East called to address “a matter of grave global concern” in the Middle East, the **President of South Africa** asserted that “[t]he deliberate denial of medicine, fuel, food and water to the residents of Gaza is tantamount to genocide”.³⁹

— On 12 December 2023, speaking at the 10th Emergency Special Session of the United Nations General Assembly — at which Israel was represented — the **South African Ambassador to the United Nations** stated that “[t]he events of the past six weeks in Gaza have illustrated that Israel is acting contrary to its obligations in terms of the Genocide Convention”. She underscored that, “[a]s a UN Member State and owing to South Africa’s painful past

³⁵ South Africa, DIRCO, *DIRCO démarches the Ambassador of the State of Israel* (10 November 2023) <https://www.dirco.gov.za/dirco-demarches-the-ambassador-of-the-state-of-israel/>.

³⁶ South Africa, The Presidency, *President Ramaphosa Meets with the South African Jewish Board of Deputies* (13 November 2023), <https://www.thepresidency.gov.za/president-ramaphosa-meets-south-african-jewish-board-deputies>.

³⁷ Kate Bartlett, “South Africa Refers Israel to The Hague Over Gaza ‘War Crimes’”, *VOA News* (17 November 2023) <https://www.voanews.com/a/south-africa-refers-israel-to-the-hague-over-gaza-war-crimes-/7359022.html>.

³⁸ South Africa, Embassy in the Netherlands, *Letter from the South African Embassy in the Netherlands to the Prosecutor of the International Criminal Court* (17 November 2023), <https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/2023-11/ICC-Referral-Palestine-Final-17-November-2023.pdf>.

³⁹ South Africa, the Presidency, *Opening remarks by President Cyril Ramaphosa to the Extraordinary Joint Meeting of BRICS Leaders and Leaders of invited BRICS members on the situation in the Middle East* (21 November 2023), <https://www.thepresidency.gov.za/opening-remarks-president-cyril-ramaphosa-extraordinary-joint-meeting-brics-leaders-and-leaders>.

experience of a system of apartheid, this impresses on us, as Member States to take action in accordance with international law.”⁴⁰

— On 21 December 2023, **South Africa sent a Note Verbale** to the Embassy of Israel in South Africa, in which South Africa raised its concerns about “credible reports that acts meeting the threshold of genocide or related crimes as defined in the 1948 Convention on the Prevention and Punishment of Genocide, have been and may still be committed in the context of the conflict” in Gaza. The Note Verbale recalled that “[a]s a State Party to the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, South Africa is under a treaty obligation to prevent genocide from occurring, and therefore calls upon Israel which is also a State Party to the Convention to immediately cease hostilities in Gaza and to refrain from conduct constituting or failing to prevent violations of its obligations under the Convention”. South Africa, “[a]larmed by rhetoric from Israeli officials and others”, also called on Israel “to prevent and punish direct and public incitement to genocide”. This served to communicate directly to Israel South Africa’s claims regarding the fulfilment of its own obligations under the Genocide Convention and breaches by Israel of its obligations under the Genocide Convention and the detail thereof.⁴¹

14. Israel has not responded directly to South Africa’s Note Verbale sent on 21 December 2023. However, Israel has publicly rejected any suggestion that it has violated international law in its military campaign in Gaza. Notably, Israel has dismissed as “outrageous and false” the assertion that Israel’s military attacks on Gaza meet “the legal definition of genocide” and are aimed at “not just simply the killing of innocent people and the destruction of their livelihoods but a systematic effort to empty Gaza of its people”.⁴² Israel denies that its conduct in Gaza violates its obligations under the Genocide Convention, asserting that “[t]he accusation of genocide against Israel is not only wholly unfounded as a matter of fact and law, it is morally repugnant” and “antisemitic”.⁴³ Moreover, Israel has engaged and continues to engage in acts and omissions against the Palestinian people in Gaza as have been asserted to be genocidal and, by its attitude and conduct, has refuted any suggestion that its actions in Gaza are constrained by its obligations under the Genocide Convention. Indeed, the Israeli Prime Minister asserted on 26 December 2023: “We are not stopping. We are continuing to fight, and *we are deepening the fighting in the coming days*, and this will be a long battle and it is not close to being over.”⁴⁴ Israel’s own conduct therefore serves to underline the parties’ disagreement. South Africa has not resiled from its own position that it is responsible as a State party to the Genocide Convention to act to prevent genocide or a risk thereof in Gaza.

15. According to the established case law of the Court, a dispute is “a disagreement on a point of law or fact, a conflict of legal views or interests” between parties.⁴⁵ Such a disagreement or “positive

⁴⁰ UN News, *UN General Assembly votes by large majority for immediate humanitarian ceasefire during emergency session* (video of the session at 1:13:37) (12 December 2023) <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144717>.

⁴¹ South Africa, DIRCO, *Note Verbale* (21 December 2023).

⁴² “Jordan says Israel aims to expel Palestinians from Gaza”, *Reuters* (10 December 2023), <https://www.reuters.com/world/middle-east/jordan-says-israel-aims-expel-palestinians-gaza-2023-12-10/>.

⁴³ Israeli Ministry of Foreign Affairs, *The War Against Hamas: Answering Your Most Pressing Questions* (15 December 2023), <https://www.idf.il/en/mini-sites/hamas-israel-war-23/all-articles/the-war-against-hamas-answering-your-most-pressing-questions/>.

⁴⁴ Statement by Israeli Prime Minister to Likud Party, 25 December 2023: Jeremy Sharon, “After rare visit to Gaza, Netanyahu says war ‘not close to being over’”, *The Times of Israel* (25 December 2023), https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/after-gaza-visit-netanyahu-says-war-not-close-to-being-over/.

⁴⁵ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 13, para. 27, citing *Land and Maritime Boundary between Cameroon and Nigeria (Cameroon v. Nigeria), Preliminary Objections, Judgment, I.C.J. Reports 1998*, p. 315, para. 89.

opposition of the claim by one party by the other need not necessarily be stated *expressis verbis*... the position or the attitude of a party can be established by inference, whatever the professed view of that party”.⁴⁶

16. There is plainly a dispute between Israel and South Africa relating to the interpretation and application of the Genocide Convention, going both to South Africa’s compliance with its own obligation to prevent genocide, and to Israel’s compliance with its obligations not to commit genocide and to prevent and punish genocide — including the direct and public incitement to genocide — and to make reparations to its victims and offer assurances and guarantees of non-repetition. Given that South Africa’s claim concerns its own obligations as a State party to the Genocide Convention to act to prevent genocide — to which Israel’s acts and omissions give rise — South Africa plainly has standing in relation thereto. Moreover, given that “any State party to the Genocide Convention, and not only a specially affected State, may invoke the responsibility of another State party with a view to ascertaining the alleged failure to comply with its obligations *erga omnes partes*, and to bring that failure to an end”, South Africa also “has *prima facie* standing” to submit to the Court its dispute with Israel “on the basis of alleged violations of obligations under the Genocide Convention”.⁴⁷

17. Therefore, pursuant to Article 36 (1) of the Court’s Statute and Article IX of the Genocide Convention, the Court has jurisdiction to hear the claims submitted in the present Application by South Africa against Israel.

III. THE FACTS

A. Introduction

18. Since 7 October 2023, Israel has engaged in a large-scale military assault by land, air and sea, on the Gaza Strip (‘Gaza’), a narrow strip of land approximately of 365 square kilometres – one of the most densely populated places in the world.⁴⁸ Gaza — home to approximately 2.3 million people, almost half of them children — has been subjected by Israel to what has been described as one of the “heaviest conventional bombing campaigns” in the history of modern warfare.⁴⁹ By 29 October 2023 alone, it was estimated that 6,000 bombs per week had been dropped on the tiny enclave.⁵⁰ In just over two months, Israel’s military attacks had “wreaked more destruction than the razing of Syria’s Aleppo between 2012 and 2016, Ukraine’s Mariupol, or proportionally, the Allied bombing of Germany in World War II.”⁵¹ The destruction wrought by Israel is so extreme that “Gaza is now a different colour

⁴⁶ *Ibid.*

⁴⁷ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p.17, paras. 41-42.

⁴⁸ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip - Reported Impact* (5 December 2023), https://www.ochaopt.org/sites/default/files/Gaza_casualties_info-graphic_5_Dec_2023%20final.pdf.

⁴⁹ John Paul Rathbone, “Israel’s Gaza attack ‘one of history’s heaviest conventional bombing campaigns’”, *The Irish Times* (6 December 2023), <https://www.irishtimes.com/world/middle-east/2023/12/06/israels-gaza-attack-one-of-historys-heaviest-conventional-bombing-campaigns/>.

⁵⁰ Francesca Albanese, UN Special Rapporteur on the situation of Human Rights in the Palestinian territories occupied since 1967, an interview with UN News, 29 October 2023, <https://news.un.org/en/story/2023/10/1142952>; see also: Natasha Bertrand and Katie Bo Lillis, “Exclusive: Nearly half of the Israeli munitions dropped on Gaza are imprecise ‘dumb bombs’, US intelligence assessment finds”, *CNN* (14 December 2023), <https://edition.cnn.com/2023/12/13/politics/intelligence-assessment-dumb-bombs-israel-gaza/index.html>; “Why is Israel using so many dumb bombs in Gaza”, *The Economist* (16 December 2023), <https://www.economist.com/interactive/middle-east-and-africa/2023/12/16/why-is-israel-using-so-many-dumb-bombs-in-gaza>.

⁵¹ Julia Frankel, “Israel’s military campaign in Gaza seen as among the most destructive in history, experts say”, *AP News* (21 December 2023), <https://apnews.com/article/israel-gaza-bombs-destruction-death-toll-scope-419488c511f83c85baea22458472a796>.

from space. It's a different texture".⁵² As stated by the United Nations Secretary-General, in a letter dated 6 December 2023 to the President of the United Nations Security Council,⁵³ of which the United Nations General Assembly took express "note" in Resolution ES/IO/22 of 12 December 2023 on the Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations:⁵⁴

"Civilians throughout Gaza face grave danger. Since the start of Israel's military operation, more than 15,000 people have reportedly been killed, over 40 per cent of whom were children. Thousands of others have been injured. More than half of all homes have been destroyed. Some 80 per cent of the population of 2.2 million has been forcibly displaced, into increasingly smaller areas. More than 1.1 million people have sought refuge in UNRWA facilities across Gaza, creating overcrowded, undignified, and unhygienic conditions. Others have nowhere to shelter and find themselves on the street. Explosive remnants of war are rendering areas uninhabitable. There is no effective protection of civilians.

The health care system in Gaza is collapsing. Hospitals have turned into battlegrounds. Only 14 hospitals out of 36 facilities are even partially functional. The two major hospitals in south Gaza are operating at three times their bed capacity and are running out of basic supplies and fuel. They are also sheltering thousands of displaced persons. Under these circumstances, more people will die untreated in the coming days and weeks.

Nowhere is safe in Gaza.

Amid constant bombardment by the Israel Defense Forces, and without shelter or the essentials to survive, I expect public order to completely break down soon due to the desperate conditions, rendering even limited humanitarian assistance impossible. An even worse situation could unfold, including epidemic diseases and increased pressure for mass displacement into neighbouring countries.

While delivery of supplies through Rafah continues, quantities are insufficient and have dropped since the pause came to an end. We are simply unable to reach those in need inside Gaza . . . We are facing a severe risk of collapse of the humanitarian system. The situation is fast deteriorating into a catastrophe with potentially irreversible implications for Palestinians as a whole and for peace and security in the region. Such an outcome must be avoided at all cost."⁵⁵

19. Since that letter was written, the numbers have risen even more starkly: at least 21,110 Palestinians in Gaza have been killed and over 55,243 other Palestinians have been wounded, many severely.⁵⁶ The death toll includes over 7,729 children,⁵⁷ not including the 4,700 women and children still missing, and presumed dead under the rubble.⁵⁸ Entire multi-generational families have been wiped out completely. Over 355,000 homes equivalent to more than 60 per cent of Gaza's housing stock in

⁵² *Ibid.*

⁵³ The Secretary-General, *Letter by the Secretary-General to the President of Security Council invoking Article 99 of the United Nations Charter* (6 December 2023), https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg_letter_of_6_december_gaza.pdf.

⁵⁴ General Assembly resolution ES-10/22, Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations, A/RES/ES-10/22 (12 December 2023), <https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2023/12/N2339709.pdf>.

⁵⁵ The Secretary-General, *Letter by the Secretary-General to the President of Security Council invoking Article 99 of the United Nations Charter* (6 December 2023), https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg_letter_of_6_december_gaza.pdf.

⁵⁶ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>; UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 82* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>. Statistics cited in this Application are up to date to 27 December 2023. UNOCHA collates locally collected data.

⁵⁷ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>.

⁵⁸ Red Crescent Society, Palestine Red Crescent Society Response Report As of Saturday, October 7th 2023, 6:00 PM Until Sunday, December 24th 2023, 24:00 AM (24 December 2023), p.1, <https://www.palestinercs.org/public/files/image/2023/News/latestresponse23012023/en%20220%202023.pdf>.

Gaza has been damaged or destroyed.⁵⁹ 1.9 million Palestinians — approximately 85 per cent of the total population — have been internally displaced.⁶⁰ Many fled the north of the territory to the south, having been ordered to do so by Israel, only to be bombed again in the south, and told to flee once again further south or the south west, where they are reduced to living in makeshift tents in camps with no water, sanitation or other facilities.⁶¹ Israel has bombed, shelled and besieged Gaza’s hospitals, with only 13 out of 36 hospitals partially functional, and no fully functioning hospital left in North Gaza.⁶² Gaza’s healthcare system has all but collapsed, with reports of operations, including amputations and caesarean sections, taking place without anaesthetic.⁶³ A significant proportion of the wounded and sick are unable to access any or adequate care.⁶⁴ Contagious and epidemic diseases are rife amongst the displaced Palestinian population, with experts warning of the risk of meningitis, cholera and other outbreaks.⁶⁵ The entire population in Gaza is at imminent risk of famine, whereas the proportion of households affected by acute food insecurity is the largest ever recorded according to the Integrated Food Security Phase Classification (‘IPC’).⁶⁶ Experts warn that silent, slow deaths caused by hunger and thirst risk surpassing those violent deaths already caused by Israeli bombs and missiles.⁶⁷

20. The United Nations General Assembly has expressed “grave concern over the catastrophic humanitarian situation in the Gaza Strip and the suffering of the Palestinian civilian population”,⁶⁸ with the United Nations Security Council noting in particular “the disproportionate effect on children”.⁶⁹ In its Resolution ES/10/22 of 12 December 2023, the United Nations General Assembly also took express “note” of a letter dated 7 December 2023 from the Commissioner-General of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (‘UNRWA’), addressed to the President of

⁵⁹ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel - Reported Impact | Day 73* (19 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-73>.

⁶⁰ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77* (26 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-77>.

⁶¹ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #60* (5 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-60>.

⁶² UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>.

⁶³ UN News, *Gaza: UN’s Türk calls for political path out of ‘horror’* (16 November 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/11/1143657>; UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #32* (7 November 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-32>; UN News, *Interview: 5,500 women in Gaza set to give birth ‘in race against death’* (7 November 2023), <https://news.un.org/en/interview/2023/11/1143327>.

⁶⁴ UN News, *Gaza doctors ‘terrified’ of deadly disease outbreak as aid teams race to deliver* (28 November 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/11/1144032>.

⁶⁵ World Health Organization (‘WHO’), *WHO Director-General’s opening remarks at the Special Session of the Executive Board on the health situation in the occupied Palestinian territory – 10 December 2023* (10 December 2023), <https://www.who.int/director-general/speeches/detail/who-director-general-s-opening-remarks-at-the-special-session-of-the-executive-board-on-the-health-situation-in-the-occupied-palestinian-territory---10-december-2023>; UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #67* (12 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-67>.

⁶⁶ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77* (26 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-77>; UN OCHA, *Remarks to the media by the Secretary-General* (22 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/remarks-media-secretary-general>.

⁶⁷ Interview with James Elder, UNICEF spokesperson by Channel 4, “This is a war on children’ says UNICEF spokesperson James Elder, who recently returned from Gaza”, *Channel 4* (14 December 2023), <https://www.channel4.com/news/this-is-a-war-on-children-says-unicef-spokesperson-james-elder-who-recently-returned-from-gaza>; “Disease could kill more in Gaza than bombs, WHO says amid Israeli siege”, *AlJazeera* (28 November 2023), <https://www.aljazeera.com/news/2023/11/28/disease-could-kill-more-in-gaza-than-bombs-who-says-amid-israeli-siege>.

⁶⁸ General Assembly resolution ES-10/22, Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations, A/RES/ES-10/22, (12 December 2023), <https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2023/12/N2339709.pdf>; General Assembly resolution ES-10/21, Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations, A/RES/ES-10/21, (30 October 2023), <https://www.un.org/unispal/document/protection-of-civilians-and-upholding-legal-and-humanitarian-obligations-ga-resolution-a-res-es-10-21/>.

⁶⁹ Security Council resolution 2712, The situation in the Middle East, including the Palestinian Question, S/RES/2712 (15 November 2023), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N23/359/02/PDF/N2335902.pdf?OpenElement>.

the General Assembly. In the unprecedented letter, the Commissioner-General “predict[s] . . . the collapse of the mandate [he] is expected to fulfil” and calls for “an end to the *decimation of Gaza and of its people*”.⁷⁰

B. Background

1. *The Gaza Strip* (‘Gaza’)

21. Gaza is a narrow strip of land, bordered to the west by the Mediterranean Sea, to the south by Egypt and to the north and east by Israel. Together with the West Bank, including East Jerusalem, it is one of the two constituent territories of the occupied Palestinian territory (‘oPt’) — occupied by Israel in 1967 — and of the State of Palestine, recognised by South Africa on 15 February 1995, and accorded non-member observer State status in the United Nations on 29 November 2012.⁷¹

22. The population of Gaza consists of approximately 2.3 million people, over half of whom are children. 80 per cent of Palestinians in Gaza are refugees — and their descendants — from towns and villages in what is now the State of Israel,⁷² expelled or forced to flee during the mass displacement of over 750,000 Palestinians or ‘Nakba’ during the establishment of the State of Israel.⁷³ The Nakba and the mass displacement associated with it therefore features prominently in the history and consciousness of Palestinians in Gaza, as it does for the wider Palestinian people. Palestinians in Gaza form a substantial part of the Palestinian national, racial and ethnical group: they are a prominent part of the group, making up the population of one of the two constituent territories of the State of Palestine. They are also a quantitatively substantial part of the Palestinian population of the State of Palestine under occupation, which counts approximately 5.48 million people.⁷⁴

⁷⁰ UNRWA, *Letter from UNRWA Commissioner-General Philippe Lazzarini to the UN General Assembly President Mr. Dennis Francis dated 7 December 2023* (7 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/un-unrwa/letter-unrwa-commissioner-general-philippe-lazzarini-un-general-assembly> (emphasis added).

⁷¹ General Assembly resolution 67/19, Status of Palestine in the United Nations, A/RES/67/19 (28 November 2012), https://digitallibrary.un.org/record/739031/files/A_RES_67_19-EN.pdf. 82 States had recognised the State of Palestine in 1988, following the transmission of a declaration on the establishment of the State of Palestine by the Palestine Liberation Organization (‘PLO’) to the UN Secretary-General on behalf of the Arab League (Declaration of State of Palestine – Palestine National Council, Letter dated 18 November 1988 from the Permanent Representative of Jordan to the United Nations addressed to the Secretary-General (18 November 1988), <https://www.un.org/unispal/document/auto-insert-178680/>). The State of Palestine is now recognised by 138 States (Permanent Observer Mission of the State of Palestine to the United Nations New York, Diplomatic Relations, <http://palestineun.org/about-palestine/diplomatic-relations/>).

⁷² UNRWA, *About UNRWA* (2012), <https://www.unrwa.org/userfiles/2012050753530.pdf>, p. 17.

⁷³ UN OCHA, *Right of return of Palestinian refugees must be prioritised over political considerations: UN experts* (21 June 2023), <https://www.ohchr.org/en/statements/2023/06/right-return-palestinian-refugees-must-be-prioritised-over-political>.

⁷⁴ State of Palestine – Palestinian Central Bureau of Statistics (‘PCBS’), *The International Population Day, 11/07/2023* (10 July 2023), <https://www.pcbs.gov.ps/post.aspx?lang=en&ItemID=4544#:~:text=About%2014.5%20Million%20Palestinians%20in,the%20State%20of%20Palestine%3B%202>.



Map of the Gaza Strip⁷⁵

23. Gaza comprises five Governorates. The Gaza North and Gaza Governorates constituting ‘the North’ stretch from the north of Wadi Gaza towards Erez Crossing, a pedestrian crossing into Israel (also known as the ‘Beit Hanoun Crossing’). ‘The North’ is ordinarily home to approximately 1.1 million Palestinians,⁷⁶ many concentrated in Gaza City (approximately 713,488 inhabitants),⁷⁷ as well as in Beit Lahia and Beit Hanoun, and in the Beach and Jabalia refugee camps. It is where Gaza’s largest hospital, Al Shifa Medical Hospital, is situated, as well as the Kamal Adwan Hospital. The Deir al Balah Governorate (‘the Middle Area’) ordinarily counts 302,507 inhabitants,⁷⁸ primarily in Deir al Balah City, as well as in the Al Maghazi, An Nuseirat, Al Bureij and Deir al Balah refugee camps; it is where Gaza’s only power plant is located. The Khan Yunis and Rafah Governorates (‘the South’) are below Deir al Balah Governorate and extend to the Rafah crossing with Egypt. The major population centres in the South are Khan Yunis and Rafah, as well as the Khan Yunis and Rafah refugee camps. The Karem Shalom Crossing (also known as ‘Karem Abu Salem Crossing’) is located four km west of Rafah. The South is where the Nasser hospital is located.⁷⁹ The South’s pre-October 2023 population stood at

⁷⁵ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel – reported impact | Day 73* (19 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-73>.

⁷⁶ UN OCHA, *Israel must rescind evacuation order for northern Gaza and comply with international law: UN expert* (13 October 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/10/israel-must-rescind-evacuation-order-northern-gaza-and-comply-international>.

⁷⁷ State of Palestine – Palestinian Central Bureau of Statistics, *Estimated Population in Palestine Mid-Year by Governorate, 1997-2021*, <https://tinyurl.com/34rb8w38>.

⁷⁸ *Ibid.*

⁷⁹ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #66* (11 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-66>.

approximately 673,844 inhabitants.⁸⁰ The Middle Area and the South now accommodate more than 1.2 million internally displaced persons in 98 UNRWA facilities,⁸¹ and tens of thousands in makeshift tents in Al-Mawasi area — a Bedouin Palestinian town in a small strip of mostly undeveloped sand along Gaza’s Mediterranean coast —⁸² identified by Israel on the resumption of hostilities in the first week of December 2023 as a purportedly ‘safe zone’.⁸³ Around 160,000 more displaced Palestinians are believed to remain in UNRWA facilities in the North,⁸⁴ as well as others sheltering in other locations.

24. Until 2005, Gaza — like the West Bank today — was occupied by Israeli military forces on the ground. However, in 2005, Israel unilaterally ‘disengaged’ from Gaza, dismantling its military bases and relocating Israeli settlers from settlements in Gaza back to Israel and into the occupied West Bank.⁸⁵ Notwithstanding its ‘disengagement’, Israel continues to exercise control over the airspace, territorial waters, land crossings, water, electricity, electromagnetic sphere and civilian infrastructure in Gaza,⁸⁶ as well as over key governmental functions, such as the management of the Palestinian population registry for Gaza.⁸⁷ Given that continuing effective control by Israel over the territory, Gaza is still considered by the international community to be under belligerent occupation by Israel.⁸⁸ The near total control exercised by Israel over access to Gaza, and over its water, fuel, electricity and food supplies, has been demonstrated starkly since 7 October 2023.

25. Entry and exit by air and sea to Gaza has been prohibited since the early 1990s, with Israel operating only two crossing points – Erez (pedestrian) and Kerem Shalom (goods) – through which Palestinians in Gaza could access the West Bank, including East Jerusalem, for business, trade,

⁸⁰ State of Palestine – Palestinian Central Bureau of Statistics, *Estimated Population in Palestine Mid-Year by Governorate, 1997-2021*, <https://tinyurl.com/34rb8w38>.

⁸¹ UNRWA, *UNRWA Situation Report #53 on the Situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem* (17 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-53-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>.

⁸² UN Economic and Social Commission for Western Asia (ESCWA), *Al-Mawasi area*, <https://archive.unescwa.org/al-mawasi-area>.

⁸³ Israel Defense Forces, “Based on the morals and values of our military establishment, the Israel Defence Army publishes a list of the number of blocks to direct the inhabitants of Gaza in the evacuation of targeted areas” (1 December 2023), <https://tinyurl.com/mtapebm7>; “Palestinians displaced to south Gaza’s overcrowded areas living on streets”, *AlJazeera* (10 December 2023), <https://www.aljazeera.com/gallery/2023/12/9/palestinians-displaced-to-south-gazas-overcrowded-areas-living-on-streets>.

⁸⁴ UNRWA, *UNRWA Situation Report #56 on the Situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem* (22 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-56-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>.

⁸⁵ Human Rights Council, Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel, A/HRC/50/21 (9 May 2022), para. 16.

⁸⁶ GOV.UK, *Guidance Overseas business risk: The Occupied Palestinian Territories* (22 February 2022), <https://www.gov.uk/government/publications/overseas-business-risk-palestinian-territories/overseas-business-risk-the-occupied-palestinian-territories>, para. 2.5.

⁸⁷ Human Rights Council, Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel, A/HRC/50/21 (9 May 2022), para. 16.

⁸⁸ See e.g., Security Council resolution 1860, S/RES/1860 (2009) (8 January 2009), where the Security Council stressed “that the Gaza Strip constitutes an integral part of the territory occupied in 1967 and will be a part of the Palestinian state,” <https://digitallibrary.un.org/record/645525?ln=en#record-files-collapse-header>. Recently reaffirmed in General Assembly Resolution 77/30, Assistance to the Palestinian People, A/RES/77/30 (6 December 2022), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N22/729/08/PDF/N2272908.pdf?OpenElement>. See also, Human Rights Council, Human rights situation in Palestine and the other occupied Arab territories, Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory, A/HRC/40/CRP.2 (18 March 2019), https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2019/06/A.HRC_40.CRP_2.pdf. Security Council resolution 2720 (2023), adopted on 22 December 2023, stresses that “the Gaza Strip constitutes an integral part of the territory occupied in 1967” and reiterates “the vision of the two-State solution, with the Gaza Strip as part of the Palestinian State,” <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N23/424/87/PDF/N2342487.pdf?OpenElement>.

healthcare and social and family functions.⁸⁹ However, Israel imposed a stringent blockade of Gaza, following Hamas' electoral victory in 2006 that was followed by inter-Palestinian violence, declaring the entire territory to be a 'hostile territory'.⁹⁰ Existing restrictions on the movement of persons were significantly tightened, with most Palestinians in Gaza being ineligible for permits to travel, leading to prolonged, indefinite separation for many Palestinian families.⁹¹ The few who were eligible to travel did "not necessarily receive permits and almost always encounter[ed] delays and difficulties in the process".⁹² Between 2008 and 2021, the World Health Organization ('WHO') recorded that 839 Palestinians from Gaza had died while waiting for medical permits to leave Gaza for urgent medical treatment.⁹³ The majority of permits were for day labourers and agricultural traders, primarily to undertake low-skilled work in Israel and on Israeli settlements in the West Bank.⁹⁴ Between 2007 and 2010, Israel regulated food imports into Gaza in accordance with calories consumed per person, to limit the transfers of food to a 'humanitarian minimum', without causing hunger or malnutrition.⁹⁵ Israel thereafter applied a 'dual use' system to imports into Gaza, severely restricting the entry of goods by prohibiting goods considered to be capable of having a dual civilian/military use.⁹⁶

26. Israel's parallel implementation of a wide buffer zone inside Gaza's eastern border fence (estimated to restrict access to approximately 24 per cent of Gaza) severely impacts internal food supply, by reducing the main agricultural area for farming.⁹⁷ Israel also made fishing extremely hazardous for Palestinians, who have not had full access to the fishing zone of 20 nautical miles stipulated in the Oslo Accords — interim agreements concluded between the PLO and Israel in the early 1990s. The naval blockade — policed by Israeli forces through the use of force, arrests and the confiscation of fishing equipment — severely reduced the fishing catchment area for Gaza's fishermen

⁸⁹ Egypt operates a third crossing — the Rafah Crossing — between Gaza and Egypt. UNCTAD, *Economic costs of the Israeli occupation for the Palestinian people: the Gaza Strip under closure and restrictions* (13 August 2020), https://unctad.org/system/files/official-document/a75d310_en_1.pdf, paras. 6, 8.

⁹⁰ Israel Ministry of Foreign Affairs, *Security Cabinet declares Gaza hostile territory* (19 September 2007), <https://www.gov.il/en/Departments/General/security-cabinet-declares-gaza-hostile-territory>.

⁹¹ General Assembly, Human Rights Council, *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, Michael Lynk A/HRC/49/87 (12 August 2022), <https://www.un.org/unispal/document/report-of-the-special-rapporteur-on-the-situation-of-human-rights-in-the-palestinian-territories-occupied-since-1967-report-a-hrc-49-87-advance-unedited-version/>, para. 42; Norwegian Refugee Council, *Legal Memo: Movement between the West Bank and the Gaza Strip* (December 2016), https://www.nrc.no/globalassets/pdf/legal-opinions/legal_memo_movement_between_wb_gaza.pdf.

⁹² Human Rights Council, Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory, A/HRC/40/CRP.2 (18 March 2019), https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2019/06/A.HRC_40.CRP_2.pdf, para 163.

⁹³ World Health Organisation, *Fifteen Years of Gaza Blockade and Barriers to Health Access* (2022), https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/15_Years_Gaza_Blockade_Factsheet.jpg?ua=1.

⁹⁴ UNCTAD, *Developments in the economy of the Occupied Palestinian Territory* (2023) (11 September), TD/B/EX(74)/2, https://unctad.org/system/files/official-document/tdbex74d2_en.pdf, para. 38; UN OCHA, *Movement in and out of Gaza: update covering July 2023* (15 August 2023), <https://www.ochaopt.org/content/movement-and-out-gaza-update-covering-july-2023>.

⁹⁵ United Nations Economic and Social Commission for Western Asia ('ESCWA'), *Palestine Under Occupation III Mapping Israel's Policies and Practices and their Economic Repercussions in the Occupied Palestinian Territory*, E/ESCWA/CL6.GCP/2021/3 (2022), https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2022/07/E.ESCWA_CL6_GCP_2021.3_220722.pdf, p. 38.

⁹⁶ The World Bank, *Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee* (30 April 2019), <https://documents1.worldbank.org/curated/en/942481555340123420/pdf/Economic-Monitoring-Report-to-the-Ad-Hoc-Liaison-Committee.pdf>, p. 4.

⁹⁷ UNCTAD, *Developments in the economy of the Occupied Palestinian Territory* (2023) (11 September), TD/B/EX(74)/2, https://unctad.org/system/files/official-document/tdbex74d2_en.pdf, para 36; General Assembly, *Report prepared by the secretariat of the United Nations Conference on Trade and Development on the economic costs of the Israeli occupation for the Palestinian people: the Gaza Strip under closure and restrictions*, A/75/310 (13 August 2020); General Assembly, *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, A/71/554 (19 October 2016), <https://undocs.org/A/71/554>.

to polluted waters immediately off the coastline, leading to overfishing impacting sustainability.⁹⁸ As long ago as 2015, the United Nations Conference on Trade and Development (‘UNCTAD’) warned that the restrictive measures imposed by Israel risked Gaza becoming uninhabitable by 2020.⁹⁹ In 2020, the United Nations Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967 described the impact of Israel’s blockade on Gaza as having turned Gaza “from a low-income society with modest but growing export ties to the regional and international economy to an impoverished ghetto with a decimated economy and a collapsing social service system”.¹⁰⁰ In 2022, he described the situation as follows:

“In Gaza, the apparent strategy of Israel is the indefinite warehousing of an unwanted population of 2 million Palestinians, whom it has confined to a narrow strip of land through its comprehensive 15-year-old air, land and sea blockade (with further restrictions by Egypt on the southern border of Gaza). Ban Ki-moon has called this political quarantining of the population a “collective punishment”, which is a serious breach of international law. The World Bank reported in 2021 that Gaza had undergone a multi-decade process of dedevelopment and deindustrialization, resulting in a 45 per cent unemployment rate and a 60 per cent poverty rate, with 80 per cent of the population dependent on some form of international assistance, in significant part because of the hermetic sealing of the access of Gaza to the outside world. The coastal aquifer, the sole source of natural drinking water in Gaza, has become polluted and unfit for human consumption because of contamination by seawater and sewage, substantially driving up water costs for an already destitute population. Gaza is heavily dependent on external sources — Israel and Egypt — for power, and Palestinians live with rolling power blackouts of between 12 and 20 hours daily, severely impairing daily living and the economy. The entry and export of goods is strictly controlled by Israel, which has throttled the local economy. The health-care system in Gaza is flat on its back, with serious shortages of health-care professionals, inadequate treatment equipment and low supplies of drugs and medicines. Palestinians in Gaza can rarely travel outside of Gaza, which is a denial of their fundamental right to freedom of movement. More acutely, they have endured four highly asymmetrical wars with Israel over the past 13 years, with enormous loss of civilian life and immense property destruction. The suffering was acknowledged by Antonio Guterres in May 2021, when he stated: “If there is a hell on earth, it is the lives of children in Gaza”.¹⁰¹

27. Between 29 September 2000 and 7 October 2023, approximately 7,569 Palestinians,¹⁰² including 1,699 children,¹⁰³ were killed, including in those “four highly asymmetrical wars”, as well as other smaller military assaults, with tens of thousands of others injured. A further 214 Palestinians,

⁹⁸ UN OCHA, *Gaza Strip – The Humanitarian Impact of 15 Years of the Blockade* (June 2022), https://www.unicef.org/mena/media/18041/file/Factsheet_Gaza_Blockade_2022.pdf; UNCTAD, *Developments in the economy of the Occupied Palestinian Territory (2023)*, TD/B/EX(74)/2 (11 September), https://unctad.org/system/files/official-document/tdbex74d2_en.pdf, para 39.

⁹⁹ UN News, *Global Perspectives and Stories, Gaza could become uninhabitable in less than five years due to ongoing ‘dedevelopment’ – UN report* (1 September 2015), <https://news.un.org/en/story/2015/09/507762>.

¹⁰⁰ Human Rights Council, *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, A/HRC/44/60 (15 July 2020), https://www.ohchr.org/sites/default/files/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session44/Documents/A_HRC_44_60.pdf, para. 54.

¹⁰¹ General Assembly, *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, Michael Lynk, A/HRC/49/87 (12 August 2022), <https://www.un.org/unispal/document/report-of-the-special-rapporteur-on-the-situation-of-human-rights-in-the-palestinian-territories-occupied-since-1967-report-a-hrc-49-87-advance-unedited-version/>, para. 45.

¹⁰² B’Tselem, *Fatalities All Data, Main Data* (6 October 2023), <https://statistics.btselem.org/en/all-fatalities/by-date-of-incident?section=overall&tab=overview>. (not including the casualties during the Great March of Return).

¹⁰³ *Ibid.*

including 46 children were killed during the ‘Great March of Return’,¹⁰⁴ a large-scale peaceful protest along the separation fence between Gaza and Israel, in which thousands of Palestinians participated every Friday for over 18 months, demanding that “the blockade imposed on Gaza be lifted and the return of Palestinian refugees” to their homes and villages in Israel.¹⁰⁵ On one particularly lethal day alone, Israel killed 60 Palestinian protesters.¹⁰⁶ As determined by the Independent Commission of Inquiry on the protests in the occupied Palestinian territory (‘Commission’):

“[D]uring these weekly demonstrations, the Israeli Security Forces (ISF) killed and gravely injured civilians who were neither participating directly in hostilities nor posing an imminent threat to life. Among those shot were children, paramedics, journalists, and persons with disabilities.”¹⁰⁷

28. Those killed by Israeli soldiers, firing from behind the separation fence, included three medics and two journalists. A total of over 36,100 Palestinians, including nearly 8,800 children,¹⁰⁸ were injured by Israel, including 4,903 people who were shot in the lower limbs, “many while standing hundreds of metres away from the snipers, unarmed”.¹⁰⁹ 156 of them had to have at least one limb amputated,¹¹⁰ and over 1,200 required specialised limb reconstruction treatment.¹¹¹ The Commission found that the maiming was not accidental: the rules of engagement adopted by Israel permitted snipers to shoot at the legs of the “major inciters”.¹¹² One Israeli soldier admitted that he shot “42 knees in one day”.¹¹³

29. The Commission found that there were reasonable grounds to believe that Israeli snipers “intentionally shot” children, knowing them to be children,¹¹⁴ and they also “intentionally shot” health workers and journalists “despite seeing that they were clearly marked as such”.¹¹⁵ It further found “reasonable grounds to believe” that Israeli snipers shot disabled demonstrators “intentionally, despite seeing that they had visible disabilities” and despite them not presenting an imminent threat.¹¹⁶

¹⁰⁴ UN, The Question of Palestine, *Two Years On: People Injured and Traumatized During the “Great March of Return” are Still Struggling* (6 April 2020), <https://www.un.org/unispal/document/two-years-on-people-injured-and-traumatized-during-the-great-march-of-return-are-still-struggling/>.

¹⁰⁵ Human Rights Council, *Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory*, A/HRC/40/CRP.2 (18 March 2019), <https://undocs.org/A/HRC/40/CRP.2>, para. 115.

¹⁰⁶ Human Rights Council, *Report of the independent international commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory*, A/HRC/40/74 (6 March 2019), <https://undocs.org/A/HRC/40/74>, para. 58.

¹⁰⁷ Human Rights Council, *Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory*, A/HRC/40/CRP.2 (18 March 2019), <https://undocs.org/A/HRC/40/CRP.2>, summary.

¹⁰⁸ UN, The Question of Palestine, *Two Years On: People Injured and Traumatized During the “Great March of Return” are Still Struggling* (6 April 2020), <https://www.un.org/unispal/document/two-years-on-people-injured-and-traumatized-during-the-great-march-of-return-are-still-struggling/>.

¹⁰⁹ Human Rights Council, *Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory*, A/HRC/40/CRP.2 (18 March 2019), <https://undocs.org/A/HRC/40/CRP.2>, summary.

¹¹⁰ UN, The Question of Palestine, *Two Years On: People Injured and Traumatized During the “Great March of Return” are Still Struggling* (6 April 2020), <https://www.un.org/unispal/document/two-years-on-people-injured-and-traumatized-during-the-great-march-of-return-are-still-struggling/>.

¹¹¹ *Ibid.*

¹¹² “‘42 Knees in One Day’: Israeli Snipers Open up about Shooting Gaza Protesters”, Haaretz (6 March 2020), <https://www.haaretz.com/israel-news/2020-03-06/ty-article-magazine/highlight/42-knees-in-one-day-israeli-snipers-open-up-about-shooting-gaza-protesters/0000017f-f2da-d497-a1ff-f2dab2520000>.

¹¹³ *Ibid.*

¹¹⁴ Human Rights Council, *Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory*, A/HRC/40/CRP.2 (18 March 2019), <https://undocs.org/A/HRC/40/CRP.2>, para. 519.

¹¹⁵ *Ibid.*, paras. 526, 536.

¹¹⁶ *Ibid.*, para. 537.

30. Other reports by United Nations bodies and mandates have repeatedly found Israel to have acted in serious violation of international law in its previous military attacks on Gaza. By way of example:

— **Report of the human rights inquiry commission established pursuant to Commission resolution S-5/1 of 19 October 2000 (16 March 2001).**¹¹⁷

“50. . . . [T]he IDF apparently on grounds of military necessity, has *destroyed homes and laid to waste a significant amount of agricultural land*, especially in Gaza, which is already land starved. Statistics show that 94 homes have been demolished and 7,024 dunums of agricultural land bulldozed in Gaza. Damage to private houses is put at US\$ 9.5 million and damage to agricultural land at about US\$ 27 million. . . . Houses situated on this land had been destroyed and families compelled to live in tents. Water wells in the vicinity had also been completely destroyed. The Commission found it difficult to believe that such destruction, generally carried out in the middle of the night and without advance warning, was justified on grounds of military necessity. To the Commission it seemed that such destruction of property had been carried out in an intimidatory *manner unrelated to security*, disrespectful of civilian well-being and going well beyond the needs of military necessity. The evidence suggests that destruction of property and demolition of houses have been replicated elsewhere in the West Bank and Gaza. Palestinians, like other people, are deeply attached to their homes and agricultural land. *The demolition of homes and the destruction of olive and citrus trees, nurtured by farmers over many years, has caused untold human suffering to persons unconnected with the present violence . . .*

51. The Commission concludes that the IDF has engaged in the *excessive use of force* at the expense of life and property in Palestine.”

— **Report of the high-level fact-finding mission to Beit Hanoun established under Council resolution S-3/1 (1 September 2008, Archbishop Desmond Tutu and Professor Christine Chinkin).**¹¹⁸

“72. The mission expresses its sympathy to all victims of the shelling on 8 November 2006 of Beit Hanoun. The attack took lives, inflicted horrendous physical and mental injuries, tore families apart, destroyed homes, took away livelihoods and traumatized a population. Its aftermath compounded those ills . . .

75. . . . In the absence of a well-founded explanation from the Israeli military (who is in sole possession of the relevant facts), the mission must conclude that there is a possibility that the shelling of Beit Hanoun constituted a war crime as defined in the Rome Statute of the International Criminal Court. . . .

76. One victim of the Beit Hanoun shelling was the rule of law. There has been no accountability for an act that killed 19 people and injured many more. . . .

¹¹⁷ UN Economic and Social Council Commission on Human Rights, *Report of the human rights inquiry commission established pursuant to Commission resolution S-5/1 of 19 October 2000*, E/CN.4/2001/121 (16 March 2001), <https://undocs.org/E/CN.4/2001/121>, paras. 50 and 51 (emphasis added).

¹¹⁸ Human Rights Council, *Report of the high-level fact-finding mission to Beit Hanoun established under Council resolution S-3/1*, A/HRC/9/26 (1 September 2008), <https://undocs.org/A/HRC/9/26>, paras. 72, 75 and 76.

— **Report of the United Nations Fact-Finding Mission on the Gaza Conflict established pursuant to Human Rights Council resolution S-9/1 of 12 January 2009 (25 September 2009):**¹¹⁹

“36. . . . The Mission *did not find any evidence to support the allegations that hospital facilities were used by the Gaza authorities or by Palestinian armed groups to shield military activities or that ambulances were used to transport combatants or for other military purposes.* On the basis of its own investigations and the statements by United Nations officials, the Mission *excludes that Palestinian armed groups engaged in combat activities from United Nations facilities that were used as shelters during the military operations.* . . .

55. The Mission investigated four incidents in which the Israeli armed forces coerced Palestinian civilian men at gunpoint to take part in house searches during the military operations. . . . The Mission concludes that this practice amounts to *the use of Palestinian civilians as human shields* and is therefore prohibited by international humanitarian law. . . . The Palestinian men used as human shields were *questioned under threat of death or injury* to extract information about Hamas, Palestinian combatants and tunnels. This constitutes a further violation of international humanitarian law. . . .

60. In addition to arbitrary deprivation of liberty and violation of due process rights, the cases of the detained Palestinian civilians highlight a common thread of the interaction between Israeli soldiers and Palestinian civilians which also emerged clearly in many cases discussed elsewhere in the report: *continuous and systematic abuse, outrages on personal dignity, humiliating and degrading treatment* contrary to fundamental principles of international humanitarian law and human rights law. The Mission concludes that this treatment constitutes the *infliction of a collective penalty on these civilians and amounts to measures of intimidation and terror.* . . .

382. In assessing the Israeli strikes against the Legislative Council building and the main prison, the Mission first of all notes that Hamas is an organization with distinct political, military and social welfare components. . . .

391. The Mission rejects the analysis of present and former senior Israeli officials that, because of the alleged nature of the Hamas government in Gaza, the distinction between civilian and military parts of the government infrastructure is no longer relevant in relation to Israel’s conflict with Hamas. . . .

392. The Mission is of the view that *this is a dangerous argument that should be vigorously rejected as incompatible with the cardinal principle of distinction.* International humanitarian law prohibits attacks against targets that do not make an effective contribution to military action. Attacks that are not directed against military (or dual use) objectives are violations of the laws of war, no matter how promising the attacker considers them from a strategic or political point of view. . . .

522. The warning to go to city centres came at the start of the ground invasion. In the Mission’s view it was unreasonable to assume, in the circumstances, that civilians would indeed leave their homes. As a consequence, *the conclusion that allegedly formed part of the logic of soldiers on the ground that those who had stayed put had to be combatants was wholly unwarranted.* . . .

¹¹⁹ Human Rights Council, *Human Rights in Palestine and Other Occupied Arab Territories, Report of the United Nations Fact-Finding Mission on the Gaza Conflict*, A/HRC/12/48 (25 September 2009), <https://undocs.org/A/HRC/12/48>, paras. 36, 55, 60, 382, 391-392, 522, 629, 1026-1027, 1214-1215, 1883, 1888-1093, 1905, 1927 and 1929 (emphasis added).

629. Taking into account the weapons used, and in particular the use of white phosphorous in and around *a hospital that the Israeli armed forces knew was not only dealing with scores of injured and wounded but also giving shelter to several hundred civilians*, the Mission finds, based on all the information available to it, that in directly striking the hospital and the ambulance depot the Israeli armed forces in these circumstances violated article 18 of the Fourth Geneva Convention and violated customary international law in relation to proportionality. . . .

1027. The Mission . . . found that the systematic destruction of food, production, water services and construction industries was related to the *overall policy of disproportionate destruction of a significant part of Gaza's infrastructure*.

1214. Through its overly broad framing of the “supporting infrastructure”, the Israeli armed forces have sought to construct a scope for their activities that, in the Mission’s view, was *designed to have inevitably dire consequences for the non-combatants in Gaza*

1215. Statements by political and military leaders prior to and during the military operations in Gaza leave little doubt that disproportionate destruction and violence against civilians were part of a deliberate policy. . . .

1883. The Gaza military operations were, according to the Israeli Government, thoroughly and extensively planned. *While the Israeli Government has sought to portray its operations as essentially a response to rocket attacks in the exercise of its right to self-defence, the Mission considers the plan to have been directed, at least in part, at a different target: the people of Gaza as a whole. . . .*

1888. The Mission recognizes fully that the Israeli armed forces, like any army attempting to act within the parameters of international law, must avoid taking undue risks with their soldiers’ lives, but neither can they transfer that risk onto the lives of civilian men, women and children. The fundamental principles of distinction and proportionality apply on the battlefield, whether that battlefield is a built-up urban area or an open field.

1889. The *repeated failure to distinguish between combatants and civilians appears to the Mission to have been the result of deliberate guidance issued to soldiers*, as described by some of them, and not the result of occasional lapses. . . .

1891. It is clear from evidence gathered by the Mission that the destruction of food supply installations, water sanitation systems, concrete factories and residential houses was the result of a *deliberate and systematic policy* by the Israeli armed forces. *It was not carried out because those objects presented a military threat or opportunity, but to make the daily process of living, and dignified living, more difficult for the civilian population. . . .*

1892. Allied to the *systematic destruction of the economic capacity of the Gaza Strip, there appears also to have been an assault on the dignity of the people*. This was seen not only in the use of human shields and unlawful detentions sometimes in unacceptable conditions, but also in the vandalizing of houses when occupied and the way in which people were treated when their houses were entered. The graffiti on the walls, the obscenities and often racist slogans, *all constituted an overall image of humiliation and dehumanization of the Palestinian population. . . .*

1893. The operations were carefully planned in all their phases. Legal opinions and advice were given throughout the planning stages and at certain operational levels during the campaign. There were almost no mistakes made according to the Government of Israel.

Its in these circumstances that the Mission concludes that what occurred in just over three weeks at the end of 2008 and the beginning of 2009 was *a deliberately disproportionate attack designed to punish, humiliate and terrorize a civilian population, radically diminish its local economic capacity both to work and to provide for itself, and to force upon it an ever increasing sense of dependency and vulnerability.* . . .

1927. The Mission found that the Israeli armed forces in Gaza rounded up and detained large groups of persons protected under the Fourth Geneva Convention. The Mission finds that their detention cannot be justified either as detention of “unlawful combatants” or as internment of civilians for imperative reasons of security. . . .

1929. The Mission also finds that the Israeli armed forces unlawfully and wantonly attacked and destroyed without military necessity a number of food production or food processing objects and facilities (including mills, land and greenhouses), drinking-water installations, farms and animals in violation of the principle of distinction. From the facts ascertained by it, the Mission finds that this destruction was carried out with the purpose of denying sustenance to the civilian population, in violation of customary law reflected in article 54 (2) of the First Additional Protocol. The Mission further concludes that the Israeli armed forces carried out widespread destruction of private residential houses, water wells and water tanks unlawfully and wantonly.”

— **Report of the independent commission of inquiry established pursuant to Human Rights Council resolution S-21/1 (24 June 2015):**¹²⁰

“44. . . . the large number of targeted attacks against residential buildings and the fact that such attacks continued throughout the operation, even after the dire impact of these attacks on civilians and civilian objects became apparent, raise concern that the strikes may have constituted military tactics reflective of a broader policy, approved at least tacitly by decision-makers at the highest levels of the Government of Israel . . .

51. . . . the fact that the Israel Defense Forces did not modify the manner in which they conducted their operations after initial episodes of shelling resulted in a large number of civilian deaths indicates that their policies governing the use of artillery in densely populated areas may not be in conformity with international humanitarian law.

53. . . . destruction by artillery fire, air strikes and bulldozers may have been adopted as a tactic of war. Some destruction may arguably be the result of the legitimate attempts of the Israel Defense Forces to dismantle tunnels and to protect its soldiers. The concentration of destruction in localities close to the Green Line, in some areas amounting to 100 per cent, and the systematic way in which these areas were flattened one after the other, however, raise concerns that such extensive destruction was not required by imperative military necessity. If confirmed, this would constitute a grave breach of article 147 of the Fourth Geneva Convention, which is a war crime. . . .

55. . . . warnings to evacuate were meant to create “sterile combat zones”, and the people remaining in the area would no longer be considered civilians and thus benefit from the protection afforded by their civilian status. For example, the Head of the Doctrine Desk at the Infantry Corps Headquarters, . . . , reportedly stated: “. . . In peacetime security, soldiers stand facing a civilian population, but in wartime, there is no civilian population, just an enemy.” . . .

¹²⁰ Human Rights Council, *Report of the independent commission of inquiry established pursuant to Human Rights Council resolution S-21/1, A/HRC/29/52* (24 June 2015), <https://undocs.org/A/HRC/29/52>, paras. 26, 37, 44-45, 50-53 and 55-58 (emphasis added).

56. . . . *inferring that anyone remaining in an area that has been the object of a warning is an enemy or a person engaging in “terrorist activity”, or issuing instructions to this effect, contributes to creating an environment conducive to attacks against civilians.* Those civilians choosing not to heed a warning do not lose the protection granted by their status. The only way in which civilians lose their protection from attack is by directly participating in the hostilities. Merely issuing a warning does not absolve the Israel Defense Forces of their legal obligations to protect civilian life . . .

57. An examination of actions by the Israel Defense Forces in Shuja’iya in July and Rafah on 1 August indicates that *the protection of Israeli soldiers significantly influenced the conduct of the Israel Defense Forces in these operations, at times overriding any concern for minimizing civilian casualties.* While force protection is a legitimate objective, the commission has the distinct impression that, when soldiers’ lives were at stake or there was a risk of capture. . . .

58. . . . The commission believes that the military culture created by such policy priorities may have been a factor contributing to the decision to unleash massive firepower in Rafah and Shuja’iya, in utter disregard of its devastating impact on the civilian population. Moreover, applying this protocol in the context of a densely populated environment through the use of heavy weaponry predictably leads to violations of the principles of distinction and proportionality.”

— Report of the detailed findings of the independent commission of inquiry established pursuant to Human Rights Council resolution S-21/1 of 23 July 2014 (24 June 2015):¹²¹

293. The sheer number of shells fired, as well as the reported dropping of over 100 one-ton bombs in a short period of time in a densely populated area, together with the reported use of an artillery barrage, raise questions as to the respect by the IDF of the rules of distinction, precautions and proportionality. *These methods and means employed by the IDF could not, in such a small and densely populated area, be directed at a specific military target and could not adequately distinguish between civilians and civilian objects and military objectives* as required by IHL. The information available also indicates that during the Shuja’iya operation on 19 and 20 July the IDF violated the prohibition of treating several distinct individual military objectives in a densely populated area as *one single military objective*. Therefore, there are strong indications that the IDF’s Shuja’iya operation on 19 and 20 July was conducted in violation of the prohibition of indiscriminate attacks and may amount to a war crime.

294. The Shuja’iya operation also raises serious concerns that the IDF did not conform with its obligation to take precautionary measures in attack. *The choice of the methods and means used by the IDF cannot be reconciled with the obligation to take constant care to spare civilians and civilian objects* or at the very least to minimize incidental loss of civilian life and damage to civilian objects in a densely populated area. . . .

340. . . . The extensive devastation, carried out by the IDF in Khuza’a, in particular the razing of entire areas of the town by artillery fire, air strikes and bulldozers, indicates that *the IDF carried out destructions that were not required by military necessity*. . . .

341. The extent of the destruction combined with the statements made during the operation by the commander of the Brigade responsible for the Khuza’a operation to the effect that *“Palestinians have to understand that this does not pay off,”* are indicative of

¹²¹ Human Rights Council, *Report of the detailed findings of the independent commission of inquiry established pursuant to Human Rights Council resolution S-21/1, A/HRC/29/CRP.4* (24 June 2015), <https://undocs.org/A/HRC/29/CRP.4>, paras. 226, 293-294, 340-342, 348, 418, 576, 671 (emphasis added).

a punitive intent in the action of the IDF in Khuza'a and may constitute collective punishment. . . .

342. Information received by the commission suggests that in several cases Palestinians who had been detained, mostly in their homes in Khuza'a, had been insulted, beaten, threatened to be killed and otherwise ill-treated by IDF soldiers. In some cases the treatment described by some of the witnesses could amount to torture. . . .

348. Other incidents and alleged patterns of behavior in Khuza'a raise a number of concerns under international law. . . . These incidents include: the incidents in which civilians were allegedly shot at by IDF soldiers; attacks against ambulances; and the failure to provide medical assistance to wounded persons. . . .

418. The IDF has argued that the high number of buildings destroyed in Operation "Protective Edge" resulted from the targeting of terrorist infrastructure and intense fighting on the ground. However, the evidence gathered by the commission, including the assessment of the episodes above, video and photo materials, observations by UNITAR-UNOSAT and anecdotal testimonies by IDF soldiers, indicate that *the vast scale of destruction may have been adopted as tactics of war*. . . .

576. Alongside the toll on civilian lives, there was *enormous destruction of civilian property in Gaza: 18 000 housing units were destroyed in whole or in part*. . . . [H]aving a home has an emotional dimension – the place where memories are stored – and often many other items to which inhabitants' memories relate. Having one's home destroyed or severely damaged means being deprived of more than a physical structure; *it also directly impacts on the very essence of one's existence* . . .

671. Questions arise regarding the role of senior officials who set military policy in several areas examined by the commission, such as in the attacks of the Israel Defense Forces on residential buildings; the use of artillery and other explosive weapons with wide-area effects in densely populated areas; the destruction of entire neighbourhoods in Gaza; and the regular resort to live ammunition by the Israel Defense Forces, notably in crowd-control situations, in the West Bank. In many cases, individual soldiers may have been following agreed military policy, but it may be that *the policy itself violates the laws of war*."

— **Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967 (22 October 2021)**.¹²² The Special Rapporteur remarked that "[r]egrettably, the international community's remarkable tolerance for Israeli exceptionalism in its conduct of the occupation has allowed realpolitik to trump rights, power to supplant justice and impunity to undercut accountability."

— **Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967 (22 December 2020)**.¹²³ The Special Rapporteur found that "the actions of Israel towards the protected population of Gaza amount to collective punishment under international law. *The two million Palestinians of Gaza are not responsible for the deeds of Hamas and other militant groups, yet they have endured a substantial share of the punishment, intentionally so*."

¹²² General Assembly, *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, Michael Lynk, A/76/433 (22 October 2021), <https://undocs.org/A/76/433>, para. 32.

¹²³ Human Rights Council, *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, Michael Lynk, A/HRC/44/60 (22 December 2020), <https://undocs.org/A/HRC/44/60>, para. 60 (emphasis added).

— **Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967 (28 August 2023)**: as regards the treatment by Israel of Palestinian detainees, the Special Rapporteur found “instances of torture and cruel, inhumane or degrading treatment include sexual assaults; being hooded and blindfolded, forced to stand for long hours, tied to a chair in painful positions, deprived of sleep and food, or exposed to loud music for long hours; and being punished with solitary confinement”.¹²⁴ In relation to Palestinian children, in particular, the Special Rapporteur determined that they “endure severe ill-treatment” during interrogation.¹²⁵

31. In 2019, the then Prosecutor of the International Criminal Court (‘ICC’) held that “there is a reasonable basis to believe” that the Israeli army committed “war crimes... in the context of the 2014 hostilities in Gaza”, in particular.¹²⁶ Recently, in October 2023, the Prosecutor has confirmed that his “Office has an ongoing investigation with jurisdiction over Palestine... [a]nd this includes jurisdiction over current events in Gaza and also current events in the West Bank”.¹²⁷ The Prosecutor noted that Israel’s “[i]mpeding [of] relief supplies... may constitute a crime within the Court’s jurisdiction”.¹²⁸ He further indicated that his Office would “scrutinise” all information in relation to Israeli attacks on dwelling houses, schools, hospitals, churches, and mosques, for compliance with international humanitarian law.¹²⁹ The Prosecutor has not given any more recent indication as to the state of progress of any investigation in relation to the Situation in the State of Palestine, including in response to the request of 17 November 2023 by South Africa and other States that the ICC investigate *inter alia* the crime of genocide.¹³⁰

2. *The West Bank (including East Jerusalem)*

32. The West Bank, including East Jerusalem, the larger constituent part of the occupied Palestinian territory, comprises 5,655 km², with a population of 2.9 million Palestinians, is geographically separated from Gaza, and fragmented by Israeli settlements.¹³¹

¹²⁴ Human Rights Council, *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, Francesca Albanese, A/HRC/53/59 (28 August 2023), <https://undocs.org/A/HRC/53/59>, para. 61.

¹²⁵ Human Rights Council, *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, Francesca Albanese, A/HRC/53/59 (28 August 2023), <https://undocs.org/A/HRC/53/59>, para. 67.

¹²⁶ International Criminal Court, *Situation in Palestine | Summary of Preliminary Examination Findings* (20 December 2019), <https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/itemsDocuments/210303-office-of-the-prosecutor-palestine-summary-findings-eng.pdf>.

¹²⁷ International Criminal Court, *Statement of ICC Prosecutor Karim A. A. Khan KC from Cairo on the situation in the State of Palestine and Israel* (30 October 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-khan-kc-cairo-situation-state-palestine-and-israel>; International Criminal Court, @IntlCrimCourt (4:08 p.m, October 29, 2023), <https://twitter.com/intlcrimcourt/status/1718661091155161172?s=46&t=bZu5nJeJRuUoipOH1KVB5Q>.

¹²⁸ International Criminal Court, *Statement of ICC Prosecutor Karim A. A. Khan KC from Cairo on the situation in the State of Palestine and Israel* (30 October 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-khan-kc-cairo-situation-state-palestine-and-israel>.

¹²⁹ *Ibid.*

¹³⁰ South Africa, Embassy in the Netherlands, *Letter from the South African Embassy in the Netherlands to the Prosecutor of the International Criminal Court* (17 November 2023), <https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/2023-11/ICC-Referral-Palestine-Final-17-November-2023.pdf>; the fact that the Prosecutor has not yet completed any investigation or opened a prosecution in relation to the Situation in the State of Palestine since 31 January 2021, nor opened an investigation formally in response to the referral of genocide by South Africa and others, is no bar to the ICJ determining the present application. Notably, the ICC’s investigation is to determine individual criminal responsibility for the crime of genocide, contrary to the Rome Statute of the International Criminal Court, whereas the ICJ’s jurisdiction is to determine disputes concerning State responsibility for genocide under the Genocide Convention.

¹³¹ UN Palestine, *Israeli Occupation of Palestinian Territory in facts and figures*, <https://www.un.org/unispa/in-facts-and-figures/>.

33. The Oslo Accords divided administrative competences over three areas of the West Bank (Areas A, B, and C — not including East Jerusalem) between the Palestinian Authority and Israel, the Occupying Power. Area A, comprising 18 per cent of the West Bank is stated to be under the full administrative control of the Palestinian Authority; Area B, comprising 22 per cent of the West Bank is under the administrative control of the Palestinian Authority and the security control of Israel; and Area C, comprising 60 per cent of the West Bank, is under full Israeli administrative and security control.¹³² In 1967, Israel purportedly annexed occupied East Jerusalem to its territory, and in 1980, it incorporated a provision into its Basic Law claiming Jerusalem ‘united’ as the capital of Israel, a move censured by the United Nations Security Council as “null and void” and to “be rescinded forthwith”.¹³³ Since 1967, Israel has constructed 279 ‘settlements’ for Israeli civilians across the West Bank — including 14 settlements in East Jerusalem — appropriating 750,000 dunums (185,329 acres) of Palestinian land.¹³⁴ The United Nations Security Council has repeatedly declared that the establishment of such settlements by Israel has “no legal validity and constitutes a flagrant violation under international law and a major obstacle to the achievement of the two-State solution and a just, lasting and comprehensive peace”.¹³⁵ Regardless, the number of Israeli settlers transferred into the West Bank (including East Jerusalem) has increased dramatically from an estimated 247,000 at the time of the Oslo Accords,¹³⁶ to over 700,000 in 2023.¹³⁷ The Prosecutor of the International Criminal Court (‘ICC’) has determined that there is “a reasonable basis to believe” that “members of the Israeli authorities have committed war crimes... in relation, inter alia, to the transfer of Israeli civilians into the West Bank.”¹³⁸

34. The United Nations Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, described the situation in the West Bank as follows:

“53. ... There, the Palestinians are subject to a harsh and arbitrary legal system quite unequal to that enjoyed by the Israeli settlers. Much of the West Bank is off-limits to Palestinians, and they regularly endure significant restrictions on their freedom of movement through closures, roadblocks, and the need for hard-to-obtain travel permits.

54. Access to the natural resources of the occupied territory, especially to water, is disproportionately allocated to Israel and the settlers. Similarly, the planning system administered by the occupying power for housing and commercial development throughout the West Bank, including East Jerusalem, is deeply discriminatory in favour of settlement construction, while imposing significant barriers on Palestinians, including ongoing land confiscation, home demolitions and the denial of building permits. Israel employs practices that in some cases may amount to the forcible transfer of Palestinians, primarily those living in rural areas, as a means of confiscating land for settlements, military weapons training areas and other

¹³² Letter dated 27 December 1995 from the Permanent Representatives of the Russian Federation and the United States of America to the United Nations addressed to the Secretary-General, A/51/889 (5 May 1997), https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/IL%20PS_950928_InterimAgreementWestBankGazaStrip%28OsloI%29.pdf.

¹³³ Security Council resolution 478, Territories Occupied by Israel, S/RES/478 (20 August 1980), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/399/71/PDF/NR039971.pdf?OpenElement>.

¹³⁴ Human Rights Council, *Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan* (12 March 2023) A/HRC/52/76, <https://undocs.org/A/HRC/52/76>, para. 5, 8.

¹³⁵ See e.g. Security Council resolution 446, Territories occupied by Israel, S/RES/446 (22 March 1979), <https://digitallibrary.un.org/record/1696?ln=en>, para. 1; Security Council resolution 2334, The situation in the Middle East, including the Palestinian question (23 December 2016), <https://digitallibrary.un.org/record/853446?ln=en>, para. 1.

¹³⁶ UN ESCWA, *Countering economic dependence and de-development in the occupied Palestinian territory* (October 2022) https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2023/03/ESCWAREPORT_280223.pdf.

¹³⁷ Human Rights Council, *Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan* (12 March 2023), A/HRC/52/76, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G23/020/49/PDF/G2302049.pdf?OpenElement>, para. 5, 8.

¹³⁸ International Criminal Court, *Situation in Palestine | Summary of Preliminary Examination Findings* (20 December 2019), <https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/itemsDocuments/210303-office-of-the-prosecutor-palestine-summary-findings-eng.pdf>, para. 4.

uses exclusive to the occupying power that have little or nothing to do with its legitimate security requirements.

55. As for East Jerusalem, the occupation has increasingly detached it from its traditional national, economic, cultural and family connections with the West Bank because of the wall, the growing ring of settlements and related checkpoints, and the discriminatory permit regime. It is neglected by the municipality in terms of services and infrastructure, the occupation has depleted its economy and the Palestinians have only a small land area on which to build housing.”¹³⁹

35. The institutionalised regime of discriminatory laws, policies and practices applied by Israel subjects Palestinians to what constitutes an apartheid regime.¹⁴⁰ Palestinians in the West Bank are contained behind a segregating Wall, subjected to: discriminatory land zoning and planning policies; punitive and administrative house demolitions;¹⁴¹ violent Israeli army incursions into Palestinian villages, towns, cities and refugee camps, including in Area A;¹⁴² routine violent Israeli raids on their homes; arbitrary arrests and indefinitely renewable administrative detention (internment without trial); and a dual legal system pursuant to which Palestinians are tried under Israeli military legislation in Israeli military courts, without basic protections of international humanitarian and human rights law, while Israeli settlers living in the same territory are subject to a different legal regime, and tried in Israeli civilian courts with full due process.¹⁴³

36. Palestinians in the West Bank are also subjected to routine violence by Israeli soldiers and armed settlers. Prior to 7 October 2023, between 1 January and 6 October 2023, 199 Palestinians had been killed by Israeli soldiers or settlers in the West Bank and 9,000 more had been injured.¹⁴⁴ By

¹³⁹ General Assembly, Situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, A/72/556, (23 October 2017), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N17/340/02/PDF/N1734002.pdf?OpenElement>, paras. 53-55.

¹⁴⁰ Committee on the Elimination of Racial Discrimination (‘CERD’), Concluding Observations on the Combined Seventeenth to Nineteenth Reports of Israel, CERD/C/ISR/CO/17-19 (27 January 2020), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G20/019/68/PDF/G2001968.pdf?OpenElement>, para. 23; General Assembly, *Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, Michael Lynk, A/HRC/49/87 (12 August 2022), <https://www.un.org/unispal/document/report-of-the-special-rapporteur-on-the-situation-of-human-rights-in-the-palestinian-territories-occupied-since-1967-report-a-hrc-49-87-advance-unedited-version/>, para. 52; Amnesty International, *Israel’s Apartheid Against Palestinians A Look Into Decades of Oppression and Domination* (2022), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/02/israels-apartheid-against-palestinians-a-cruel-system-of-domination-and-a-crime-against-humanity/>; B’Tselem, *A regime of Jewish supremacy from the Jordan River to the Mediterranean Sea: This is apartheid* (12 January 2021), https://www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid; and Addameer et al., *Israeli Apartheid: Tool of Zionist Settler Colonialism* (29 November 2022), https://www.alhaq.org/cached_uploads/download/2022/12/22/israeli-apartheid-web-final-1-page-view-1671712165.pdf. See also the 300-page report by the South African Human Sciences Research Council (‘HSRC’) which noted that the three pillars of apartheid in South Africa are all practised by Israel in the occupied Palestinian territory, the pillars being: first, the demarcation of the population of South Africa into racial groups, with superior rights, privileges and services being accorded to one group; second, the segregation of the population into different geographic areas, which were allocated by law to different racial groups, and the restriction of passage by members of any group into the area allocated to other groups; and third, the imposition of a matrix of draconian ‘security’ laws and policies, employed to suppress any opposition to the regime and to reinforce the system of racial domination, by providing for administrative detention, torture, censorship, banning, and assassination (HSRC Democracy and Governance Programme, Middle East Project, *Occupation, Colonialism, Apartheid?: A re-assessment of Israel’s practices in the occupied Palestinian territories under international law* (June 2009), http://sro.sussex.ac.uk/id/eprint/43295/1/Occupation_Colonialism_Apartheid-FullStudy_copy.pdf).

¹⁴¹ General Assembly, Human Rights Council, *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, Michael Lynk, A/HRC/49/87 (12 August 2022), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G22/448/72/PDF/G2244872.pdf?OpenElement>, para. 41, 43.

¹⁴² UN OCHA, *Special Rapporteur on the situation of human rights in the Occupied Palestinian Territories: Israel has imposed upon Palestine an apartheid reality in a post-apartheid world* (25 March 2022), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/03/special-rapporteur-situation-human-rights-occupied-palestinian-territories>.

¹⁴³ General Assembly, Human Rights Council, *Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, Michael Lynk, A/HRC/49/87 (12 August 2022), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G22/448/72/PDF/G2244872.pdf?OpenElement>, paras. 38, 39, 50.

¹⁴⁴ UN OCHA, *Data on casualties*, <https://www.ochaopt.org/data/casualties>.

September 2023, Save the Children had already declared 2023 the deadliest year for Palestinian children in the West Bank since 2005 with at least 38 Palestinian children having been killed.¹⁴⁵ Since 7 October 2023, a further 295 Palestinians, including 77 children, have been killed by Israeli soldiers and settlers, and a further 3,803, including 576 children, wounded — many seriously.¹⁴⁶ A total of 495 Palestinians have been killed in total in the West Bank, making it “the deadliest year for Palestinians” since 2005.¹⁴⁷

37. In a wave of arbitrary mass arrests, Israel has detained more than 3,000 Palestinians from the West Bank and East Jerusalem, including for social media posts relating to the situation in Gaza.¹⁴⁸ Israel significantly increased the number of Palestinians held in administrative detention, without charge or trial, to 2070.¹⁴⁹ Thousands of Palestinians from Gaza working in Israel were also arbitrarily arrested and detained, with 3,200 being forcibly returned to Gaza on 3 November 2023 into intense full scale bombardments. Reports that the Palestinian labourers were mistreated on arrest and subjected to physical violence, abuse and humiliation are widespread.¹⁵⁰ Many Palestinian adult and child detainees from the West Bank released in exchange for Israeli hostages report also severe ill-treatment, serious beatings and other outrages to personal dignity since 7 October 2023 in particular, alongside restrictions on access to food, water, medical treatment, and electricity in Israeli detention.¹⁵¹ Six Palestinian detainees from the West Bank have died in Israeli custody since 7 October 2023, in particular.¹⁵² 19 Israeli prison guards were reportedly questioned for beating to death one of the prisoners, Tha’er Abu Asab, in Ketziot Prison.¹⁵³

38. Since 7 October 2023, Israeli forces have carried out airstrikes and military raids on refugee camps in the West Bank, killing many Palestinians, bulldozing roads, and imposing severe restrictions on movement.¹⁵⁴ There have been 236 attacks on ‘healthcare’ — including hospitals — in the West Bank, with Israeli forces detaining health staff and ambulances and preventing ambulances from

¹⁴⁵ Save the Children, *2023 marks deadliest year on record for children in the occupied West Bank* (18 September 2023), <https://www.savethechildren.net/news/2023-marks-deadliest-year-record-children-occupied-west-bank>.

¹⁴⁶ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77* (26 December 2023), <https://www.un.org/unispal/document/hostilities-in-the-gaza-strip-and-israel-unocha-flash-update-77/>.

¹⁴⁷ *Ibid.*

¹⁴⁸ UN OHCHR, *Press Release: Dramatic rise in detention of Palestinians across occupied West Bank* (1 December 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/un-human-rights-office-opt-dramatic-rise-detention-palestinians-across-occupied-west-bank>; Tahani Mustafa, “With All Eyes on Gaza, Israel Tightens Its Grip on the West Bank”, *Crisis Group* (24 November 2023), <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/east-mediterranean-mena/israelpalestine/all-eyes-gaza-israel-tightens-its>.

¹⁴⁹ Amnesty International, “*Israel/OPT: Horrifying cases of torture and degrading treatment of Palestinian detainees amid spike in arbitrary arrests*”, (8 November 2023), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/11/israel-opt-horrifying-cases-of-torture-and-degrading-treatment-of-palestinian-detainees-amid-spike-in-arbitrary-arrests/>.

¹⁵⁰ “Gaza workers expelled from Israel accuse Israeli authorities of abuse, including beatings”, *CNN* (9 November 2023), <https://edition.cnn.com/2023/11/06/middleeast/gaza-workers-allege-abuse/index.html>; Bethan McKernan and Rory Carroll, “Israel departs thousands of stranded Palestinian workers back to Gaza”, *The Guardian* (3 November 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/nov/03/israel-departs-thousands-of-stranded-palestinian-workers-back-to-gaza>; Gisha, “Israeli cabinet decision to return Gaza workers to the Strip” (3 November 2023), <https://gisha.org/en/israeli-cabinet-decision-to-return-gaza-workers-to-the-strip/>; Amnesty International, “*Israel/OPT: Horrifying cases of torture and degrading treatment of Palestinian detainees amid spike in arbitrary arrests*” (8 November 2023), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/11/israel-opt-horrifying-cases-of-torture-and-degrading-treatment-of-palestinian-detainees-amid-spike-in-arbitrary-arrests/>.

¹⁵¹ UN OHCHR, *Press Release: Dramatic rise in detention of Palestinians across occupied West Bank* (1 December 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/un-human-rights-office-opt-dramatic-rise-detention-palestinians-across-occupied-west-bank>.

¹⁵² *Ibid.*

¹⁵³ “Israel probes death of Palestinian prisoners by 19 prison guards – report”, *The Jerusalem Post* (21 December 2023), <https://www.jpost.com/israel-news/article-778924>.

¹⁵⁴ UN OHCHR, *Gaza: UN experts call on international community to prevent genocide against the Palestinian people* (16 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against>.

accessing the wounded.¹⁵⁵ Armed Israeli settler attacks on Palestinians — overtly supported by Israeli politicians — have also escalated dramatically.¹⁵⁶ Settlers — often accompanied by Israeli soldiers — have killed at least eight Palestinians and injured at least 85 others, instilling terror among Palestinians, especially farming communities, and damaging property.¹⁵⁷ 2,186 Palestinians in the West Bank, including 1,058 children, have been internally displaced since 7 October 2023 as a result of extreme Israeli settler violence, alongside punitive or administrative house demolitions carried out by the Israeli army and damage caused to homes during Israeli military raids and operations.¹⁵⁸ The Prosecutor of the International Criminal Court indicated in December 2023 that he was “accelerating investigations” into Israeli settler attacks in the West Bank.¹⁵⁹

39. Israel’s actions in the West Bank since 7 October 2023 — including its support for and failure to prevent or punish Israeli settlers for incitement and violence against Palestinians and Palestinian property, including the driving out of vulnerable Palestinian communities from their lands — are intrinsically connected to Israel’s actions in Gaza, and provide at the very least important context to Israel’s violations of the Genocide Convention.

3. *The attacks in Israel of 7 October 2023*

40. Israel’s military assault in Gaza and its heightened military campaign in the West Bank were launched in response to an attack in Israel on 7 October 2023 (dubbed ‘Operation Al Aqsa Flood’) by two Palestinian armed groups – the military wing of Hamas (the ‘Izz ad-Din al-Qassam Brigades’) and Palestinian Islamic Jihad. The groups launched a large barrage of rockets towards Israel, breached the Israeli fence besieging Gaza, and attacked Israeli military bases and civilian towns, as well as a music festival attended by thousands of young people, in circumstances being investigated by the Prosecutor of the ICC.¹⁶⁰ South Africa unequivocally condemns the targeting of Israeli and foreign national civilians by Hamas and other Palestinian armed groups and the taking of hostages on 7 October 2023, as expressly recorded in its Note Verbale to Israel of 21 December 2023.

41. Since 7 October 2023, over 1,200 Israelis and foreign nationals have been killed in Israel, according to figures provided by the Israeli authorities, including 36 children, the vast majority on 7 October 2023 itself.¹⁶¹ Approximately 240 civilians — including elderly people, women and children — and Israeli soldiers were taken as hostages into Gaza. Only 110 of them have been released to date in exchange for 240 Palestinians — including elderly people, women and children — imprisoned or

¹⁵⁵ World Health Organisation, *oPt Emergency Situation Update Issue 16* (7 December 2023), https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/oPt_Emergency_Situation_Update_-_DEC7b.pdf.

¹⁵⁶ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #72* (18 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-72>.

¹⁵⁷ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77* (26 December 2023), <https://www.un.org/unispal/document/hostilities-in-the-gaza-strip-and-israel-unocha-flash-update-77/>.

¹⁵⁸ *Ibid.*

¹⁵⁹ International Criminal Court, *Statement of ICC Prosecutor Karim A. A. Khan KC from Ramallah on the situation in the State of Palestine and Israel* (6 December 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-khan-kc-ramallah-situation-state-palestine-and-israel>.

¹⁶⁰ International Criminal Court (“ICC”), *Statement of the Prosecutor of the International Criminal Court, Karim A.A. Khan KC, on the Situation in the State of Palestine: receipt of a referral from five States Parties* (17 November 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/statement-prosecutor-international-criminal-court-karim-aa-khan-kc-situation-state-palestine-icc>; *Statement of ICC Prosecutor Karim A. A. Khan KC from Cairo on the situation in the State of Palestine and Israel* (30 October 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-khan-kc-cairo-situation-state-palestine-and-israel>.

¹⁶¹ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #72* (20 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-72>; and UNOCHA relies on information provided to it by the Israeli authorities.

‘administratively detained’ by Israel.¹⁶² 57 hostages are reported to have been killed in Israeli bombardments of Gaza; a further three hostages are confirmed to have been shot dead by Israeli soldiers in Gaza.¹⁶³ Rockets continue to be fired from Gaza into Israeli territory, leading to the ongoing evacuation of tens of thousands of Israelis, particularly from communities bordering the security fences with Gaza and Lebanon.¹⁶⁴ The ICC Prosecutor has warned that hostage-taking “represents a grave breach to the Geneva Conventions” and the taking and holding of children is an “egregious breach of fundamental principles of humanity”.¹⁶⁵ United Nations General Assembly Resolutions ES-10/21 and ES-10/22 (2023) condemn acts of violence aimed at Israeli civilians and call for the release of all civilians who are being illegally held captive.¹⁶⁶ United Nations Security Council Resolution 2712 (2023) also calls for “the immediate and unconditional release of all hostages held by Hamas and other groups”.¹⁶⁷

42. In response to the attacks of 7 October 2023, Israel vowed to “crush and eliminate” Hamas, and “to clear out the hostile forces that infiltrated our territory and restore the security”.¹⁶⁸ On 7 October 2023, the Israeli Prime Minister declared that “the IDF will immediately use all its strength to destroy Hamas's capabilities. We will destroy them and we will forcefully avenge this dark day that they have forced on the State of Israel and its citizens”.¹⁶⁹ On 9 October 2023, the Prime Minister announced that “Israel is at war”.¹⁷⁰ Both he and the Israeli President have invoked ‘the right of self-defence’ as justification for Israel’s ongoing military activities in Gaza.¹⁷¹ The escalation in hostilities between Israel and Hamas, dubbed the ‘Swords of Iron War’ by Israel, has been referred to in international Western media and commentary as the ‘Israel-Hamas War’.¹⁷²

¹⁶² Israel Ministry of Foreign Affairs, Statement by PM Netanyahu (16 December 2023), <https://www.gov.il/en/departments/news/statement-by-pm-netanyahu-16-dec-2023>.

¹⁶³ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #33* (8 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-33>. UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #70* (15 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-70>.

¹⁶⁴ “About 200,000 Israelis internally displaced amid ongoing Gaza war, tensions in north”, *The Times of Israel* (22 October 2023), <https://www.timesofisrael.com/about-200000-israelis-internally-displaced-amid-ongoing-gaza-war-tensions-in-north/>.

¹⁶⁵ International Criminal Court, “Statement of ICC Prosecutor Karim A. A. Khan KC from Cairo on the situation in the State of Palestine and Israel” (30 October 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-khan-kc-cairo-situation-state-palestine-and-israel>; International Criminal Court “ICC Prosecutor, Karim A. A. Khan KC, concludes first visit to Israel and State of Palestine by an ICC Prosecutor: “We must show that the law is there, on the front lines, and that it is capable of protecting all” (3 December 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/icc-prosecutor-karim-khan-kc-concludes-first-visit-israel-and-state-palestine-icc-prosecutor>.

¹⁶⁶ General Assembly resolution ES10/21, Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations, A/RES/ES-10/21 (27 October 2023); General Assembly resolution ES-10/22, Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations, A/RES/ES-10/22 (12 December 2023).

¹⁶⁷ Security Council resolution 2712, The situation in the Middle East, including the Palestinian Question, S/RES/2712 (15 November 2023), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N23/359/02/PDF/N2335902.pdf?OpenElement>.

¹⁶⁸ Address by the Prime Minister of Israel, 11 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=Jb1krYLPZLI>; Statement of the Prime Minister of Israel, 7 October 2023, <https://twitter.com/IsraeliPM/status/1710627409634922912>.

¹⁶⁹ Statement of the Prime Minister of Israel, 7 October 2023, <https://www.gov.il/en/departments/news/event-statement071023>.

¹⁷⁰ Statement of the Prime Minister of Israel, 9 October 2023, <https://www.gov.il/en/departments/news/event-statement091023>.

¹⁷¹ See e.g., Prime Minister of Israel, @IsraeliPM, Tweet (1:49 pm, November 6, 2023), <https://twitter.com/IsraeliPM/status/1721525305393766829>;

Ministry of Foreign Affairs Israel, *President Herzog meets with Cypriot President Nikos Christodoulides* (21 October 2023), <https://www.gov.il/en/departments/news/president-herzog-meets-with-cypriot-president-nikos-christodoulides-21-oct-2023>;

Ministry of Foreign Affairs Israel, *President Herzog meets with UK Prime Minister Rishi Sunak* (19 October 2023), <https://www.gov.il/en/departments/news/president-herzog-meets-with-uk-prime-minister-rishi-sunak-19-oct-2023>.

¹⁷² Ministry of Foreign Affairs, “Swords of Iron: War in the South – Hamas’ Attack on Israel”, (18 December 2023), <https://www.gov.il/en/departments/news/swords-of-iron-war-in-the-south-7-oct-2023>.

C. Genocidal Acts Committed against the Palestinian People

43. This section provides an overview of the acts in which Israel has engaged that are genocidal in character, having regard to their nature, scope and context. These acts are ongoing, and ongoing in a conflict context, where Israel is deliberately imposing telecommunications blackouts on Gaza and restricting access by fact-finding bodies¹⁷³ and the international media.¹⁷⁴ At the same time Palestinian journalists are being killed at a rate significantly higher than has occurred in any conflict in the past 100 years. In the two months since 7 October 2023, the number of journalists killed already exceeded that of the entirety of World War II.¹⁷⁵ Further detail will be provided regarding these acts over the course of these proceedings. However, such information as is available establishes that Israel: (1) is engaged in killing Palestinians in Gaza — including Palestinian children — in large numbers; (2) is causing serious bodily and mental harm to Palestinians in Gaza, including Palestinian children; and is inflicting on them conditions of life intended to bring about their destruction as a group. Those conditions include: (3) expulsions from homes and mass displacement, alongside the large-scale destruction of homes and residential areas; (4) deprivation of access to adequate food and water; (4) deprivation of access to adequate medical care; (5) deprivation of access to adequate shelter, clothes, hygiene and sanitation; and (6) the destruction of the life of the Palestinian people in Gaza; and (7) imposing measures intended to prevent Palestinian births.

44. United Nations chiefs and the International Committee of the Red Cross (‘ICRC’) — no strangers to conflict situations — have called what is unfolding in Gaza a “crisis of humanity”.¹⁷⁶ “Humanitarian veterans who have served in war zones and disasters around the world — people who have seen everything — [say] they have seen nothing like what they see today in Gaza” (United Nations

¹⁷³ There is a long-standing practice of Israel restricting access to the oPt, alongside expelling and/or denying visas to UN staff, Special Rapporteurs and fact-finding teams, including UN commissions of inquiry: see, e.g., United Nations, General Assembly, Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel, A/78/198 (5 September 2023), para. 4, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N23/260/71/PDF/N2326071.pdf?OpenElement>; UN OCHA, *Bachelet deplores Israel’s failure to grant visas for UN Human Rights staff in the occupied Palestinian territory* (30 August 2022), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/08/bachelet-deplores-israels-failure-grant-visas-un-human-rights-staff-occupied>; UN OHCHR, *Occupied Palestinian Territory: UN human rights expert says Israel bent on further annexation* (12 July 2019), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2019/07/occupied-palestinian-territory-un-human-rights-expert-says-israel-bent>; United Nations, General Assembly, Report of the independent commission of inquiry established pursuant to Human Rights Council resolution S-21/, A/HRC/29/52 (24 June 2015), para. 3, <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/co-i-gaza-conflict/report-co-i-gaza#report>; United Nations Human Rights Council, Report of the independent international commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory, A/HRC/40/74 (27 February 2019), para. 3, https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/HRBodies/HRCouncil/CoIOPT/A_HRC_40_74.pdf; Rebekah Yeager-Malkin, Israel will not renew visa of one UN employee, denies visa for another citing UN response to Hamas attacks”, *Jurist* (26 December 2023), <https://www.jurist.org/news/2023/12/israel-will-not-renew-the-visa-of-one-un-employee-denies-the-visa-of-another/>.

¹⁷⁴ To date, only correspondents embedded with and subject to the censorship of the Israeli army have been permitted entry; see, e.g., “Foreign correspondents petition Israel Supreme Court for Gaza access”, *Reuters* (19 December 2023), <https://www.reuters.com/world/middle-east/foreign-correspondents-petition-israel-supreme-court-gaza-access-2023-12-19/>.

¹⁷⁵ IFJ, *Ninety-four journalists killed in 2023, says IFJ* (8 December 2023), <https://www.ifj.org/media-centre/news/detail/category/press-releases/article/ninety-four-journalists-killed-in-2023-says-ifj>; “How deadly is the Israel-Gaza war for journalists?”, *AlJazeera* (9 November 2023), <https://www.aljazeera.com/news/2023/11/9/how-deadly-is-the-israel-gaza-war-for-journalists>.

¹⁷⁶ United Nations, *Press Conference by Secretary-General António Guterres at United Nations Headquarters* (6 November 2023), <https://press.un.org/en/2023/sgsm22021.doc.htm>; “UN chief says Gaza ‘crisis of humanity’ demands immediate ceasefire”, *The Times of Israel* (6 November 2023), https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/un-chief-says-gaza-crisis-of-humanity-demands-immediate-ceasefire/.

Secretary-General).¹⁷⁷ This is “a moral failure” causing “intolerable suffering” (ICRC President).¹⁷⁸ “This is an apocalyptic situation now, because these are the remnants of a nation being driven into a pocket in the south” (Under-Secretary-General for Humanitarian Affairs and Emergency Relief Coordinator at the United Nations).¹⁷⁹ They describe Palestinians in Gaza as “living in utter, deepening horror” as they “continue to be relentlessly bombarded by Israel... suffering death, siege, destruction and deprivation of the most essential human needs such as food, water, lifesaving medical supplies and other essentials on a massive scale”; it is “apocalyptic” (United Nations High Commissioner for Human Rights).¹⁸⁰ “An entire population is besieged and under attack, denied access to the essentials for survival, bombed in their homes, shelters, hospitals and places of worship” (Principals of the United Nations Inter-Agency Standing Committee).¹⁸¹ Gaza is “the most dangerous place in the world to be a child” (United Nations International Children’s Emergency Fund (UNICEF) Executive Director).¹⁸² “It is a “living hell”, it is “a war of all the superlative, everything is unprecedented” and “[w]e are out of words to describe what is going on” (UNRWA Commissioner-General).¹⁸³

1. Killing Palestinians in Gaza

45. Over 21,110 Palestinians are reported to have been killed since Israel began its military assault on Gaza, according to the Palestinian Health Ministry, at least 70 per cent of whom are believed to be women and children.¹⁸⁴ An additional estimated 7,780 people, including at least 4,700 women and

¹⁷⁷ UN, *Press Conference by Secretary-General António Guterres at United Nations Headquarters* (22 December 2023), <https://press.un.org/en/2023/sgsm22095.doc.htm>.

¹⁷⁸ ICRC, *Gaza: ICRC president calls for the protection of civilians in the face of “moral failure”* (4 December 2023), <https://www.icrcnewsroom.org/story/en/2075/gaza-icrc-president-calls-for-the-protection-of-civilians-in-the-face-of-moral-failure>; ICRC, *Israel and the occupied territories: President of the ICRC arrives in Gaza, calls for the protection of civilians* (4 December 2023), <https://www.icrc.org/en/document/israel-and-occupied-territories-president-icrc-arrives-gaza>.

¹⁷⁹ Julian Borger, “‘Apocalyptic’ conditions in southern Gaza blocking aid, top UN official says”, *The Guardian* (5 December 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/dec/05/un-martin-griffiths-idf-campaign-southern-gaza-apocalyptic-conditions>; Interview with UN Relief Chief Martin Griffiths on CNN, 22 November 2023, at Christiane Amanpour, @amanpour, Tweet (3:08 pm, November 22, 2023), <https://twitter.com/amanpour/status/1727343309486542926>.

¹⁸⁰ UN OHCHR, *Opening statement by UN High Commissioner for Human Rights Volker Türk at press conference ahead of Human Rights Day* (6 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/statements-and-speeches/2023/12/opening-statement-un-high-commissioner-human-rights-volker-turk>.

¹⁸¹ UN IASC, *Statement by Principals of the Inter-Agency Standing Committee, on the situation in Israel and the Occupied Palestinian Territory, “We need an immediate humanitarian ceasefire”* (5 November 2023), <https://interagencystandingcommittee.org/about-inter-agency-standing-committee/statement-principals-inter-agency-standing-committee-situation-israel-and-occupied-palestinian>.

¹⁸² UNICEF, *Statement by UNICEF Executive Director Catherine Russell on the Resumption of Fighting in Gaza* (1 December 2023), <https://www.unicef.org/uk/press-releases/statement-by-unicef-executive-director-catherine-russell-on-the-resumption-of-fighting-in-gaza/>.

¹⁸³ UNRWA, *Remarks of UNRWA Commissioner-General Philippe Lazzarini at the Global Refugee Forum* (13 December 2023), <https://www.unrwa.org/newsroom/official-statements/statement-unrwa-commissioner-general-philippe-lazzarini-global-refugee>; UNRWA, @UNRWA, Tweet (2:46 pm, December 12, 2023), <https://twitter.com/UNRWA/status/1734585541591486755>.

¹⁸⁴ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 82* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>.

For a list of those killed before 27 October 2023, see: Ministry of Health, Palestine, *Detailed report for the victims of the Israeli aggression on the Gaza Strip during the period (7-26 October 2023)* (26 October 2023),

<https://web.archive.org/web/20231026174513/https://www.moh.gov.ps/portal/wp-content/uploads/2023/10/تقرير-نهائي-باسماء-الشهداء-1.pdf>. Due to the ongoing bombardment, the UN is currently relying on numbers provided by the Gaza Ministry of Health. UN officials see no reason to doubt the figures, which have not been inflated in the past, and which recent studies demonstrate are not now being inflated, see e.g., Adam Taylor, “More than 20,000 dead in Gaza, a historic human toll”, *Washington Post* (22 December 2023), <https://www.washingtonpost.com/world/2023/12/22/gaza-israel-war-20000-dead/>; and Benjamin Q Hunyh, Elizabeth T Chin, Paul B Spiegel, “No evidence of inflated mortality reporting from the Gaza Ministry of Health”, *The Lancet* (6 December 2023), [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(23\)02713-7/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)02713-7/fulltext). There may in fact be underreporting, as those whose bodies are not brought to a hospital or morgue are not routinely included in the casualty numbers. In circumstances where so many hospitals have ceased

children, are reported missing, presumed dead under the rubble of destroyed buildings — dying slow deaths — or decomposing in the streets where they were killed.¹⁸⁵ Israel’s blockade of adequate fuel imports, its destruction of infrastructure and the communication blackouts it imposes severely hamper rescue attempts. As of 8 December 2023, only one rescue vehicle was reportedly operational in the whole of Gaza, with survivors forced to try to dig for survivors with their bare hands.¹⁸⁶ The level of Israel’s killing is so extensive that bodies are being buried in mass graves, often unidentified.¹⁸⁷

46. “Nowhere is safe in Gaza”, as the United Nations Secretary-General — and many other United Nations experts — have now made clear to the international community.¹⁸⁸ Palestinians in Gaza have been killed in their homes, in places where they sought shelter, in hospitals, in UNWRA schools, in churches, in mosques, and as they tried to find food and water for their families. They have been killed if they failed to evacuate, in the places to which they fled, and even while they attempted to flee along Israeli declared “safe routes”.¹⁸⁹ Reports are multiplying of Israeli soldiers performing summary executions, including of multiple members of the same family — men, women and older people.¹⁹⁰ One such account is the reported execution in Gaza City of at least 11 male members of the Annan family and their relatives — boys and men, said to have been separated out by Israeli soldiers and shot in front of their family — before the women and children were then attacked.¹⁹¹ There are also reports of unarmed people — including Israeli hostages — being shot dead on sight, despite posing no threat, including while waving white flags.¹⁹² Attacks on Palestinian homes and residential blocks account for

functioning, where Palestinians are unable to reach them — and indeed, as there are repeated reports of people having to resort to burying bodies on the street where they find them, the underreporting could be significant. At present, approximately 7,780 people are missing, presumed dead, but not yet included in the official statistics, Zeina Jamaludine, Francesco Checchi, Oona M R Campbell, “Excess mortality in Gaza: 7-26, 2023”, *The Lancet* (26 November 2023), [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(23\)02640-5/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)02640-5/fulltext).

¹⁸⁵ Red Crescent Society, *Palestine Red Crescent Society Response Report As of Saturday, October 7th 2023, 6:00 PM Until Sunday, December 24th 2023, 24:00 AM* (24 December 2023), p.1,

<https://www.palestinercs.org/public/files/image/2023/News/latestresponse23012023/en%2022%202023.pdf>.

¹⁸⁶ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #63* (8 December 2023),

<https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-63>; and Wafaa Shurafa and Samy Magdy, “Thousands of bodies lie buried in rubble in Gaza. Families dig to retrieve them, often by hand”, *AP* (17 November 2023), <https://apnews.com/article/israel-palestinians-gaza-buried-rubble-airstrikes-89c0e8d0934d573d94d2fbfeba44d933>.

¹⁸⁷ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #48* (23 November 2023),

<https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-48-enarhe>.

¹⁸⁸ Letter by the Secretary-General to the President of Security Council invoking Article 99 of the United Nations Charter, (6 December 2023), https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg_letter_of_6_december_gaza.pdf; UNICEF, *A dystopic scene that seemed to stretch on endlessly* (November 2023), <https://www.unicef.org.uk/what-we-do/emergencies/no-safety-for-children-in-gaza/#:~:text=%E2%80%9CUnless%20those%20conditions%20are%20met,need%20a%20humanitarian%20ceasefire%20now.%E2%80%9D:> ICRC, *Israel and the occupied territories: Deescalate now to prevent further human suffering* (28 October 2023), <https://www.icrc.org/en/document/israel-and-occupied-territories-deescalate-now-prevent-further-human-suffering>.

¹⁸⁹ UN OHCHR, *UN Human Rights has “grave fears” about toll on civilians in Gaza* (17 October 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-briefing-notes/2023/10/un-human-rights-has-grave-fears-about-toll-civilians-gaza>; “Gaza civilians afraid to leave home after bombing of ‘safe routes’”, *The Guardian* (15 October 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/oct/14/gaza-civilians-afraid-to-leave-home-after-bombing-of-safe-routes>; ICRC, *The ICRC urges protection for Gaza civilians evacuating and staying behind* (13 November 2023), <https://blogs.icrc.org/ir/en/2023/11/the-icrc-urges-protection-for-gaza-civilians-evacuating-and-staying-behind/>.

¹⁹⁰ UN, *The Question of Palestine, Unlawful Killings in Gaza* (20 December 2023), <https://www.un.org/unispal/document/unlawful-killings-in-gaza-city-ohchr-press-release/>. Euro-Med Human Rights Monitor, *Euro-Med Monitor sends UN rapporteurs, ICC Prosecutor primary report documenting dozens of field execution cases in Gaza* (25 December 2023), <https://euromedmonitor.org/en/article/6058>.

¹⁹¹ UN, *The Question of Palestine, Unlawful Killings in Gaza* (20 December 2023), <https://www.un.org/unispal/document/unlawful-killings-in-gaza-city-ohchr-press-release/>.

¹⁹² UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #70* (15 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-70>; “Israeli soldiers kill hostages waving white flag after mistaking them for Hamas fighters”, *Financial Times* (17 December 2023), <https://www.ft.com/content/2e299603-2fed-4855-9694-9801008c48dc>.

a significant number of the dead,¹⁹³ with Israel reportedly using Artificial Intelligence (‘AI’) to generate up to 100 bombing targets per day.¹⁹⁴

47. Israel is said to be dropping ‘dumb’ (*i.e.*, unguided) bombs on Gaza,¹⁹⁵ as well as heavy bombs weighing up to 2,000 lbs (900 kgs),¹⁹⁶ which have a predicted lethal radius “of up to 360m”, and are “expected to cause severe injury and damage as far as 800 metres from the point of impact”.¹⁹⁷ This weaponry is being deployed in one of the most densely populated areas in the world, where approximately one in every 100 people has now been killed. Some Israeli strikes on Palestinian homes and refugee camps have killed upwards of 110 Palestinians.¹⁹⁸ An estimated 1,779 Palestinian families in Gaza have lost multiple family members, and hundreds of multigenerational families have been killed in their entirety, with no remaining survivors — mothers, fathers, children, siblings, grandparents, aunts, cousins — often all killed together.¹⁹⁹ By 7 November 2023, 312 Palestinian families in Gaza had lost over 10 members each.²⁰⁰ Numerous Palestinian families have lost upwards of 70 members each.²⁰¹ The level of mortality in Palestinian families is such that medics in Gaza have had to coin a new acronym: ‘WCNSF’, meaning ‘wounded child, no surviving family’.²⁰²

¹⁹³ UN OCHA *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #72* (18 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-72>.

¹⁹⁴ Yuval Abraham, “A mass assassination factory’: Inside Israel’s calculated bombing of Gaza”, *+972 Magazine* (30 November 2023), <https://www.972mag.com/mass-assassination-factory-israel-calculated-bombing-gaza/>; and Harry Davies, Bethan McKernan and Dan Sabbagh, “‘The Gospel’: how Israel uses AI to select bombing targets in Gaza”, *The Guardian* (1 December 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/dec/01/the-gospel-how-israel-uses-ai-to-select-bombing-targets>.

¹⁹⁵ Office of the Director of National Intelligence assessment, reported by Natasha Bertrand and Kattie Bo Lillis, “Exclusive: Nearly half of the Israeli munitions dropped on Gaza are imprecise ‘dumb bombs,’ US intelligence assessment finds”, *CNN* (13 December 2023), <https://edition.cnn.com/2023/12/13/politics/intelligence-assessment-dumb-bombs-israel-gaza/index.html>; and John Paul Rathbone, “Military briefing: the Israeli bombs raining on Gaza”, *Financial Times* (6 December 2023), <https://www.ft.com/content/7b407c2e-8149-4d83-be01-72dcae8aee7b>.

¹⁹⁶ Amnesty International, *Israel/OPT: US-made munitions killed 43 civilians in two documented Israeli air strikes in Gaza – new investigation* (5 December 2023), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/12/israel-opt-us-made-munitions-killed-43-civilians-in-two-documented-israeli-air-strikes-in-gaza-new-investigation/>.

¹⁹⁷ Action on Armed Violence (AOAV), *Explosive weapons with large destructive radius: air-dropped bombs (the Mark 80 series and Paveway attachments)* (1 March 2016), <https://aoav.org.uk/2016/large-destructive-radius-air-dropped-bombs-the-mark-80-series-and-paveway-attachments/>; see also: Robin Stein, Haley Willis, Ishaan Jhaveri, Danielle Miller, Aaron Byrd and Natalie Reneau, “A Times Investigation Tracked Israel’s Use of One of Its Most Destructive Bombs in South Gaza”, *New York Times* (21 December 2023), <https://www.nytimes.com/2023/12/21/world/middleeast/israel-gaza-bomb-investigation.html>.

¹⁹⁸ David Gritten, “Gaza health ministry says Israeli strikes kill 110 in Jabalia”, *BBC News* (18 December 2023), <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67749557>.

¹⁹⁹ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 78* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-78>; Amnesty International, *Damning evidence of war crimes as Israeli attacks wipe out entire families in Gaza*, (20 October 2023), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/10/damning-evidence-of-war-crimes-as-israeli-attacks-wipe-out-entire-families-in-gaza/>; Child Rights Connect, *Child Rights Connect deplores the grave violations of children’s rights in Israel and the occupied Palestinian territory* (23 October 2023), <https://childrightsconnect.org/child-rights-connect-deplores-the-grave-violations-of-childrens-rights-in-israel-and-the-occupied-palestinian-territory/>.

²⁰⁰ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 32* (7 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-32>.

²⁰¹ See *e.g.*, UNDP, *Statement on the killing of UNDP staff member & family in Gaza* (22 December 2023), <https://www.undp.org/speeches/statement-killing-undp-staff-member-family-gaza>; “Palestinian-Americans speak out about family, friends killed in Israel-Hamas war”, *ABC Eyewitness News* (19 December 2023), <https://abc7ny.com/palestinian-american-gaza-war-victims/14202160/>.

²⁰² Save the Children, *Children’s Mental Health in Gaza Pushed Beyond Breaking Point After Nearly a Month Of Siege and Bombardment* (7 November 2023), <https://www.savethechildren.org.uk/news/media-centre/press-releases/childrens-mental-health-in-gaza-deteriorates-one-month-on->.

48. For Palestinian children, in particular, “[d]eath is everywhere” and “nowhere is safe”.²⁰³ A total of over 7,729 Palestinian children have been killed in Gaza to date — over 115 Palestinian children in Gaza are killed every day.²⁰⁴ It is estimated that more Palestinian children were killed in the first three weeks in Gaza alone (a total of 3,195) than the total number of children killed each year across the world’s conflict zones since 2019.²⁰⁵ The scale of Palestinian child killings in Gaza is such that United Nations chiefs have described it as “a graveyard for children”.²⁰⁶ Indeed, the unprecedented rate of Palestinian child casualties has prompted UNICEF’s spokesperson to call Israel’s attacks on Gaza a “war on children”. He explained:

“Most crises, they impact children terribly because children are the most vulnerable, but most have about a casualty rate of children of around 20 per cent. This is 40. This is twice as lethal to children as many conflicts we’ve seen in the last 15 or 20 years, and unfortunately that is because of the sheer density of population, the indiscriminate nature, and when we see that there’s been not even lip service to safe zones having water and sanitation for children and young girls. That same disregard for children is being shown in the bombardments. That’s why we see 40 per cent of casualties are children. That’s why it’s a war on children.”²⁰⁷

49. Doctors, journalists, teachers, academics and other professionals are also being killed at wholly unprecedented rates. To date, Israel has killed: over 311 doctors, nurses and other health workers, including doctors and ambulance drivers killed on duty;²⁰⁸ 103 journalists, amounting to over one per day,²⁰⁹ and more than 73 per cent of the total number of journalists and media workers killed globally in 2023;²¹⁰ 40 civil defence workers — responsible for helping to dig victims out of the rubble — killed while on duty; and over 209 teachers and educational staff.²¹¹ 144 United Nations employees have also been killed, the “highest number of aid workers killed in UN history in such a short time”.²¹² It is

²⁰³ UNICEF, *Press Release: The war on children resumes: Geneva Palais briefing note* (1 December 2023), <https://www.unicef.org/press-releases/war-children-resumes-geneva-palais-briefing-note>; James Elder (UNICEF Spokesperson), “Bearing witness: No safety for children in Gaza”, *UNICEF* (15 December 2023), <https://www.unicef.org/blog/bearing-witness-no-safety-children-gaza>.

²⁰⁴ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 73* (19 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-73>; UN, United Nations Türkiye, *Gaza crisis: Aid agencies warn of ‘tragic, avoidable surge’ in child deaths* (22 November 2023), <https://turkiye.un.org/en/253479-gaza-crisis-aid-agencies-warn-%E2%80%98tragic-avoidable-surge%E2%80%99-child-deaths>.

²⁰⁵ Save the Children, *Press Release: GAZA: 3,195 children killed in three weeks surpasses annual number of children killed in conflict zones since 2019* (29 October 2023), <https://www.savethechildren.net/news/gaza-3195-children-killed-three-weeks-surpasses-annual-number-children-killed-conflict-zones>.

²⁰⁶ UNICEF, *Gaza has become a graveyard for thousands of children* (31 October 2023), <https://www.unicef.org/press-releases/gaza-has-become-graveyard-thousands-children>.

²⁰⁷ Interview with James Elder, UNICEF Spokesperson by CNN, “CNN speaks to UNICEF about dire situation in Gaza”, *CNN* (15 December 2023), <https://edition.cnn.com/videos/world/2023/12/15/exp-unicef-gaza-james-elder-live-121402pseg1-cnni-world.cnn>.

²⁰⁸ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 82* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>; International Federation of Journalists, *Ninety-four journalists killed in 2023, says IFJ* (8 December 2023), <https://www.ifj.org/media-centre/news/detail/category/press-releases/article/ninety-four-journalists-killed-in-2023-says-ifj>.

²⁰⁹ *Ibid.*

²¹⁰ UN OHCHR, *Killings of journalists and their family members in Gaza – OHCHR press release* (14 December 2023), <https://www.un.org/unispal/document/killings-of-journalists-and-their-family-members-in-gaza-dec-14-2023/>.

²¹¹ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78* (27 December 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78#:~:text=According%20to%20Ministry%20of%20Education,teachers%20were%20injured%20in%20Gaza>.

²¹² UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 82* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>; UN News, *UN honours 101 staff killed in Gaza conflict* (13 November 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/11/1143512>.

estimated that “it will take years to recover the remains of people from beneath the rubble” and that “the costly, technical process will not result in the identification of each body”.²¹³

50. In addition to being killed by Israeli weaponry, Palestinians in Gaza are also at immediate risk of death by starvation, dehydration and disease as a result of the ongoing siege by Israel, the insufficient aid being allowed through to the Palestinian population, and the extreme difficulties in distributing such limited aid that is permitted to enter the territory due to the decimation of Gaza’s infrastructure in Israel’s military attacks.²¹⁴

2. *Causing Serious Bodily and Mental Harm to Palestinians in Gaza*

51. Over 55,243 Palestinians have been wounded in Israel’s military attacks on Gaza since 7 October 2023, the majority of them women and children.²¹⁵ Burns and amputations are typical injuries,²¹⁶ with an estimated 1,000 children having lost one or both legs.²¹⁷ There are reports of Israeli forces using white phosphorus in densely populated areas in Gaza: as the World Health Organization describes, even small amounts of white phosphorus can cause deep and severe burns, penetrating even through bone, and capable of reigniting after initial treatment.²¹⁸ There are no functioning hospitals in the North of Gaza, in particular, such that injured persons are reduced to “waiting to die”, unable to seek surgery or medical treatment beyond first aid, dying slow, agonising deaths from their injuries or from resultant infections.²¹⁹

52. The extreme levels of bombardment and lack of any safe areas are also causing severe mental trauma in the Palestinian population in Gaza.²²⁰ Even before the latest onslaught, Palestinians in Gaza suffered severe trauma from prior attacks: 80 per cent of Palestinian children experienced higher levels of emotional distress, demonstrating bedwetting (79 per cent) and reactive mutism (59 per cent), and engaging in self-harm (59 per cent), and suicidal thoughts (55 per cent).²²¹ Eleven weeks of relentless bombardment, displacement and loss will necessarily have led to a further increase in those figures, particularly for the estimated tens of thousands of Palestinian children who have lost at least one parent, and those who are the sole surviving members of their families.²²² For the families who remain intact

²¹³ Bassam Massou and Maggie Fick, “Gaza death toll: why counting the dead has become a daily struggle”, *Reuters* (21 December 2023), <https://www.reuters.com/world/middle-east/fight-keep-counting-dead-gaza-2023-12-21/>.

²¹⁴ UN News, *Gaza humanitarian disaster heralds ‘breakdown’ of society* (8 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144547>; UN News, *Gaza: Aid access to north entirely blocked as war escalates in the south* (4 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144302>.

²¹⁵ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>.

²¹⁶ WHO, *WHO leads very high-risk joint humanitarian mission to Al-Shifa Hospital in Gaza* (18 November 2023), <https://www.who.int/news/item/18-11-2023-who-leads-very-high-risk-joint-humanitarian-mission-to-al-shifa-hospital-in-gaza>.

²¹⁷ UN News, *‘Ten weeks of hell’ for children in Gaza: UNICEF* (19 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144927>.

²¹⁸ Amnesty International, *Israel/OPT identifying the Israeli army’s use of white phosphorus in Gaza* (13 October 2023), <https://amnesty.ca/human-rights-news/israel-opt-identifying-the-israeli-armys-use-of-white-phosphorus-in-gaza/>; WHO, *White Phosphorus* (20 October 2023), <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/white-phosphorus>.

²¹⁹ UN News, *UPDATED: Injured patients ‘waiting to die’ in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising ‘catastrophic’ hunger levels* (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>.

²²⁰ WHO, *Escalation of Violence in Israel and the occupied Palestinian territory* (13 November 2023), https://apps.who.int/gb/COVID-19/pdf_files/2023/13_11/Item1.pdf; UN United Nations Office at Geneva, *‘Nowhere and no one is safe’ in Gaza, WHO chief tells Security Council* (10 November 2023), <https://www.ungeneva.org/en/news-media/news/2023/11/87337/nowhere-and-no-one-safe-gaza-who-chief-tells-security-council>.

²²¹ Save the Children, *Trapped: The impact of 15 years of blockade on the mental health of Gaza’s children* (2022), https://resourcecentre.savethechildren.net/pdf/gaza_blockade_mental_health_palestinian_children_2022.pdf.

²²² Save the Children, *Children’s Mental Health in Gaza Pushed Beyond Breaking Point After Nearly a Month of Siege and Bombardment* (7 November 2023), <https://www.savethechildren.org.uk/news/media-centre/press-releases/childrens-mental>.

or partially intact, “it’s about doing everything you can so your child doesn’t realise that you’ve lost control”.²²³

53. It is already known that “[r]epeated exposure to conflict and violence, including witnessing and experiencing housing demolition, combined with Israel’s siege of Gaza since 2007” is “associated with high levels of psychological distress among Palestinians”.²²⁴ Indeed, the United Nations Security Council in Resolution 2712 (2023) expressed its “deep concern that the disruption of access to education has a dramatic impact on children, and that conflict has lifelong effects on their physical and mental health”.²²⁵ That disruption and its “dramatic impact” on children must be considered, in particular, in the context of the number of Palestinian students and educators who have been killed (4,037 and 209 respectively), and wounded (estimated at 7,259),²²⁶ and the number of Palestinian schools having been damaged or destroyed (352, or 74 per cent of the schools in the whole of Gaza).²²⁷ Medical professionals assess that “[t]he health effects on all Palestinian children, women, men, older people, people with disabilities, and people of marginalised identities are immense”.²²⁸ An Emergency Coordinator for Médecins sans Frontières interviewed on her return from five weeks in Gaza described:

“[I]t’s even worse in reality than it looks. It’s - the amount of suffering is just something... incomparable. It’s really unbearable. I’m speechless when I try and think of the future of this children. It’s generations of children who will be handicapped, who will be traumatized. The very children in our mental health program are telling us that they would rather die than continue living in Gaza now.”²²⁹

54. Alongside its military campaign, Israel has engaged in the dehumanisation, and cruel, inhuman and degrading treatment of members Palestinians in Gaza. Large numbers of Palestinian civilians, including children, have reportedly been arrested, blindfolded, forced to undress and remain outside in the cold weather, before being forced on to trucks and taken to unknown locations.²³⁰ Medics and first responders, in particular, have been repeatedly detained by Israeli forces, with many being detained incommunicado at unknown locations.²³¹ Videos published by Israeli media on Christmas Day appeared

health-in-gaza-deteriorates-one-month-on-; Maram Humaid, “‘War is stupid and I want it to end’: Injured Palestinian children speak”, *Al Jazeera* (15 December 2023), <https://www.aljazeera.com/news/2023/12/15/war-is-stupid-and-i-want-it-to-end-injured-palestinian-children-say#:~:text=At%20least%2024%2C000%20children%20have,with%20some%20in%20critical%20condition..>

²²³ UNICEF spokesperson, quoted in: Nedal Samir Hamdouna, Aseel Mousa and Julian Borger, “The plight of ‘WCNSFs’ – wounded child, no surviving family”, *The Guardian* (22 December 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/dec/22/the-plight-of-gazas-wcnsfs-wounded-child-no-surviving-family>.

²²⁴ Alix Faddoul, Geordan Shannon, Khudejha Ashgar, Yamina Boukari, James Smith and Amy Neilson, “The health dimensions of violence in Palestine: a call to prevent genocide”, *The Lancet* (18 December 2023), [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(23\)02751-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)02751-4/fulltext).

²²⁵ Security Council resolution 2712, The situation in the Middle East, including the Palestinian Question, S/RES/2712 (15 November 2023), [https://undocs.org/S/RES/2712\(2023\)](https://undocs.org/S/RES/2712(2023)).

²²⁶ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>.

²²⁷ *Ibid.*

²²⁸ Alix Faddoul, Geordan Shannon, Khudejha Ashgar, Yamina Boukari, James Smith and Amy Neilson, “The health dimensions of violence in Palestine: a call to prevent genocide”, *The Lancet* (18 December 2023), [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(23\)02751-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)02751-4/fulltext).

²²⁹ Aya Batrawy, “An aid worker describes the ‘unbearable’ suffering of wounded children in Gaza”, *NPR* (26 December 2023), <https://www.npr.org/2023/12/26/1221743518/an-aid-worker-describes-the-unbearable-suffering-of-wounded-children-in-gaza#:~:text=Palestinian%20health%20officials%20say%20in,trying%20to%20care%20for%20children>.

²³⁰ UN OHCHR, *OHCHR is alarmed at Israeli strikes on or in the vicinities of schools and hospitals in the north of Gaza* (9 December 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/un-human-rights-office-ohchr-alarmed-israeli-strikes-or-vicinities-schools-and-hospitals-north-gaza>.

²³¹ WHO, *WHO calls for protection of humanitarian space in Gaza following serious incidents in high-risk mission to transfer patients, deliver health supplies* (12 December 2023), <https://www.who.int/news/item/12-12-2023-who-calls-for>

to show hundreds of Palestinians, rounded up inside Al Yarmouk football stadium in Gaza City, “including children, older people and persons with disabilities, being forced to strip to their underwear in degrading conditions”.²³² Many Palestinian detainees who have been released report having been subjected to torture and ill-treatment, including the deprivation of food, water, shelter and access to toilets;²³³ the United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (‘OCHA’) reports “video footage showing bruises and burns on the ... bodies” of detainees.²³⁴ Images of mutilated and burned corpses — alongside videos of armed attacks by Israeli soldiers — billed as ‘exclusive content from the Gaza Strip’, are reportedly circulated in Israel via a social media ‘Telegram’ channel called ‘72 Virgins - Uncensored’.²³⁵

3. *Mass expulsion from homes and displacement of Palestinians in Gaza*

55. It is estimated that over 1.9 million Palestinians out of Gaza’s population of 2.3 million people — approximately 85 per cent of the population — have been forced from their homes.²³⁶ There is nowhere safe for them to flee to, those who cannot leave or refuse to be displaced have been killed or are at extreme risk of being killed in their homes.

56. Israel is repeatedly issuing ‘evacuation orders’ demanding that Palestinian civilians in certain areas of Gaza leave their homes for other areas. The first such order, issued on 13 October 2023 demanded that the 1.1 million Palestinians living or otherwise present in the North of Gaza, including Gaza City, move to the South of Gaza within a 24-hour window.²³⁷ The International Committee of the Red Cross warned that the evacuation directive, impacting approximately 36 per cent of Gaza’s territory — combined with the complete siege of Gaza — was not compatible with international humanitarian law.²³⁸ The World Health Organization warned that it “could be tantamount to a death sentence” for hospital patients.²³⁹ The evacuation was, however, maintained and has been reissued on a number of occasions, including on 28 October 2023,²⁴⁰ ahead of the Israeli announcement of ground operations in

protection-of-humanitarian-space-in-gaza-following-serious-incidents-in-high-risk-mission-to-transfer-patients--deliver-health-supplies; “Gaza healthcare workers ‘taken’ by Israeli forces, says doctor, amid ‘horrendous conditions’ at hospitals”, CNN (13 December 2023), <https://edition.cnn.com/2023/12/13/middleeast/gaza-kamal-adwan-hospital-doctors-idf-intl/index.html>.

²³² UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77* (26 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-77>; Quds News Network, @QudsNen, Tweet (4:02 pm, December 25, 2023), <https://twitter.com/QudsNen/status/1739315746163859606>.

²³³ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #69* (14 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-69>; UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77* (26 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-77>.

²³⁴ *Ibid.*

²³⁵ See e.g., Yaniv Kubovich, “Graphic Videos and Incitement: How the IDF Is Misleading Israelis on Telegram”, *Haaretz*, (12 December 2023), <https://www.haaretz.com/israel-news/security-aviation/2023-12-12/ty-article/.premium/graphic-videos-and-incitement-how-the-idf-is-misleading-israelis-on-telegram/0000018c-5ab5-df2f-adac-febd01c30000>.

²³⁶ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel – reported impact | Day #82* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>.

²³⁷ Israeli Defence Forces, @IDF, Tweet (6:50am, October 13, 2023), <https://twitter.com/IDF/status/1712707301369434398>; UN OHCHR, *Israel must rescind evacuation order for northern Gaza and comply with international law: UN expert* (13 October 2023) <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/10/israel-must-rescind-evacuation-order-northern-gaza-and-comply-international>.

²³⁸ ICRC, *Israel and the occupied territories: Evacuation order of Gaza triggers catastrophic humanitarian consequences* (13 October 2023), <https://www.icrc.org/en/document/israel-and-occupied-territories-evacuation-order-of-gaza-triggers-catastrophic-humanitarian-consequences>.

²³⁹ WHO, *Evacuation orders by Israel to hospitals in northern Gaza are a death sentence for the sick and injured* (14 October 2023), <https://www.who.int/news/item/14-10-2023-evacuation-orders-by-israel-to-hospitals-in-northern-gaza-are-a-death-sentence-for-the-sick-and-injured>.

²⁴⁰ Israeli Defence Forces, @IDF, Tweet (2:16 pm, October 28, 2023), <https://twitter.com/IDF/status/1718240244129059167>.

northern Gaza, and again thereafter. Israel has also issued more specific evacuation notices, ordering people in certain parts of Gaza City to evacuate to other parts.²⁴¹ Many of those who are unwilling or unable to evacuate are then bombed in their homes.²⁴²

57. Palestinians fleeing the North pursuant to Israel's evacuation orders were urged to move south along Gaza's main traffic artery, Salah Al Din Road, on certain days, during certain designated hours. However, there were numerous reported instances of shelling along the routes and of other violence by Israeli forces against evacuating Palestinian civilians, including inhuman and degrading treatment, arbitrary arrests, unlawful detention, and killings.²⁴³ Israel has also continued bombing south of Wadi Gaza throughout this time, killing many Palestinians who evacuated,²⁴⁴ initially prompting many Palestinian families to seek to return north to at least risk being bombed in the familiar surrounding of their homes.²⁴⁵ Some of those attempting to return north during the temporary pause in hostilities between Israel and Hamas were shot at by Israeli forces, who killed at least two people, and injured others.²⁴⁶

58. On 1 December 2023 — the end of the eight-day temporary truce between Israel and Hamas — Israel began dropping leaflets, urging Palestinians to leave areas in the South to which they had previously been told to flee — an area constituting approximately 30 per cent of Gaza.²⁴⁷ As stated by the United Nations Special Rapporteur on the human rights of internally displaced persons, “Israel has reneged on promises of safety made to those who complied with its order to evacuate northern Gaza two months ago. Now, they have been forcibly displaced again, alongside the population of southern Gaza”.²⁴⁸ Israel also published a detailed map online, dividing the Gaza Strip into hundreds of small areas.²⁴⁹ The map was ostensibly intended to provide notice of Israeli orders to evacuate individual areas ahead of planned air strikes. However, as noted by OCHA, “the publication does not specify where people should evacuate to”. Moreover, after months of bombardment — amidst the ongoing electricity blackout imposed by Israel since 11 October 2023 and regular telecommunications blackouts²⁵⁰ — most Palestinians in Gaza have little access to electricity to charge phones or other

²⁴¹ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #57* (2 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-57>.

²⁴² *Ibid.*

²⁴³ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #40* (15 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-40>; UN OCHA, *Today's top news: Occupied Palestinian Territory, South Sudan, Somalia, Ukraine* (9 November 2023), <https://www.unocha.org/news/todays-top-news-occupied-palestinian-territory-south-sudan-somalia-ukraine>.

²⁴⁴ See e.g. UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #9* (15 October 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-9>; UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #10* (16 October 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-10>; UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #24* (30 October 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-24>; UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #25* (31 October 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-25>.

²⁴⁵ According to UNRWA, approximately 30,000 Palestinians returned North due the lack of any safe zone, see UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #19* (25 October 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-19>.

²⁴⁶ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #53* (28 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-53>.

²⁴⁷ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #61* (6 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-61>.

²⁴⁸ UN OHCHR, *Israel working to expel civilian population of Gaza, UN expert warns* (22 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/israel-working-expel-civilian-population-gaza-un-expert-warns>.

²⁴⁹ IDF, “Based on the ethics and values of our military institution, the IDF publishes a list of block numbers to guide Gaza residents in evacuating the targeted areas” (1 December 2023), <https://www.idf.il/ar/-/الدفاع-الإسرائيلي/جيش-الدفاع-الإسرائيلي/swordsofiron-011223-150/>.

²⁵⁰ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77* (26 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-77>.

devices and no reliable way of accessing the map.²⁵¹ The United Nations Secretary-General has remarked that “the people of Gaza are being told to move like human pinballs – ricocheting between ever-smaller slivers of the south, without any of the basics for survival.”²⁵²

59. Palestinians are not safe, even in those “small ... slivers”: as United Nations chiefs keep reiterating. “No place is safe”,²⁵³ there is “nowhere safe to go”.²⁵⁴ The Director of UNRWA Affairs in Gaza has pleaded that “[p]eople in Gaza are people ... they are not pieces on a checkerboard - many have already been displaced several times. The Israeli Army just orders people to move into areas where there are ongoing airstrikes”.²⁵⁵ This is creating terror.²⁵⁶ The increased population density as a result of the evacuation ‘orders’ is also rendering Israeli strikes ever more lethal. On Christmas Eve itself, the Israeli army bombed Al Maghazi Refugee Camp in the Middle Area — an area to which tens of thousands of Palestinians had fled from the North — killing an estimated 86 people, including many women and children, and injuring many others.²⁵⁷ A spokesperson for the OHCHR stated that they were “gravely concerned” that “this latest intense bombardment comes after Israeli forces ordered residents from the south of Wadi Gaza to move to Middle Gaza”.²⁵⁸

60. For many Palestinians, the forced evacuation from their homes is necessarily permanent. Israel has now damaged or destroyed an estimated 355,000 Palestinian homes — amounting to 60 per cent of the entire housing stock in Gaza. The extent of the destruction in the North of Gaza, in particular, has rendered it largely unliveable, with the destruction in the South reaching a similar level. As noted by the Special Rapporteur on the human rights of internally displaced persons, “Gaza’s housing and civilian infrastructure have been razed to the ground, frustrating any realistic prospects for displaced Gazans to return home, repeating a long history of mass forced displacement of Palestinians by Israel”.²⁵⁹ The forced displacements in Gaza are genocidal, in that they are taking place in circumstances calculated to bring about the physical destruction of Palestinians in Gaza.²⁶⁰

²⁵¹ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #56* (1 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-56>.

²⁵² UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #63* (8 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-63>.

²⁵³ UNRWA, *Gaza: UNRWA school sheltering displaced families is hit* (17 October 2023), <https://www.unrwa.org/newsroom/official-statements/gaza-unrwa-school-sheltering-displaced-families-hit>

²⁵⁴ UN Secretary-General, *Statement attributable to the Spokesperson for the Secretary-General – on the Middle East* (4 December 2023), <https://www.un.org/sg/en/content/sg/statement/2023-12-04/statement-attributable-the-spokesperson-for-the-secretary-general-%E2%80%93-the-middle-east%C2%A0%C2%A0%C2%A0>.

²⁵⁵ Thomas White, @TomWhiteGaza, Tweet (9:22 AM, December 23, 2023), https://twitter.com/TomWhiteGaza/status/1738475273522205155?ref_src=twsrc%5Etfw.

²⁵⁶ See, e.g., Israeli strikes on Deir Al Balah on 4 December, preceding civilians being told to flee to these areas, UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #60* (5 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-60>; and on the 12th of December 2023 the City of Rafah, after evacuation orders to Rafah, UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #67* (12 December 2023), following civilians being told to flee to these areas; Ben van der Merwe, Michelle Inez Simon Olive Enokido-Lineham, and Data & Forensics Unit “Israel said Gazans could flee to this neighbourhood - then it was hit”, *Sky News* (22 December 2023), <https://news.sky.com/story/israel-said-gazans-could-flee-to-this-neighbourhood-then-it-was-hit-13034936>; Ben van der Merwe, Michelle Inez Simon Olive Enokido-Lineham, and Data & Forensics Unit “Israel said Gazans could flee to this neighbourhood - then it was hit”, *Sky News* (22 December 2023), <https://news.sky.com/story/israel-said-gazans-could-flee-to-this-neighbourhood-then-it-was-hit-13034936>.

²⁵⁷ UN OHCHR, *Comment by UN Human Rights Office spokesperson Seif Magango on continued bombardment of Middle Gaza* (26 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/statements/2023/12/comment-un-human-rights-office-spokesperson-seif-magango-continued-bombardment>.

²⁵⁸ *Ibid.*

²⁵⁹ UN OHCHR, *Israel working to expel civilian population of Gaza, UN expert warns* (22 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/israel-working-expel-civilian-population-gaza-un-expert-warns>.

²⁶⁰ *Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Croatia v. Serbia), Judgment, I.C.J. Reports 2015, p.71-72, para. 163.*

4. *Deprivation of access to adequate food and water to Palestinians in Gaza*

61. On 9 October 2023, Israel declared a “complete siege” on Gaza, allowing no electricity, no food, no water and no fuel to enter the strip.²⁶¹ Although the siege has been partially alleviated since then, with some aid trucks being permitted in since 21 October 2023, this remains wholly insufficient, and well below the pre-October 2023 average of approximately 500 trucks per day.²⁶² Moreover, fuel imports — permitted since 21 November 2023 — are “well below the minimum requirements for essential humanitarian operations”,²⁶³ meaning that such limited humanitarian aid as is being allowed in cannot easily be moved around Gaza away from entry points.²⁶⁴ As the Secretary-General has starkly assessed, the level of destruction in Gaza is now so catastrophic that:

“[t]he conditions for the effective delivery of humanitarian aid no longer exist . . . But even if sufficient supplies were permitted into Gaza, intense bombardment and hostilities, Israeli restrictions on movement, fuel shortages, and interrupted communications, make it impossible for UN agencies and their partners to reach most of the people in need.”²⁶⁵

62. In light of that, the United Nations Security Council Resolution 2720 of 22 December 2023 is widely slated to be ineffectual, despite demanding that “the parties to the conflict allow and facilitate the use of all available routes to and throughout the entire Gaza Strip, including border crossings” and requesting “that the Coordinator expeditiously establish a United Nations mechanism for accelerating the provision of humanitarian relief consignments”.²⁶⁶ That is because the watered-down resolution fails properly to address the “four elements” identified by the United Nations Secretary-General as necessary for allowing *effective* aid, capable of assisting Palestinians in Gaza: (1) security (“We are providing aid in a war zone. The intense Israeli bombardment and active combat in densely populated urban areas throughout Gaza threaten the lives of civilians and humanitarian aid workers alike”); (2) staff (“The humanitarian operation requires staff who can live and work in safety. 136 of our colleagues in Gaza have been killed in 75 days — something we have never seen in the history of the United Nations . . . In these appalling conditions, they can only meet a fraction of the needs”); (3) logistics (“Many of our vehicles and trucks were destroyed or left behind following our forced, hurried evacuation from the north, but the Israeli authorities have not allowed any additional trucks to operate in Gaza. This is massively hampering the aid operation. Delivering in the north is extremely dangerous due to active conflict, unexploded ordnance, and heavily damaged roads. Everywhere, frequent communications blackouts make it virtually impossible to coordinate the distribution of aid, and to let people know how to access it”); (4) and the resumption of commercial activities (“Shelves are empty; wallets are empty; stomachs are empty. Just one bakery is operating in the whole of Gaza. I urge the Israeli authorities to

²⁶¹ Statement by Yoav Gallant, 9 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=1nxvS9VY-t0>. Translation by Emmanuel Fabian, “Defense minister announces ‘complete siege’ of Gaza: No power, food or fuel”, *The Times of Israel* (9 October 2023), https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/defense-minister-announces-complete-siege-of-gaza-no-power-food-or-fuel/. Gaza’s only power plant is no longer operational, Israel having reportedly threatened to target the plant if it resumes operation: UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #6* (12 October 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-6>.

²⁶² World Health Organization, *WHO Director-General’s remarks at the Emergency Meeting of the United Nations Security Council – 10 November 2023* (10 November 2023), <https://www.who.int/director-general/speeches/detail/who-director-general-s-remarks-at-the-emergency-meeting-of-the-united-nations-security-council---10-november-2023>.

²⁶³ UN Palestine, *War and health crisis in Gaza a ‘recipe for epidemics’ warns WHO* (21 November 2023), <https://palestine.un.org/en/253317-war-and-health-crisis-gaza-%E2%80%98recipe-epidemics%E2%80%99-warns-who>.

²⁶⁴ MSF, *Inside Gaza: Staying alive is only a matter of luck* (18 December 2023), <https://www.msf.org/inside-gaza-staying-alive-only-matter-luck>.

²⁶⁵ United Nations Secretary-General, *People of Gaza ‘Being Told to Move like Human Pinballs’, but Nowhere Is Safe, Secretary-General Tells Security Council, Pleading for Humanitarian Ceasefire* (8 December 2023), <https://press.un.org/en/2023/sgsm22076.doc.htm> (emphasis added).

²⁶⁶ Security Council Resolution 2720, S/RES/2720, (22 December 2023), [https://undocs.org/S/RES/2720\(2023\)](https://undocs.org/S/RES/2720(2023)).

lift restrictions on commercial activity immediately. We are ready to scale up our cash grant support to vulnerable families — the most effective form of humanitarian aid. But in Gaza, there is very little to buy”).²⁶⁷ Having regard to those factors, the Secretary-General was clear to advise that focusing on the number of trucks permitted into Gaza daily was misleading:

“Many people are measuring the effectiveness of the humanitarian operation in Gaza *based on the number of trucks* from the Egyptian Red Crescent, the UN and our partners that are allowed to unload aid across the border. *This is a mistake.* The real problem is that *the way Israel is conducting this offensive is creating massive obstacles to the distribution of humanitarian aid inside Gaza.*”²⁶⁸

63. It is for that reason that United Nations Security Council Resolution 2720 — which fails properly to address the situation on the ground, including by failing to call for a ceasefire — has been described by a former senior UNRWA official as “a greenlight for continued genocide”, marked by “the wholesale and industrial ignoring of international humanitarian law”.²⁶⁹ Oxfam has called the “failure to call for a ceasefire” in the resolution “incomprehensible and utterly callous” as well as a “profound dereliction of duty” on the part of the United Nations Security Council,²⁷⁰ having regard to the extreme seriousness of the situation in Gaza.

64. Israel has now pushed the Palestinian population in Gaza to the brink of famine, with international agencies warning that “the risk of famine is real” (World Food Programme or ‘WFP’) and that it is “increasing each day” (IPC).²⁷¹ Most of the Palestinian people in Gaza are now *starving*, with levels of starvation rising daily.²⁷² The World Health Organization warns that “[h]unger is ravaging Gaza”.²⁷³ As the United Nations Secretary-General has stated, “[f]our out of five of the hungriest people anywhere in the world are in Gaza”,²⁷⁴ with Palestinians in Gaza facing the highest levels of acute food insecurity ever classified by the IPC.²⁷⁵ UNRWA’s Commissioner-General describes “[d]esperate, hungry and terrified” people, who are now “stopping aid trucks, taking the food, and eating it right away.”²⁷⁶ The World Health Organization has stated that “[a]n unprecedented 93% of the population in Gaza is facing crisis levels of hunger, with insufficient food and high levels of malnutrition”. They say that “[a]t least 1 in 4 households are facing ‘catastrophic conditions’: experiencing an extreme lack of

²⁶⁷ UN OCHA, *Remarks to the media by the Secretary-General* (22 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/remarks-media-secretary-general>.

²⁶⁸ *Ibid* (emphasis added).

²⁶⁹ “UNSC resolution ‘greenlighting genocide’: Former UNRWA official”, *Al Jazeera English* (22 December 2023), <https://www.youtube.com/watch?v=IT0yW6kS3Uo>.

²⁷⁰ Oxfam, *Oxfam: UNSC’s failure to call for a ceasefire “utterly callous”* (19 December 2023), <https://www.oxfam.org/en/press-releases/oxfam-unscs-failure-call-ceasefire-utterly-callous>.

²⁷¹ WFP Media, @WFP_Media, Tweet (10:35 pm, December 9, 2023), https://twitter.com/WFP_Media/status/1733616413636530607; and Integrated Food Security Phase Classification, *Gaza Strip: Acute Food Insecurity Situation for 24 November - 7 December 2023 and Projection for 8 December 2023 - 7 February 2024* (21 December 2023), <https://www.ipcinfo.org/ipc-country-analysis/details-map/en/c/1156749/?iso3=PSE>.

²⁷² UN Web TV, Press conference by Carl Skau (World Food Program), 14 December 2023, <https://webtv.un.org/en/asset/k13/k139z8z7t5>; and Integrated Food Security Phase Classification, *Gaza Strip: Acute Food Insecurity Situation for 24 November - 7 December 2023 and Projection for 8 December 2023 - 7 February 2024* (21 December 2023), <https://www.ipcinfo.org/ipc-country-analysis/details-map/en/c/1156749/?iso3=PSE>.

²⁷³ WHO, *Lethal combination of hunger and disease to lead to more deaths in Gaza* (21 December 2023), <https://www.who.int/news/item/21-12-2023-lethal-combination-of-hunger-and-disease-to-lead-to-more-deaths-in-gaza>.

²⁷⁴ UN OCHA, *Remarks to the media by the Secretary-General* (22 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/remarks-media-secretary-general>.

²⁷⁵ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #75* (21 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-75>.

²⁷⁶ UNRWA, *Remarks by UNRWA Commissioner-General Philippe Lazzarini at Geneva Press Conference* (14 December 2023), <https://www.unrwa.org/newsroom/official-statements/remarks-unrwa-commissioner-general-philippe-lazzarini-geneva-press>.

food and starvation and having resorted to selling off their possessions and other extreme measures to afford a simple meal”. They caution that “[s]tarvation, destitution and death are evident”,²⁷⁷ calling Israel’s actions in cutting off Gaza “from water, food, anything which is necessary for any sort of life” “a cruel campaign”, brought “*against the whole population of Gaza*”.²⁷⁸ Their Emergency Medical Teams Coordinator explained that “every single person” he speaks to is hungry: “Everywhere we go, people are asking us for food even in the hospital, I walked around in the emergency department, somebody with an open bleeding wound, an open fracture; they asked for food. If that’s not an indicator of the desperation, I don’t know what is”.²⁷⁹ The situation is such that the United Nations High Commissioner for Human Rights has felt the need to caution that “[s]tarvation must never be a means or result of warfare”.²⁸⁰ Oxfam and Human Rights Watch have gone even further in expressly accusing Israel of using starvation “as a weapon of war” against the Palestinian people in Gaza.²⁸¹

65. The conditions created by the siege are exacerbated by Israel’s continuing strikes on Gaza, including on its bakeries, water facilities and last remaining operating mill, and its razing of agricultural lands, crops, orchards and greenhouses.²⁸² By 16 November 2023, the food infrastructure in Gaza was already considered “no longer functional”, given shop and market closures, the lack of essential food items, and the inflated price of the scarce food available.²⁸³ Bread is scarce or non-existent,²⁸⁴ with food scarcity leading to significant price hikes, and the price of flour increasing by 65 per cent at one stage.²⁸⁵ Livestock that has not been killed is facing starvation, and crops are damaged or destroyed.²⁸⁶ Many Palestinians are resorting to foraging due to hunger, collecting spilled flour from aid distributions from the road, or other unsafe food practices.²⁸⁷

²⁷⁷ WHO, *Lethal combination of hunger and disease to lead to more deaths in Gaza* (21 December 2023), <https://www.who.int/news/item/21-12-2023-lethal-combination-of-hunger-and-disease-to-lead-to-more-deaths-in-gaza>.

²⁷⁸ Statement of Christian Lindmeier (World Health Organization spokesperson), 8 December 2023: UN Web TV, Geneva Press Briefing: WHO, FAO, UNHCR, ICRC, 8 December 2023, <https://webtv.un.org/en/asset/k1e/k1eez0ym7c> (emphasis added).

²⁷⁹ UN News, *UPDATED: Injured patients ‘waiting to die’ in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising ‘catastrophic’ hunger levels* (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>.

²⁸⁰ UN News, *Gaza crisis: Starvation must never be allowed to happen, says UN rights chief* (22 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145047>.

²⁸¹ Oxfam, *Starvation as weapon of war being used against Gaza civilians* (25 October 2023), <https://www.oxfam.org.uk/media/press-releases/starvation-as-weapon-of-war-being-used-against-gaza-civilians/>; and HRW, *Israel: Starvation Used as Weapon of War in Gaza* (18 December 2023), <https://www.hrw.org/news/2023/12/18/israel-starvation-used-weapon-war-gaza>.

²⁸² UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #35* (10 November 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-35-enarhe>; and UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #40* (15 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-40>; and HRW, *Israel: Starvation Used as Weapon of War in Gaza* (18 December 2023), <https://www.hrw.org/news/2023/12/18/israel-starvation-used-weapon-war-gaza>.

²⁸³ WFP, *Gaza faces widespread hunger as food systems collapse, warns WFP* (16 November 2023), <https://www.wfp.org/news/gaza-faces-widespread-hunger-food-systems-collapse-warns-wfp>.

²⁸⁴ *Ibid.*

²⁸⁵ Action Against Hunger, *Action Against Hunger calls for permanent ceasefire in Gaza* (1 December 2023), <https://www.actionagainsthunger.org/press-releases/action-against-hunger-calls-for-permanent-ceasefire-in-gaza/>.

²⁸⁶ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #51* (26 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-51>.

²⁸⁷ WFP, *Food Security Update for internally displaced populations in Southern Gaza Strip* (14 December 2023), <https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000155014/download/>; and “Children collect flour from the ground in Gaza”, *Middle East Eye* (23 December 2023), https://www.youtube.com/watch?v=ZYpZ_aU_Ho.

66. Water is also severely depleted. Israel continues to cut off piped water for the North of Gaza,²⁸⁸ and the North's water desalination plant is non-functioning.²⁸⁹ From 15 October 2023, Israel began piping a small amount of water to the South, in part to “push the civilian population to the southern [part of the] Strip”.²⁹⁰ The damage from Israeli airstrikes and shelling has also rendered most of the water system inoperable.²⁹¹ The World Food Programme has reported that there is only 1.5 to 1.8 litres of clean water available per person per day, for all uses (drinking, washing, food preparation, sanitation and hygiene).²⁹² This is far below the ‘emergency threshold’ of 15 litres per day for “war or famine-like conditions”, or the ‘survival threshold’ of 3 litres per day.²⁹³ The World Health Organization Emergency Medical Teams Coordinator described the scene at Al Ahli Arab Hospital, where medical staff were struggling to cope with “no food, no fuel, no water”, stating that “it looks more like a hospice now than a hospital. But a hospice implies a level of care that the doctors and nurses are unable to provide . . . It’s pretty unbearable to see somebody with casts on multiple limbs, external fixator on multiple limbs, without drinking water and almost no IV fluids available”. He said that “patients were crying out in pain, but they were also crying out for us to give them water”. He urged that “[t]he time is now. We are dealing with starving people now, adults, children, it’s unbearable”.²⁹⁴

67. The lack of water is severely impacting lactating women, in particular, who, even if undertaking only a moderate amount of exercise, require a supply of 7.5 litres of water a day for drinking, sanitation and hygiene to keep themselves and their babies healthy.²⁹⁵ Young mothers — unable to breastfeed for lack of proper nutrition arising from the food scarcity — have been forced to use contaminated water to prepare formula — where it is available — risking disease in vulnerable babies. In parallel, the chronic unavailability of formula is also risking the lives of newborn babies, who are already reportedly dying from avoidable causes due to the absence of medical care, food, water and adequate sanitation.²⁹⁶ The impacts of malnourishment on older children may also be particularly grave and long-lasting, preventing them from reaching their full potential in terms of physical growth, cognitive capacity,

²⁸⁸ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel – reported impact | Day #82* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>.

²⁸⁹ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #66* (11 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-66>.

²⁹⁰ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #9* (15 October 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-9>; and Amy Spiro, Jacob Magid and Agencies, “Israel says it is restarting water supply to southern Gaza Strip”, *The Times of Israel* (15 October 2023), <https://www.timesofisrael.com/israel-says-it-is-restarting-water-supply-to-southern-gaza-strip/>.

²⁹¹ UN News, *Barely a drop of safe water to drink in Gaza, UN aid agency warns* (20 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144972>; and Anera, *Gaza Ceasefire: A Welcome Pause, But Far From Enough* (23 November 2023), <https://www.anera.org/blog/pause-in-gaza-war-not-enough/>.

²⁹² WFP, *Gaza Food Security Assessment* (6 December 2023), <https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000154766/download/>.

²⁹³ UNICEF, *Gaza’s Children running out of time: water shortages spark disease alarm* (21 November 2023), <https://www.unicef.org/press-releases/gazas-children-running-out-time-water-shortages-spark-disease-alarm>; and UNICEF, *‘Barely a drop to drink’: children in the Gaza Strip do not access 90 per cent of their normal water use* (20 December 2023), <https://www.unicef.org/press-releases/barely-drop-drink-children-gaza-strip-do-not-access-90-cent-their-normal-water-use>.

²⁹⁴ UN Web TV, Geneva Press Briefing: WHO, FAO, UNHCR, ICRC, 8 December 2023, <https://webtv.un.org/en/asset/k1e/k1eez0ym7c>.

²⁹⁵ UNDP, *Human Development Report 2006 - Beyond scarcity: power, poverty and the global water crisis* (14 December 2012), <https://www.undp.org/libya/publications/human-development-report-2006-beyond-scarcity-power-poverty-and-global-water-crisis>.

²⁹⁶ CARE International, “70% of those killed in Gaza are women and children” CARE warns the Security Council (15 November 2023), <https://www.care-international.org/news/70-those-killed-gaza-are-women-and-children-care-warns-un-security-council>; Oxfam, *Press Release: Babies dying from preventable causes in besieged Gaza - Oxfam* (23 November 2023), <https://www.oxfam.org/en/press-releases/babies-dying-preventable-causes-besieged-gaza-oxfam>.

school performance and productivity later in life.²⁹⁷ Many health workers also lack sufficient food and water to continue working, which will also necessarily further impact on health and mortality rates.²⁹⁸

68. This is all happening to a population that was already extremely vulnerable as a result of Israel's prior actions against Gaza. Israel has long hindered the creation and repair of water installation and desalination plants in Gaza, such that 95 per cent of water from Gaza's sole aquifer was already unsuitable for consumption prior to 7 October 2023.²⁹⁹ Through its 16-year blockade, Israel also severely impacted water supply.³⁰⁰ Its repeated attacks on Gaza and its restrictions on repairing the degraded wastewater infrastructure damaged the soil, rendering agriculture challenging.³⁰¹ Israel also restricted access by Palestinians in Gaza to up to 35 per cent of agricultural land and up to 85 per cent of Gaza's fishing waters.³⁰² Consequently, over 68 per cent of households (around 1.3 million people) were severely or moderately food insecure prior to 7 October 2023, with 58 per cent of the population dependent on humanitarian aid.³⁰³ 7,685 children under five years of age in Gaza were suffering from life-threatening 'wasting', the deadliest form of child malnutrition.³⁰⁴ The impact on Palestinian children of Israel's forced starvation of Gaza will necessarily be serious and long-lasting.

69. Recent reports of Israeli plans to flood tunnels in Gaza with seawater is of extreme concern, given the risks it would pose of further degradation and collapse of Gaza's water and sewage infrastructure, and of long-lasting contamination of Gaza's aquifer and soil.³⁰⁵ Environmental experts have warned that the strategy "risks causing an ecological catastrophe" that would leave Gaza with no drinkable water, devastate what little agriculture is possible and "ruin the conditions of life of everyone in Gaza".³⁰⁶ The United Nations Special Rapporteur for the right to water is reported to have compared

²⁹⁷ Global Nutrition Cluster - State of Palestine, *Call for Immediate Action: Child deaths in the Gaza Strip due to disease and malnutrition can and must be prevented* (3 December 2023), https://www.nutritioncluster.net/sites/nutritioncluster.com/files/2023-11/SoP%20Nutrition%20Cluster%20advocacy_final.pdf

²⁹⁸ UN Web TV, Geneva Press Briefing: WHO, FAO, UNHCR, ICRC, 8 December 2023, <https://webtv.un.org/en/asset/k1e/k1eez0ym7c>.

²⁹⁹ United Nations, Human Rights Council, *The allocation of water resources in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem* A/HRC/48/43 (15 October 2021), <https://undocs.org/A/HRC/48/43>; Amnesty, *The Occupation of Water* (29 November 2017), <https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2017/11/the-occupation-of-water/>; EWASH, *Israel's control of water in the Occupied Palestinian Territories* (26 September 2012), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/israels-control-water-occupied-palestinian-territories>.

³⁰⁰ United Nations, Human Rights Council, *The allocation of water resources in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem* A/HRC/48/43 (15 October 2021), <https://undocs.org/A/HRC/48/43>.

³⁰¹ UN FAO, *Farming without Land, Fishing without Water: Gaza Agriculture Sector Struggles to Survive* (25 May 2010), <https://www.un.org/unispa/document/auto-insert-205890/>.

³⁰² UN Palestine, *United Nations Common Country Analysis for the Occupied Palestinian Territory* (16 August 2022), https://palestine.un.org/sites/default/files/2022-09/United%20Nations%20Common%20Country%20Analysis%20for%20the%20Occupied%20Palestinian%20Territory_16_August_2022.pdf.

³⁰³ UN OCHA, *Food insecurity in the oPt: 1.3 million Palestinians in the Gaza strip are food insecure* (14 December 2018), <https://www.ochaopt.org/content/food-insecurity-opt-13-million-palestinians-gaza-strip-are-food-insecure>; UN OCHA, *Humanitarian Response Plan OPT* (January 2023), https://www.ochaopt.org/sites/default/files/HRP_2023.pdf.

³⁰⁴ Global Nutrition Cluster - State of Palestine, *Call for Immediate Action: Child deaths in the Gaza Strip due to disease and malnutrition can and must be prevented* (3 December 2023), https://www.nutritioncluster.net/sites/nutritioncluster.com/files/2023-11/SoP%20Nutrition%20Cluster%20advocacy_final.pdf.

³⁰⁵ UN OCHA, *Humanitarian Coordinator Lynn Hastings briefs the press in Geneva* (13 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-coordinator-lynn-hastings-briefs-press-geneva>; Emmanuel Fabian, "IDF trial of flooding Hamas tunnels with seawater proves successful, ToI told", *The Times of Israel* (15 December 2023), <https://www.timesofisrael.com/idf-trial-of-flooding-hamas-tunnels-with-seawater-proves-successful-toi-told>.

³⁰⁶ Damien Gayle and Nina Lakhani, "Flooding Hamas tunnels the seawater risks 'ruining basic life in Gaza', says expert", *The Guardian* (23 December 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/dec/23/israel-flooding-hamas-tunnels-seawater-risks-ruining-basic-life-gaza-expert>.

the plan to the mythical Roman ‘salting’ of the fields of Carthage to prevent crop growth and render the territory uninhabitable.³⁰⁷

70. Experts are now predicting that more Palestinians in Gaza may die from starvation and disease than airstrikes,³⁰⁸ and yet Israel is intensifying its bombing campaign, precluding the effective delivery of humanitarian assistance to Palestinians. It is clear that Israel is through its actions and policies in Gaza, deliberately inflicting on Palestinians conditions of life calculated to bring about their destruction.³⁰⁹

5. *Deprivation of access to adequate shelter, clothes, hygiene and sanitation to Palestinians in Gaza*

71. The majority of the 1.9 million displaced Palestinians in Gaza are seeking shelter in UNRWA facilities, which primarily consist of schools and tents.³¹⁰ These locations are themselves not safe: to date — and despite Israel having been provided with the coordinates of all United Nations facilities³¹¹ — Israel has killed hundreds of Palestinian men, women and children seeking shelter in UNRWA facilities, and injured over a thousand.³¹²

72. The situation in UNRWA shelters was described as follows by the Commissioner-General of UNRWA in his 7 December 2023 letter of which the United Nations General Assembly took note in its Resolution ES-10/22 of 12 December 2023:

“Today, as a result of Israel’s military operation, nearly 1.2 million civilians are sheltering in UNRWA premises. The Agency has become the primary *platform for humanitarian assistance* to over 2.2 million people in Gaza — a platform *on the verge of collapse*.”

UNRWA is, as of today, still operational in Gaza, though just barely. Our staff are still operating health centers, managing shelters, and supporting traumatized people, some arriving carrying their dead children. We are still distributing food, even though the corridors and courtyards of our premises are too crowded to walk through. Our staff take their children to work so they know they are safe or can die together. *More than 130 UNRWA staff are confirmed killed in bombardments, most with their families*; the number might rise by the time you read this. At least 70% of UNRWA staff are displaced, and lack food, water and adequate shelter. We are hanging on by our fingertips. If UNRWA collapses, humanitarian assistance in Gaza will also collapse.

The humanitarian situation is now untenable. Conditions in Gaza were already appalling when I stayed overnight two weeks ago. I witnessed constant explosive munitions from sky, land and sea, and the massive destruction of civilian infrastructure.

³⁰⁷ *Ibid.*

³⁰⁸ Save the Children, *Press Release: Deaths by starvation and disease may top deaths by bombs as families squeezed into deadly “safe zones”, two months into Gaza crisis* (9 December 2023), <https://www.savethechildren.net/news/deaths-starvation-and-disease-may-top-deaths-bombs-families-squeezed-deadly-safe-zones-two>.

³⁰⁹ *Ibid.*

³¹⁰ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 82* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>; UNRWA *Situation Report #56 On the Situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem* (22 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-56-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>.

³¹¹ UNRWA, *Gaza: UNRWA school sheltering displaced families hit* (17 October 2023),

<https://www.unrwa.org/newsroom/official-statements/gaza-unrwa-school-sheltering-displaced-families-hit>.

³¹² UNRWA *Situation Report #56 On the Situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem* (22 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-56-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>.

This week, the Israeli military forces have instructed people to move further South, forcing Gaza's population into an ever-shrinking space. Shelters are shockingly overcrowded, with high risk of epidemic illness. In these overfull and unsanitary spaces, more than 700 people use a single toilet, women give birth (an average of 25 per day), and people nurse open wounds. Tens of thousands sleep in courtyards and streets. People burn plastic to stay warm. Nearly 90 UNRWA premises, including schools, have been hit or impacted by munitions, killing over 270 internally displaced people, many this week. In Gaza as a whole, over 16,000 people, two thirds of whom are women and children, are reported killed during bombardments. Large swathes of Gaza are destroyed and uninhabitable.

The premise of UNRWA's mandate — to provide services to Palestine Refugees until there is a political solution — is at great risk: without safe shelter and aid, civilians in Gaza risk death or will be forced to Egypt and beyond. Forced displacement out of Gaza may end prospects for the political solution that is intrinsic to UNRWA's mandate, with grave risks for regional peace and security. A forced displacement beyond Palestinian land, reminiscent of the 1948 Nakba, must be prevented.

In my 35 years working in complex emergencies, I have never written such a letter — predicting the killing of my staff and the collapse of the mandate I am expected to fulfil.”³¹³

73. Those Palestinians with a place in UNRWA shelters are “the lucky ones”, according to UNRWA's Commissioner-General.³¹⁴ Others attempt to find shelter in the homes of relatives or strangers, in government facilities, hospital courtyards, or makeshift camps, without any access to food, water or sanitary facilities, or simply live and sleep in the streets, exposed to the elements. UNRWA's shelters now have on average 486 people using a single toilet,³¹⁵ while other locations where people are seeking to shelter often have no toilets at all.³¹⁶ Palestinians are unable to maintain personal hygiene, with menstruating girls and women being particularly impacted.³¹⁷ The World Health Organization estimates that there is on average “only one shower for every 4500 people”.³¹⁸ Newborns in shelters are reportedly dying from avoidable causes due to the absence of adequate sanitation, food, water and medical care.³¹⁹

74. Since the Commissioner-General of UNRWA wrote to the President of the United Nations General Assembly on 7 December 2023, advising that the humanitarian situation in Gaza was already “untenable”,³²⁰ over one million Palestinians have continued to be forced by Israeli military ‘orders’ into the Rafah Governorate near the Egyptian border. The area has become the “epicentre of displacement”, with an estimated “fourfold” increase in its population density, thought to now exceed

³¹³ UNRWA, *Letter from UNRWA Commissioner-General Philippe Lazzarini to the UN General Assembly President Mr. Dennis Francis* (7 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/un-unrwa/letter-unrwa-commissioner-general-philippe-lazzarini-un-general-assembly> (emphasis added).

³¹⁴ UN News, *‘Desperate, hungry, terrified’: Gazans stopping aid trucks in search of food* (14 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144807>.

³¹⁵ UNRWA, *UNRWA Situation Report #54 on the situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem* (18 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-54-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>.

³¹⁶ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #69* (14 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-69>.

³¹⁷ United Nations Population Fund (UNFPA), *UNFPA Palestine Situation Report Issue 4* (11 December 2023), https://palestine.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/unfpa_situation_report_4_december_11.pdf.

³¹⁸ WHO, *Lethal combination of hunger and disease to lead to more deaths in Gaza* (21 December 2023), <https://www.who.int/news/item/21-12-2023-lethal-combination-of-hunger-and-disease-to-lead-to-more-deaths-in-gaza>.

³¹⁹ Oxfam, *Press Release: Babies dying from preventable causes in besieged Gaza - Oxfam* (23 November 2023), <https://www.oxfam.org/en/press-releases/babies-dying-preventable-causes-besieged-gaza-oxfam>.

³²⁰ UNRWA, *Letter from UNRWA Commissioner-General Philippe Lazzarini to the UN General Assembly President Mr. Dennis Francis* (7 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/un-unrwa/letter-unrwa-commissioner-general-philippe-lazzarini-un-general-assembly>.

12,000 people per square kilometre.³²¹ OCHA is warning there is “no empty space left for people to shelter, not even in the streets and other open areas”.³²² Al-Mawasi — a sandy, barren strip of approximately 14 square kilometres along the Mediterranean Sea, without aid provisions, water, food or sanitation — the so-called ‘safe zone’ to which Israel has told Palestinians in Gaza to flee, is anything but safe. As UNRWA has underscored “unilaterally-declared ‘safe zones’ are not safe at all. Nowhere in Gaza is safe”.³²³ The Head of Humanitarian Policy at Save the Children International has warned: “People are in overcrowded shelters in makeshift tents. There is no access to clean water, there are crumbling sanitation facilities. We’ve heard of children starving in the so-called ‘safe zone’ of Al-Mawasi.”³²⁴

75. Throughout Gaza, there are acute shortages in warm clothes, bedding, blankets and critical non-food items, with people heavily dependent on salvaged wood and waste for cooking and warmth, raising the risk of respiratory diseases.³²⁵ There is also an acute shortage of clean water, severely impacting not just the ability to hydrate, but to wash, clean and cook.³²⁶ The siege and infrastructure damage from bombing continue to prevent adequate water treatment and distribution, and sewage management, with flooding exponentially increasing the risks of the spread of infectious diseases amongst displaced Palestinians.³²⁷ On 20 December 2023, the Director General of the World Health Organization warned that “Gaza is already experiencing soaring rates of infectious disease outbreaks. Diarrhoea cases among children aged under 5 are 25 times what they were before the conflict. Such illnesses can be lethal for malnourished children, more so in the absence of functioning health services”.³²⁸ Sewage is flowing into the streets where Palestinians are living, as it can no longer be managed.³²⁹ “Everywhere you look, is congested with makeshift shelters. Everywhere you go, people are desperate, hungry and terrified.”³³⁰ These conditions — deliberately inflicted by Israel — are calculated to bring about the destruction of the Palestinian group in Gaza.

6. Deprivation of adequate medical assistance to Palestinians in Gaza

³²¹ UNRWA *Situation Report #56 On the Situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem* (22 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-56-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>; and UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #75* (21 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-75>.

³²² UN News, *Gaza humanitarian disaster heralds ‘breakdown’ of society* (8 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144547>.

³²³ Julian Borger and Ruth Michaelson, “IDF instructions on Gaza refuge zones cruel ‘mirage’, say aid agencies”, *The Guardian* (7 December 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/dec/07/idf-israel-gaza-refuge-zones-cruel-mirage-say-aid-agencies>.

³²⁴ *Ibid.*

³²⁵ ICRC, *Israel and the occupied territories: The ICRC urges protection for Gaza civilians evacuating and staying behind* (12 November 2023), <https://www.icrc.org/en/document/israel-and-occupied-territories-icrc-urges-protection-gaza-civilians-evacuating-and-staying>; and UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #71* (16 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-71>.

³²⁶ WFP, *Gaza Food Security Assessment* (6 December 2023), <https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000154766/download/>.

³²⁷ UN News, *Barely a drop of safe water to drink in Gaza, UN aid agency warns* (20 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144972>; and UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #76* (22 December 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-76-enarhe>.

³²⁸ Tedros Adhanom Ghebreyesus, Director-General of the World Health Organization, @DrTedros, Tweet (7:05 pm, December 20, 2023), <https://twitter.com/DrTedros/status/1737549701728092481>.

³²⁹ UN News, *Gaza: Lack of fuel threatening to shut down entire humanitarian operation* (16 November 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/11/1143672>.

³³⁰ UN News, *Barely a drop of safe water to drink in Gaza, UN aid agency warns* (20 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144972>.

76. Almost above all else, Israel's military assault on Gaza has been an attack on Gaza's medical healthcare system, indispensable to the life and survival of the Palestinians in Gaza. Israel "has declared an 'unrelenting war' on the health system in Gaza", as observed by the United Nations Special Rapporteur on the right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health. In a statement issued on 7 December 2023, the United Nations expert noted that "[t]he healthcare infrastructure in the Gaza strip has been completely obliterated" and that "[w]e bear witness to a shameful war on healthcare workers". She warned that "[w]e are in the darkest time for the right to health in our lifetimes" and that "[w]e have descended into depths from which we must quickly emerge".³³¹

77. In a letter to the United Nations Security Council on 4 December 2023, the International President of Médecins Sans Frontières wrote:³³²

"Israel has shown a blatant and total disregard for the protection of Gaza's medical facilities. We are watching as hospitals are turned into morgues and ruins. These supposedly protected facilities are being bombed, are being shot at by tanks and guns, encircled and raided, killing patients and medical staff. The World Health Organization has documented 203 attacks on health care that have led to at least 22 fatalities and 59 injuries of health workers on duty. Medical staff, including our own, are utterly exhausted and in despair. They have had to amputate limbs from children suffering from severe burns without anaesthesia or sterilised surgical tools. Due to forcible evacuations by Israeli soldiers, some doctors have had to leave patients behind after facing the unimaginable choice between their lives or those of their patients. There is no justification for the atrocious attacks on healthcare... Four of our MSF staff have been killed; many more have lost family members. Numerous other colleagues have been injured. Other humanitarian organisations have reported dozens of their staff have been killed..."

Northern Gaza is being erased from the map. *The health system has collapsed...* Our emergency team in Khan Younis, in southern Gaza, has reported massive influxes of wounded after intense bombing. Last Saturday, 60 dead and 213 injured people arrived at the emergency room of Al-Aqsa hospital. These strikes are also hitting overcrowded, squalid refugee camps, where people are barely surviving on the sparse humanitarian aid available. If the bombs do not get them, infectious diseases and starvation will...

"We did what we could. Remember us." These are the words our Dr Mahmoud Abu Nujaila, who has since been killed in a hospital strike, wrote on a Gaza hospital whiteboard normally used for planning surgeries. When the guns fall silent and the true scale of devastation is revealed, will the Council and its members be able to say the same?"

78. Since early December 2023, Israeli army attacks on Palestinian hospitals have only increased. The Israeli army has continued to attack and besiege hospitals and healthcare centres; to deprive them of electricity and fuel crucial to maintain effective functioning and equipment; to obstruct them from receiving medical supplies, food and water; to force their evacuations and closure; and effectively to destroy them. The North of Gaza, without any functioning hospital for a week, has only four severely challenged partially functioning hospitals available now.³³³ Israel has transformed Palestinian hospitals

³³¹ UN OHCHR, *Gaza: UN expert condemns 'unrelenting war' on health system amid airstrikes on hospitals and health workers* (7 December 2023) <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/gaza-un-expert-condemns-unrelenting-war-health-system-amid-airstrikes>.

³³² Médecins Sans Frontières ('MSF'), *Gaza: "It must all stop now", Letter to UN Security Council* (4 December 2023), <https://www.msf.org/letter-gaza-un-security-council>.

³³³ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>.

in Gaza from places of healing into “death zone[s]”,³³⁴ and scenes of “bloodbath”,³³⁵ “death, devastation and despair”.³³⁶ Many hospitals have now become mere “place[s] where people are waiting to die”.³³⁷ The World Health Organisation describes the situation as “unconscionable” and “beyond belief”.³³⁸

79. There have now been more than 238 attacks on ‘healthcare’ in Gaza, in which over 61 hospitals and other healthcare facilities have been damaged or destroyed.³³⁹ Only 13 out of 36 hospitals and 18 out of 72 healthcare centres are still even functioning — some of them barely — despite the overwhelming number of people injured in Israeli attacks.³⁴⁰ The Israeli army has targeted hospital generators, hospital solar panels,³⁴¹ and other life-saving equipment, such as oxygen stations and water tanks.³⁴² It has also targeted ambulances, medical convoys and first responders.³⁴³ 311 health workers have been killed (on average four killed per day),³⁴⁴ including at least 22 health workers killed on duty.³⁴⁵ Those killed include some of Gaza’s most experienced and skilled doctors including Dr Hani Al Haitham, Head of the Emergency Section at Al Shifa hospital, killed with his wife, Dr Sameera Ghirafi, and their children;³⁴⁶ Dr Mohammad Dabbour, Head of Pathology at Al Shifa Hospital, reportedly killed with his son and father while attempting to flee Gaza City;³⁴⁷ Dr Medhat Saidam, plastic reconstructive burn surgeon at Al Shifa Hospital and Dr Hammam Alloh, nephrologist at Al Shifa Hospital were killed in attacks on their family homes.³⁴⁸ Interviewed shortly before his death, Dr Alloh responded as follows when asked why he was not fleeing the North to the South: “If I go who would treat my patients? We are not animals, we have the right to receive proper health care. You think I went to medical school and for my postgraduate degrees for a total of 14 years so I think only about my life and not my patients?”.³⁴⁹ The systematic destruction of Palestinian hospitals and the killing of

³³⁴ WHO, *WHO leads very high-risk joint humanitarian mission to Al-Shifa Hospital in Gaza* (18 November 2023), <https://www.who.int/news/item/18-11-2023-who-leads-very-high-risk-joint-humanitarian-mission-to-al-shifa-hospital-in-gaza>.

³³⁵ UN News, *UN workers delivering aid to Gaza hospital describe ‘bloodbath’ in overflowing emergency department* (16 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144877>.

³³⁶ WHO, *WHO appalled by latest attack on Indonesian Hospital in Gaza* (20 November 2023), <https://www.emro.who.int/media/news/who-appalled-by-latest-attack-on-indonesian-hospital-in-gaza.html>.

³³⁷ UN News, *UPDATED: Injured patients ‘waiting to die’ in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising ‘catastrophic’ hunger levels* (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>.

³³⁸ UN News, *‘Ten weeks of hell’ for children in Gaza: UNICEF* (19 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144927>.

³³⁹ WHO, *oPt Emergency Situation Update Issue 17* (14 December 2023), https://www.emro.who.int/images/stories/Sitrep_-_issue_17_for_review.pdf?ua=1.

³⁴⁰ *Ibid.*

³⁴¹ The organisation Forensic Architecture has compiled an analysis of the various attacks on Gaza’s hospitals: Forensic Architecture, *Destruction of Medical Infrastructure in Gaza* (20 December 2023), <https://forensic-architecture.org/investigation/destruction-of-medical-infrastructure-in-gaza>.

³⁴² UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #37* (12 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-37>.

³⁴³ MSF, *MSF convoy attack in Gaza: All elements point to Israeli army responsibility* (1 December 2023), <https://www.doctorswithoutborders.org/latest/msf-convoy-attack-gaza-all-elements-point-israeli-army-responsibility>; UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #28* (3 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-28>.

³⁴⁴ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel – Reported Impact | Day #70* (15 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-70>.

³⁴⁵ WHO, *oPt Emergency Situation Update, issue 14* (23 November 2023), https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/oPt_Emergency_Situation_Update_-_NOV24.pdf?ua=1.

³⁴⁶ Asmahan Qarjoui, “Israel ‘brutally murdered’ Al-Shifa emergency dept chief in Gaza”, *Doha News* (19 December 2023), <https://dohanews.co/israel-brutally-murdered-al-shifa-emergency-dept-chief-in-gaza/>.

³⁴⁷ Weronika Strzyżyńska and Harriet Sherwood, “Doctors, poets, families, babies: victims of Israel’s war on Gaza”, *The Guardian* (23 October 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/oct/23/doctors-poets-families-babies-victims-of-israels-war-on-gaza>.

³⁴⁸ Vanessa Romo, “Doctors are among the many dead in Gaza. These are their stories”, *NPR* (16 November 2023), <https://www.npr.org/2023/11/16/1213307710/gaza-doctors-al-shifa-hospital>.

³⁴⁹ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #72* (18 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-72>.

specialist Palestinian doctors is not only impacting the care of Palestinians in Gaza at present, it is also undermining the prospect of a future Palestinian healthcare system in Gaza, destroying its capacity to rebuild and to care effectively for the Palestinian people in Gaza.

80. At least 570 Palestinians have been killed at hospitals and healthcare centres in Gaza and a further 746 have been injured.³⁵⁰ They include patients and internally displaced Palestinians, who vainly sought sanctuary on or near hospital grounds, killed by Israeli strikes or snipers.³⁵¹ Palestinian mothers have been killed in maternity hospitals, and Palestinian children in children's hospitals.³⁵² Even those tending to and counting the dead — like Saeed Al Shorbaji, Director of Nasser Hospital's mortuary — have themselves been killed.³⁵³ Some have been victims of Israeli attacks multiple times over, like 12-year old Dina Abu Mohsen — interviewed by UNICEF after losing her parents, two siblings and her leg in an Israeli strike on her home — she was then killed herself when the Israeli army shelled the hospital where she was being treated.³⁵⁴

81. Other Palestinians have died as a direct result of Israel cutting off electricity and fuel to hospitals; they include five premature babies and 40 ICU and kidney patients at Al Shifa hospital.³⁵⁵ Other Palestinians have died as a direct result of Israel's forced evacuation of hospitals, including at least four babies in Al Nasr hospital, whose tiny bodies were found weeks later — during a temporary ceasefire — decomposing in their hospital beds.³⁵⁶ Hospital courtyards have been turned into sites of mass graves:³⁵⁷ at Al-Shifa Hospital, it was medics themselves who had to dig a mass grave for the decomposing bodies of 179 patients and others.³⁵⁸ Israeli bulldozers excavated and exhumed a hospital mass grave in the besieged Kamal Adwan hospital on 16 December, where 26 Palestinians had been buried.³⁵⁹ Speaking to CNN, Hossam Abu Safiya, Head of Paediatric Services at Kamal Adwan

³⁵⁰ WHO, *oPt Emergency Situation Update Issue 17* (14 December 2023), https://www.emro.who.int/images/stories/Sitrep_-_issue_17_for_review.pdf?ua=1.

³⁵¹ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #38* (13 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-38>; and UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #72* (18 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-72>.

³⁵² UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #55* (30 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-55>; UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #66* (11 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-66>.

³⁵³ Bassam Massou and Maggie Fick, "Gaza death toll: why counting the dead has become a daily struggle", *Reuters* (21 December 2023), <https://www.reuters.com/world/middle-east/fight-keep-counting-dead-gaza-2023-12-21/>.

³⁵⁴ UNICEF, @UNICEF, Tweet (10:28 pm, December 17, 2023), <https://twitter.com/UNICEF/status/1736876099890565478>.

³⁵⁵ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #42* (17 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-42>; UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #44* (19 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-44>.

³⁵⁶ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #55* (30 November 2023) <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-55>; Human Rights Watch (HRW), "Birth and Death Intertwined in Gaza Strip: Maternity Care Facilities Gravely Affected by Strikes, Blockade" (1 December 2023), <https://www.hrw.org/news/2023/12/01/birth-and-death-intertwined-gaza-strip>.

³⁵⁷ See e.g., the Al Yaman Al Saeed Hospital in Jabalia refugee camp: UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #65* (10 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-65>.

³⁵⁸ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #40* (15 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-40>.

³⁵⁹ Al-Haq, Al Mezan Center for Human Rights, Palestinian Centre for Human Rights ('PCHR'), *Palestinian Human Rights Organisations Condemn the Serious Israeli Violations at Kamal Adwan Hospital in Northern Gaza* (21 December 2023), <https://alhaq.org/advocacy/22388.html>.

Hospital, stated, “[t]he soldiers dug up the graves this morning and dragged the bodies with bulldozers, then crushed the bodies with the bulldozers ... I have never seen such a thing before”.³⁶⁰

82. United Nations General Assembly Resolution ES10/21 of 27 October 2023 — calling for the “respect and protection ... of all civilian and humanitarian facilities, including hospitals and other medical facilities ... as well as all of humanitarian and medical personnel”³⁶¹ — has been resolutely ignored. Doctors and medics have continued not only to be killed but also to be rounded up and disappeared by the Israeli authorities.³⁶² They include the General Director of Al Shifa and his staff, seized and held incommunicado since 23 November 2023.³⁶³

83. Those wounded by Israel in Gaza are being deprived of life-saving medical care.³⁶⁴ Gaza’s healthcare system — already crippled by years of blockade and prior attacks by Israel — is unable to cope with the sheer scale of the injuries, now at 55,243 injured including at least 8,663 children.³⁶⁵ There are reports of severely injured patients walking for miles trying to find help. UNICEF highlighted the case of a boy from the North “whose leg had been blown off in the violence”, who “had spent ‘three or four days’ trying to reach the south, delayed by checkpoints ... The smell [of decomposition] was clear ... and that boy had shrapnel all over. Potentially, he was blind and had burns to 50 per cent of his body”.³⁶⁶ OCHA identified the case of a woman with shrapnel injuries in her abdomen, who had walked from the North to the South pressing a towel against her wounds.³⁶⁷ Palestinians have had to evacuate their sick, disabled and wounded in a forced march from the North to the South — and then again from the South onwards — dragging hospital beds behind cars, pushing wheelchairs, raising them on makeshift stretchers, or simply carrying them in their arms.³⁶⁸

84. Those hospitals which are still functioning are described as scenes from a “horror movie”.³⁶⁹ The critical shortages of staff and supplies — including anaesthetics, analgesics, medicine and

³⁶⁰ Aber Salaman and Kareem Khadder, “Doctors accuse Israeli troops of desecrating bodies and shooting civilians at hospital Israel says was Hamas ‘command center’”, *CNN* (23 December 2023), <https://edition.cnn.com/2023/12/23/middleeast/kamal-adwan-hospital-gaza-israel-abuse-allegations-intl-cmd/index.html>.

³⁶¹ UNGA Res ES10/21, Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations, A/RES/ES-10/21 (27 October 2023), <https://digitallibrary.un.org/record/4025940?ln=en>.

³⁶² WHO, *WHO calls for protection of humanitarian space in Gaza following serious incidents in high-risk mission to transfer patients, deliver health supplies* (12 December 2023), <https://www.who.int/news/item/12-12-2023-who-calls-for-protection-of-humanitarian-space-in-gaza-following-serious-incident-in-high-risk-mission-to-transfer-patients-deliver-health-supplies>.

³⁶³ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #48* (23 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-48>.

³⁶⁴ UN News, *UPDATED: Injured patients ‘waiting to die’ in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising ‘catastrophic’ hunger levels* (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>.

³⁶⁵ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel – Reported Impact | Day #70* (15 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-70>; UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel – reported impact | Day #82* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>.

³⁶⁶ UN News, *Gaza doctors ‘terrified’ of deadly disease outbreak as aid teams race to deliver* (28 November 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/11/1144032>.

³⁶⁷ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #45* (20 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-45>.

³⁶⁸ “Panic as Gaza’s al-Shifa evacuates, Israel army denies ordering it to do so”, *Al Jazeera* (18 November 2023), <https://www.aljazeera.com/news/2023/11/18/israel-gives-gazas-al-shifa-hospital-one-hour-to-evacuate>.

³⁶⁹ UN Web TV, *UNICEF, WHO, OHCHR, UNHCR - Press Briefing: Rob Holand, Emergency Coordinator WHO* (1 December 2023), <https://webtv.un.org/en/asset/klr/klr101d247a> (at 22:15).

disinfectants³⁷⁰ — have led not only to otherwise unnecessary amputations of limbs,³⁷¹ but also to amputations *without anaesthesia*, often undertaken by flashlight.³⁷² Pregnant women are also being subjected to caesareans without anaesthetic.³⁷³ Patients are being treated on dirty floors covered with blood, with family members having to stand holding saline bags, where saline is even available.³⁷⁴ There are insufficient staff and resources for adequate wound or post-operative wound care:³⁷⁵ unclean wounds — often infested with worms and flies — rapidly become infected, necrotic or gangrenous.³⁷⁶ Patients plead for food and water.³⁷⁷ Even basic pain-management treatment is often unavailable, and patients are at risk of dying from treatable conditions.³⁷⁸ One doctor described having to do procedures without anaesthetic, he said:

“I was forced to do dressing changes on massive wounds, excruciatingly painful wounds. There was a girl with just her whole body covered in shrapnel. She was nine. I ended up having to change and clean these wounds with no anaesthetic and no analgesic. I managed to find some intravenous paracetamol to give her ... her Dad was crying, I was crying, and the poor child was screaming...”³⁷⁹

85. In addition to the war wounded, there are hundreds of thousands of Palestinians in Gaza who still need routine medical care for conditions such as high blood pressure, cardiovascular disease or diabetes.³⁸⁰ Thousands of Palestinians in Gaza are also in need of urgent care for kidney disease and cancer, and an estimated 130 premature babies are dependent on incubators for survival at any given time.³⁸¹ Many of them are now unable to receive medical assistance. UNICEF warns that “[w]omen, children and newborns in Gaza are disproportionately bearing the burden of the escalation of hostilities

³⁷⁰ Jason Burke, “We are overwhelmed: southern Gaza’s exhausted doctors forced to leave children die”, *The Guardian* (24 November 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/nov/24/we-are-overwhelmed-southern-gazas-exhausted-doctors-forced-to-leave-children-to-die>.

³⁷¹ Claire Gillbody-Dickerson, “Doctors in Gaza forced to amputate limbs because they lack means to treat injuries”, *iNews* (30 October 2023), <https://inews.co.uk/news/world/doctors-gaza-forced-amputate-limbs-hospitals-israel-evacuate-2720777>.

³⁷² UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #32* (7 November 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-32>.

³⁷³ UN News, *Interview: 5,500 women in Gaza set to give birth ‘in race against death’* (7 November 2023), <https://news.un.org/en/interview/2023/11/1143327>.

³⁷⁴ UN News, *UN workers delivering aid to Gaza hospital describe ‘bloodbath’ in overflowing emergency department* (16 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144877>; Rajini Vaidyanathan, “WHO says Al-Shifa ‘looked almost like a battlefield hospital’”, *BBC* (17 December 2023), <https://www.bbc.com/news/live/world-middle-east-67732895>.

³⁷⁵ UN News, *UPDATED: Injured patients ‘waiting to die’ in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising ‘catastrophic’ hunger levels* (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>.

³⁷⁶ Lilia Sebouai, “‘Bodies scratched, bleeding and full of flies’: Infections plague Gaza’s hospitals”, *The Telegraph* (6 November 2023), <https://www.telegraph.co.uk/global-health/terror-and-security/hospital-infections-gaza-medical-supplies-clean-water/>; Dr. Hafez Abukhoussa, “The Horrors I’ve Seen Treating Patients at Gaza’s Remaining Hospitals”, *Time Magazine* (12 December 2023), <https://time.com/6358269/horrors-treating-patients-khan-younis-gaza/>.

³⁷⁷ UN News, *UPDATED: Injured patients ‘waiting to die’ in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising ‘catastrophic’ hunger levels* (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>.

³⁷⁸ WHO, *WHO delivers health supplies to Al-Shifa Hospital, appeals for continued access to address urgent needs in north Gaza* (17 December 2023), <https://www.who.int/news/item/17-12-2023-who-delivers-health-supplies-to-al-shifa-hospital--appeals-for-continued-access-to-address-urgent-needs-in-north-gaza>; WHO, *WHO Director-General’s remarks at the Informal Plenary Meeting of the United Nations General Assembly* (17 November 2023), <https://www.who.int/director-general/speeches/detail/who-director-general-s-remarks-at-the-informal-plenary-meeting-of-the-united-nations-general-assembly---17-november-2023>.

³⁷⁹ Interview with Dr Ghassan Abu-Sittah on Channel 4 News, 27 November 2023: “‘We were having to do procedures without anaesthetic’, says Gaza war surgeon”, *Channel 4* (27 November 2023), <https://www.channel4.com/news/we-were-having-to-do-procedures-without-anaesthetic-says-gaza-war-surgeon>.

³⁸⁰ WHO, *oPt Emergency Situation Update Issue 16* (7 December 2023), https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/oPt_Emergency_Situation_Update_-_DEC7b.pdf.

³⁸¹ *Ibid.*

in the occupied Palestinian territory, both as casualties and in reduced access to health services”.³⁸² Older persons and persons with disabilities lack essential medication, and are at higher risk of communicable diseases, malnutrition and death.³⁸³ Pregnant women are also particularly vulnerable.³⁸⁴

86. Experts are beginning to warn that the numbers of Palestinians dying as a result of disease and hunger, could *already* be outstripping violent deaths caused by Israeli army assaults.³⁸⁵ There have already been over 360,000 documented cases of communicable diseases reported in UNRWA shelters alone, brought on or exacerbated by unsanitary conditions, hunger and lack of clean water, with the actual numbers believed to be considerably higher.³⁸⁶ As stated by the World Health Organization:

“Gaza is already experiencing soaring rates of infectious diseases. Over 100 000 cases of diarrhoea have been reported since mid-October. Half of these are among young children under the age of 5 years, case numbers that are 25 times what was reported before the conflict.

Over 150 000 cases of upper respiratory infection, and numerous cases of meningitis, skin rashes, scabies, lice and chickenpox have been reported. Hepatitis is also suspected as many people present with the tell-tale signs of jaundice.

While a healthy body can more easily fight off these diseases, a wasted and weakened body will struggle. Hunger weakens the body’s defences and opens the door to disease.

Malnutrition increases the risk of children dying from illnesses like diarrhoea, pneumonia and measles, especially in a setting where they lack access to life-saving health services.

Even if the child survives, wasting can have life-long impacts as it stunts growth and impairs cognitive development...

The people of Gaza, who have already suffered enough, now face death from starvation and diseases *that could be easily treated with a functioning health system*. This must stop. Food and other aid must flow in far greater amounts. WHO reiterates its call for an immediate humanitarian ceasefire.”³⁸⁷

87. Experts assess that the death toll from disease and hunger “could be multiples of that from fighting and air strikes”.³⁸⁸ Israeli is through its relentless attacks on the Palestinian healthcare system in Gaza is deliberately inflicting on Palestinians in Gaza conditions of life calculated to bring about their destruction.³⁸⁹ Writing in the British medical journal, *The Lancet*, a group of medics “highlight the

³⁸² UNICEF, *Joint Statement by UNICEF, UNDP, UNFPA, WFP and WHO on Humanitarian Supplies Crossing into Gaza* (4 November 2023), <https://www.unicef.org.uk/press-releases/joint-statement-by-unicef-undp-unfpa-wfp-and-who-on-humanitarian-supplies-crossing-into-gaza/>.

³⁸³ HRW, *Gaza: Israeli Attacks, Blockade Devastating for People with Disabilities* (1 November 2023), <https://www.hrw.org/news/2023/11/01/gaza-israeli-attacks-blockade-devastating-people-disabilities>; UN OHCHR, *Occupied Palestinian territory and Israel: UN experts call for permanent ceasefire to protect rights and futures of women and girls* (14 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/occupied-palestinian-territory-and-israel-un-experts-call-permanent>.

³⁸⁴ See further Section 8 *infra*.

³⁸⁵ See *e.g.*, Tedros Adhanom Ghebreyesus, Director-General of the WHO, @DrTedros, Tweet (6:26 am, November 29, 2023), <https://twitter.com/DrTedros/status/1729748696890245146>; UN News, ‘Ten weeks of hell’ for children in Gaza: UNICEF (19 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144927>.

³⁸⁶ UNICEF, *State of Palestine Escalation Humanitarian Situation Report Issue No. 10, 7-13 December* (14 December 2023), <https://www.unicef.org/media/150141/file/SoP-Humanitarian-SitRep-14-December-2023.pdf>; WHO, *oPt Emergency Situation Update Issue 16* (7 December 2023), https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/oPt_Emergency_Situation_Update_-_DEC7b.pdf.

³⁸⁷ WHO, *Lethal combination of hunger and disease to lead to more deaths in Gaza* (21 December 2023), <https://www.who.int/news/item/21-12-2023-lethal-combination-of-hunger-and-disease-to-lead-to-more-deaths-in-gaza>.

³⁸⁸ Henry Mance, “UN aid chief Martin Griffiths: ‘the war in Gaza isn’t halfway through’”, *Financial Times* (18 December 2023), <https://www.ft.com/content/01b592be-47c7-4a20-9bbd-621aa40f7640>.

³⁸⁹ *Ibid.*

health dimensions of violence resulting from the ongoing siege and attacks against Palestinians” rightly warning of a “grave risk of genocide against the Palestinian people”.³⁹⁰

7. Destruction of Palestinian life in Gaza

88. On 16 November 2023, 15 United Nations Special Rapporteurs and 21 members of United Nations Working Groups, warning of a “genocide in the making” in Gaza, observed that the level of destruction that had by then taken place of “housing units, as well as hospitals, schools, mosques, bakeries, water pipes, sewage and electricity networks . . . threatens to make the continuation of Palestinian life in Gaza impossible”.³⁹¹ As they note, Israel has in its bombing campaign against Gaza used “powerful weaponry with inherently indiscriminate impacts, resulting in a colossal death toll and *destruction of life-sustaining infrastructure*.”³⁹² Israel has destroyed not only individual homes, houses, and whole apartment blocks; it has destroyed entire streets, and entire neighbourhoods: Shuja'iyya, a suburb of Gaza City, once home to approximately 110,000 Palestinians, appears to now be a vast wasteland, entirely flattened as far as the eye can see.³⁹³ Its shops, schools, vibrant market place, family homes, doctors clinics, historic streets and Ibn Uthman Mosque, and everything that once sustained Palestinian life there has been damaged or destroyed, along with so many of its people.³⁹⁴ Other areas in Gaza appear to have experienced a similar level of destruction, including Beit Hanoun,³⁹⁵ Beit Lahia,³⁹⁶ Gaza Old City,³⁹⁷ Al Rimal,³⁹⁸ and Nuseirat refugee camp in the South.³⁹⁹

89. Across Gaza, Israel has targeted the infrastructure and foundations of Palestinian life, deliberately creating conditions of life calculated to bring about the physical destruction of Palestinian people. In addition to the attacks previously cited on homes, neighbourhoods, hospitals, water systems, agricultural lands, bakeries and mills, Israel has also targeted the foundational civil

³⁹⁰ Alix Faddoul, Geordan Shannon, Khudejha Ashgar, Yamina Boukari, James Smith and Amy Neilson, “The health dimensions of violence in Palestine: a call to prevent genocide”, *The Lancet* (18 December 2023), [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(23\)02751-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)02751-4/fulltext).

³⁹¹ UN OHCHR, *Gaza: UN experts call on international community to prevent genocide against the Palestinian people* (16 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against>.

³⁹² UN OHCHR, *Gaza: UN experts call on international community to prevent genocide against the Palestinian people* (16 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against> (emphasis added).

³⁹³ “The documentation that dropped Gazans' jaws: the Shuja'iyya neighbourhood was completely wiped out: Watch”, *JDN* (20 December 2023), <https://www.jdn.co.il/video/2103783/>; Israeli soldier reports “Shujaiya neighbourhood gone”: Bazz News, @1717Bazz, Tweet (2:50 pm, December 20, 2023), <https://twitter.com/i/web/status/1737485648158748674>, (translation by Middle East Eye, @MiddleEastEye (8:00am, December 21, 2023), <https://twitter.com/MiddleEastEye/status/1737744722649546979>).

³⁹⁴ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #74* (20 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-74>.

³⁹⁵ UN OCHA, *Before and after: satellite images of Gaza showing damage caused in hostilities* (9 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/and-after-satellite-images-gaza-showing-damage-caused-hostilities>.

³⁹⁶ Dominic Bailey, Erwan Rivault, Daniele Palumbo, “Nearly 100,000 Gaza buildings may be damaged, satellite images show”, *BBC News* (1 December 2023), <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67565872>.

³⁹⁷ UN OCHA, *Before and after: satellite images of Gaza showing damage caused in hostilities* (9 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/and-after-satellite-images-gaza-showing-damage-caused-hostilities>.

³⁹⁸ Al-Haq, Al Mezan Center for Human Rights, Palestinian Centre for Human Rights, *Destruction of al-Rimal Neighborhood in Gaza City, an Attack on the Economic Existence of a National Group* (19 October 2023), <https://www.alhaq.org/advocacy/21943.html>; “How Israeli Airstrikes Destroyed a Busy Neighbourhood in Gaza”, *The Financial Times* (24 October 2023), <https://ig.ft.com/gaza-damage/>.

³⁹⁹ Dominic Bailey, Erwan Rivault, Daniele Palumbo, “Nearly 100,000 Gaza buildings may be damaged, satellite images show”, *BBC News* (1 December 2023), <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67565872>.

system in Gaza. Israel has targeted the Palace of Justice,⁴⁰⁰ — the main Palestinian court building in Gaza — housing the Palestinian Supreme Court, the Constitutional Court, the Court of Appeal, the Court of First Instance, the Administrative Court and the Magistrates’ Court, as well as an archive of court records and other historical files. Israel has also significantly damaged the Palestinian Legislative Council complex.⁴⁰¹ It has targeted Gaza City’s Central Archive building, containing thousands of historical documents and national records dating back over 100 years, and forming an essential archive of Palestinian history, as well as more modern records for Gaza City’s urban development.⁴⁰²

90. Israel has left Gaza City’s main public library in ruins.⁴⁰³ It has also damaged or destroyed countless bookshops, publishing houses, libraries,⁴⁰⁴ and hundreds of educational facilities.⁴⁰⁵ Israel has targeted every one of Gaza’s four universities — including the Islamic University of Gaza, the oldest higher education institution in the territory, which has trained generations of doctors and engineers, amongst others,⁴⁰⁶ — destroying campuses for the education of future generations of Palestinians in Gaza. Alongside so many others, Israel has killed leading Palestinian academics, including: Professor Sufian Tayeh, the President of the Islamic University — an award-winning physicist and UNESCO Chair of Astronomy, Astrophysics and Space Sciences in Palestine — who died, alongside his family, in an airstrike; Dr Ahmed Hamdi Abo Absa, Dean of the Software Engineering Department at the University of Palestine, reportedly shot dead by Israeli soldiers as he walked away, having been released from three days of enforced disappearance; and Professor Muhammad Eid Shabir, Professor of Immunology and Virology, and former President of the Islamic University of Gaza, and Professor Refaat Alareer, poet and Professor of Comparative Literature and Creative Writing at the Islamic University of Gaza, were both killed by Israel with members of their families. Professor Alareer was a co-founder of ‘We are Not Numbers’, a Palestinian youth project seeking to tell the stories behind otherwise impersonal accounts of Palestinians — and Palestinian deaths — in the news.⁴⁰⁷

91. Israel has damaged and destroyed numerous centres of Palestinian learning and culture, including: the Al Zafar Dmari Mosque and Center for Manuscripts and Ancient Documents;⁴⁰⁸ the Orthodox Cultural Centre; the Al Qarara Cultural Museum; the Gaza Centre for Culture and Arts; the Arab Social Cultural Centre; the Hakawi Society for Culture and Arts; and the Rafah Museum — Gaza’s newly opened museum of Palestinian heritage, housing hundreds of cultural and archaeological artefacts. Israel’s attacks have destroyed Gaza’s ancient history: eight sites have been damaged or

⁴⁰⁰ Diakonia International Humanitarian Law Centre, *2023 Hostilities And Escalating Violence In The OPT | Account of Events* (13 December 2023), <https://www.diakonia.se/ihl/news/2023-hostilities-in-gaza-and-israel-factual-account-of-events/>.

⁴⁰¹ Josh Holder, “Gaza After Nine Weeks of War”, *The New York Times* (12 December 2023),

<https://www.nytimes.com/interactive/2023/12/12/world/middleeast/gaza-strip-satellite-images-israel-invasion.html>.

⁴⁰² International Council on Archives, *Statement of the International Council on Archives on the Destruction of the Central Archives of the Municipality of Gaza* (13 December 2023), <https://www.ica.org/en/statement-of-the-international-council-on-archives-on-the-destruction-of-the-central-archives-of-the>.

⁴⁰³ Mohamad El Chamaa, “Gazans mourn loss of their libraries: Cultural beacons and communal spaces” *The Washington Post* (1 December 2023), <https://www.washingtonpost.com/world/2023/11/30/gaza-library-palestinian-culture/>.

⁴⁰⁴ Laila Hussein Moustafa, “Opinion: When libraries like Gaza’s are destroyed, what’s lost is far more than books”, *Los Angeles Times* (12 December 2023), <https://www.latimes.com/opinion/story/2023-12-12/gaza-library-bombing>.

⁴⁰⁵ UNICEF, *UNICEF in the State of Palestine Escalation Humanitarian Situation Report No. 10* (14 December 2023), <https://www.unicef.org/media/150141/file/SoP-Humanitarian-SitRep-14-December-2023.pdf>.

⁴⁰⁶ Brendan O’Malley, Wagdy Sawahel, “Israel bombs Gaza university, alleging use by military”, *University World News* (12 October 2023), <https://www.universityworldnews.com/post.php?story=20231012162739531>.

⁴⁰⁷ We Are Not Numbers, *Tributes to Refaat Alareer, killed Dec. 9, 2023* (18 December 2023),

<https://wearenotnumbers.org/tributes-to-refaat-alareer-killed-dec-9-2023/>.

⁴⁰⁸ ANSCH, *Report on the Impact of the Recent War in 2023 on the Cultural Heritage in Gaza Strip – Palestine* (7 November 2023) <https://www.heritageforpeace.org/wp-content/uploads/2023/11/Report-of-the-effects-of-the-last-war-of-2023-on-the-cultural-heritage-in-Gaza-Strip-Palestine-english.pdf>.

destroyed, including the ancient port of Gaza (known as ‘Anthedon Harbour’ or ‘Al Balakhiya’) — the archaeological site of a 2,000-year-old Roman cemetery listed on both the Islamic Heritage List and the tentative UNESCO World Heritage List.⁴⁰⁹ Israel has also destroyed Gaza City’s ‘Old City’, including its 146-year-old historic houses, mosques, churches, markets and schools. It has also destroyed Gaza’s more recent history of more hopeful times, including the Rashad al-Shawa Cultural Center — site of a historic meeting between United States President Bill Clinton and Palestinian President Yasser Arafat 25 years ago — and an important cultural hub for Palestinians in Gaza, with its theatre, library and event space.⁴¹⁰ And Israel is destroying Gaza’s future academic and cultural potential: alongside the 352 Palestinian schools it has damaged or destroyed,⁴¹¹ the 4,037 students and 209 teachers and educational staff it has killed, alongside the other 7,259 students and 619 teachers it has injured.⁴¹²

92. Israel has damaged or destroyed an estimated 318 Muslim and Christian religious sites, demolishing the places where Palestinians have worshipped for generations.⁴¹³ These include the Great Omari Mosque, originally a fifth century Byzantine church, an iconic landmark of Gaza’s history, architecture and cultural heritage, and a place of worship by Christians and Muslims for over 1,000 years.⁴¹⁴ Israeli shelling has also damaged the Church of Saint Porphyrius, founded in 425 AD and believed to be the third oldest church in the world — alongside two other churches that have sustained direct Israeli fire.⁴¹⁵ Gaza’s Christians themselves have been targeted and killed by Israel in the very church compounds where they sought shelter.⁴¹⁶

93. Along with its destruction of the physical monuments to the history and heritage of the Palestinians in Gaza, Israel has sought to destroy the very Palestinian people who form and create that heritage: Gaza’s celebrated journalists, its teachers, intellectuals and public figures, its doctors and nurses, its film-makers, writers and singers, the directors and deans of its universities, the heads of its hospitals, its eminent scientists, linguists, playwrights, novelists, artists and musicians. Israel has killed and is killing Palestinian story-tellers and poets, Palestinian farmers and fishermen, alongside Gaza’s local legends: pastry chef Masoud Muhammad al-Qatati, killed in an Israeli airstrike on his house on 3 November 2023, whose shop’s motto ‘let the poor eat’ — and reputation for giving away the popular Palestinian treat ‘knafeh’ to indigent customers — earned him the nickname ‘Father of the Poor’; 84-year-old Elham Farah, from one of Palestine’s oldest Christian families — a reputed accordionist and music teacher, known as ‘Mother Orange’ to generations of Palestinian music students for her shock of red hair,⁴¹⁷ — shot dead by an Israeli sniper outside the Holy Family Church in Gaza City when she

⁴⁰⁹ UNESCO, *Anthedon Harbour* (2 April 2012), <https://whc.unesco.org/en/tentativelists/5719/>.

⁴¹⁰ “Erasing History: The Destruction of Gaza’s Cultural Heritage by Israel’s War Machine”, *LBC International* (8 December 2023), <https://www.lbcgroup.tv/news/news-bulletin-reports/740070/erasing-history-the-destruction-of-gazas-cultural-heritage-by-israels/en>.

⁴¹¹ UNICEF, *UNICEF in the State of Palestine Escalation Humanitarian Situation Report No. 10* (14 December 2023), <https://www.unicef.org/media/150141/file/SoP-Humanitarian-SitRep-14-December-2023.pdf>.

⁴¹² UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78* (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>.

⁴¹³ Palestine Red Crescent Society, *Response Report as of Saturday, October 7th 2023, 6:00 PM Until Sunday, December 24th 2023, 24:00 AM* (24 December 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/palestine-red-crescent-society-response-report-saturday-october-7th-2023-600-pm-until-sunday-december-24th-2023-2400-am-enar>.

⁴¹⁴ “Images show major damage to Gaza’s oldest mosque”, *BBC News* (8 December 2023), <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67664853>.

⁴¹⁵ “Photos show Gaza’s Church of Saint Porphyrius, one of the oldest churches in the world, after the complex was damaged by Israeli airstrikes”, *Business Insider* (24 October 2023), <https://www.businessinsider.com/israel-gaza-war-church-airstrikes-damage-2023-10>.

⁴¹⁶ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #72* (18 December 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-72>.

⁴¹⁷ “84-year-old Elham Farah: Accordionist, aunt and Gaza’s first ever music teacher killed by Israeli sniper”, *The New Arab* (7 December 2023), <https://www.newarab.com/features/gazas-first-music-teacher-elham-farah-killed-sniper>.

returned home for warm clothes, and was left to bleed to death;⁴¹⁸ and Al-Shaima Saidam, the student with the highest final high school exam grades in the whole of Palestine, killed with multiple members of her family in a strike on Al Nuseirat refugee camp.⁴¹⁹ Just as Israel is destroying the official memory and records of Palestinians in Gaza through its destruction of Gaza's archives and landmarks, it is obliterating Palestinian personal lives and private memories, histories and futures, through bombing and bulldozing graveyards,⁴²⁰ destroying family records and photographs, wiping out entire multi-generational families,⁴²¹ and killing, maiming and traumatising a generation of children.⁴²² As a Palestinian man, in a video by UNRWA, succinctly sums up: "These are all our memories, our entire lives . . . Now it's all gone; everything has turned into ashes."⁴²³

94. The Israeli army — erecting the Israeli flag over the wreckage of devastated Palestinian homes, towns and cities, including in Gaza City's Palestine Square itself,⁴²⁴ and spurred on by calls from within the Israeli government and without to 'flatten Gaza' and re-establish Israeli settlements on the rubble of Palestinian homes,⁴²⁵ — is destroying the very fabric and basis of Palestinian life in Gaza. Israel is thereby deliberately inflicting on the Palestinian group in Gaza conditions of life calculated to bring about its destruction.

8. *Imposing measures intended to prevent Palestinian births*

95. As set out above, Israel's actions are impacting Palestinian women and children in Gaza especially severely, with 70 per cent of those killed estimated to be women and children. Two mothers are estimated to be killed every hour in Gaza. Over 7,729 children were estimated to have been killed by 11 December 2023 alone,⁴²⁶ and at least 4,700 other women and children are reported missing,

⁴¹⁸ Nadda Osman, "Israel-Palestine war: The elderly Christian music teacher killed by Israeli soldiers in Gaza", *Middle East Eye* (14 November 2023), <https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-war-christian-music-teacher-killed-gaza>.

⁴¹⁹ Nader Durgham, "Israel-Palestine war: Palestine's top student killed by Israeli air strikes", *Middle East Eye* (17 October 2023), <https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-war-top-high-school-student-killed>.

⁴²⁰ "Damage to Gaza War Cemetery shows challenge of caring for monuments in conflict zones", *Canadian Press* (10 November 2023), <https://www.cp24.com/news/damage-to-gaza-war-cemetery-shows-challenge-of-caring-for-monuments-in-conflict-zones-1.6639255>; Christoph Koettl, Christian Triebert, "Satellite Imagery and Video Shows Some Gazan Cemeteries Razed by Israeli Forces", *The New York Times* (14 December 2023), <https://www.nytimes.com/2023/12/14/world/middleeast/gaza-cemeteries-damage-israel.html>.

⁴²¹ Mahmoud Mushtaha, "A Second Nakba: Israeli attacks are erasing entire families from Gaza's civil registry", *The New Arab* (31 October 2023), <https://www.newarab.com/features/gaza-entire-families-being-wiped-out-civil-registry>.

⁴²² UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #74* (20 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-74>; UNICEF, *Emergency Response Children Trapped In Gaza Conflict Face Generational Trauma* (1 November 2023), <https://www.unicefusa.org/stories/children-trapped-gaza-conflict-face-generational-trauma>.

⁴²³ Quoted in UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #70* (15 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-70>.

⁴²⁴ "Israeli flag raised in symbolic Palestine Square in Gaza City, video shows", *CNN* (8 December 2023), https://edition.cnn.com/middleeast/live-news/israel-hamas-war-gaza-news-12-08-23/h_7516b0f4b4970e9a01bffb26f1bb4739.

⁴²⁵ "Far-right minister calls for Israel to 'fully occupy' Gaza, reestablish settlements", *The Times of Israel* (15 December 2023), <https://www.timesofisrael.com/far-right-minister-calls-for-israel-to-fully-occupy-gaza-reestablish-settlements/>.

⁴²⁶ UNICEF, *Joint Statement by UNICEF, UNDP, UNFPA, WFP and WHO on Humanitarian Supplies Crossing into Gaza* (4 November 2023), <https://www.unicef.org/press-releases/joint-statement-by-unicef-undp-unfpa-wfp-and-who-on-humanitarian-supplies-crossing-into-gaza/>; UN Women, *Facts and figures: Women and girls during the war in Gaza* (22 December 2023), <https://www.unwomen.org/en/news-stories/feature-story/2023/10/facts-and-figures-women-and-girls-during-the-war-in-gaza>.

believed to be buried under the rubble.⁴²⁷ There are multiple eye-witness accounts of pregnant women being killed by Israeli soldiers, including while trying to access healthcare.⁴²⁸

96. Pregnant women and children — including newborn babies — are also particularly impacted by displacement, lack of access to food and water, shelter, clothes, hygiene and sanitation, and lack of access to health services. These effects are severe and significant. An estimated 5,500 of approximately 52,000 pregnant Palestinian women in Gaza giving birth each month are doing so in unsafe conditions, often with no clean water, much less medical assistance, “in shelters, in their homes, in the streets amid rubble, or in overwhelmed healthcare facilities, where sanitation is worsening, and the risk of infection and medical complications is on the rise”.⁴²⁹ Where they are able to get to a functioning hospital, pregnant women are having to undergo caesarean sections without anaesthetic.⁴³⁰

97. Given the lack of access to critical medical supplies, including blood— doctors are being compelled to perform ordinarily unnecessary hysterectomies on young women in an attempt to save their lives, leaving them unable to have more children.⁴³¹ Indeed, the Minister of Health for the State of Palestine, Dr May al-Kaileh, confirms that the only option facing Palestinian women in Gaza who ‘bleed out’ after giving birth is to undergo a hysterectomy in order for their lives to be saved.⁴³² The lack of available drugs, such as the anti-D injection — given to Rhesus negative women on the birth of a Rhesus positive baby — also seriously impacts the possibility of future healthy pregnancies for affected women.

98. Premature births have reportedly increased by between 25-30 per cent, as stressed and traumatised pregnant women face a myriad of challenges, including being compelled to walk long distances in search of safety, attempting to escape from bombs and being crowded into shelters in often squalid conditions. Particularly in northern Gaza, cases of placenta abruption — a serious condition that occurs to pregnant women during childbirth which is potentially life-threatening to both mother and baby — have more than doubled.⁴³³

99. An ever-increasing number of Palestinian babies in Gaza are reportedly dying from entirely preventable causes, brought about by Israel’s actions: newborns up to three months old are dying of diarrhoea, hypothermia, and other preventable causes. Without essential equipment and medical support, premature and underweight babies have little to no chance of survival.⁴³⁴ Palestinian newborn

⁴²⁷ Red Crescent Society, Palestine Red Crescent Society Response Report As of Saturday, October 7th 2023, 6:00 PM Until Sunday, December 24th 2023, 24:00 AM (24 December 2023), p.1,

<https://www.palestinercs.org/public/files/image/2023/News/latestresponse23012023/en%20220%202023.pdf>.

⁴²⁸ “مشاهد الحصار والدمار في تل الزعتر بمخيم جباليا”, *Al Jazeera* (23 December 2023),

<https://www.aljazeera.net/videos/2023/12/23/مشاهد-الحصار-والدمار-في-تل-الزعتر>; “Israeli forces ‘kill pregnant women in Gaza, run over bodies with bulldozers’: report” *The New Arab* (23 December 2023), <https://www.newarab.com/news/israeli-army-shot-pregnant-women-ran-over-bodies-report>.

⁴²⁹ WHO, *Women and newborns bearing the brunt of the conflict in Gaza, UN agencies warn* (3 November 2023),

<https://www.who.int/news/item/03-11-2023-women-and-newborns-bearing-the-brunt-of-the-conflict-in-gaza-un-agencies-warn>.

⁴³⁰ UN News, *Interview: 5,500 women in Gaza set to give birth ‘in race against death’* (7 November 2023),

<https://news.un.org/en/interview/2023/11/1143327>.

⁴³¹ Juzoor for Health and Social Development, *The ravages of war: impact on mothers & newborns in Gaza* (11 November 2023), https://www.juzoor.org/cached_uploads/download/2023/11/11/maternal-health-report-final-1699726911.pdf;

“تروى لأول مرة تفاصيل مرعبة عن واقعة 50 ألف-الأمهات في غزة يواجهن مصيرا مجهولا”⁵⁰;

<https://www.aljazeera.net/women/2023/10/30/الأمهات-50-واقعة-عن-مرعبة-تروى-لأول-مرة-تفاصيل-مرعبة-عن-واقعة-50-ألف-الأمهات-في-غزة-يواجهن-مصيرا-مجهولا>.

⁴³² Interview with Dr Mai Al-Kaileh (Palestinian Minister of Health) on Al Arabiya, 27 December 2023,

<https://www.instagram.com/reel/C1W2QFCvmM8/?igsh=Ynk1NjRzdndnaHM5>.

⁴³³ Oxfam, *Babies dying from preventable causes in besieged Gaza – Oxfam* (24 November 2023),

<https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/babies-dying-preventable-causes-besieged-gaza-oxfam>.

⁴³⁴ *Ibid.*

babies have died due to the lack of fuel to supply hospital generators;⁴³⁵ others have been found decomposing in their hospital cots, medical staff taking care of them having been forced by Israel to evacuate.⁴³⁶

100. On 3 November 2023, the World Health Organisation warned that “[m]aternal deaths are expected to increase given the lack of access to adequate care”, with deadly consequences on reproductive health, including a rise in stress-induced miscarriages, stillbirths and premature births.⁴³⁷ The impact will necessarily be long lasting and severe for Palestinians in Gaza as a group. By 22 November 2023 the United Nations Special Rapporteur on violence against women and girls, its causes and consequences, has expressly warned that:

“[T]he reproductive violence inflicted by Israel on Palestinian women, newborn babies, infants, and children could be qualified as... *acts of genocide under Article 2 of the Convention on the Prevention of Genocide* ... including “imposing measures intended to prevent births within a group”. She stressed that “States must prevent and punish such acts in accordance with their responsibilities under the Genocide Convention.”⁴³⁸

D. Expressions of Genocidal Intent against the Palestinian People by Israeli State Officials and Others

101. Evidence of Israeli State officials’ specific intent (*‘dolus specialis’*) to commit and persist in committing genocidal acts or to fail to prevent them has been significant and overt since October 2023. Those statements of intent — when combined with the level of killing, maiming, displacement and destruction on the ground, together with the siege — evidence an unfolding and continuing genocide. They include statements by the following individuals in the positions of the highest responsibility:

— **Prime Minister of Israel:** On 7 October 2023, in a televised address by the Government Press Office, Prime Minister Benjamin Netanyahu promised to “operate forcefully everywhere”.⁴³⁹ On 13 October 2023, he confirmed that “[w]e are striking our enemies with unprecedented might . . .”.⁴⁴⁰ On 15 October 2023, when Israeli airstrikes had already killed over 2,670 Palestinians, including 724 children,⁴⁴¹ the Prime Minister stated that Israeli soldiers “understand the scope of the mission” and stand ready “to defeat the bloodthirsty monsters who

⁴³⁵ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #44* (19 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-44>; UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #48* (23 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-48>.

⁴³⁶ “Abandoned babies found decomposing in Gaza hospital weeks after it was evacuated”, *NBC News* (2 December 2023), <https://www.nbcnews.com/news/world/abandoned-babies-found-decomposing-gaza-hospital-evacuated-rcna127533>.

⁴³⁷ WHO, *Women and newborns bearing the brunt of the conflict in Gaza, UN agencies warn* (3 November 2023), <https://www.who.int/news/item/03-11-2023-women-and-newborns-bearing-the-brunt-of-the-conflict-in-gaza-un-agencies-warn>.

⁴³⁸ UN Press Release, *Women bearing the brunt of Israel-Gaza conflict: UN expert* (20 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/women-bearing-brunt-israel-gaza-conflict-un-expert> (emphasis added).

⁴³⁹ Prime Minister of Israel, @IsraeliPM, Tweet (10:31 pm, October 7, 2023), <https://twitter.com/IsraeliPM/status/1710769906373775373>.

⁴⁴⁰ Address by the Prime Minister of Israel, (13 October 2023), <https://www.youtube.com/watch?v=T4HXaZ20M6Q>. Translation in “‘Only the beginning’ says Netanyahu as Israel makes first raids into Gaza”, *Reuters* (13 October 2023), <https://www.reuters.com/world/middle-east/now-is-time-war-says-israels-military-chief-2023-10-12/>.

⁴⁴¹ UNICEF, *Immediate Needs Document in the State of Palestine (October – December 2023)* (17 October 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/immediate-needs-document-state-palestine-october-december-2023>. (Total as of 17:45, 15 October 2023; children as of 12:00, 14 October 2023).

have risen against [Israel] to destroy us”.⁴⁴² On 16 October 2023, in a formal address to the Israeli Knesset, he described situation as “a struggle between the children of light and the children of darkness, between humanity and the law of the jungle”,⁴⁴³ a dehumanising theme to which he returned on various occasions, including: on 3 November 2023, in a letter to Israeli soldiers and officers also published on the platform ‘X’ (formerly Twitter); the letter asserted that: “[t]his is the war between the sons of light and the sons of darkness. We will not let up on our mission until the light overcomes the darkness — the good will defeat the extreme evil that threatens us and the entire world.”⁴⁴⁴ The Israeli Prime Minister also returned to the theme in his ‘Christmas message’, stating: “we’re facing monsters, monsters who murdered children in front of their parents . . . This is a battle not only of Israel against these barbarians, it’s a battle of civilization against barbarism”.⁴⁴⁵ On 28 October 2023, as Israeli forces prepared their land invasion of Gaza, the Prime Minister invoked the Biblical story of the total destruction of Amalek by the Israelites, stating: “you must remember what Amalek has done to you, says our Holy Bible. And we do remember”.⁴⁴⁶ The Prime Minister referred again to Amalek in the letter sent on 3 November 2023 to Israeli soldiers and officers.⁴⁴⁷ The relevant biblical passage reads as follows: “Now go, attack Amalek, and proscribe all that belongs to him. Spare no one, but kill alike men and women, infants and sucklings, oxen and sheep, camels and asses”.⁴⁴⁸

— **President of Israel:** On 12 October 2023, President Isaac Herzog made clear that Israel was not distinguishing between militants and civilians in Gaza, stating in a press conference to foreign media — in relation Palestinians in Gaza, over one million of whom are children: “It’s an entire nation out there that is responsible. It’s not true this rhetoric about civilians not aware not involved. It’s absolutely not true. . . . and we will fight until we break their backbone.”⁴⁴⁹ On 15 October 2023, echoing the words of Prime Minister Netanyahu, the President told foreign media that “we will uproot evil so that there will be good for the entire region and the world.”⁴⁵⁰ The Israeli President is one of many Israelis to have handwritten ‘messages’ on bombs to be dropped on Gaza.⁴⁵¹

— **Israeli Minister of Defence:** On 9 October 2023, Defence Minister Yoav Gallant in an Israeli Army ‘situation update’ advised that Israel was “imposing a complete siege on Gaza. No electricity, no food, no water, no fuel. Everything is closed. We are fighting human animals and

⁴⁴² Israel Prime Minister’s Office, *PM Netanyahu asks Ministers to Rise for a Moment of Silence* (15 October 2023), <https://www.gov.il/en/departments/news/spoke-start151023> (emphasis added).

⁴⁴³ Israel Ministry of Foreign Affairs, Press Release: Excerpt from PM Netanyahu’s remarks at the opening of the Winter Assembly of the 25th Knesset’s Second Session, 16 October 2023, <https://www.gov.il/en/departments/news/excerpt-from-pm-netanyahu-s-remarks-at-the-opening-of-the-knesset-s-winter-assembly-16-oct-2023>.

⁴⁴⁴ Prime Minister’s Office in Hebrew, @IsraeliPM_heb (11:44 am, November 3, 2023), https://twitter.com/IsraeliPM_heb/status/1720406469055500583.

⁴⁴⁵ Israel Ministry of Foreign Affairs, Christmas message from PM Netanyahu, 24 December 2023, <https://www.gov.il/en/departments/news/christmas-message-from-pm-netanyahu-24-dec-2023>.

⁴⁴⁶ Address by the Prime Minister of Israel, 28 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=IIPkoDk6isc>. Translation in, “Israel-Hamas war: ‘We will fight and we will win’, says Benjamin Netanyahu”, *Sky News* (28 October 2023), <https://news.sky.com/video/israel-hamas-war-we-will-fight-and-we-will-win-says-benjamin-netanyahu-12995212>.

⁴⁴⁷ Prime Minister’s Office in Hebrew, @IsraeliPM_heb, Tweet (11:43 am November 3, 2023), https://twitter.com/IsraeliPM_heb/status/1720406463972004198.

⁴⁴⁸ Sefaria, I Samuel 15:1-34, JPS, 1985, https://www.sefaria.org/I_Samuel.15.1-34?lang=bi.

⁴⁴⁹ Rageh Omaar, “Israeli president Isaac Herzog says Gazans could have risen up to fight ‘evil’ Hamas”, *ITV News* (13 October 2023), <https://www.itv.com/news/2023-10-13/israeli-president-says-gazans-could-have-risen-up-to-fight-hamas>.

⁴⁵⁰ President of the State of Israel, @Isaac_Herzog, Tweet (10 pm, October 15, 2023), https://twitter.com/Isaac_Herzog/status/1713661051986678189.

⁴⁵¹ President of the State of Israel, @Isaac_Herzog, Tweet (5:16 pm, December 25, 2023), https://twitter.com/Isaac_Herzog/status/173933430267074594.

we are acting accordingly.”⁴⁵² He also informed troops on the Gaza border that he had “released all the restraints”,⁴⁵³ stating in terms that: “Gaza won’t return to what it was before. We will eliminate everything. If it doesn’t take one day, it will take a week. It will take weeks or even months, we will reach all places.”⁴⁵⁴ He further announced that Israel was moving to “a full-scale response” and that he had “removed every restriction” on Israeli forces.⁴⁵⁵

— **Israeli Minister for National Security:** On 10 November 2023, Itamar Ben-Gvir clarified the government’s position in a televised address, stating: “[t]o be clear, when we say that Hamas should be destroyed, it also means those who celebrate, those who support, and those who hand out candy — they’re all terrorists, and they should also be destroyed.”⁴⁵⁶

— **Israeli Minister of Energy and Infrastructure:** ‘Tweeting’ on 13 October 2023, Israel Katz stated: “All the civilian population in Gaza is ordered to leave immediately. We will win. They will not receive a drop of water or a single battery until they leave the world.”⁴⁵⁷ On 12 October 2023, he ‘tweeted’: “Humanitarian aid to Gaza? No electrical switch will be turned on, no water hydrant will be opened and no fuel truck will enter until the Israeli abductees are returned home. Humanitarianism for humanitarianism. And no one will preach us morality.”⁴⁵⁸

— **Israeli Minister of Finance:** On 8 October 2023, Bezalel Smotrich stated at a meeting of the Israeli Cabinet that “[w]e need to deal a blow that hasn’t been seen in 50 years and take down Gaza.”⁴⁵⁹

— **Israeli Minister of Heritage:** On 1 November 2023, Amichai Eliyahu posted on Facebook: “The north of the Gaza Strip, more beautiful than ever. Everything is blown up and flattened, simply a pleasure for the eyes ... We must talk about the day after. In my mind, we will hand over lots to all those who fought for Gaza over the years and to those evicted from Gush Katif” [a former Israeli settlement].⁴⁶⁰ He later argued against humanitarian aid as “[w]e

⁴⁵² Statement by Yoav Gallant, 9 October 2023, 9 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=1nxvS9VY-t0>. Translation in Emanuel Fabian, “Defense minister announces ‘complete siege’ of Gaza: No power, food or fuel”, *The Times of Israel* (9 October 2023), https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/defense-minister-announces-complete-siege-of-gaza-no-power-food-or-fuel/.

⁴⁵³ Filmography: Ariel Harmoni, Ministry of Defense, Kipa News, 10 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=I9wx7e4u-xM>. Translation in Emanuel Fabian, “Gallant: Israel moving to full offense, Gaza will never return to what it was”, *The Times of Israel* (10 October 2023), https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/gallant-israel-moving-to-full-offense-gaza-will-never-return-to-what-it-was/.

⁴⁵⁴ Filmography: Ariel Harmoni, Ministry of Defense, Kipa News, 10 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=I9wx7e4u-xM>. Translation in “Israeli Defense Minister Warns Hamas ‘Will Regret’ Deadly Attacks”, *Bloomberg* (10 October 2023), <https://www.youtube.com/watch?v=vtjHcnNB0E8>.

⁴⁵⁵ Bill Hutchinson, “Bombarded by Israeli airstrikes, conditions in Gaza grow more dire as power goes out”, *ABC News* (12 October 2023), <https://abcnews.go.com/International/bombarded-israeli-airstrikes-conditions-gaza-grow-dire-power/story?id=103899193#:~:text=The%20airstrikes%20were%20launched%20by.have%20been%20hit%20in%20Gaza>.

⁴⁵⁶ Interview with Itamar Ben-Gvir on Channel 12, 11 November 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=2vRl-cc-D3w> [10:30 onwards]. Translated by Quds News Network, @QudsNen, Tweet (7:28 pm, November 12, 2023), <https://twitter.com/QudsNen/status/1723784790682358189>.

⁴⁵⁷ Israel Katz, Minister of Energy and Infrastructure, Member of the Political-Security Cabinet, Member of Knesset, @Israel_katz, Tweet (6:01 pm, October 13, 2023) https://twitter.com/Israel_katz/status/1712876230762967222.

⁴⁵⁸ Israel Katz, Minister of Energy and Infrastructure, Member of the Political-Security Cabinet, Member of Knesset, @Israel_katz, Tweet (7:34 am, October 12, 2023) https://twitter.com/Israel_katz/status/1712356130377113904. Translation in “First Thing: no power, water or fuel for Gaza until hostages are freed, Israel says”, *The Guardian* (12 October 2023), <https://www.theguardian.com/us-news/2023/oct/12/first-thing-no-power-water-fuel-gaza-until-hostages-freed-israel-says>.

⁴⁵⁹ “By abducting over 100 people into Gaza, Hamas has put Netanyahu in a political bind”, *The Times of Israel* (8 October 2023), <https://www.timesofisrael.com/by-abducting-over-100-people-into-gaza-hamas-has-put-netanyahu-in-a-political-bind/>.

⁴⁶⁰ Amichai Eliyahu, Facebook Post (1 November 2023), <https://www.facebook.com/eliyau.a/videos/14891858828326/>.

wouldn't hand the Nazis humanitarian aid", and "there is no such thing as uninvolved civilians in Gaza".⁴⁶¹ He also posited a nuclear attack on the Gaza Strip.⁴⁶²

— **Israeli Minister of Agriculture:** On 11 November 2023, Avi Dichter in a television interview recalled the Nakba of 1948, in which over 80 percent of the Palestinian population of the new Israeli State was forced from or fled their homes, stating that "[w]e are now actually rolling out the Gaza Nakba".⁴⁶³

— **Deputy Speaker of the Knesset and Member of the Foreign Affairs and Security Committee:** On 7 October 2023, Nissim Vaturi 'tweeted' that: "[n]ow we all have one common goal — erasing the Gaza Strip from the face of the earth. Those who are unable will be replaced."⁴⁶⁴

102. Similar statements have been made by Israeli army officials, advisers and spokespersons, and others engaging with Israeli troops being deployed in Gaza:

— **Israeli Army Coordinator of Government Activities in the Territories ('COGAT'):** On 9 October 2023, in a video statement addressed to Hamas and Gaza residents, published by COGAT's official channel, Major General Ghassan Alian warned: "Hamas became ISIS and the citizens of Gaza are celebrating instead of being horrified. Human animals are dealt with accordingly. Israel has imposed a total blockade on Gaza, no electricity, no water, just damage. You wanted hell, you will get hell."⁴⁶⁵

— **Israeli Army Reservist Major General, former Head of the Israeli National Security Council, and adviser to the Defence Minister:**⁴⁶⁶ On 7 October 2023, Giora Eiland, describing the Israeli order to cut off water and electricity to Gaza, wrote in an online journal: "This is what Israel has begun to do — we cut the supply of energy, water and diesel to the Strip . . . But it's not enough. In order to make the siege effective, we have to prevent others from giving assistance to Gaza . . . *The people should be told that they have two choices; to stay and to starve, or to leave.* If Egypt and other countries prefer that these people will perish in Gaza, this

⁴⁶¹ Gili Cohen, Dov Gil-Har, Itay Blumenthal, Sulieman Masvidan, "Minister Amichai Eliyahu: Atomic bomb on Gaza? This is one of the possibilities", *Kan* (5 November 2023), <https://www.kan.org.il/content/kan-news/politic/596470/>. Translation in "Far-right minister: Nuking Gaza is an option, population should 'go to Ireland or deserts'", *The Times of Israel* (5 November 2023), https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/far-right-minister-nuking-gaza-is-an-option-population-should-go-to-ireland-or-deserts/.

⁴⁶² *Ibid.* The radio comment was criticised by the Prime Minister. Prime Minister of Israel, @IsraeliPM, Tweet (8:05 am, November 5, 2023), <https://twitter.com/IsraeliPM/status/1721076229518823826>. The Prime Minister's Office announced that the MK had been suspended from government meetings until further notice, although he reportedly voted in a meeting later that day. "Netanyahu 'suspended' the minister who did not fire an atom bomb on Gaza - even though there is no such option in the government regulations", *Yedioth Ahronoth* (5 November 2023), <https://www.ynet.co.il/news/article/rjdl5ebm6>.

⁴⁶³ Interview with Avi Dichter on Channel 12. Hanno Hauenstein, @hahauenstein, Tweet (8:42 pm, November 11, 2023), <https://twitter.com/hahauenstein/status/1723441134221869453>.

⁴⁶⁴ Nissim Vaturi, Deputy Speaker of the Knesset. Member of the Foreign Affairs and Security Committee, @nissimv, Tweet (5:33 pm, October 7, 2023) <https://twitter.com/nissimv/status/1710694866009596169>. Translation in "Public Statement: Scholars Warn of Potential Genocide in Gaza", *Opinio Juris* (18 October 2023), <https://opiniojuris.org/2023/10/18/public-statement-scholars-warn-of-potential-genocide-in-gaza/>.

⁴⁶⁵ Video address by Ghassan Alian, 10 October 2023, <https://www.youtube.com/shorts/5a0EWv-o7mE>.

⁴⁶⁶ "Former security officials and strategic advisor: the 'cabinet' established by Gallant for himself", *Yedioth Ahronoth* (26 October 2023), <https://www.ynet.co.il/news/article/r1zlcnog>.

is their choice.”⁴⁶⁷ On the same day, he asserted in a national newspaper that “[w]hen you are at war with another country you don't feed them, you don't provide them electricity or gas or water or anything else . . . *A country can be attacked in a much broader way, to bring the country to the brink of dysfunction. This is the necessary outcome of events*” in Gaza.⁴⁶⁸ He has repeatedly asserted the benefits for Israel of the creation of a humanitarian crisis in Gaza, stating that “*Israel has no interest in the Gaza Strip being rehabilitated and this is an important point that needs to be made clear to the Americans*”,⁴⁶⁹ and that “[i]f we ever want to see the hostages alive, the only way is to create a *severe humanitarian crisis in Gaza*”.⁴⁷⁰ He has indicated that water should be targeted, noting that water in Gaza “comes from wells with salt water unfit for consumption. They have water treatment plants, Israel should hit those plants. When the entire world says we have gone insane and this is a humanitarian disaster — we will say, it’s not an end, it’s a means.”⁴⁷¹ In a Times radio interview on 12 October 2023, he reiterated the army should:

“[C]reate such a huge pressure on Gaza, that Gaza will become an area where people cannot live. People cannot live, until Hamas is destroyed, which means that Israel not only stops to supply energy, diesel, water, food . . . as we did in the last twenty years . . . but we should prevent any possible assistance by others, and to create in Gaza such a terrible, unbearable situation, that can last weeks and months”.⁴⁷²

Giora Eiland has repeatedly been given a media platform to call for Gaza to be made uninhabitable, declaring “*the State of Israel has no choice but to make Gaza a place that is temporarily, or permanently, impossible to live in.*”⁴⁷³ In an interview on 6 November 2023, he suggested that, “if there is an intention for a military action at Shifa [Hospital], which I think is inescapable, I hope that the head of the CIA got an explanation of why this is necessary, and why *the US must ultimately back even an operation like this, even if there are thousands of bodies of civilians in the streets afterward.*”⁴⁷⁴ Further he proposed that “Israel needs to create a humanitarian crisis in Gaza, compelling tens of thousands or even hundreds of thousands to seek refuge in Egypt or the Gulf . . . *Gaza will become a place where no human being can exist.*”⁴⁷⁵ Echoing the words of President Herzog, he has repeatedly underscored that there should be no distinction between Hamas combatants and Palestinian civilians, saying:

⁴⁶⁷ Giora Eiland, “A new turning point in the history of the State of Israel. Most people don’t understand that”, *Fathom* (7 October 2023), <https://fathomjournal.org/opinion-a-new-turning-point-in-the-history-of-the-state-of-israel-most-people-dont-understand-that/> (emphasis added).

⁴⁶⁸ Giora Eiland, “The state of Gaza has started a war against Israel - and it should be fought accordingly”, *Mako* (7 October 2023), https://www.mako.co.il/news-columns/2023_q4/Article-fcf787ad0ba0b81027.htm (emphasis added).

⁴⁶⁹ Interview with Giora Eiland on Kann News, 17 November 2023. Kann News, @kann_news, Tweet (6:42 pm, November 17 2023), https://twitter.com/kann_news/status/1725585143333622129 (emphasis added).

⁴⁷⁰ Ariel Whitman, “Giora Eiland outlines plan to get hostages back alive”, *Globes* (8 October 2023), <https://en.globes.co.il/en/article-giora-eiland-outlines-plan-to-get-hostages-back-alive-1001459631> (emphasis added).

⁴⁷¹ “How should one respond to the massacre of hundreds?”, *Yedioth Ahronoth* (print) (9 October 2023), <https://drive.google.com/file/d/115Ow2T0Na20BcoL2yautiobj8ldNsVK/view>.

⁴⁷² How Israel plan to ‘destroy Hamas’ | Major General Giora Eiland, 12 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=CRHz0dZwF2A>.

⁴⁷³ Giora Eiland, “This is not revenge. It’s either us or them”, *Yedioth Ahronoth* (10 October 2023), <https://www.ynet.co.il/yedioth/article/yokra13625377> (emphasis added).

⁴⁷⁴ “Ex-top general: IDF op against Hamas at Shifa Hospital inescapable; US must back it”, *The Times of Israel* (6 November 2023), https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/ex-top-general-idf-op-against-hamas-at-shifa-hospital-inescapable-us-must-back-it/ (emphasis added).

⁴⁷⁵ Giora Eiland, “It’s time to rip off the Hamas band-aid”, *Yedioth Ahronoth* (12 October 2023), <https://www.ynetnews.com/article/sju3uabba> (emphasis added).

“Who are the ‘poor’ women of Gaza? *They are all the mothers, sisters or wives of Hamas murderers.* On the one hand, they are part of the infrastructure that supports the organization, and on the other hand, if they experience a humanitarian disaster, then it can be assumed that some of the Hamas fighters and the more junior commanders will begin to understand that the war is futile . . . The international community warns us of a humanitarian disaster in Gaza and of severe epidemics. We must not shy away from this, as difficult as that may be. After all, *severe epidemics in the south of the Gaza Strip will bring victory closer . . . It is precisely its civil collapse that will bring the end of the war closer.* When senior Israeli figures say in the media ‘It’s either us or them’ we should clarify the question of who is ‘them’. ‘They’ are not only Hamas fighters with weapons, but also *all the ‘civilian’ officials, including hospital administrators and school administrators, and also the entire Gaza population* who enthusiastically supported Hamas and cheered on its atrocities on October 7th.”⁴⁷⁶

— **Israeli Army reservist “motivational speech”:** On 11 October 2023, 95-year old Israeli army reservist Ezra Yachin — a veteran of the Deir Yassin massacre during the 1948 Nakba — reportedly called up for reserve duty to “boost morale” amongst Israeli troops ahead of the ground invasion, was broadcast on social media inciting other soldiers to genocide as follows, while being driven around in an Israeli army vehicle, dressed in Israeli army fatigues:

“Be triumphant and finish them off and don’t leave anyone behind. *Erase the memory of them. Erase them, their families, mothers and children. These animals can no longer live . . . Every Jew with a weapon should go out and kill them. If you have an Arab neighbour, don’t wait, go to his home and shoot him . . . We want to invade, not like before, we want to enter and destroy what’s in front of us, and destroy houses, then destroy the one after it.* With all of our forces, *complete destruction*, enter and destroy. As you can see, we will witness things we’ve never dreamed of. Let them drop bombs on them and erase them.”⁴⁷⁷

— **Head of the Israeli army’s Air Operations Group:** On 28 October 2023, Lieutenant colonel Gilad Kinan described the Air Force as “work[ing] together with all the bodies in the IDF when the goal is clear — to *destroy everything* that has been touched by the hand of Hamas”.⁴⁷⁸

— **Commander in the 2908th Battalion of the Israeli army:** In a video posted online on 21 December 2023, Yair Ben David said that the Israeli army had “entered Beit Hanoun and did there as Shimon and Levi did in Nablus,” and that “[t]he entire Gaza should resemble Beit Hanoun”, referring to the city in northern Gaza which has been entirely devastated by the Israeli army.⁴⁷⁹ The biblical passage in issue reads: “On *the third day, when they were in pain, Simeon*

⁴⁷⁶ Giora Eiland, “Let’s not be intimidated by the world”, *Yedioth Ahronoth* (print) (19 November 2023), in Bezalel Smotrich, Minister of Finance, Chairman of the Religious Zionist Party, @bezaleism, Tweet (11:20 am, November 19, 2023), <https://twitter.com/bezaleism/status/1726198721946480911>. Translation by Talula Sha, Tweet (19 November 2023), <https://twitter.com/TalulaSha/status/1726267178201362438> (emphasis added).

⁴⁷⁷ Bazz News, @1717Bazz, Tweet (7:39 pm, October 11, 2023), <https://twitter.com/1717Bazz/status/1712176168823107986>. Translation by Middle East Eye, @MiddleEastEye, Tweet (8:48 pm, October 13, 2023), <https://twitter.com/MiddleEastEye/status/1712918166437806294> (emphasis added).

⁴⁷⁸ Israel Defense Forces, @idfonline, Tweet (6:23 am, October 28, 2023), <https://twitter.com/idfonline/status/1718136442805686351>. Informal translation, emphasis added.

⁴⁷⁹ Yair Ben David, Commander in the 2908th Battalion, statement, 20 December 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=NK8ZnGKspeI>. Translation in “War on Gaza: Israeli commander vows to flatten ‘entire’ Gaza Strip”, *Middle East Eye* (21 December 2023), <https://www.middleeasteye.net/news/war-gaza-israeli-commander-vows-flatten-entire-gaza-strip>.

and Levi, two of Jacob's sons, brothers of Dinah, took each his sword, came upon the city unmolested, and slew all the males".⁴⁸⁰

103. The above statements by Israeli decision-makers and military officials indicate in and of themselves a clear intent to destroy Palestinians in Gaza as a group “as such”. They also constitute clear direct and public incitement to genocide, which has gone unchecked and unpunished. The clear inference from the acts of the Israeli army on the ground — including from the vast number of civilians killed and injured, and the scale of displacement, destruction and devastation wrought in Gaza — is that those genocidal statements and directives are being implemented against the Palestinian people. That is also the clear and necessary inference to be drawn from the emerging evidence from Israeli army soldiers serving in Gaza, including those stationed on the ground:

— **Israeli Army Colonel, Deputy Head of COGAT:** speaking in a video filmed in Beit Lahia — one of the areas of Gaza which appears to have suffered particularly severe levels of destruction — and broadcast on Israeli television on 4 November 2023, Colonel Yogev Bar-Sheshet stated: “[w]hoever returns here, if they return here after, will find scorched earth. No houses, no agriculture, no nothing. They have no future;” another Army Colonel recorded in the same video, Colonel Erez Eshel (Reserve), also commented that: “Vengeance is a great value. There is vengeance over what they did to us ... This place will be a fallow land. They will not be able to live here”.⁴⁸¹

— **Israeli army soldiers:** Israeli soldiers in uniform have been filmed on 5 December 2023 dancing, chanting and singing “May their village burn, May Gaza be erased”;⁴⁸² and, two days later, on a separate occasion *inside Gaza* on 7 December 2023, dancing, singing and chanting, “we know our motto: *there are no uninvolved civilians*” and “*to wipe off the seed of Amalek*”.⁴⁸³

104. Notably, the second video of soldiers chanting that there are “no uninvolved citizens” in Gaza and that they will “wipe off the seed of Amalek” was filmed on 7 December 2023. By that date, 17,177 Palestinians in Gaza had been killed — an estimated 70 per cent of whom were women and children. 7-8 December 2023 was particularly devastating for Palestinians, with 350 people killed in the space of 24 hours — approximately one Palestinian in Gaza killed every four minutes.⁴⁸⁴

105. This genocidal rhetoric of governmental and military officials is also widespread and commonplace amongst non-cabinet members of the Israeli Knesset (‘MKs’) who have repeatedly called

⁴⁸⁰ Genesis 34:25 (NJPS 1985), <https://www.sefaria.org/Genesis.34.25?lang=bi&with=all&lang2=en> (emphasis added).

⁴⁸¹ Channel 14 segment, 4 November 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=fqEj3DzadiM>: “Special documentation from the heart of Gaza: this is how our forces fight deep in enemy territory”, *Now 14* (5 November 2023), <https://www.now14.co.il/תיעוד-מיוחד-מלב-עזה-כך-כוחותינו-נלחמים>.

⁴⁸² Video of Kobi Peretz with soldiers, 17 November 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=xcH2o4c5KZY> (emphasis added).

⁴⁸³ Yinon Magal, @YinonMagal, Tweet (6:44 am, 7 December 2023) <https://twitter.com/YinonMagal/status/1732652279461757102>. Translation by Middle East Eye, @MiddleEastEye, Tweet (1:30 pm, December 8, 2023) <https://twitter.com/MiddleEastEye/status/1733116719668113618> (emphasis added).

⁴⁸⁴ UN OCHA, *Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #62* (7 December 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-62-enar>.

for Gaza to be “wiped out”,⁴⁸⁵ “flatten[ed]”,⁴⁸⁶ “eras[ed]”,⁴⁸⁷ and “[c]rush[ed] . . . on all its inhabitants”.⁴⁸⁸ Parliamentarians have publicly deplored anyone “feel[ing] sorry” for the “uninvolved” Gazans, asserting repeatedly that “there are no uninvolved”,⁴⁸⁹ that “[t]here are no innocents in Gaza”,⁴⁹⁰ that “the killers of the women and children should not be separated from the citizens of Gaza”,⁴⁹¹ that “the children of Gaza have brought this upon themselves”,⁴⁹² and that “there should be one sentence for everyone there — death”.⁴⁹³ Parliamentarians have stated “[w]e must not forget that even the ‘innocent citizens’ — the cruel and monstrous people from Gaza took an active part . . . there is no place for any humanitarian gesture — the memory of Amalek must be protested”,⁴⁹⁴ and that “[w]ithout hunger and thirst among the Gazan population, we will not be able to recruit collaborators”.⁴⁹⁵ Parliamentarians have also called for “mercilessly” bombing “from the air”,⁴⁹⁶ calling for the use of nuclear (“doomsday”) weapons,⁴⁹⁷ and a “Nakba that will overshadow the Nakba of 48”.⁴⁹⁸

106. Similar genocidal rhetoric is also commonplace in Israeli civil society, with genocidal messages being routinely broadcast — without censure or sanction — in Israeli media. The media reports call for Gaza to be “erase[d]”,⁴⁹⁹ turned into a “slaughterhouse”,⁵⁰⁰ that “ Hamas should not be eliminated” but rather “Gaza should be razed”,⁵⁰¹ on the repeated claim that “[t]here are *no innocents*... There is no

⁴⁸⁵ Revital Gottlieb, @TallyGotliv, Tweet (5:10 pm, October 29, 2023), <https://twitter.com/TallyGotliv/status/1718676748542296207>.

⁴⁸⁶ Interview with Katrin “Keti” Shitrit-Peretz on Now 14, 1 November 2023: Now 14, @Now14Israel, Tweet (9:50 pm, November 1, 2023), <https://twitter.com/Now14Israel/status/1719834297832526215>; Revital Gottlieb, @TallyGotliv, Tweet (10:41 am, October 10, 2023), <https://twitter.com/TallyGotliv/status/1711678420235534705>.

⁴⁸⁷ Galit Atbaryan, @GalitDistel, Tweet (12:13 pm, November 1, 2023), <https://twitter.com/galitdistel/status/1719689095230730656>.

⁴⁸⁸ Eliyahu Revivo, @revivoeliyahu, Tweet (2:46 pm, November 1, 2023), <https://twitter.com/revivoeliyahu/status/1719727722459508915>.

⁴⁸⁹ Revital Gottlieb, @TallyGotliv, Tweet (3:46 pm, December 7, 2023), <https://twitter.com/TallyGotliv/status/1732788632430186872>.

⁴⁹⁰ Avigdor Lieberman, @AvigdorLieberman, Tweet (6:45 pm, November 30, 2023), <https://twitter.com/avigdorliberman/status/1730297081959530685> (emphasis added).

⁴⁹¹ Interview with Katrin “Keti” Shitrit-Peretz on Now 14, 1 November 2023: Now 14, @Now14Israel, Tweet (9:50 pm, November 1, 2023), <https://twitter.com/Now14Israel/status/1719834297832526215> (emphasis added).

⁴⁹² Meirav Ben-Ari, Knesset Session, 16 October 2023, https://www.facebook.com/watch/live/?ref=watch_permalink&v=3497251110531404 [2:29:57] (emphasis added).

Translation by Jonathan Ofir, “Israeli Politician Says ‘Children of Gaza Have Brought This Upon Themselves’”, *Truthout* (18 October 2023), <https://truthout.org/articles/israeli-politician-says-children-of-gaza-have-brought-this-upon-themselves/>.

⁴⁹³ “MK Yitzhak Kroizer: ‘The Gaza Strip should be wiped off the map’”, *Galey Israel* (5 November 2023) <https://www.gly.co.il/item?id=30587>.

Translation in “Fire Israel’s Far Right”, *Haaretz* (6 November 2023), <https://www.haaretz.com/opinion/editorial/2023-11-06/ty-article/premium/fire-israels-far-right/0000018b-a11c-dc0b-a1cb-e5de69890000>.

⁴⁹⁴ Boaz Bismuth, @BismuthBoaz, Tweet (8:02 am, October 16, 2023) <https://twitter.com/BismuthBoaz/status/1713812686784311358>.

⁴⁹⁵ Statement by Revital Gottlieb in the Knesset, 23 October 2023: Knesset Channel, @KnessetT, Tweet (6:10 pm, October 23, 2023), <https://twitter.com/KnessetT/status/1716502486331113922>.

⁴⁹⁶ Revital Gottlieb, @TallyGotliv, Tweet (7:39 am, December 13, 2023), <https://twitter.com/TallyGotliv/status/1734840416522948800>.

⁴⁹⁷ Revital Gottlieb, @TallyGotliv, Tweet (5:59 pm, October 9, 2023) <https://twitter.com/TallyGotliv/status/1711426284322996613>.

⁴⁹⁸ Ariel Kallner, @ArielKallner, Tweet (10:29 pm, October 7, 2023), <https://twitter.com/ArielKallner/status/1710769363119141268>. Translated in the *New Arab*: “‘Erase Gaza’: How genocidal rhetoric became normalised in Israel”, *The New Arab* (30 November 2023), <https://www.newarab.com/analysis/erase-gaza-how-genocidal-rhetoric-normalised-israel> and informal translation.

⁴⁹⁹ Interview with Eyal Golan on Now 14, 15 October 2023: Now 14, @Now14Israel, Tweet (1:24 pm, October 15, 2023), <https://twitter.com/Now14Israel/status/1713531211300167928>.

⁵⁰⁰ David Mizrahy Verthaim, @dverthaim, Tweet (4:52 pm, October 7, 2023), <https://twitter.com/dverthaim/status/1710684531114602891>.

⁵⁰¹ Moshe Feiglin, @moshefeiglin, Tweet (6:16 am, October 12, 2023), <https://twitter.com/moshefeiglin/status/1712336429982846977>.

population. *There are 2.5 million terrorists*”.⁵⁰² One local official, reportedly called for Gaza to be “desolate and destroyed” like the Auschwitz Museum, “demonstrating the madness of the people who lived there”.⁵⁰³ Former MKs have called for a level of destruction akin to that of Dresden and Hiroshima,⁵⁰⁴ asserting that it would be “immoral” for the Israeli army not to show themselves to be “vengeful and cruel”.⁵⁰⁵ In an Israeli news interview, one former MK called for all Palestinians in Gaza to be killed saying:

“I tell you, *in Gaza without exception, they are all terrorists, sons of dogs. They must be exterminated, all of them killed. We will flatten Gaza, turn them to dust, and the army will cleanse the area. Then we will start building new areas, for us, above all, for our security.*”⁵⁰⁶

107. Those statements by prominent members of Israeli society — including former parliamentarians and news anchors — constitute clear direct and public incitement to genocide, which has gone unchecked and unpunished by the Israeli authorities. That such sentiment appears to be so widespread and mainstream in Israeli society is of particular concern, in circumstances where the soldiers serving in Gaza are largely reservists, drawn from and informed by civil society.

E. Recognition of Israel’s genocidal intent against Palestinians

108. As set out above, numerous States have rightly recognised Israel’s statements in relation to Gaza as demonstrating genocidal intent. That assessment is shared by a significant number of United Nations experts who have repeatedly warned since at least mid-October 2023 that the Palestinian people are at grave risk of genocide by Israel. By way of example:

— On 19 October 2023, **nine United Nations Special Rapporteurs** sounded “the alarm”, warning that “[t]here is an ongoing campaign by Israel resulting in crimes against humanity in Gaza. Considering statements made by Israeli political leaders and their allies, accompanied by military action in Gaza and escalation of arrests and killing in the West Bank, there is also a *risk of genocide against the Palestine People.*”⁵⁰⁷

— On 27 October 2023, the **United Nations Committee on the Elimination of Racial Discrimination** underscored that it was “[h]ighly concerned about the sharp increase in racist

⁵⁰² Interview with Eliyahu Yossain on Now 14 Israel, 29 October 2023; Now 14, @Now14Israel, Tweet (9:32 pm, October 29, 2023), <https://twitter.com/Now14Israel/status/1718742747455053922>. Translated by Ahmed Eldin, Instagram Post (30 October 2023) <https://www.instagram.com/reel/CzB77UjrtW/>.

⁵⁰³ “Israel should make Gaza look like Auschwitz - council head”, *Jerusalem Post* (17 December 2023), <https://www.jpost.com/israel-hamas-war/article-778367>.

⁵⁰⁴ Interview with Moshe Feiglin on Aljazeera, 25 October 2023, <https://www.aljazeeramubasher.net/news/politics/2023/10/25/عضو-كنيست-سابق-يدعو-لانتكار-ار-سينار-يو>.

⁵⁰⁵ Galit Distel Atbaryan, @GalitDistel, Tweet (12:13 pm, November 1, 2023), <https://twitter.com/galitdistel/status/1719689095230730656>.

⁵⁰⁶ “Former Israeli Knesset member calls on the complete destruction of Gaza”, *Middle East Eye* (25 December 2023), <https://www.middleeasteye.net/live-blog/live-blog-update/former-israeli-knesset-member-calls-complete-destruction-gaza>.

⁵⁰⁷ UN OHCHR, *Gaza: UN experts decry bombing of hospitals and schools as crimes against humanity, call for prevention of genocide* (19 October 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/10/gaza-un-experts-decry-bombing-hospitals-and-schools-crimes-against-humanity> (emphasis added). The statement was made by Pedro Arrojo Agudo, Special Rapporteur on the human rights to safe drinking water and sanitation; Francesca Albanese, Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian Territory occupied since 1967; Reem Alsalem, Special Rapporteur on violence against women and girls; Paula Gaviria Betancur, Special Rapporteur on the human rights of internally displaced persons; Michael Fakhri, Special Rapporteur on the right to food; Taleng Mofokeng, Special Rapporteur on the right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health; Balakrishnan Rajagopal, Special Rapporteur on the right to adequate housing; Farida Shaheed, Special Rapporteur on the right to education; Ashwini K.P., Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance.

hate speech and *dehumanization* directed at Palestinians since 7 October, particularly on the Internet and in social media, including by senior officials, politicians, members of the Parliament, and public figures, particularly the statement of 9 October made by the Israeli Minister of Defense, Yoav Gallant, in which he referred to Palestinians as ‘human animals’, language which could *incite genocidal actions*.⁵⁰⁸

— On 28 October 2023, **the Director of the New York Office of the High Commissioner of Human Rights** (‘OHCHR’) stepped down, after penning a widely reported resignation statement describing the situation in Gaza as a “*text-book case of genocide*”.⁵⁰⁹

— On 2 November 2023, **eight Special Rapporteurs** warned that they “remain convinced that *the Palestinian people are at grave risk of genocide*.” The experts stated that “[t]he time for action is now”, underscoring that “Israel’s allies also bear responsibility and must act now to prevent its disastrous course of action”.⁵¹⁰

— On 16 November 2023, **15 United Nations Special Rapporteurs and 21 members of United Nations Working Groups** cautioned that “[g]rave violations committed by Israel against Palestinians in the aftermath of 7 October, particularly in Gaza, point to *a genocide in the making*”. The statement highlights “evidence of *increasing genocidal incitement, overt intent to “destroy the Palestinian people under occupation”*, loud calls for a ‘second Nakba’ in Gaza and the rest of the occupied Palestinian territory, and the use of powerful weaponry with inherently indiscriminate impacts, resulting in a colossal death toll and destruction of life-sustaining infrastructure”. The experts expressed “profound ... concern ... about ... the *failure of the international system to mobilise to prevent genocide*”, cautioning that “[t]he failure to urgently implement a ceasefire risks this situation spiralling towards *a genocide conducted with 21st century means and methods of warfare*”; they called on “[t]he international community, including not only States but also non-State actors” to “do everything it can to *immediately end the risk of genocide against the Palestinian people*”.⁵¹¹

⁵⁰⁸ CERD, *Statement 5 (2023) Israel and the State of Palestine* (27 October 2023), https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=INT%2FCERD%2F5WA%2F9904 (emphasis added).

⁵⁰⁹ Letter from Craig Mokhiber to Volker Türk, High Commissioner for Human Rights (28 October 2023), <https://s3.documentcloud.org/documents/24103463/craig-mokhiber-resignation-letter.pdf> (emphasis added).

⁵¹⁰ UN OHCHR, *Gaza is ‘running out of time’ UN experts warn, demanding a ceasefire to prevent genocide* (2 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-running-out-time-un-experts-warn-demanding-ceasefire-prevent-genocide> (emphasis added). The statement was made by the above Special Rapporteurs on safe drinking water; the Palestinian Territory; violence against women and girls; internally displaced persons; food; physical and mental health; and racism; as well as Irene Khan, Special Rapporteur on the promotion and protection of the right to freedom of opinion and expression.

⁵¹¹ UN OHCHR, *Gaza: UN experts call on international community to prevent genocide against the Palestinian people* (16 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against> (emphasis added). The statement was made by the above Special Rapporteurs on the Palestinian Territory; safe drinking water; education; adequate housing; racism; internally displaced persons; freedom of opinion and expression; violence against women and girls; as well as by Margaret Satterthwaite, Special Rapporteur on the Independence of Judges and Lawyers; Surya Deva, Special Rapporteur on the right to development; Olivier De Schutter, Special Rapporteur on extreme poverty and human rights; Siobhán Mullally, Special Rapporteur on trafficking in persons, especially women and children; Mary Lawlor, Special Rapporteur on the situation of human rights defenders; Ben Saul, Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism; and Tomoya Obokata, Special Rapporteur on contemporary forms of slavery, including its causes and consequences; as well as by Livingstone Sewanyana, Independent Expert on the promotion of a democratic and equitable international order; Claudia Mahler, Independent Expert on the enjoyment of all human rights by older persons; as well as by Barbara G. Reynolds (Chair), Bina D’Costa, Dominique Day, Catherine Namakula, Working Group of experts on people of African Descent; Dorothy Estrada Tanck (Chair), Claudia Flores, Ivana Krstić, Haina Lu, and Laura Nyirinkindi, Working Group on discrimination against

— On 20 November 2023, the **United Nations Special Rapporteur on violence against women and girls, its causes and consequences**, issued a statement warning that “[s]ince 7 October, the assault on Palestinian women’s dignity and rights has taken on new and terrifying dimensions, as thousands have become victims of war crimes, crimes against humanity and an *unfolding genocide*”. The Special Rapporteur “expressed alarm at the *genocidal and dehumanising rhetoric about the Palestinian people*, including women and children, by top Israeli Government officials and public figures calling them “children of darkness””. The Special Rapporteur referred to the description of Palestinians as ‘human animals’ and the calls for a ‘second Nakba’ by Israeli officials, cautioning that “[s]uch statements make the Israeli Government’s intention to destroy the Palestinian people, in whole or in part, absolutely and consistently clear”.⁵¹²

— On 8 December 2023, ahead of the United Nations Security Council ceasefire resolution vote vetoed by the United States of America, **22 United Nations Special Rapporteurs and 28 Members of United Nations Working Groups** reiterated their previous statement “warning against the *commission of genocide*”.⁵¹³

— On 21 December 2023, the **Committee on the Elimination of Racial Discrimination**, acting under its ‘early warning and urgent action procedure’, reiterating its earlier statement, and warning of “hate speech and dehumanising discourse targeted at Palestinians, raising severe concerns regarding Israel’s *and other State parties’ obligation to prevent ... genocide*”. The Committee called on “*all State parties to fully respect their international obligations*, in particular those arising from ... the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide and to cooperate *to bring an end [to] the violations* that are taking place and to prevent ... genocide”. The Committee made detailed reference to the ongoing situation in Gaza, stating *inter alia* that it was “gravely concerned about the racist hate speech, incitement to violence and genocidal actions, as well as dehumanizing rhetoric targeted at Palestinians since

women and girls; Carlos Salazar Couto (Chair-Rapporteur), Sorcha MacLeod, Jovana Jezdimirovic Ranito, Chris M. A. Kwaja, Ravindran Daniel, Working Group on the use of mercenaries; Damilola Olawuyi (Chairperson), Robert McCorquodale (Vice-Chairperson), Elzbieta Karska, Fernanda Hopenhaym, and Pichamon Yeophantong, Working Group on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises.

⁵¹² UN OHCHR, *Women bearing the brunt of Israel-Gaza conflict: UN expert* (20 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/women-bearing-brunt-israel-gaza-conflict-un-expert> (emphasis added).

⁵¹³ UN OHCHR, *UN experts urge States to unite for peace and push for ceasefire in Gaza* (8 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/un-experts-urge-states-unite-peace-and-push-ceasefire-gaza> (emphasis added). The statement was made by the above Special Rapporteurs on safe drinking water; the Palestinian Territory; violence against women and girls; internally displaced persons; development; extreme poverty; food; freedom of opinion and expression; human rights defenders; physical and mental health; trafficking in persons; contemporary forms of slavery; adequate housing; independence of judges and lawyers; countering terrorism; education; and racism; as well as David Boyd, Special Rapporteur on the issue of human rights obligations relating to the enjoyment of a safe, clean, healthy and sustainable environment; Beatriz Miranda Galarza, Special Rapporteur on the elimination of discrimination against persons affected by leprosy and their family members; Clément Nyaletsossi Voule, Special Rapporteur on the rights to freedom of peaceful assembly and of association; Francisco Cali Tzay, Special Rapporteur on the rights of indigenous peoples; and Alexandra Xanthaki, Special Rapporteur in the field of cultural rights; as well as by the above members of the working group on People of African Descent; discrimination against women and girls; the use of mercenaries; human rights and transnational corporations and other business enterprises; and Aua Baldé (Chair-Rapporteur), Gabriella Citroni (Vice-Chair), Angkhana Neelapaijit, Grażyna Baranowska, Ana Lorena Delgadillo Perez, Working Group on enforced or involuntary disappearances; as well as the above Independent Expert on the enjoyment of all human rights by older persons; Cecilia Bailliet, Independent Expert on human rights and international solidarity; Graeme Reid, Independent Expert on Protection against violence and discrimination based on sexual orientation and gender identity; and Attiya Waris, Independent Expert on the effects of foreign debt and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of all human rights, particularly economic, social and cultural rights.

7 October 2023 by Israeli senior government officials, members of the Parliament, politicians and public figures”.⁵¹⁴

109. The Organisation of Islamic Cooperation has repeatedly condemned Israel’s military actions in Gaza as “genocide”,⁵¹⁵ as has the Arab group at the United Nations.⁵¹⁶ The International Federation for Human Rights have called for an end to the “genocide”, with the International Commission of Jurists calling on third States “to take all reasonable measures within their power to prevent genocide in Gaza”.⁵¹⁷ Palestinian non-governmental organisations have also strongly condemned the genocide, calling on the International Criminal Court to investigate the crime.⁵¹⁸ The Palestinian Human Rights Organizations Council on 14 November 2023 issued a detailed briefing note calling on the State of Palestine and third States to intervene taking concrete measures and legal action to prevent genocide in Gaza. The report cautions that “[t]here have been significant warnings by United Nations independent human rights experts, as well as actions taken by third States, including the removal of their diplomatic missions from Israel, some in response to the ongoing Israeli genocidal statements and acts. Together, these warnings and State actions put the international community of States on notice, that there is a very real risk that genocide is being, or may be committed against Palestinians in Gaza”.⁵¹⁹

IV. THE CLAIMS OF SOUTH AFRICA

110. Based on the above, as well as the further evidence to be presented over the course of these proceedings, South Africa considers that the conduct of Israel — through its State organs, State agents, and other persons and entities acting on its instructions or under its direction, control or influence — in relation to Palestinians in Gaza, is in violation of its obligations under the Genocide Convention, including Articles I, III, IV, V and VI, read in conjunction with Article II. Those violations of the Genocide Convention include, but are not limited to:

⁵¹⁴ UN OCHA, *Gaza Strip: States are obliged to prevent crimes against humanity and genocide*, UN Committee stresses (21 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/gaza-strip-states-are-obliged-prevent-crimes-against-humanity-and-genocide> (emphasis added). Under CERD’s Early Warning and Urgent Action (‘EWUA’) procedure, CERD has extensive expertise in compiling indicators relevant to the prevention of genocide; in 2015 it issued a Declaration on the Prevention of Genocide which recalled this work in its preamble: see CERD, *Declaration on the Prevention of Genocide* (CRD/C/66/1) (17 October 2005), https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/HRBodies/CERD/declaration_genocide.doc.

⁵¹⁵ See e.g., Organisation of Islamic Cooperation (‘OIC’), *Final Communiqué of the extraordinary open-ended meeting of the OIC Executive Committee at the level of Foreign Ministers on the brutal Israeli military aggression against the Palestinian people* (18 October 2023), https://www.oic-oci.org/topic/?t_id=39767&t_ref=26705&lan=en; OIC, *OIC Condemns the Massacre Committed by the Israeli Occupation in Jabalia Camp* (1 November 2023), https://www.oic-oci.org/topic/?t_id=39849&t_ref=26728&lan=en; OIC, *OIC Strongly Condemns Incursion into Gaza City Al-Shifa Hospital and Continued Israeli Aggression against the Palestinian People* (15 November 2023), https://www.oic-oci.org/topic/?t_id=39936&t_ref=26759&lan=en; OIC, *OIC Strongly Condemns the Successive Massacres Committed by the Israeli Occupation against the Palestinian People* (18 November 2023), https://www.oic-oci.org/topic/?t_id=39945&t_ref=26762&lan=en.

⁵¹⁶ UN Meetings Coverage, 9498th Meeting, SC/15518 (8 December 2023), <https://press.un.org/en/2023/sc15518.doc.htm>.

⁵¹⁷ Fédération Internationale pour les Droits Humains (‘FIDH’), *Resolution on Israel’s unfolding crime of genocide and other crimes in Gaza and against the Palestinian People* (12 December 2023), https://www.fidh.org/IMG/pdf/fidh_resolution_on_israel_s_unfolding_crime_of_genocide_and_other_crimes_in_gaza_and_against_the_palestinian_people.pdf; International Commission of Jurists, *Gaza/Palestine: States have a Duty to Prevent Genocide* (17 November 2023), <https://www.icj.org/gaza-occupied-palestinian-territory-states-have-a-duty-to-prevent-genocide/>.

⁵¹⁸ Al Haq, Al Mezan Center, and PCHR, *Palestinian Human Rights Organisations call on ICC to issue arrest warrants against Israeli leaders for genocide and incitement to genocide* (9 November 2023), <https://www.alhaq.org/advocacy/22138.html>.

⁵¹⁹ Palestinian Human Rights Organizations Council, *PHROC Calls on the State of Palestine and Third States to Intervene Taking Concrete Measures and Legal Action to Prevent Genocide in Gaza* (14 November 2023), https://www.alhaq.org/cached_uploads/download/2023/11/15/briefing-note-genocide-third-state-responsibility-14-november-2023-1700041879.pdf.

- (a) failing to prevent genocide in violation of Article I;
- (b) committing genocide in violation of Article III (a);
- (c) conspiring to commit genocide in violation of Article III (b);
- (d) direct and public incitement to commit genocide in violation of Article III (c);
- (e) attempting to commit genocide in violation of Article III (d);
- (f) complicity in genocide in violation of Article III (e);
- (g) failing to punish genocide, conspiracy to commit genocide, direct and public incitement to genocide, attempted genocide and complicity in genocide, in violation of Articles I, III, IV and VI;
- (h) failing to enact the necessary legislation to give effect to the provisions of the Genocide Convention and to provide effective penalties for persons guilty of genocide, conspiracy to commit genocide, incitement to genocide, attempted genocide, and complicity in genocide, in violation of Article V; and
- (i) failing to allow and/or directly or indirectly impeding the investigation by competent international bodies or fact-finding missions of genocidal acts committed against Palestinians in Gaza, including those Palestinians removed by Israeli State agents or forces to Israel, as a necessary and corollary obligation pursuant to Articles I, III, IV, V and VI.

V. THE RELIEF SOUGHT

111. While reserving the right to revise, supplement or amend this Application, and subject to the presentation to the Court of the relevant evidence and legal arguments, South Africa respectfully requests the Court to adjudge and declare:

- (1) that the Republic of South Africa and the State of Israel each have a duty to act in accordance with their obligations under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, in relation to the members of the Palestinian group, to take all reasonable measures within their power to prevent genocide; and
- (2) that the State of Israel:
 - (a) has breached and continues to breach its obligations under the Genocide Convention, in particular the obligations provided under Article I, read in conjunction with Article II, and Articles III (a), III (b), III (c), III (d), III (e), IV, V and VI;
 - (b) must cease forthwith any acts and measures in breach of those obligations, including such acts or measures which would be capable of killing or continuing to kill Palestinians, or causing or continuing to cause serious bodily or mental harm to Palestinians or deliberately inflicting on their group, or continuing to inflict on their

group, conditions of life calculated to bring about its physical destruction in whole or in part, and fully respect its obligations under the Genocide Convention, in particular the obligations provided under Articles I, III (a), III (b), III (c), III (d), III (e), IV, V and VI;

(c) must ensure that persons committing genocide, conspiring to commit genocide, directly and publicly inciting genocide, attempting to commit genocide and complicit in genocide contrary to Articles I, III (a), III (b), III (c), III (d) and III (e) are punished by a competent national or international tribunal, as required by Articles I, IV, V and VI;

(d) to that end and in furtherance of those obligations arising under Articles I, IV, V and VI, must collect and conserve evidence and ensure, allow and/or not inhibit directly or indirectly the collection and conservation of evidence of genocidal acts committed against Palestinians in Gaza, including such members of the group displaced from Gaza;

(e) must perform the obligations of reparation in the interest of Palestinian victims, including but not limited to allowing the safe and dignified return of forcibly displaced and/or abducted Palestinians to their homes, respect for their full human rights and protection against further discrimination, persecution, and other related acts, and provide for the reconstruction of what it has destroyed in Gaza, consistent with the obligation to prevent genocide under Article I; and

(f) must offer assurances and guarantees of non-repetition of violations of the Genocide Convention, in particular the obligations provided under Articles I, III (a), III (b), III (c), III (d), III (e), IV, V and VI.

VI. REQUEST FOR PROVISIONAL MEASURES

112. In accordance with Article 41 of the Statute of the Court, and Articles 73, 74 and 75 of the Rules of Court, South Africa requests that the Court indicate provisional measures. In light of the nature of the rights in issue, as well as the ongoing, extreme and irreparable harm being suffered by Palestinians in Gaza, South Africa requests that the Court address this request as a matter of extreme urgency.

113. This Application describes an exceptionally brutal military campaign by Israel in Gaza, which is extensive and ongoing, and which Israel intends to intensify further still.⁵²⁰

114. Israel has engaged in and failed to prevent or to punish acts and measures which are genocidal, constituting flagrant violations of Israel's obligations under Articles I, III (a), III (b), III (c), III (d), III (e), IV, V and VI of the Genocide Convention. As further evidenced in the materials set out in the application, the acts of genocide in question in breach of Articles II (a), II (b), II (c) and II (d), in particular, that collectively target the Palestinians in Gaza include, *inter alia*:

- (1) **killing Palestinians in Gaza**, including a large proportion of women and children — estimated to account for around 70 per cent of the more than 21,110 fatalities — some of whom appear to have been summarily executed;

⁵²⁰ Statement by Israeli Prime Minister to Likud Party, 25 December 2023: Jeremy Sharon, "After rare visit to Gaza, Netanyahu says war 'not close to being over'", *The Times of Israel* (25 December 2023), https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/after-gaza-visit-netanyahu-says-war-not-close-to-being-over/.

- (2) **causing serious mental and bodily harm to Palestinians in Gaza**, including through maiming, psychological trauma, and inhuman and degrading treatment;
- (3) **causing the forced evacuation and displacement of around 85 per cent of Palestinians in Gaza** — including children, the elderly and infirm, and the sick and wounded — as well as causing the large scale destruction of Palestinian homes, villages, refugee camps, towns and entire areas in Gaza, precluding the return of a significant proportion of the Palestinian people to their homes;
- (4) **causing widespread hunger, dehydration and starvation to besieged Palestinians in Gaza**, through the impeding of sufficient humanitarian assistance, the cutting off of sufficient water, food, fuel and electricity, and the destruction of bakeries, mills, agricultural lands and other methods of production and sustenance;
- (5) **failing to provide and restricting the provision of adequate shelter, clothes, hygiene or sanitation to Palestinians in Gaza**, including the 1.9 million internally displaced people, compelled by Israel's actions to live in dangerous situations of squalor, alongside the routine targeting and destruction of places of shelter and the killing and wounding of those sheltering, including women, children, the disabled and the elderly;
- (6) **failing to provide for or to ensure the provision for the medical needs of Palestinians in Gaza**, including those medical needs created by other genocidal acts causing serious bodily harm, including through directly attacking Palestinian hospitals, ambulances and other healthcare facilities in Gaza, killing Palestinian doctors, medics and nurses, including the most qualified medics in Gaza, and destroying and disabling Gaza's medical system; and
- (7) **destroying Palestinian life in Gaza**, through the destruction of Gaza's universities, schools, courts, public buildings, public records, stores, libraries, churches, mosques, roads, infrastructure, utilities and other facilities necessary to the sustained life of Palestinians in Gaza as a group, alongside the killing of entire family groups — erasing entire oral histories in Gaza — and the killing of prominent and distinguished members of society.
- (8) **Imposing measures intended to prevent Palestinian births in Gaza**, through the reproductive violence inflicted on Palestinian women, newborn babies, infants, and children.

115. Provisional measures are necessary in this case to protect against further, severe and irreparable harm to the rights of the Palestinian people under the Genocide Convention, which continue to be violated with impunity. South Africa requests that the Court indicate provisional measures to protect and preserve those rights as well as its own rights under the Convention, and to prevent any aggravation or extension of the dispute, pending the determination of the merits of the issues raised by the Application.

116. South Africa notes that there are other related matters that do not directly engage obligations under the Genocide Convention and are therefore not properly within the Court's jurisdiction in this case, including the urgent return of Israeli and other hostages. South Africa considers that the provisional measures requested are nevertheless consistent with and capable of assisting towards the progression and resolution of those matters.

A. Compelling Circumstances Require the Indication of Provisional Measures

117. As detailed above, contrary to Article I of the Convention, Israel has perpetrated and is perpetrating genocidal acts identified in Article II. Israel, its officials and/or agents, have acted with the intent to destroy Palestinians in Gaza, part of a protected group under the Genocide Convention. The compelling circumstances are set out in detail in the Application, and include that:

- Nowhere is safe in Gaza.
- Israel is dropping ‘dumb’ bombs and bombs weighing up to 2,000 lbs (900 kgs) on one of the most densely populated places in the world.
- Palestinians in Gaza are being killed at a rate of approximately one person every six minutes.
- At least 21,110 Palestinians have been killed to date in Gaza, with a further estimated 7,780 are missing, presumed dead under the rubble.
- An estimated 7,729 Palestinian children had already been killed by 12 December 2023; at least 4,700 other children and women are reported missing, presumed dead under the rubble, leading UNICEF to describe Israel’s military attacks as a ‘war against children’.
- Hundreds of Palestinians in Gaza are being wounded daily, many with life-changing and life-threatening injuries.
- Besieged and bombed hospitals are no longer able to treat the sick and wounded; only 13 of Gaza’s 36 hospitals are still functioning.
- 1.9 million Palestinians in Gaza — approximately 85 per cent of the population — have been forcibly displaced from their homes.
- Palestinians in Gaza are being corralled into ever smaller areas of Gaza, without sufficient shelter, where they continue to be bombed by Israel.
- Israel continues to prevent sufficient humanitarian assistance to Palestinians in Gaza, including preventing sufficient access to food, water, shelter, medicine and medical assistance.
- Vulnerable Palestinians, including the sick and infirm, children and expectant mothers are at particular risk.
- Infectious diseases are spreading rapidly.
- International experts are warning of imminent mass starvation.

118. Israel has also failed to prevent or to punish: genocide, conspiracy to commit genocide, direct and public incitement to genocide, attempted genocide and complicity in genocide, contrary to Articles III and IV of the Genocide Convention.

119. Israel denies wrongdoing in relation to its military activities in Gaza and is resisting all calls by South Africa and by the broader international community to prevent and cease the commission of genocide. Instead of ceasing violations of the Genocide Convention, preventing such violations and punishing their perpetrators, Israel has continued, escalated and threatened further to escalate its military campaign. It is also destroying evidence of its wrongdoing: the mass demolition and clearance of vast areas of Gaza, and the prevention of the return of internally displaced Palestinians to their homes, raises serious concerns about the destruction of evidence and its effect on future investigation into crimes, including the gravest crimes under international law. Israel’s killing of large numbers of Palestinian journalists and media workers in Gaza — at least 82 to date, often alongside multiple members of their families — coupled with its attacks on Gaza’s telecommunications network, are

hampering scrutiny of Israel’s actions against Palestinians in Gaza.⁵²¹ So too is Israel’s continuing refusal to allow access to Gaza by fact-finders and foreign journalists, other than a limited number of journalists permitted to embed themselves with the Israeli army subject to restrictions and censorship of their reports. Palestinian NGOs and human rights defenders, themselves at risk of attack by the Israeli army, are not able to document in real time the unremitting acts of genocide and other violations of international law being committed by Israel.

B. The *Prima Facie* Jurisdiction of the Court

120. The Court is empowered to indicate provisional measures “if the provisions relied on by the Applicant appear *prima facie* to afford a basis on which its jurisdiction could be founded, but need not satisfy itself in a definitive manner that it has jurisdiction as regards the merits of the case”.⁵²²

121. As set out above, the jurisdiction of the Court is founded on Article 36, para 1, of the Statute of the Court and Article IX of the Genocide Convention. Article IX of Genocide Convention provides:

“Disputes between the Contracting Parties relating to the interpretation, application or fulfilment of the present Convention, including those relating to the responsibility of a State for genocide or for any of the other acts enumerated in article III, shall be submitted to the International Court of Justice at the request of any of the parties to the dispute.”

122. South Africa and Israel are both United Nations Member States and State parties to the Genocide Convention. Both have accepted the jurisdiction of the Court under Article IX of the Genocide Convention without any reservation. They are consequently bound by it.

123. In order for this Court to determine whether it has *prima facie* jurisdiction in order to indicate provisional measures, the matters complained of must themselves be *prima facie* “capable of falling within the provisions of [the Convention]”, such that “the dispute is one which the Court has jurisdiction *ratione materiae* to entertain”.⁵²³ The case law of the Court establishes that a dispute is “a disagreement on a point of law or fact, a conflict of legal views or of interests” between parties.⁵²⁴ In order for a dispute to exist, “[i]t must be shown that the claim of one party is positively opposed by the other”.⁵²⁵ The two sides must “hold clearly opposite views concerning the question of the performance or non-performance of certain’ international obligations”.⁵²⁶ The existence of a dispute is “a matter for objective determination by the Court; it is a matter of substance, and not a question of form or

⁵²¹ Amnesty, *Israel/OPT: Civilians in Gaza at unprecedented risk as Israel imposes communication black-out during bombardment and expanding ground attacks* (27 October 2023), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/10/israel-opt-civilians-in-gaza-at-unprecedented-risk-as-israel-imposes-communication-black-out-during-bombardment-and-expanding-ground-attacks/>.

⁵²² *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 9, para. 16; and *Allegations of Genocide under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Ukraine v. Russian Federation), Provisional Measures, Order of 16 March 2022, I.C.J. Reports 2020*, p. 10-11, para. 24 (hereafter ‘*Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022*’).

⁵²³ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 1, para. 20, citing *Immunities and Criminal Proceedings (Equatorial Guinea v. France), Provisional Measures, Order of 7 December 2016, I.C.J. Reports 2016 (II)*, p. 1159, para. 47.

⁵²⁴ *Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022*, p. 11, para. 28, quoting *Mavrommatis Palestine Concessions*, Judgment No. 2, 1924, P.C.I.J., Series A, No. 2, p. 11.

⁵²⁵ *Ibid*, quoting *South West Africa (Ethiopia v. South Africa; Liberia v. South Africa), Preliminary Objections, Judgment, I.C.J. Reports 1962*, p. 328.

⁵²⁶ *Ibid*, p.11-12, para 28, quoting *Alleged Violations of Sovereign Rights and Maritime Spaces in the Caribbean Sea (Nicaragua v. Colombia), Preliminary Objections, Judgment, I.C.J. Reports 2016 (I)*, p. 26, para. 50.

procedure”.⁵²⁷ For the purposes of deciding whether there was a dispute between the Parties at the time of the filing of the Application, the Court “takes into account in particular any statements or documents exchanged between the Parties, as well as any exchanges made in multilateral settings. In so doing, it pays special attention to the author of the statement or document, their intended or actual addressee, and their content”.⁵²⁸

124. For the purposes of the indication of provisional measures, the Court is *not* required to ascertain whether any violation of Israel’s obligations under the Genocide Convention has occurred.⁵²⁹ Importantly, as previously held by the Court, “[s]uch a finding, which would notably depend on the assessment of the existence of an intent to destroy, in whole or in part, the group ... [of Palestinians] as such, could be made by the Court *only at the stage of the examination of the merits of the present case*”.⁵³⁰ Instead, “[w]hat the Court is required to do at the stage of making an order on provisional measures is to establish *whether the acts complained of... are capable of falling within the provisions of the Genocide Convention*”.⁵³¹ The Court does not have to determine that *all* of the acts complained of are capable of falling within the provisions of the Convention. It suffices that “*at least some of the acts alleged ... are capable of falling within the provisions of the Convention*”.⁵³²

125. At least some of the acts alleged by South Africa are plainly “capable of falling within the provisions of the Convention”. They have been considered to be capable of falling within the provisions of the Convention by numerous States and United Nations experts and bodies, including the Committee on the Elimination of Racial Discrimination.⁵³³ Notably, they are plainly capable of falling within the provisions of Article II (a), II (b), II (c) and II (d) of the Convention, constituting as they do: (1) the killing of Palestinians in Gaza, (2) their serious bodily or mental harm, (3) the deliberate infliction of conditions of life calculated to bring about the destruction of Palestinians in Gaza, and (4) the imposition of measures intended to prevent births within the group. In relation to II (c), the Court has previously explained this as including “methods of physical destruction, other than killing, whereby the perpetrator ultimately seeks the death of the members of the group”.⁵³⁴ Citing jurisprudence from international tribunals, the Court held that “such methods of destruction include notably deprivation of food, medical care, shelter or clothing, as well as lack of hygiene, systematic expulsion from homes, or exhaustion as a result of excessive work or physical exertion.”⁵³⁵ Those international tribunals have also identified the following methods of destruction: “subjecting the group to a subsistence diet; failing to provide adequate medical care... and generally creating circumstances that would lead to a slow death such as the lack of proper food, water, shelter, clothing, sanitation”.⁵³⁶ This Court has also determined that forced mass displacement is capable of being considered a genocidal act.⁵³⁷ The materials relied on in

⁵²⁷ *Ibid*, p.13-14, para. 35, citing *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 12, para. 26.

⁵²⁸ *Ibid*, pp. 220-221, para. 35, citing *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 12, para. 26.

⁵²⁹ *Ibid*, p. 15, para. 43.

⁵³⁰ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 14, para. 30.

⁵³¹ *Ibid*, p. 14, para. 30 (emphasis added); see also *Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022*, p. 15, para. 43.

⁵³² *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 14, para. 30 (emphasis added).

⁵³³ See Section III. Facts, E. Recognition of Israel’s genocidal intent against Palestinians in Gaza, *supra*.

⁵³⁴ *Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Croatia v. Serbia), Judgment, I.C.J. Reports 2015*, p. 70, para. 161.

⁵³⁵ *Ibid*, citing ICTY, Trial Chamber II, *Prosecutor v. Brđanin*, Case No. IT-99-36-T, Judgment (1 September 2004), para. 691 and *Prosecutor v. Stakić*, Case No. IT-97-24-T, Judgment (31 July 2003), paras. 517-518.

⁵³⁶ ICTY, Appeals Chamber, *Prosecutor v. Zdravko Tolimir*, Case No. IT-05-88/2-A, Judgment (8 April 2015), p. 327, para. 740.

⁵³⁷ *Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro), Judgment, I.C.J. Reports 2007*, p. 123, para. 190 (*‘Bosnia v. Serbia, Judgment’*).

this Application constitute clear evidence of the creation by Israel of circumstances plainly capable of constituting those methods of destruction.

126. The evidence regarding the direct and public incitement to commit genocide by Israeli State officials, politicians and others — as set out above — and the failure by Israel to punish those responsible, are also plainly capable of falling within the provisions of Article III and IV of the Convention.

127. “The above mentioned elements” serve to “establish *prima facie* the existence of a dispute between the Parties relating to the interpretation, application or fulfilment of the Genocide Convention”.⁵³⁸ The dispute concerns Israel’s breaches of its obligations under the Genocide Convention, including its failure to prevent and its perpetration of genocide, and South Africa’s own obligations under the Genocide Convention to prevent genocide, including by taking actions to influence effectively the actions of persons likely to commit genocide.⁵³⁹ The Court has described the nature of that dispute as follows: “[A] state’s obligations to prevent, and corresponding duty to act, arise at the instant that the State learns of, or should normally have learned of, the existence of a serious risk that genocide will be committed. From that moment onwards, if the State has available to it means likely to have a deterrent effect on those suspected of preparing genocide, or reasonably suspected of harbouring specific intent (*dolus specialis*), it is under a duty to make use of these means as the circumstances permit”.⁵⁴⁰

128. The Court plainly has *prima facie* jurisdiction to indicate provisional measures in this case as a consequence.

C. The Rights the Protection of Which Is Sought, their Plausible Character and the Link between such Rights and the Measures Requested

129. The Court has “the power to indicate, if it considers that circumstances so require, any provisional measures which ought to be taken to preserve the respective rights of either party”, pursuant to Article 41 of the Statute of the Court. The power of the Court to indicate provisional measures “has as its object the preservation of the respective rights claimed by the parties in a case, pending [the Court’s] decision on the merits thereof”.⁵⁴¹ It follows that “the Court must be concerned to preserve by such measures the rights which may subsequently be adjudged by it to belong to either party”.⁵⁴² At this stage of the proceedings, however, the Court is not called upon to determine definitively whether the rights which South Africa seeks to protect *exist*; it need only decide whether it is satisfied that the rights asserted by South Africa on the merits, and for which it is seeking protection, are “at least plausible”⁵⁴³ *i.e.* “grounded in a *possible* interpretation” of the Convention.⁵⁴⁴ Those rights are clearly plausible, having regard *inter alia* to the statements of United Nations experts and bodies asserting that there is at

⁵³⁸ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 14, para. 31.

⁵³⁹ *Bosnia v. Serbia, Judgment*, p. 221, para 430.

⁵⁴⁰ *Ibid*, p. 43 para 431.

⁵⁴¹ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 18, para. 43; and *Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022*, p. 223, para. 50.

⁵⁴² *Ibid*.

⁵⁴³ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 18, para. 43; and *Application of the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (Qatar v. United Arab Emirates), Provisional Measures, Order of 23 July 2018, I.C.J. Reports 2018*, p. 422, para. 43 (hereafter ‘*Qatar v. United Arab Emirates, Provisional Measures, Order of 23 July 2018*’).

⁵⁴⁴ *Questions relating to the Obligation to Prosecute or Extradite (Belgium v. Senegal), Provisional Measures, Order of 28 May 2009, I.C.J. Reports 2009*, p. 152, para. 60 (emphasis added).

the very least a real risk of genocide — which risk gives rise to the obligation to prevent genocide, pursuant to Article I of the Convention, which is binding on both Israel and South Africa. It also gives rise to obligations binding on Israel not to commit genocide, and to punish those who directly and publicly incite to genocide.⁵⁴⁵

130. For the Court to indicate one or more provisional measures, there must also be a link between the rights the protection of which is sought and the provisional measure being requested.⁵⁴⁶ Such a link clearly exists between the rights claimed by South Africa and the provisional measures requested, which are directly linked to the rights which form the subject-matter of the dispute.

131. In relation to the nature of the rights asserted by South Africa under the Genocide Convention, as recently recalled by the Court:

“In such a convention the contracting States do not have any interests of their own; they merely have, one and all, a common interest, namely, the accomplishment of those high purposes which are the *raison d’être* of the convention. Consequently, in a convention of this type one cannot speak of individual advantages or disadvantages to States, or of the maintenance of a perfect contractual balance between rights and duties. The high ideals which inspired the Convention provide, by virtue of the common will of the parties, the foundation and measure of all its provisions.”⁵⁴⁷

132. Having regard to their “shared values”, all the States parties to the Genocide Convention thus have “a common interest to ensure that acts of genocide are prevented and that, if they occur, their authors do not enjoy impunity”.⁵⁴⁸ As determined by the Court, “that common interest implies that the obligations in question are owed by any State party to all the other States parties to the Convention”.⁵⁴⁹ As a consequence, the relevant provisions of the Genocide Convention generate “obligations [which] may be defined as ‘obligations *erga omnes partes*’ in the sense that each State party has an interest in compliance with them in any given case”.⁵⁵⁰ Consequently, as recently confirmed by the Court:

“It follows that any State party to the Genocide Convention, and not only a specially affected State, may invoke the responsibility of another State party with a view to ascertaining the alleged failure to comply with its obligations *erga omnes partes*, and to bring that failure to an end.”⁵⁵¹

133. South Africa seeks hereby, pursuant to that common interest urgently to protect the rights of Palestinians in Gaza, as members of a protected group under the Convention, including their right to exist as a group and their right to be protected from acts of genocide and the risk thereof, from conspiracy to commit genocide, from direct and public incitement to commit genocide, from attempted genocide, and from complicity in genocide. South Africa also seeks to protect the *erga omnes partes* rights it has under the Genocide Convention as well as the *erga omnes* obligations it has to prevent genocide, which mirror the *erga omnes* obligations of the Convention with which it is entitled to seek

⁵⁴⁵ *Bosnia v. Serbia, Judgment*, pp. 113-114, paras. 165-169.

⁵⁴⁶ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 18, para. 44, citing *Qatar v. United Arab Emirates, Provisional Measures, Order of 23 July 2018*, p. 422, para. 44.

⁵⁴⁷ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 17, para. 41, quoting its Advisory Opinion on *Reservations to the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide*, Advisory Opinion of 28 May 1951, *I.C.J. Reports 1951*, p. 23 (hereafter ‘Advisory Opinion of 28 May 1951’).

⁵⁴⁸ *Ibid.*

⁵⁴⁹ *Ibid.*

⁵⁵⁰ *Ibid.*, applying *mutatis mutandis* *Questions relating to the Obligation to Prosecute or Extradite (Belgium v. Senegal)*, *Judgment, I.C.J. Reports 2012*, p. 449, para. 68.

⁵⁵¹ *Ibid.*

compliance by Israel, including Israel's obligations not to commit genocide, to prevent genocide, and to punish genocide, including acts of genocide, conspiracy to commit genocide, direct and public incitement to genocide, attempted genocide and complicity in genocide against Palestinians. The Court has previously recognised "the universal character both of the condemnation of genocide and of the co-operation required 'in order to liberate mankind from such an odious scourge'".⁵⁵²

134. For the purposes of indicating provisional measures, the Court does not need to establish definitively that Palestinians are at risk of genocide, that they are being subjected to genocidal acts, or that Israel is otherwise breaching its obligations under the Genocide Convention. Rather, it is sufficient that the obligation of South Africa to act to prevent genocide, or the right of South Africa to seek compliance by Israel with its obligations under the Convention not to commit genocide, and to prevent and punish genocide and related prohibited acts under the Convention, be "plausible".⁵⁵³ Equally, there is no requirement, before granting provisional measures, for the Court to ascertain whether the existence of a genocidal intent is the *only* inference to be drawn from the material before the Court, as this requirement would amount to the Court making a determination on the merits. Notably, the fact that the genocidal acts are occurring — and not being prevented or punished — in the course of an armed conflict or in asserted response to an attack by an armed group, has no bearing on whether the rights asserted by South Africa under the Genocide Convention are "at least plausible".⁵⁵⁴ The absence of a prior determination of genocide by a court or fact-finding tribunal is similarly no bar to the adjudication by this Court of an application under the Genocide Convention, much less a request for the indication of provisional measures.⁵⁵⁵

135. The facts and circumstances described in this Application and request for provisional measures establish that the acts complained of — which Israel has committed and is committing — are capable of being characterised at the very least as plausibly "genocidal". The requisite *dolus specialis* can be deduced not only from Israel's conduct against Palestinians in Gaza, but also from clear, repeated dehumanising statements by Israeli governmental and military officials towards them. Indeed, they have been so characterised by numerous heads of State and other State officials and representatives, as well as by a large number of United Nations experts and various expert human rights organisations and institutions who have repeatedly warned that Israel's actions amount to or risk the genocide of the Palestinian people.⁵⁵⁶ Consequently, the rights relied on by South Africa in its request for the indication of provisional measures are at the very least "plausible. Indeed, their protection coincides with the very object and purposes of the Genocide Convention.

D. The Risk of Irreparable Prejudice and Urgency

136. The Court "has the power to indicate provisional measures when irreparable prejudice could be caused to rights which are the subject of judicial proceedings or when the alleged disregard of such

⁵⁵² Advisory Opinion of 28 May 1951, p. 23.

⁵⁵³ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 18, para. 43.

⁵⁵⁴ *Ibid.*

⁵⁵⁵ See *Bosnia v. Serbia, Judgment*, p. 120, para. 182: "State responsibility can arise under the Convention for genocide and complicity, without an individual being convicted of the crime or an associated one". As explained by the Court: "Any other interpretation could entail that there would be no legal recourse available under the Convention in some readily conceivable circumstances: genocide has allegedly been committed within a State by its leaders but they have not been brought to trial because, for instance, they are still very much in control of the powers of the State including the police, prosecution services and the courts and there is no international penal tribunal able to exercise jurisdiction over the alleged crimes": *ibid.*, pp. 119-120, para. 182.

⁵⁵⁶ See section III. Facts, E. Recognition of Israel's genocidal intent against Palestinians in Gaza, *supra*.

rights may entail irreparable consequences”.⁵⁵⁷ In particular, the Court has the power to indicate provisional measures “if there is urgency, in the sense that there is a real and imminent risk that irreparable prejudice will be caused before the Court gives its final decision”.⁵⁵⁸ As the Court recently confirmed, “[t]he condition of urgency is met when the acts susceptible of causing irreparable prejudice can ‘occur at any moment’ before the Court makes a final decision on the case”.⁵⁵⁹

137. For the purposes of its decision on a request for the indication of provisional measures in a case involving allegations of violations of the Genocide Convention, “[t]he Court is not called upon . . . to establish the existence of breaches of the Genocide Convention, but to determine whether the circumstances require the indication of provisional measures for the protection of rights under this instrument”,⁵⁶⁰ as “found to be plausible”.⁵⁶¹ As held by the Court, this does not require it to “make definitive findings of fact or of imputability”, and “the right of each Party to . . . submit arguments in respect of the merits, must remain unaffected by the Court’s decision” on the request for the indication of provisional measures.⁵⁶²

138. In assessing whether the condition of urgency is satisfied in cases involving allegations of genocide in the course of an ongoing conflict, the Court typically has regard to whether the population at risk is particularly vulnerable, and the fragility of the overall situation, including the likelihood and the risk of the re-occurrence of harm. The Court considers a civilian population to be “extremely vulnerable” where the military operations have “resulted in numerous civilian deaths and injuries” and have “caused significant material damages, including the destruction of buildings and infrastructure”, and where “[a]ttacks are ongoing and are creating increasingly difficult living conditions for the civilian population”.⁵⁶³ In indicating provisional measures, the Court has considered the lack of access by many individuals to “the most basic food-stuffs, potable water, electricity, essential medicines or heating”,⁵⁶⁴ and attempts by a “very large number of people . . . to flee from the most affected cities under extremely insecure conditions”.⁵⁶⁵ The Court has also considered the following factors, raised by a United Nations General Assembly Resolution, to be materially relevant in assessing whether the condition of urgency is satisfied in cases involving allegations of genocide: “attacks on civilian facilities such as residences, schools and hospitals, and of civilian casualties, including women, older persons, persons with disabilities, and children”; the “scale” of military operations, including their comparison with other conflicts, the “deteriorating humanitarian situation” in a territory, and the “increasing number of internally displaced persons and refugees in need of humanitarian assistance”.⁵⁶⁶ Similarly, the Court has had regard to findings of a fact-finding mission, considering factors such as “the systematic stripping of human rights”, “dehumanizing narratives and rhetoric”, “methodical planning, “mass

⁵⁵⁷ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 24, para. 64; and *Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022*, p. 226, para. 65, both citing *Alleged Violations of the 1955 Treaty of Amity, Economic Relations, and Consular Rights (Islamic Republic of Iran v. United States of America), Provisional Measures, Order of 3 October 2018, I.C.J. Reports 2018*, p. 645, para. 77.

⁵⁵⁸ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 24, para. 65; see also *Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022*, p. 226, para. 66.

⁵⁵⁹ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 24, para. 65; and *Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022*, pp. 226-227, para. 66.

⁵⁶⁰ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, pp. 24-25, para. 66.

⁵⁶¹ *Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022*, p. 227, para. 67.

⁵⁶² *Bosnia v. Serbia, Provisional Measures, Order of 8 April 1993, I.C.J. Reports 1993*, p. 22, para. 44.

⁵⁶³ *Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022*, p. 228, para. 75.

⁵⁶⁴ *Ibid.*

⁵⁶⁵ *Ibid.*; see also *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 27, para. 71; and *Request for Interpretation of the Judgment of 15 June 1962 in the Case concerning the Temple of Preah Vihear (Cambodia v. Thailand), Provisional Measures, Order of 18 July 2011, I.C.J. Reports 2011*, p. 550, para. 53.

⁵⁶⁶ *Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022*, pp. 228-229, para. 76.

killing”, “mass displacement”, “mass fear”, “overwhelming levels of brutality, combined with the physical destruction of the home of the targeted population, in every sense and on every level”.⁵⁶⁷

139. Notably, as the Court has underscored, States parties to the Genocide Convention have “expressly confirmed their willingness to consider genocide as a crime under international law which they must prevent and punish independently of the context ‘of peace’ or ‘of war’ in which it takes place”.⁵⁶⁸ Consequently, a State remains bound by the obligations incumbent upon it as a State party to the Genocide Convention, regardless of “the fact that there may be an ongoing . . . conflict between armed groups and the . . . military”.⁵⁶⁹ Such a context “does not stand in the way of the Court’s assessment of the existence of a real and imminent risk of irreparable prejudice to the rights protected under the Convention”.⁵⁷⁰

140. Where past violations have occurred, the Court has found provisional measures appropriate when it is “not inconceivable” that they might occur again.⁵⁷¹ The Court has also ordered provisional measures in circumstances that were “unstable and could rapidly change”, with “ongoing tension and the absence of an overall settlement to the conflict” that meant the affected group remained vulnerable.⁵⁷² Consequently, any ceasefire to be agreed or any other acts by Israel that could be perceived as capable of ameliorating the circumstances for Palestinians in the short term would not have a dispositive effect and would impact neither on the merit nor the urgency of South Africa’s arguments.

141. There is a clear risk of irreparable prejudice to the rights of the Palestinians and to South Africa’s own rights under the Genocide Convention. The utmost urgency of the situation is self-evident: Palestinians have suffered and are suffering irreparable harm from genocidal acts by Israel in violation of Article II of the Genocide Convention, and from Israel’s other violations of the Convention, including its failure to prevent or punish direct and public incitement to genocide. Should these violations of the Genocide Convention go unchecked, there is not only a risk but a certainty of further significant and irreparable loss of life and property, serious injury and an ever-deepening humanitarian crisis. The opportunity to collect and preserve evidence for the merits stage of the proceedings would also be seriously undermined, if not lost entirely.

142. As of the date of this application, an estimated 21,110 Palestinians have been killed in Gaza, including at least 7,729 children. 55,243 Palestinians have been injured, including at least 8,663 children, of whom over 1,000 are amputees, disabled for life. Approximately 70 per cent of those killed are said to be women and children. One Palestinian child in Gaza has been killed approximately every 15 minutes since Israel commenced military action in Gaza on 7 October 2023. Thousands more are missing under the rubble. 61 hospitals and health care facilities in Gaza have been damaged or destroyed; many have been placed under siege or have been subjected to forced evacuation, and only 13 hospitals are still partially functional, weighed under by mass overcrowding. 311 health workers have been killed, many while working, meaning that many of the wounded, including seriously injured children, cannot access healthcare. An estimated 5,500 women are having to give birth in unsafe

⁵⁶⁷ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 22, para. 55.

⁵⁶⁸ *Ibid*, pp. 27-28, para. 74, citing *Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Yugoslavia), Preliminary Objections, Judgment, I.C.J. Reports 1996*, p. 615, para. 31.

⁵⁶⁹ *Ibid*, p. 27, para. 74. The conflict raised as being in issue in that case was an internal armed conflict.

⁵⁷⁰ *Ibid*, p. 28, para. 74.

⁵⁷¹ *Immunities and Criminal Proceedings (Equatorial Guinea v. France), Provisional Measures, Order of 7 December 2016, I.C.J. Reports 2016*, p. 1169, para. 89.

⁵⁷² See *Application of the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (Georgia v. Russian Federation), Provisional Measures, Order of 15 October 2008, I.C.J. Reports 2008*, p. 396, para. 143.

conditions every month. Babies are dying from preventable causes: in addition to disease and malnutrition, premature babies have died due to lack of fuel to supply hospital generators; others have been found decomposing in their hospital cots, medical staff having been forced to evacuate. Over 60 per cent of homes in Gaza have been damaged or destroyed. Vast swathes of Gaza have been destroyed, including entire villages, refugee camps, towns and cities that have been or are deliberately being rendered uninhabitable. Israel has made a humanitarian response impossible with constant bombardment, including of safe routes. 1.9 million people, nearly 85 per cent of the population, are displaced, including elderly, wounded and disabled people, living in makeshift tents, lacking any or adequate sanitation and water, in United Nations schools and with relatives. The entire population is facing starvation: 93 per cent of the population in Gaza is facing crisis levels of hunger, with more than one in four facing “catastrophic conditions” — with death imminent. Against that background, the Israeli Prime Minister asserted on 25 December 2023: “We are not stopping, we are continuing to fight and we are deepening the fighting in the coming days, and this will be a long battle and it is not close to being over”.⁵⁷³ The circumstances could not be more urgent.

143. The 2.3 million Palestinians in Gaza, including over a million children, are extremely vulnerable. There is a grave threat to their existence. They are in urgent and severe need of the Court’s protection. With each passing day that Israel’s military attacks continue, further significant loss of life and property is being caused, and grave human rights violations are being committed. There can be no doubt that the requirements for the indication of provisional measures are satisfied here.

E. Provisional Measures Requested

144. On the basis of the facts set forth above, South Africa, as a State party to the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, respectfully requests the Court, as a matter of extreme urgency, pending the Court’s determination of this case on the merits, to indicate the following provisional measures in relation to the Palestinian people as a group protected by the Genocide Convention. These measures are directly linked to the rights that form the subject matter of South Africa’s dispute with Israel:

- (1) The State of Israel shall immediately suspend its military operations in and against Gaza.
- (2) The State of Israel shall ensure that any military or irregular armed units which may be directed, supported or influenced by it, as well as any organisations and persons which may be subject to its control, direction or influence, take no steps in furtherance of the military operations referred to point (1) above.
- (3) The Republic of South Africa and the State of Israel shall each, in accordance with their obligations under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, in relation to the Palestinian people, take all reasonable measures within their power to prevent genocide.
- (4) The State of Israel shall, in accordance with its obligations under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, in relation to the Palestinian people as a

⁵⁷³ Statement by Israeli Prime Minister to Likud Party, 25 December 2023: Jeremy Sharon, “After rare visit to Gaza, Netanyahu says war ‘not close to being over’”, *The Times of Israel* (25 December 2023), https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/after-gaza-visit-netanyahu-says-war-not-close-to-being-over/ (emphasis added).

group protected by the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, desist from the commission of any and all acts within the scope of Article II of the Convention, in particular:

- (a) killing members of the group;
- (b) causing serious bodily or mental harm to the members of the group;
- (c) deliberately inflicting on the group conditions of life calculated to bring about its physical destruction in whole or in part; and
- (d) imposing measures intended to prevent births within the group.

(5) The State of Israel shall, pursuant to point (4)(c) above, in relation to Palestinians, desist from, and take all measures within its power including the rescinding of relevant orders, of restrictions and/or of prohibitions to prevent:

- (a) the expulsion and forced displacement from their homes;
- (b) the deprivation of:
 - (i) access to adequate food and water;
 - (ii) access to humanitarian assistance, including access to adequate fuel, shelter, clothes, hygiene and sanitation;
 - (iii) medical supplies and assistance; and
- (c) the destruction of Palestinian life in Gaza.

(6) The State of Israel shall, in relation to Palestinians, ensure that its military, as well as any irregular armed units or individuals which may be directed, supported or otherwise influenced by it and any organizations and persons which may be subject to its control, direction or influence, do not commit any acts described in (4) and (5) above, or engage in direct and public incitement to commit genocide, conspiracy to commit genocide, attempt to commit genocide, or complicity in genocide, and insofar as they do engage therein, that steps are taken towards their punishment pursuant to Articles I, II, III and IV of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide.

(7) The State of Israel shall take effective measures to prevent the destruction and ensure the preservation of evidence related to allegations of acts within the scope of Article II of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide; to that end, the State of Israel shall not act to deny or otherwise restrict access by fact-finding missions, international mandates and other bodies to Gaza to assist in ensuring the preservation and retention of said evidence.

(8) The State of Israel shall submit a report to the Court on all measures taken to give effect to this Order within one week, as from the date of this Order, and thereafter at such regular intervals as the Court shall order, until a final decision on the case is rendered by the Court.

(9) The State of Israel shall refrain from any action and shall ensure that no action is taken which might aggravate or extend the dispute before the Court or make it more difficult to resolve.

145. The provisional measures requested are directly linked to the rights which form the subject-matter of the dispute.⁵⁷⁴ In particular, the first six provisional measures have been requested to ensure

⁵⁷⁴ *The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020*, p. 18, para. 44.

Israel's compliance with its obligations under the Genocide Convention not to engage in genocide, and to prevent and to punish genocide, as well as to uphold and reaffirm the rights and obligations of South Africa to prevent genocide, and to protect Palestinians in Gaza from destruction. The last three provisional measures requested are aimed at protecting the integrity of the proceedings before the Court and South Africa's right to have its claim fairly adjudicated, including by ensuring the preservation of evidence.

146. South Africa respectfully requests that this request for provisional measures be considered urgently, at the Court's earliest possible opportunity, including the scheduling of a hearing in person or remotely by video link in the week of 1 January 2024.

147. South Africa reserves its right to request additional provisional measures to prevent irreparable harm to the rights at issue in this case, and/or to prevent further aggravation of the dispute between the Parties, should they become necessary, during the course of these proceedings.

VII. RESERVATION OF RIGHTS

148. South Africa reserves the right to revise, supplement or amend the terms of this Application, as well as the grounds invoked.

VIII. APPOINTMENT OF AGENT

149. South Africa has designated as its Agent His Excellency Ambassador Vusimuzi Philemon Madonsela, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the Republic of South Africa to the Kingdom of the Netherlands.

150. Pursuant to Article 40, paragraph 1, of the Rules of Court, all communications relating to this case should be sent to:

Embassy of the Republic of South Africa
40 Wassenaarseweg
2596 CJ
The Hague
The Netherlands

151. I have the honour to assure the Court of my highest esteem and consideration.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Vusimuzi Philemon Madonsela', with the date '28/12/2023' written below it.

The Hague,
(Signed)